

Die Aufhebung der schweizerischen Söldnerdienste

im Meinungskampf des neunzehnten Jahrhunderts

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

Johann Jakob Aellig
von Adelboden



Basel 1954
Verlag von Helbing & Lichtenhahn



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548825_0040

Die Aufhebung der schweizerischen Söldnerdienste

im Meinungskampf des neunzehnten Jahrhunderts

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

Johann Jakob Aellig

von Adelboden



Basel 1954

Verlag von Helbing & Lichtenhahn

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf Antrag der Herren Professoren Dr. Edgar Bonjour und Dr. Werner Kaegi.

Basel, den 4. Juli 1952.

Prof. Dr. E. Salin
Dekan



Die Arbeit erscheint gleichzeitig als Band 49 der
Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft

herausgegeben von

Edgar Bonjour und Werner Kaegi
Professoren an der Universität Basel

Verlag von Helbing & Lichtenhahn, Basel

Druck : F. Graf-Lehmann, Bern

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<i>Abkürzungen</i>	4
<i>Vorwort</i>	5
<i>Einleitung</i>	6
<i>I. Die Diskussion um die Söldnerdienste bis 1830</i>	7
1. Die Auseinandersetzung bis 1798	7
2. Helvetik	12
3. Mediation und Restauration	20
<i>II. Regeneration und Bundesreform</i>	58
1. Der Abschluß des französischen Solddienstes	58
2. Einfluß der Regeneration und erster Versuch zur Aufhebung der neapolitanischen Kapitulationen	67
3. Der Artikel 11 der Bundesverfassung und die schweizerische «Auslandspartei» um 1848	83
4. Der Presse- und Petitionensturm von 1849 und seine Auswirkungen	104
5. Die Söldnerdienste zwischen 1849 und 1859	123
<i>III. Der Bundesbeschluß von 1859 und seine Folgen</i>	143
1. Die italienische Erregung und die schweizerische Öffentlichkeit	143
2. Die bundesrätliche Werbvorlage vom 13. Juli 1859	162
3. Die Verhandlungen im Parlament	168
4. Werbvorlage und Bundesbeschluß im Lichte der Presse	192
5. Gesetzgebung, Söldnerdienste und Diskussion um und nach 1859	209
a) Hauptzüge der Entwicklung	209
b) Besonderheiten der Diskussion um und nach 1859 und die Amnestiefrage von 1861	213
<i>IV. Einzelbetrachtungen</i>	230
1. Philipp Anton von Segesser	230
2. Jakob Stämpfli	236
<i>Schlußbetrachtung</i>	245
<i>Bibliographie</i>	247

ABKÜRZUNGEN

Anm.	=	Anmerkung
BA	=	Bundesarchiv
Bd.	=	Band
Bibl.	=	Bibliothek
BR	=	Bundesrat
BV	=	Bundesverfassung, Bundesversammlung
f.	=	folio
Kl. R.	=	Kleiner Rat
Korr.	=	Korrespondent
lt.	=	laut
Mil. Kap.	=	Militärkapitulation(en)
Nr.	=	Nummer
NR	=	Nationalrat
op. cit.	=	opus citatum
p.	=	pagina
Prot.	=	Protokoll
Republ.	=	Republikaner
S. a. e. l.	=	ohne Jahr- und Ortsangabe
Schw.	=	Schweizer(isch)
St. r.	=	Staatsrat, Ständerat
Vot.	=	Votum
v.	=	vide

VORWORT

Die vorliegende Arbeit verdankt ihre Entstehung einer Anregung von Herrn Professor Dr. Edgar Bonjour, der außerdem die gesamte Untersuchung und die Veröffentlichung des Ergebnisses in zahlreichen Besprechungen mit so viel Hinweisen gefördert hat, daß sich der Schüler heute verpflichtet fühlt, an dieser Stelle seinem verehrten Lehrer die tiefste, bleibende Verbundenheit zu bezeugen.

In aufrichtiger Dankbarkeit gedenkt der Verfasser hier auch der Hilfe, die er von Herrn Professor Dr. Werner Kaegi empfing, sowie der Unterstützung, die ihm bei der Beschaffung der Unterlagen seitens der Angestellten der Universitätsbibliothek Basel, der Staatsarchive Basel und Bern, der Stadtbibliothek Bern, des Schweizerischen Bundesarchivs und der Schweizerischen Landesbibliothek zuteil wurde.

EINLEITUNG

Die vorliegende Arbeit dient dem Ziel, die Diskussion um die Söldnerdienste für den Zeitraum des 19. Jahrhunderts zu schildern.

Obgleich die Lebenskraft der militärischen Auswanderung, die jahrhundertlang einen wichtigen Faktor der außenpolitischen Konzeption der Alten Eidgenossenschaft gebildet hatte, gegen Ende des 18. Jahrhunderts infolge wirtschaftlicher und politischer Veränderungen geschwächt worden war, fand sich in der Liquidation der letzten Fremdenregimenter und in der Verhinderung einer neuartigen, ideologisch ausgerichteten Reisläuferei doch noch genügend Stoff für heftige Auseinandersetzungen. Während Industrie und Zivilauswanderung den Bevölkerungsüberschuß der Schweiz allmählich zu absorbieren vermochten, verbreiterte sich der Kreis der Opponenten in raschem Maß, und mit der Bundesreform von 1848 wurden die einzelnen kantonalen Verbote der Militärkapitulationen, wie sie in den Regenerationsverfassungen niedergelegt worden waren, für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft verbindlich erklärt.

Schon elf Jahre später war der Widerstand gegen das Söldnerwesen so stark geworden, daß die mittlerweile erlassenen Werbverbote und Strafbestimmungen gegen die Werber ungenügend erschienen und die Bundesversammlung am 30. Juni 1859 den Beschluß faßte, jeden unbewilligten Eintritt eines Schweizers in ein ausländisches Fremdenregiment unnachsichtlich zu ahnden.

Dieser letzte Schritt bildet neben der gesamten Entwicklung der schweizerischen Solddienstopposition seit 1798 den Hauptgegenstand der vorliegenden Untersuchung.

I. DIE DISKUSSION UM DIE SÖLDNER- DIENSTE BIS 1830

1. Die Auseinandersetzung bis 1798

Die Bündnispolitik der Eidgenossen sowie die damit zusammenhängenden Militärkapitulationen stießen schon frühzeitig auf Opposition und veranlaßten dauernd innerörtliche Auseinandersetzungen.

Ein Hauptproblem ergab sich aus der Nachbarschaft Frankreichs. Die Verhandlungen über die Erneuerung des französischen Bündnisses zogen sich oft jahrzehntelang hin, und Tagsatzung sowie Landesregierungen ließen immer wieder neue Gutachten ausarbeiten, die die Vor- und Nachteile dieser Militärkapitulation gründlich erörterten.

Eine besonders bezeichnende Abklärung dieser Art erfolgte zwischen 1650 und 1663, da das französische Bündnis von 1602 um die Jahrhundertmitte ablief. Emsig bemühte sich damals der französische Botschafter im Auftrag Ludwigs XIV., mit den im Dreißigjährigen Krieg unbehelligt gebliebenen Orten einen neuen Soldvertrag abzuschließen. Es war die Zeit, wo alle Welt unter dem Eindruck des französischen Erfolges im westfälischen Frieden stand. In der nördlichen Eidgenossenschaft hatte der Sprung Frankreichs ins Elsaß besondere Besorgnisse ausgelöst. Es war daher verständlich, daß sich die Stimme Basels in der Diskussion vernehmlich hören ließ. 1655 schlug Bürgermeister Wettstein in seinem «Politisches Bedencken» betitelten Memorandum, dem man heute im Staatsarchiv Basel in vielen handschriftlichen Kopien begegnet, eine radikale Änderung der schweizerischen Bündnispolitik vor: An die Stelle Frankreichs sollte Habsburg treten. Eine solche Anlehnung schien dem Basler Bürgermeister geeigneter, die Wohlfahrt der Orte zu begründen, als die Freundschaft mit Frankreich¹. Seine Begründung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Das Bündnis mit Frankreich isoliert die Eidgenossenschaft von den übrigen Mächten, speziell von Habsburg, und dies um so stärker,

¹ Staatsarchiv Basel: *Politisches Bedencken* Herren Bürgermeister Johann Rudolf Wettsteins de Anno 1655 ob ein Lobliche Eydtgnosschaft die zur endgeloffene Bündtnuß mit der Kron Frankreich widerumb erneuwren solle.

je mehr sich die französische Krone durch ihre Angriffspolitik verhaßt macht. Der schweizerische Zuzug spornt den sonst schon aggressiven Staat zu weiteren Angriffen an. Die Schweiz kompromittiert sich durch ihre Nachgiebigkeit, nicht zuletzt beim Partner, der zusammen mit allen übrigen Mächten verächtlich auf freie Männer herabblickt, die sich in Knechtschaft begeben. Durch die Soldbündnisse hat sich die Schweiz einer Politik der Entkräftigung verschrieben: Dezimierung ihres Heeres, im Bedarfsfall größtenteils anderswo engagiert, Zersetzung der Moral und des Ehrgefühls durch einseitige Betonung des Geldstandpunkts, der übrigens in diesem Fall schon rein materiell ungerechtfertigt sei, Zerstörung des eidgenössischen Einvernehmens, fragwürdiger Aufbau der schweizerischen Sicherheit auf einem treulosen, unzuverlässigen und außerdem gefährlichen Nachbarn, dessen Regierungsform an sich eine Bedrohung der Schweiz darstelle, da die monarchistisch-zentralistische Regierungsform der natürliche Feind der Republiken sei. Im gleichen Maße, als ein solcher Partner mächtiger sei als die Eidgenossen, würden seine Treulosigkeit und Bedrohung wirkungsvoller. Wettstein kommt zum Schluß, dass Wirtschaft, Armee und Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft durch das französische Soldbündnis nicht nur nicht gestärkt, sondern gegenteils beeinträchtigt worden seien und weiterhin würden, und daß daher die bisherige außenpolitische Konzeption einer Änderung zu unterziehen sei.

Vollends entschlossen lehnt Wettstein die Militärkapitulationen (er meint insbesondere die französische) aus ethischen Gründen ab. Fremde Dienste sind unvereinbar mit der Moral; denn sie veranlassen die berufliche Tötung Unschuldiger, also eine Tätigkeit, die um Geld und von Nichtsnutzigen besorgt werden kann. Nicht edle Bestrebungen, sondern die Geldbegier fördernd, entwickeln die Solddienste im Schweizer zunehmend den Hang zur Knechtschaft und zerstören die gesunden Instinkte einer freien Nation. Als Belastung des Familienlebens tragen sie bei zum Verfall des Bürger- und Sittensinnes, der wichtigsten Grundlagen eines guten Gewissens. Durch sie sanktioniert der Staat indirekt viele Übel und gibt zudem das Vertrauen auf Gott preis, dessen fürsühendem Walten man durch Hinwendung zu irdischen Bundesgenossen sein Mißtrauen bezeugt. Schließlich verweist Wettstein noch auf «nahmhafte Theologische Gründ», führt diese aber nicht weiter aus.

Das Gutachten des Basler Bürgermeisters bildet eine der umfassendsten Würdigungen, die im Laufe der Jahrhunderte die Solddienste betrafen. Die moralische Ablehnung durch Zwingli und später durch die protestantischen Pfarrer, die national und sozial gefärbte Gegner-

schaft der Aufklärung, des Liberalismus und des Radikalismus, die ökonomischen Bedenken der Physiokraten und die übrige, herkömmliche Opposition gegen das französische Bündnis finden sich hier, schwächer oder stärker ausgebildet, zu *einem* ablehnenden Ganzen zusammen.

Das Bezeichnende daran aber bleibt das Grundmotiv, die Spitze gegen den traditionellen Bundesgenossen, entsprungen dem instinktiven Mißtrauen des Schwächern gegenüber dem bedrohlich starken und nahen Verbündeten. Basels Stellung an der Nordzunge gegen das Elsaß zu mag es verständlich machen, daß Wettstein die Bedeutung dieser Abkommen für die innern und ärmern Orte nicht erkennt². Eigenartig ist jedoch, daß sich Wettstein zum Schluß einer bedingten Annahme des Solddienstes nicht widersetzt. Überraschenderweise läßt er den scharfen Darlegungen über die unheilvollen französischen Dienste, die gegen Gottes Ehre, den Wohlstand des Vaterlandes und den Nutzen der Untertanen verstoßen, völlig unvermittelt eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen folgen³. Die unorganische Anfügung scheint auf der Einsicht Wettsteins zu beruhen, die Miteidgenossen nicht von einem Bündnisabschluß, höchstens von einer allzugroßen Willfährigkeit abhalten zu können. Eine ähnliche Feststellung läßt sich übrigens auch für das 18. Jahrhundert machen: Alle Solddienstgutachten, auch die grundsätzlich ablehnenden (mit Ausnahme der Stimmen der Zürcher Pfarrer), ließen sich jeweils am Schluß zu einer bedingten Anerkennung der Dienste herbei⁴. Im Gutachten Wettsteins sticht vor allem der Vorschlag hervor, das neue französische Bündnis auf kürzere Zeit zu befristen, um eine raschere Reaktion auf allfällige Vertragsbrüche von Seite Frankreichs zu ermöglichen. Dem Urteil über seine Haltung müssen verschiedene Erwägungen zugrunde gelegt werden, insbesondere aber die, daß Basel wohl weniger ökonomische Vorteile aus der Allianz als beispielsweise St. Gallen zog.

Wettsteins Warnung vor den Solddiensten, getragen von seiner Ablehnung der französischen Vormacht, dem Unwillen über die Schädigungen Basels und dem Bestreben, die Sicherheit der Eidgenossenschaft durch eine bestimmtere Ausrichtung gegen Habsburg hin zu gewährleisten, hatte den Erfolg nicht, den ihr Verfasser erstrebte.

² Vgl. dazu die Beurteilung, die Wettsteins Haltung in der Festschrift: E. Bonjour-A. Bruckner: Basel und die Eidgenossen, Basel 1951, findet (p. 211 f.).

³ Befristung des Bündnisses auf sechs bis acht Jahre, Ausdehnung seiner Vorteile auf die Religionsgenossen in Frankreich, Kautionsleistung Frankreichs vor Abschluß des Vertrags, Befreiung der Pensionen vom Geruch der Käuflichkeit und der Gnadengeste (nur noch aus wahrhaftiger Achtung und Freundschaft zu spenden).

⁴ Dubler, Hans: Der Kampf um den Solddienst der Schweizer im 18. Jahrhundert. Bern, phil. Diss. 1939, p. 32.

1663 schlossen die Stände das neue französische Bündnis endgültig ab. Als 1723 die Erneuerung fällig war, verhinderte die Restitutionsfrage den Abschluß eines neuen, für alle Orte verbindlichen Vertrages. An die Stelle des französischen Dienstes trat bei den Evangelischen vornehmlich derjenige der Niederlande. Erst 1777 gelang es wieder, alle Stände in einem gemeinsamen französischen Vertrag zu einigen, der auch die Solddienste umschloß. In der Zwischenzeit war die Diskussion um die Fremdenregimenter nie verstummt. Die Aufklärung nahm die seit Valerius Anshelm und Ulrich Zwingli geläufige Klage über die den Solddiensten entstammende Sittenverderbnis mächtig auf, indem sie sie vertiefte und mit der modernmäßigen Idealisierung der alten Eidgenossen verband ⁵. Die konsequentesten Vertreter dieser Richtung waren einige Zürcher Pfarrer, deren Haltung sich wohl vor allem auf die Anschauung gründete, die Reformierten könnten im Dienste eines katholischen Herrschers an ihrem Glauben Schaden nehmen. Dem moralischen Jahrhundert verhaftet erscheint auch Albrecht von Haller insofern, als er das Ideal eines einfachen, zurückgezogenen Lebens ohne Luxus durch die Fremddienste bedroht erblickte. Eine weitere Gegenströmung erwuchs der alten Tradition daneben aus dem wachsenden nationalen Gefühl, das sich am französischen Bündnis und an Verträgen mit Fürsten überhaupt zunehmend stieß. Gewisse Vorfälle schienen der Opposition zu beweisen, daß die Regierungspolitik ausländischem Einfluß erliegen konnte. Die nationale Komponente der Gegnerschaft äußerte sich besonders in zwei Vorwürfen. Der eine richtete sich gegen die Entfremdung der einheimischen Jugend, der andere gegen die gegenseitige Vernichtung von Schweizern. Dies war in vereinzelt Fällen dadurch möglich geworden, daß die Kriegeereignisse trotz aller Vorsichtsmaßnahmen Truppenkörper gegeneinander geführt hatten, in denen hüben und drüben Schweizer mitfochten. Demgegenüber darf der Historiker allerdings mildernd auf das große Maß an Mühe hinweisen, das Frankreich dauernd aufwenden mußte, um bei den Eidgenossen nur ein Minimum seiner Wünsche durchzusetzen. Auch ist nicht zu vergessen, daß die Angriffe auf die Pensionen sehr oft mit bloßem persönlichem Neid, mit Rivalitäten und Geschlechterfeindschaften zusammenhingen.

Ganz neue Gründe tauchten mit der Ansicht der Physiokraten auf, daß die Größe und die Macht eines Staates in der Zahl der Untertanen liege, und daß die Verminderung der Dienste eine bessere Bebauung und Ausnützung des Bodens zur Folge hätte. Wesentliches zur Diskussion trugen auch die Agronomen bei, die im Landbau eine größere

⁵ Stadtbibliothek Bern, Mss. Hist. Helv. XXIII-8-3, Memoriale Betreffend die Obschwebende Erneuerung des französischen Bündnuß, 1731.

Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt erblickten, als in der Neigung nach ausländischem Reichtum. Hinter den zahlreichen Gründen, die man gegen die Militärkapitulationen ins Feld führt, taucht immer wieder als Grundmotiv das Mißtrauen gegen Frankreich auf⁶. Wenn jedoch die eigentliche literarische Fehde mit Pro und Contra erst im 19. Jahrhundert zum Austrag gelangt, so liegt der Grund dazu wohl in der Tatsache, daß die Befürworter des Dienstes im 18. Jahrhundert als Regierende darauf verzichten konnten, über ihr Tun und Lassen öffentlich Rechenschaft abzulegen⁷.

Die Ursachen, die den Söldnerdienst des 18. Jahrhunderts trotz aller Angriffe bis zum 10. August 1792 ohne wesentliche Beeinträchtigung weiter bestehen ließen, hat man mit Recht schon in wirtschaftlichen Verhältnissen und Notwendigkeiten eines übervölkerten Kleinstaates erblickt. Es ließe sich ergänzend noch hinweisen auf die unsichtbare Macht der Tradition, die den Kriegsberuf, den Hunger nach Ehre und Glanz von Geschlecht zu Geschlecht vererbte, und vielen Schweizern, ja ganzen Geschlechtern, zu großem Ansehen verhalf.

⁶ Stadtbibliothek Bern, Mss. Hist. Helv. XI-9-30 d: Bedenken eines Zeitgenossen über die Verhältnisse Berns mit Frankreich, vorzüglich den Dienst in diesem Reich betreffend (ca. 1693).

Mss. Hist. Helv. XXI-a37 (um 1730): «Ohnparteyische Gedanken über die Pündtnussen der Eydtnossenschaft mit Frankreich».

Im burgundischen Krieg, im Schwabenkrieg und Bauernkrieg hätte Frankreich die Schweiz trotz des Bündnisses im Stich gelassen. Dafür aber sind «die annales angefüllt mit vielen erzehlungen der üblen, so die Französische pündtnussen der Schweyzerischen Nation verursacht, Sie melden... wie ganze Ströhm Eydngenössischen Bluths in folg derselben seye vergossen worden, Sie erzellen den schaden, welchen durch ihren anlass die gueten Sitten erlitten, wie die alte Schweyzerische Eynfalt abgegangen, die Redlichkeit lächerlich worden, die frombheit abgenommen...». Ein weiterer Nachteil: die Pensionen, *eine* Folge unter vielen: «wer sihet nicht, wie viel das gemeine wesen leiden muess, wan solches die, welche die Regierung fühhren, und dennen dess Landts heil und schutz anvertrauwt ist, sich durch schenkungen verblenden, oder auch gar die Augen verbinden lassen... Alles ist umb gelt feill...»

«... die pensionen sind die ersten fessell, wormit die freyen Staaten belegt werden, wer eine pension beziehet, hörett auff ein freyer Mann zu sein.»

«Es wurden auf einmal so viel auss freyen Leuthen in französische Pensionairs verwandelt, daß es selbstn eine alteration der Regierung verursachte, Selbige mußte mehr als an Einem Ohrt nach der Vorschrift des Hooffs geführt werden.» (Erinnerungen an das Erlachische Regiment und andere Nationaltruppen.)

«Es ist wahr, wir sind der Frantzösischen großen Macht allein zu widerstehen nicht mächtig und vermögend, aber werden wir deßwegen alles Thun müssen, was Frankreich gefällig seyn möchte? Einer Streitbahnen, in Einigkeit lebenden, und in Einem wohlgelegenen Landt gesessenen Nation wären viele Ding möglich, die im Ersten anblick unmöglich scheinen: Wenigstens wird Mann mir gestehen müssen, daß bei genauwer Untersuchung noch ein großer Unterscheidt, zwischen der altvorderen, freyen Wachtbahrkeit, und der dißmahligen gebogenen Schlemmer-sucht... zu finden seyn werden.»

⁷ Dubler, p. 74.

2. Helvetik

Mit Fug und Recht betrachtet man das Jahr 1798 als den Zeitpunkt des Untergangs der Alten und des Beginns der Neuen Schweiz, insofern man darin das Ende der früheren Verfassungen und den Beginn eines neuen außenpolitischen Verhältnisses erblickt. Die Niederlage im Feld hatte den Zusammenbruch des bisherigen Systems beschleunigt, und das neue gestaltete sich im Zeichen des geistigen und politischen Diktates der siegenden Großmacht. Männer, die die aristokratische Organisation führender Orte vergeblich kritisiert hatten, waren nun in der Lage, die Brauchbarkeit ihrer Wünsche und Ziele praktisch zu beweisen. Ihre Auffassung von der Freiheit, der Sittlichkeit, der Staatswohlfahrt und der Ethik waren die der Aufklärung, und diese, so sahen wir, hatte die alten Argumente gegen die Fremddienste nicht nur aufgenommen, sondern um eine Anzahl neue vermehrt. Die Heftigkeit, mit der die leitenden Männer im Sommer 1798 den Soldatendienst verdammten, ist daher weniger verwunderlich als die Tatsache, daß nicht schon die helvetische Konstitution selbst Militärkapitulationen oder zum mindesten Werbungen untersagte. Offensichtlich müssen hier Hemmungen vorgelegen haben, die die Lösung, welche durch Wunsch und Grundsatz verlangt wurde, verhinderten.

Die Gedanken großer Aufklärer über die Staatsformen hatten sich im Zusammenhang mit der französischen Revolution manchenorts zu der Auffassung entwickelt, das Böse in der Welt sei eine Folge absolutistischer Staaten und lasse sich durch Verwandlung der Monarchien in Republiken für immer verbannen. So konnte eine Gruppe Piemonteser, mitten in der Revolution begriffen, sicher auf Verständnis zählen, als sie am 20. April 1798 folgenden Appell an die Schweizer Soldaten richtete: «Und ihr, ihr kriegesischen Bewohner der umwölkten Höhen der beeisten Alpen; ihr, welche eine schändliche Oligarchie zu dem niederträchtigen Handwerk, Henkersdienste den Tyrannen zu thun, verdammt, wisset ihr nicht, daß Euer Land frei, daß Helvetien, Euer väterliches Geburtsland, befreit ist und Euch in seinen Schoß zurückruft? . . . Welche Völker könntet Euch sehen, welche Nationen Euch lieben, welche Länder Euch ertragen, wenn ihr, frei geworden, fortfahren würdet, willkürliche Trabanten und Söldlinge der Könige zu sein? »⁸ Der Ruf wurde gehört und weitergegeben⁹. Die leitenden Stellen, beseelt von ihrem Wunsch, in der Schweiz eine

⁸ Strickler, Bd. I, Nr. 105–1, mit Quellenangabe: Oberrheinische Zeitung, Nr. 58 (Beilage): Proclamation des Revolutionscomité, Piemont, 20. April.

⁹ Strickler, Bd. I, Nr. 105–4: Die Volksgesellschaft an die Bürger des gesetzgebenden Rathes, 8. Mai 1798. Op. cit. Nr. 105–8: Adresse der Gesellschaft der Volksfreunde von Lausanne, 11. Mai 1798.

neue Gesellschaftsordnung¹⁰ einzuführen, eine Union aller regenerierten Völker anstelle der Königsverträge zu setzen¹¹ und dem großen Ziel eines Völkerfriedens¹² näherzurücken, fühlten die Unvereinbarkeit fremder Dienste bei monarchischen Gewalthabern mit den neuen Gedanken nur zu gut. Die Frage des Kommandanten eines auswärtigen Schweizerregimentes, ob die neue Regierung die von der frühern abgeschlossenen Kapitulationen anerkenne, veranlasste das Direktorium, den Kriegsminister Bégos mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über dieses Problem zu beauftragen. Eine weitere Triebfeder dieser Untersuchung bildete das Gesuch eines spanischen Schweizerhauptmanns, in der helvetischen Republik nicht eingebürgerte Burschen anwerben zu dürfen, «wodurch das Land von einer beträchtlichen Anzahl herumschwärmender Fremdlinge befreit würde¹³», sowie die Anzeige, daß sich ein gewisser B. Kully im Auftrag Oberst Franz Schwallers um die Wiedereröffnung der spanischen Werbungen bemühe.

Am 25. Mai 1798 gelangte das Gutachten vor den Großen Rat¹⁴. In sechs Punkten suchte es den Beweis zu erbringen, daß die Werbungen für die Schweiz seit jeher eine Quelle von Skandal, Verwüstung und Elend gewesen seien. Sie hätten in der Verführung junger, unwissender und unmündiger «Kinder» durch Geld, Wein und schöne Versprechungen bestanden, Eltern die Stütze und das Fundament des Alters geraubt, den Betrogenen lauter Schmerzen, Krankheit und öfters den Tod gebracht. Wenn durch Heimweh und Elend veranlaßt, jene sich hätten loskaufen lassen, so seien mit ihnen unheilbare Übel, Trägheit und Verdorbenheit in die Heimat zurückgekehrt. Die Beschränkung der Werbung auf Vagabunden sei sinnlos; denn sie könnte zum bloßen Vorwand werden und zöge erst noch viele neue Lumpen auf Schweizergebiet. Nie habe die Schweiz an Übervölkerung gelitten; dies beweise die Anwesenheit zahlreicher Ausländer, besonders im nördlichen Teil des Landes, die die Stellen der Weggezogenen einnahmen. – Der Schluß des Gutachtens, das aufklärerische Clichés ausmalt und mit Angriffen auf das Ancien Régime nicht zurückhält, fordert unbedingtes Verbot aller Werbetätigkeit und, im Hinblick

¹⁰ Vgl. Strickler, Bd. I, 105–16: Schreiben des Direktoriums an die Direktoren der italienischen Republiken, 26. Mai 1798, Einleitung.

¹¹ op. cit.: «... cette alliance inviolable qui doit unir tous les peuples régénérés..., le pacte de la grande famille qui doit succéder aux pactes de familles des rois...»

¹² op. cit.: «... puissent un jour tous les hommes... voir la prospérité publique fleurir à l'ombre d'une paix universelle.»

¹³ Strickler, Bd. II, Nr. 91–3.

¹⁴ Strickler, Bd. II, Nr. 91–8.

auf ein demnach zu erlassendes Gesetz, die Ablehnung derartiger Gesuche.

Obschon das Gutachten lebhaften Beifall erweckte und der Grundsatz eines solchen Verbotes einmütig festgelegt wurde, verging bis zur Beratung eines entsprechenden Gesetzesvorschlages noch mehr als ein Monat. Erst am 5. Juli sollte das Dekret Rechtskraft erhalten, nachdem in der Zwischenzeit weitere Petitionen, die Unhaltbarkeit des Kampfes schweizerischer Verbände gegen die Revolution hervorhebend, eingegangen waren. Dabei fand sich auch kein Mangel an konkreten Vorschlägen zu einer wirksamen Abbrechung der Werbainstitutionen, worunter eine ausländische Stimme auffällt, die empfiehlt, jedem Schweizerbürger, der sich für Dienste irgendeines Königs anwerben läßt, das Bürgerrecht zu entziehen, alle Schweizer in spanischen Diensten zurückzurufen, und jeden Kommandanten, der dem Entlassungsbefehl nicht nachkomme, als Vaterlandsverräter zu proklamieren, auf ewige Zeiten zu verbannen und ihn seines Vermögens zugunsten der Rückkehrenden zu enteignen¹⁵.

Die neue Beratung im Großen Rat (4. Juli) stand nicht mehr in demselben Zeichen der Eintracht wie die vom 25. und 26. Mai. Offenbar hatte die erste Begeisterung einer nüchternen Betrachtung Raum gegeben, die sich Stimmen anderer Art und den praktischen Schwierigkeiten, die mit einem allfälligen Ende der Söldnerdienste verbunden sein mochten, nicht verschließen konnte. Am 13. Juni war eine Denkschrift der Offiziere Frischherz und Felkle aus Schwyz, Angehöriger der spanischen Regimenter Reding und Betschart, an den Senat gelangt, die die Ebene der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Behauptung berührte, daß die fremden Dienste «der ächt schweizerischen Freiheit nicht widersprechend oder nachtheilig» seien, denn sie wären aus dem Volk und zu einem Zeitpunkt entstanden, wo sich jenes «im vollkommensten Sinn der höchsten Gewalt rühmen konnte». Die Werbungen in Schwyz seien auf völlig freiwilliger Basis organisiert. Jedem Angeworbenen werde zudem auf sein Begehren gegen Ersatz der Unkosten sogleich die Entlassung gewährt. «Wir finden im Gegentheil, es wäre dem freien Willen eines jeden Freigebornen Eintrag gethan, wenn man ihn durch ein Gesetz hinderte, sein Glück oder Brot da zu suchen, wo er es am ehesten zu finden glaubt.» Konnte eine solche Argumentation auf Gehör rechnen? Bestimmt hatte die Helvetik nur ein ebenso bedingtes Verständnis dafür wie später der Radikalismus. (Wir werden der verschiedenen Interpretation des Begriffes «Freiheit» noch mehrmals begegnen.) Die

¹⁵ Strickler, Bd. II, Nr. 91–15, Ende Juni: Note von spanischen Patrioten für Aufhebung der Schweizer Regimenter (Registraturtitel).

Verfassung sprach es ja deutlich genug aus: «Le citoyen se doit à sa patrie, à sa famille et aux malheureux¹⁶»; von jener persönlichen Entschlußfreiheit, die die Schwyzer Offiziere als uraltes Gut des Schweizers reklamierten, war in der Konstitution nicht die Rede. Mehr als dieser grundsätzliche Einwand mußte der Hinweis ins Gewicht fallen, durch eine Aufhebung der Dienste könnten eine Anzahl Männer in die Schweiz zurückkehren, denen «das Gefühl von Zwang, Elend und Armut in ihrem Innern jenes der Dankbarkeit, das wir wohltätigen Gesetzgebern schuldig sind», notwendig verdrängen würde. Mit der Bemerkung, dass eine so große Zahl unwilliger und unzufriedener Bürger «der allgemeinen, ohnedem noch unbefestigten Ruhe... äußerst gefährlich werden könnte», berührten die Petenten sehr geschickt eine besonders schwache Stelle im neuen Staatswesen, die der Regierung genau bewusst war: Die sehr ungenügende Verwurzelung des neuen Systems in der schweizerischen Öffentlichkeit. Tatsächlich wurde an jenem 4. Juli im Großen Rat die Befürchtung ausgesprochen, «ob durch die plötzliche und vollständige Aufhebung der fremden Regimenter die Masse der unzufriedenen Bürger nicht in gefährlicher Weise vermehrt¹⁷» werden könnte. Die Vorsicht siegte; es blieb beim bloßen Verbotsverbot, während in bezug auf die Kapitulationsfrage kein weiterer Schritt als die Wahl einer fünfköpfigen Prüfungskommission erfolgte.

Ein ähnliches Bild des Zwiespaltes begegnet uns auch in der am folgenden Tag im *Senat* stattfindenden Diskussion über Annahme, Erweiterung oder Verwerfung des Großratsbeschlusses¹⁸. Alle Redner waren sich einig, daß die zeitgemäße Interpretation der Freiheit und der Staatsformen zu dem aristokratischen Institut der fremden Dienste in unversöhnlichem Gegensatz stehe. In den Fremdenregimentern herrsche nach Organisation und Tendenz der Geist des vollständigsten Absolutismus. Nur einer Anzahl Patrizier kämen einige Vorteile zugute, aber eben nur über den Weg des historischen Betrugs des «Landmanns» und des «braven Soldaten» durch die Aristokraten. Dürfe das Interesse einer kleinen Minderheit berücksichtigt werden, wenn man bedenke, daß mit der Einführung der Dienste die Schädigung des Republikanismus begonnen habe, indem die Bekanntschaft mit der Gesellschaftsform des Auslandes eine ähnlich gearbeitete, inländische erzeugt, die das Land mittels Noyaden, Fusilladen und Militärkapi-

¹⁶ Artikel 13 der helvetischen Konstitution vom 12. April 1798. Geht auf Rousseau zurück (*Nouvelle Héloïse*, 1. Teil), von Bernhard Meyer von Schauensee, dem Vorsteher der Helvetischen Gesellschaft 1796 seiner Ansprache an die in Aarau versammelte Organisation «Über das Moderne Reiselaufen» vorangestellt.

¹⁷ Strickler, Bd. II, Nr. 91–16: Votum Weber.

¹⁸ Strickler, Bd. II, Nr. 91–17b.

tulationen systematisch entvölkert habe? Sei denn nicht durch die Begegnung mit dem ausländischen System Luxus, Mode und Sittenverderbnis ins Vaterland eingezogen, indem der kleine Teil der Söldner, der überhaupt zurückgekehrt, an Leib und Seele Schaden gelitten habe? Den Begriff der persönlichen Freiheit als Entschuldigung für die Teilnahme an der Verteidigung der Tyrannen gegen die Revolution hier anzuführen, sei unstatthaft; denn die Helvetische Revolution dringe viel mehr auf die Annahme des Grundsatzes, «dass der freie Schweizer sein Blut nicht verkaufen, wohl aber im Dienste der (allgemeinen) Freiheit gerne vergießen» solle¹⁹.

Diese Betrachtungsart, nur von wenigen leise beanstandet mit dem Hinweis, daß der Kreis der Nutznießer allgemeiner und breiter gewesen, als man jetzt behaupte, und im gegenwärtigen Augenblick in den durch Krieg verarmten Gegenden besonders groß sei, sollte in ihren praktischen Folgerungen eine entschiedene Niederlage erfahren. Als die Frage aufgeworfen wurde, ob eine Rückberufung der Regimenter jetzt opportun sei, erhoben sich gewichtige Bedenken. Während der eine Redner betonte, daß die in der Existenz der Regimenter liegende Unterstützung der Monarchien das jetzt zur Diskussion stehende Bündnis mit Frankreich beschatte, und das Ausland eine handgreifliche Demonstration der neuen Republik gegen die alte Bündnispolitik, deren Grundlage das «point d'argent, point de suisses» gewesen, erwarte, wiesen andere daraufhin, daß Sardinien und Spanien ja in Allianz mit Frankreich ständen, so daß die dort befindlichen Schweizertruppen für dieses von Interesse sein könnten. Schließlich vermochte sich die Mehrheit dem Gedanken nicht zu verschließen, daß man die Regimenter nicht zurückrufen dürfe, ohne gleichzeitig für den materiellen Schaden aufzukommen, der dem Einzelnen durch die Auflösung seines Dienstvertrages erwachse. Die Ansicht, allfällige Verluste seien durch die bisherigen Vorteile, die den aristokratischen Kommandanten aus den Diensten erwachsen, mehr als aufgewogen, und die frühere Oberschicht besitze überhaupt kein Entschädigungsrecht, fiel dabei nicht ins Gewicht. Die realistisch Denkenden waren sich auch im Senat klar darüber, daß die Meinung der Schwyzer Petenten, eine entschädigungslose Rückberufung würde die Zahl der Unzufriedenen vermehren und die Zurückkehrenden einer schlimmen ersten Fühlungnahme mit dem neuen System aussetzen, von der Wirklichkeit nicht sehr weit entfernt sein konnte. Das Unvermögen des jungen Staates, im damaligen Zeitpunkt eine derartige finanzielle Verpflichtung einzugehen, oder diese Truppen gar als eigene «constitutionelle bewaffnete Macht» zu übernehmen, wirkte auch im Senat

¹⁹ Votum Lafléchère.

mächtiger als der ideologische Impuls. Mit 31 Stimmen kam nur das Werbverbot zustande, ein nicht sehr originelles Ergebnis, hatte doch das Ancien Régime diese Maßnahme seinerseits auch öfters angewandt. Die praktischen Schwierigkeiten hatten sich dem schwärmerischen Freiheitspathos gegenüber als überlegen erwiesen. Die Helvetik mußte, wie später während zehn Jahren der junge Bundesstaat, versuchen, sich eines unbequemen Zustandes auf Schleichwegen zu entledigen. Das Dekret bedeutete eine Verletzung der Abmachungen, nicht aber deren förmlichen Widerruf.

Bei der ganzen Diskussion in jenem Sommer fällt der ständige Seitenblick nach Frankreich auf, gerade das also, was die Neuerer gerne dem Ancien Régime ankreideten. In welchem Maß die neue Behörde gebunden war, eröffnet uns ein Schreiben des Direktoriums vom 7. Juli an den Minister des Auswärtigen mit dem Ersuchen, in Erfahrung zu bringen, welches die Wünsche des französischen Direktoriums betreffend das Schicksal der Schweizerregimenter in Spanien seien²⁰. Ständen jene im Gegensatz zu den Motiven, die das Verbot der Rekrutierung diktiert hätten, könne dieses in entsprechender Weise neu beraten werden. Noch bevor eine Antwort hätte eintreffen können, versuchte das Direktorium, den Großen Rat mit dieser Fragestellung bekannt zu machen²¹. Politische Betrachtungen zwängen zu einer genaueren Zielgebung. Das Werbverbot habe sich doch wohl hauptsächlich gegen den Eintritt von Strolchen und Lumpen in den spanischen Dienst gewendet. Man hoffe, die wichtige Frage der Rückberufung dieser Regimenter sei damit nicht entschieden worden. Eine Aufhebung dieser Verbände würde ja eine Stärkung Englands bedeuten, da Spanien, entsprechend seinem Bündnis mit Frankreich, sich im Krieg mit England befinde. – Am 11. Juli kam im Großen Rat die Einladung des Direktoriums, dem Werbverbot eine nähere Erläuterung zu geben, in zustimmendem Sinn zur Behandlung²². Verschiedene Redner erklärten unumwunden, jenes habe den Zweck verfolgen sollen, allfällige Reibungen mit Frankreich auszuschalten. Schon am folgenden Tag hörte sich die Versammlung Gutachten und ergänzenden Gesetzesvorschlag der inzwischen erweiterten Kommission an, worauf sie am 13. Juli nach geheimer Beratung die bedingte Ausnahme von dem am 5. Juli in Kraft getretenen Werbverbot zugunsten des spanischen Dienstes guthieß. Als der Senat am 20. Juli

²⁰ Strickler, Bd. II, Nr. 78–56. Vgl. Strickler, Bd. II, Nr. 91–17b, 5. Juli 1798 (Senat): Votum Muret.

²¹ Strickler, Bd. II, Nr. 123–1, 10. Juli.

²² Strickler, Bd. II, Nr. 123–3, 11. Juli. Zum Verhältnis der Schweiz zu Frankreich um diese Zeit vgl. Wolf, Kaspar, in Basler Beitr. zur Geschichtswissenschaft, Bd. 29, 1948.

dem Wunsch des Direktoriums ebenfalls stattgab, dienten als Grundlagen seines Entschlusses nicht nur der neue Gesetzesvorschlag, sondern auch die nun mittlerweile bekanntgewordenen Wünsche Frankreichs ²³.

Man vernahm, Laharpe habe vom französischen Minister des Äußern in Erfahrung gebracht, man solle die Regimenter in Sardinien zurückziehen, für Spanien jedoch die Werbung wie bisher gestatten ²⁴. In der sich nun entspinrenden Diskussion meldeten sich nur Gegner der fremden Kriegsdienste zum Wort. Sie erinnerten an die Auswüchse der Werbungen und an gewisse konstitutionswidrige Artikel der Kapitulationen. Trotzdem pflichteten sie alle den Ausnahmebestimmungen bei, wobei sie ihre Stellungnahme mit dem Wunsch Frankreichs auf Beibehaltung der spanischen Schweizertruppen begründeten. Die Mehrheit des Senats vermochte sich dieser Betrachtungsweise nicht zu entziehen und verlieh dem Ausnahmegesetz ²⁵ noch am gleichen Tag rechtsgültige Kraft.

Dieses neue Dekret ist in verschiedener Hinsicht bemerkenswert. Es zerfiel in eine Präambel und zwei Artikel. Jene erklärte die Ausnahme vom Prinzip mit dem spanisch-französischen Schutz- und Trutzbündnis, sowie mit der Feststellung, daß infolge des schweizerischen Verhältnisses zu Frankreich dessen Freunde auch die der Schweiz seien. Dennoch trug ein dritter Punkt auch dem moralischen Empfinden der Epoche Rechnung: Man habe es für notwendig erachtet, allfälligen Werbmißbräuchen zu steuern. In nur einem Paragraphen verkündete sodann der erste Artikel die Ausnahme des Werbverbotes zugunsten der spanischen Schweizerregimenter. Wie eine Beschwichtigung des Gewissens nehmen sich daneben die 16 Paragraphen des zweiten Artikels aus, die eine detaillierte Werbeordnung festsetzen. Ihr zufolge können u. a. noch nicht zwanzigjährige Söldner von Eltern und Vögten, Männer jeden Alters aber von ihren Ehefrauen und Kindern zurückgefordert werden ²⁶.

Bestimmt war diese Entwicklung den verantwortlichen Behörden damals nicht ganz unerwünscht. Der Seitenblick auf Frankreich ließ ihnen eine politische Handlung, die ihren Prinzipien widersprach, entschuldbar erscheinen und milderte die Bitterkeit der Tatsache, einem verhaßten Überbleibsel des Ancien Régime mangels Autorität und Mitteln nicht auf offene Weise loswerden zu können.

Vergleichen wir die Stellung der Solddienste in der alten Eidge-

²³ Strickler, Bd. II, Nr. 123–6.

²⁴ Strickler, Bd. II, Nr. 78–69.

²⁵ Strickler, Bd. II, Nr. 123–0.

²⁶ Alte Tendenz der Werbordnungen. Vgl. Basel, Werbungsmandat, März 1731, Nr. 6. Staatsarchiv Basel, Militäracten, DD 1.

nossenschaft mit derjenigen zur Zeit der Helvetik, so ergibt sich folgendes Bild:

Das Ancien Régime leitet die Auswirkungen eines übermächtigen Volksimpulses in geordnete Bahnen und baut sie gleichzeitig als Eckpfeiler in das außenpolitische System des gesamten Staatenbundes ein. Als Gesichtspunkt dieser Politik dient sowohl die Wohlfahrt des Einzelnen wie die des Gesamtstaates. Der Beruf des Kriegers ist ein traditionelles, geehrtes, im allgemeinen anerkanntes Handwerk.

Die Helvetik lehnt diese Auffassung ab. Bevor ein Schweizer Handgeld nimmt, hat er die Bestrebungen seines zukünftigen Herrn zu prüfen und mit den Idealen der Aufklärung zu vergleichen. Kein Mensch soll den Krieg als eine Art Broterwerb betrachten, dem er unbekümmert um das Kriegsziel huldigen kann. Nur wer sich in seinem Gewissen zum Kampf gedrungen fühlt, darf die Waffen tragen.

Andererseits neigt die Helvetik sehr stark dazu, individuelle Forderungen staatlichen Entscheidungen unterzuordnen²⁷. In der Diskussion um die Fremdenregimenter verurteilt sie aus moralischen Gründen die Söldnerdienste als Mittel der Monarchien, die Freiheit des Volkes zu unterdrücken. Es ergibt sich eine Verwirrung durch das Bündnis des republikanischen Frankreich mit den beiden transalpinen Monarchien Spanien und Piemont, doch kann das Befremden über diese prinzipienwidrige Haltung paralysiert werden durch die Überzeugung, daß das Ende der Dynastien ja unmittelbar bevorstehe²⁸. Die Mehrheit der verantwortlichen Männer mißt der Außenpolitik den Primat über die Innenpolitik bei, so daß die Entscheidung über das Söldnerwesen schließlich nach den Wünschen eines mächtigen Nachbarstaates, den man vorderhand noch mit dem Anführer einer umfassenden Friedens- und Freiheitsbewegung verwechselt, ausfällt. In der Behörde befinden sich eine Anzahl Männer, die dabei gegen ihre Überzeugung stimmen müssen, während uns bei andern kein oder ein viel schwächerer Konflikt zwischen den Bedürfnissen des Staates und ethischen Erwägungen begegnet.

Aber der Konflikt ist da, schärfer als früher, und doch werden noch sechzig Jahre vergehen, bis er gelöst wird, und die Lösung wird ihren Zeitpunkt nicht neuen, reineren und allgemeiner anerkannten

²⁷ Der Freiheitsbegriff der Schwyzer Petenten löst kein Echo aus. – Die verschiedenen Denkschriften und Petitionen sardinischer Schweizeröldner und diejenigen von deren Angehörigen, die um die Preisgabe ihrer Existenz bangen, fallen nirgends ins Gewicht. Vgl. die dringliche Empfehlung der Angehörigen des Cantons Säntis in piemontesischem Dienst (Regiment Bachmann), zur Ermöglichung der Fortdauer ihres Dienstes, wodurch viele Familien vor Unglück bewahrt werden könnten: Strickler, Bd. II, 123–12 und 10.

²⁸ Vgl. Strickler, Bd. II, Nr. 91–17 b, Votum Stockmann, Senat, 5. Juli. Es war ja die Zeit der Kontinentalsperre.

Grundsätzen verdanken, sondern lediglich dem Umstand, daß die erforderlichen Mittel zur definitiven Regelung vorliegen, und dazu die notwendigen Gegebenheiten in den in- und ausländischen Verhältnissen endlich vorhanden sind.

3. Mediation und Restauration

Vor der Betrachtung der Diskussion um die Söldnerdienste dieses Zeitraums drängt sich die Frage auf, ob die Voraussetzungen, welche den alten Militärkapitulationen und den Auseinandersetzungen, die sie hervorriefen, zugrundelagen, während der Regierung Napoleons und bis zur Julirevolution noch immer bestanden, oder ob sie unterdessen eine Veränderung erlitten hatten.

Außenpolitisch gesehen, erreichte die Eidgenossenschaft mit dem Frühjahr 1798 einen Tiefpunkt ihrer Selbständigkeit. Der alte Bundesgenosse Frankreich hatte seinen schwächern Partner überfallen und ihm seinen Willen aufgezwungen. Im Ausbau seiner europäischen Vormachtstellung begriffen mobilisierte er alle verfügbaren Kräfte, wobei auch die Helvetische Republik ihren Teil beizusteuern hatte. Die schweizerischen Handelsinteressen bestanden in wachsender Stärke weiter. Das durch die Invasion verarmte Land benötigte dringender als je das Entgegenkommen des Auslandes, um durch Ausfuhr die passive Handelsbilanz ausgleichen zu können. Gerade die napoleoni-sche Ära brachte der Schweiz in wirtschaftlicher Hinsicht kaum zu bewältigende Schwierigkeiten. Als nach dem Sturz des Kaisers die Eidgenossenschaft ihre volle Handlungsfreiheit zurückerlangte, konnten daher Freunde und Gegner der Soldpolitik der alten Kombination von Fremddiensten und Handelsvergünstigungen wieder ihre ursprüngliche Bedeutung zumessen. Umso größer war die Enttäuschung, als die wirtschaftlichen Vorteile, die durch die französische Kapitulation von 1816 erlangt wurden, bei weitem nicht die früheren Ausmaße erreichten. Der Unwille darüber äußerte sich vor allem in der Presse, die mit dem Zeitgeist den Zug zu friedlichem Gewerbe teilte. Der «gute König Ludwig», in den Anfangszeiten seines Amtes auch vom «Schweizerboten» freundlich begrüßt, verlor in der Folge einen großen Teil seiner Popularität, da nach 1816 ausgerechnet der Handel mit Frankreich den Ständen von allen wirtschaftlichen Beziehungen nach außen am meisten Schwierigkeiten bereitete. Vor allem war es Basel, das unter der französischen Wirtschaftspolitik litt, da es infolge

der durch Frankreich dem Grenzort Les Verrières gewährten Zoll- und Transiterleichterungen in Gefahr stand, als Ausfuhrzentrum abgeschnitten zu werden. Beim Abschluß des neuen Soldabkommens hatte die Stadt die Bemühungen des Vorortes, gegen die französischen Werbungen ungefähr dieselben Handelsvorteile, wie sie der Schweiz vor der Revolution gewährt worden waren, einzutauschen, lebhaft unterstützt ²⁹. Nachdem nun der Vertrag anstelle klarer Zugeständnisse nur vage Versicherungen enthielt, hatte Basel die neue Kapitulation nur unter der Bedingung ratifiziert, daß die schweizerischen Wünsche in der Praxis volle Berücksichtigung fänden ³⁰.

Der wirtschaftliche Mißerfolg der französischen Kapitulation von 1816 lag in kurzer Zeit jedermann klar vor Augen. In einem Leitartikel «Schweizerischer Kriegsdienst und Handel mit Frankreich» bekennt sich der «Schweizerbote» zur Auffassung, daß nicht der Soldatendienst, sondern die Handelsfreiheit der Schweizer in Frankreich der eigentliche Nutzen der Regimentsverträge gewesen sei. Dem Entzug all der kräftigen Hände, den parteiischen Bevorzugungen, der durch französische Mode, Sprache und Sitte eingedrungenen Entschweizerung, sowie der infolge französischer Intrigen erfolgten Entzweiung der Kantone hätten als Vorteile nur die Handelsbegünstigungen gegenübergestanden ³¹. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Ansicht besser ins Schwarze trifft, als man gemeinhin glauben möchte. Eine wirtschaftlich unvorteilhafte Politik hat ja noch heute keine große Aussicht auf Erfolg. Wenn daher das 19. Jahrhundert den schweizerischen Fremddiensten ein Ende bereitete, so hat dies wohl nur geschehen können, weil die wirtschaftliche Bedeutung der Dienste damals endgültig erlosch. Die schweren Krisen der französisch-schweizerischen Handelsbeziehungen erscheinen daher heute dem Historiker für den Niedergang der Dienste bedeutungsvoller, als deren spätere Verfehlung durch den Radikalismus.

²⁹ Staatsarchiv Basel, Protokoll des Staatsrats 1816 – Februar – 8., f. 198.

Staatsarchiv Basel, Prot. des Kl. Rates, 1816 – März – 9., fol. 88.

Unter den Aspekt der Handelsverhältnisse gestellt werden die Mil.-Kapitulationen auch Staatsarchiv Basel, Prot. Kl. Rat, 1816, März – 27., fol. 115.

Staatsarchiv Basel, Prot. Kl. Rat hält am 13. Juli 1816 (fol. 280) die Einstellung des französischen Königs fest: Vereinigung der Interessen der Untertanen mit denen der ältesten Verbündeten.

³⁰ Staatsarchiv Basel, Prot. Gr. Rat, 1816 – Juni – 20., fol. 219. – Prot. Kl. Rat, 1816 – Juni – 22., fol. 249.

Staatsarchiv Basel, Prot. des Handlungscomités, 1816 – Mai – 30., fol. 211.

³¹ Schweizerbote, 1816 – Februar – 22., Nr. 8, p. 57/58.

Schweizerbote, 1816 – Januar – 18., Nr. 3, p. 20.

Op. cit., 1816 – Juli – 4., Nr. 27, p. 211.

Staatsarchiv Basel, Prot. Grosser Rat, 1824 – Juni – 14., fol. 277.

Conférence, que les dix Députés Suisses, nommés par les deux partis, ont eue avec le Premier Consul le 29 janvier 1803... (Seminar Muristalden, Bibliothek).

Wie stand es mit dem *Bevölkerungsüberschuß*? Der an Widersprüchen so reiche Zeitraum blieb auch hier der Mannigfaltigkeit an Gegensätzen treu: Zur Zeit der napoleonischen Kriege sah sich die Schweiz außerstande, ohne Schwierigkeiten eine genügende Anzahl Dienstfreudiger zu bieten, und die Verhandlungsrichtlinien stellten schließlich dem Ziel, eine Verminderung der Zahl der Schweizersedaten zu erwirken, die Rücksicht auf die Einbuße einiger Offiziersstellen hintan³². Der Herabsetzung der Quote dienten sogar Begründungen, die üblicherweise die Militärkapitulationen erklären und entschuldigen halfen, wie etwa die Kargheit des Bodens, die in der Schweiz eine größere Reserve an kräftigen Händen verlange als in andern Ländern³³.

Unter den Ständen, die sich über einen zu hohen ihnen von der Tagsatzung zugewiesenen Anteil an Stellungspflichtigen für Frankreich beklagten, befanden sich kleinere Kantone wie Glarus, Appenzell I. Rh. und Tessin. Probleme, wie die Anwerbung anderer Kantonsangehöriger, führten zu interkantonalen Streitigkeiten, indem einzelne Regierungen die durch andere Orte angeworbenen Staatsangehörigen für ihre Quote reklamierten. Eine Zusammenstellung nach dem ersten Werbungsjahr ergab, daß Zürich, Waadt, Aargau, Graubünden, Luzern und Freiburg einen Werbevorschuß aufwiesen, während Bern, St. Gallen, Tessin, Thurgau und Solothurn mit ihrer Rekrutenzahl im Rückstand waren. Besonders erfolgreich gestalteten sich die Werbungen im Aargau und in Freiburg.

Dienstfreudigkeit und Bevölkerungsüberschuß standen gerade damals nicht unbedingt in einem direkt proportionalen Verhältnis. Wie ließe sich sonst die Klage des Kantons Glarus über eine zu hohe Quote erklären neben den gleichzeitigen Zeitungsmeldungen über die Armut und das Elend in diesem Kanton³⁴? Die strengen Bestimmungen über Alter, Körpermaß und Gesundheitszustand der Rekruten konnten allein die Werbetätigkeit nicht derart hemmen. Der Zwang, der den napoleonischen Werbungen anhaftete, trägt in erster Linie die Verantwortung dafür.

³² Instruction für die ... Herren ... Commissarien, welchen die Unterhandlung in Betreff des capitulationsmässigen Schweizer Dienstes in Frankreich von der Hohen Tagsatzung übertragen worden ist. 7., 8. und 9. Oktober 1811. (Stadtbibliothek Bern, Mss. Hist. Helv. VII-2.)

Die Kommission drang denn auch mit Nachdruck auf eine Reduktion des Söldnerbestandes, vgl. Stadtbibliothek Bern, Mss. Hist. Helv. VII-2, Kommission an Talleyrand.

³³ Stadtbibliothek Bern, Mss. Hist. Helv. VII-2, 1811 – Dezember – 22., Kommission an Talleyrand. – Erwähnt wird außerdem das Bedürfnis nach eigenen Streitkräften, sei es zur Aufrechterhaltung der innern Ruhe, sei es für den Grenzschutz.

³⁴ Schweizerbote, 1813 – Mai – 13., Nr. 19, p. 146 f. und 1813 – Juni – 3., Nr. 22, p. 169 f.

Völlig anders lagen die Dinge zu Beginn der neuen bourbonischen Ära um 1815. Die ihr unmittelbar folgende Kapitulation mit Ludwig XVIII. befreite die Orte von der drückenden Sorge um den Unterhalt der zurückgekehrten Regimenter, die in den Hungerjahren 1816/1817 eine große Belastung gebildet hätten ³⁵.

Es läßt sich denken, daß die um diese Zeit stets wachsende Auswanderung der größten Not der Überbevölkerung hätte abhelfen können. Andererseits aber hatte der Dienst in einer festgefügtten, staatlich garantierten und beschützten Einheit in Frankreich oder Holland doch auch etwas für sich gegenüber der Fahrt auf dem großen Wasser und dem ungewissen Schicksal auf dem fernen Kontinent, wo der mittellose Auswanderer wie ein Sklave verkauft werden konnte ³⁶. Die Behörden ließen die armen Teufel zwar gerne gehen ³⁷, aber die Presse erörterte in grundsätzlichen Diskussionen das Dafür und das Dagegen. Diese sind insofern von einigem Interesse, als gewisse, gegen die Fremddienste ins Feld geführte Argumente auch gegen die zivile Auswanderung gerichtet werden. Im Schweizerboten vom 1. Februar 1816 versucht ein Einsender aus Basel die Auswanderungssucht durch falsche, dem Faulenzertum entsprungene Phantasien zu erklären ³⁸. Diesem späten Physiokraten halten andere Einsender entgegen, eines jeden Vaterland sei dort, wo er sich wohl fühle, und selbst wenn ein Land alle seine Bewohner ernähren könne, habe es dennoch kein Recht, seinen Bewohnern das Auswandern in Gegenden zu verbieten, wo sie glaubten, noch glücklicher zu sein ³⁹.

Wie die Diskussion über die fremden Dienste, so barg eben auch die über die Auswanderung Elemente stickigen provinziellen Lokalpatriotismus' und solche des offenen Weltbürgersinnes.

An Bevölkerungsmangel hat die Schweiz in jenen Jahren bestimmt nicht gelitten; denn wie wäre es sonst zum Vorschlag des «Schweizer-

³⁵ Schweizerbote, 1816 – August – 22., Nr. 34, p. 268 ff.

Schweizerbote, 1816 – Juli – 4., Nr. 27, p. 213.

Schweizerbote, 1816 – September – 12., Nr. 37, p. 285 f.

Schweizerbote, 1816 – August – 15., Nr. 33, p. 260.

Vgl. p. 48.

Schweizerbote, 1815 – Januar – 12., Nr. 2, p. 12.

Stadtbibliothek Bern, Mss. Hist. Helv. VII-2, 1811 – Dezember – 22.: «Il y a deux raisons de fixer ainsi l'année conventionnelle pour le Recrutement, l'une tirée de ce, que les cinq mois d'hiver étant les véritables mois, pendant lesquels se fait le recrutement (les autres devant à peine se compter).»

Staatsarchiv Basel, Prot. Kleiner Rat, 1814 – Dezember – 31., fol. 400.

Dito, 1823 – Februar – 8., fol. 31.

³⁶ Schweizerbote, 1816 – April – 25., Nr. 17, p. 129.

³⁷ Staatsarchiv Basel, Prot. Kl. Rat, 1816 – Februar – 10., fol. 53.

³⁸ Nr. 5, p. 34–36.

³⁹ Schweizerbote, 1816 – Mai – 2., Nr. 18, p. 139 f. und 1816 – August – 22., Nr. 34, p. 265.

boten» gekommen, die Regierung von Bayern anzufragen, ob sie vielleicht ein Stück Land zu einer Schweizerkolonie hergäbe, und weshalb wären sonst bis an die Hälfte der Bewohner gewisser Dörfer in die Neue Welt übergesiedelt? Erst in den Zwanzigerjahren ist ein fühlbares Abnehmen der auch für die Fremddienste geltenden Voraussetzung der Beschäftigungslosigkeit bemerkbar, dem sogleich auch ein Absinken des behördlichen Interesses an dieser Form der Auswanderung folgt ⁴⁰.

Allerdings, die Lust am Kriegshandwerk, am Militär und an der Uniform verschwand nicht so ohne weiteres aus dem Schweizervolk. Sie überstand die Friedenssehnsucht der napoleonischen Generation und wirkte sich auch später mannigfach aus. Bedenkt man die stolze Tradition fremder Dienste so vieler schweizerischer Geschlechter, so verwundert man sich nicht, daß die Militärkapitulationen damals trotz allen Einwänden noch eine bestimmte, psychologisch bedingte Zugkraft besaßen.

Dennoch unterschied sich die Ausgangslage der Söldnerdienste im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts doch wesentlich von derjenigen früherer Jahrhunderte. Aus dem stolzen Militärbündnis mit Frankreich war zur Zeit Napoleons ein drückendes Statut geworden, das die Schweizerregimenter durch unaufhörlichen Einsatz dauernd großen Verlusten aussetzte ⁴¹ und die Regierungen gelegentlich zwang, auf zweifelhafte Weise für Nachschub zu sorgen. Andere Signatarstaaten zögerten mehr und mehr in der Gewährung von Handelsvorteilen und erfüllten ihre Pensionsverpflichtungen in ungenügendem Maß. So kam es, daß die Reduktion wirtschaftlicher Vergünstigungen das hervorstechendste Merkmal der neuen Soldabkommen, und der Kampf um die Einhaltung der Pensionsverpflichtungen der Hauptgegenstand der behördlichen Auseinandersetzung mit der Frage der Fremdenregimenter wurden. Vor allem galt es, den Ansprüchen der ehemaligen Offiziere und Soldaten der spanischen und holländischen Schweizertruppen Rechnung zu tragen, und die Unterstützung der Witwen und Waisen der Schweizergardisten von 1792 durchzusetzen. Schließlich ergaben sich aus den Diensten jener wechselvollen und auflösenden Jahre eine Menge sekundärer Fragen, wie die der Werbung, der Desertion, des Truppenstrafrechts, des disziplinarischen Verhaltens bei der Rückkehr, der Ordensverleihungen und Standeserhöhungen.

⁴⁰ Staatsarchiv Basel, Prot. Kleiner Rat, 1827 – November – 10., fol. 333 und 1827 – November – 14., fol. 338.

⁴¹ Staatsarchiv Basel, Eidgen. Abschiede 6 b, Tagsatzungsabschiede 1813 – Juni 10., § 40, p. 125, vorläufige Behandlung der französischen Militärkapitulation, I–C.

Waren es bei den Behörden diese Gründe, die den Fremddienst in jenen Jahren zu belasten begannen, so fiel bei der öffentlichen Meinung als neues Diskussionselement vor allem der Umstand ins Gewicht, daß die Kapitulationen mit Monarchen abgeschlossen worden waren und daher als volksfeindlich betrachtet werden konnten. Im Ancien Régime hatte die Institution des Solddienstes in verhältnismäßig wenig Volkskreisen Bedenken hervorgerufen. Schon mit dem Ausbruch der französischen Revolution aber begann man den schweizerischen Auslandsdienst nicht mehr als eine staatliche Notwendigkeit, sondern als Verteidigungsmittel eines das wahre Staatswohl hemmenden Systems zu erblicken, ihn aufzufassen als Schutz einer Klasse, die die Volkssouveränität grundsätzlich ablehnte und das Berufsheer zur Verteidigung ihrer Positionen einspannte. Neben die alten, festgefügt und bis ins einzelne geregelten Schultruppen, in der Tat der Ausdruck einer bestimmten sozialen Anschauung, trat das Ideal der «levée en masse», das grundsätzlich nur den befreienden, den prinzipiellen Krieg gelten ließ, besonders den Krieg der Untertanen gegen die «Oligarchen». Diese aber erblickten in den neuen Ideen einen Hauptherd der europäischen Zerwürfnisse und fühlten sich, oft aus ehrlicher Überzeugung heraus, berufen, ihre Stellung im Interesse der Religion, der Ordnung und der Wohlfahrt zu verteidigen. So kam es, daß sich in den heftigsten Phasen der Diskussion der alte Begriff von Soldatenehre und Schweizertreue und der neue von der Treue zum Volk und zur Revolution unversöhnlich gegenüberstanden.

Im Gegensatz zum 18. Jahrhundert drang die geistige Auseinandersetzung nun auch unmittelbar in die schweizerischen Ratssäle vor. Durch die Erweiterung des sozialen und kantonalen Einzugsgebietes der Regierenden konnten in den Behörden Stimmen zum Wort kommen, die man vormals dort vergeblich gesucht hätte. Zum mindesten war die Öffentlichkeit über die bei den maßgebenden Verhandlungen vor sich gehende Meinungsbildung besser auf dem laufenden als ehemals ⁴².

Diese soziale Umschichtung in den Regierungen schwächte die Reihen derer, die durch ruhmreiche Tradition ihres Geschlechts oder durch eigene Verdienste seelisch, geistig und wirtschaftlich mit dem Fremddienst verbunden waren. Eine neue, kulturell und militärisch unbeschwerte Generation setzte alten Überlieferungen und persönlichen Beziehungen zu ausländischen Lebens- und Staatsgebilden den Impuls begeisternder Theorien und den Blick in ein zukünftiges Völkerparadies entgegen. Ihrem sittlichen Empfinden waren Kriegsdienste ohne eine moralische Begründung ein Greuel, und sie ent-

⁴² Schweizerisches Museum, 1. Jahrgang, 1816, p. 307.

rüstete sich über die in den Fremdenregimentern fortlebende Bevorzugung der Oberschicht, welche die Offiziere stellte und in bezug auf die Fortbildungsmöglichkeiten den gemeinen Mann benachteiligte.

Wohl gewährte die Mediations- und Restaurationsepoche dem schweizerischen Ratssaal als Schauplatz der geistigen Auseinandersetzung eine vorübergehende Ruhezeit; der Keim des Zwiespaltes war vorhanden, und die Saat ging dafür in der Öffentlichkeit umso stärker auf. Neben die Veröffentlichungen der Rechtswissenschaft, der Biographen und der Dichter, die schon früher ihre Beiträge zur Diskussion geliefert, trat nun als neue, wuchtige Meinungsbildnerin die Presse. Vor 1830 waren es weniger die teilweise noch schüchternen Zeitungen, als eine für jene Zeit recht verwegene Flugschriftenliteratur. Auch in der von gouvernementalen Einflüssen sachte sich distanzierenden Historiographie trat die neue Einstellung stärker hervor.

So kann demnach das Ergebnis der Voruntersuchung lauten: Im Zeitraum von 1803 bis 1830 differenzieren sich die natürlichen Voraussetzungen für eine militärische (oder zivile) Auswanderung mehr und mehr. Ein Eckpfeiler der Solddienste, die Handelsvergünstigungen, beginnt wegzufallen. Die Sittlichkeit der Helvetik, die an der frühern Auffassung des Krieges als einer Handwerksform Anstoß nahm, lebt weiter und erblickt in den Fremddiensten mehr als je eine Quelle öffentlichen Sittenverderbnisses und ein Mittel zur Verhinderung der Völkerbefreiung und der Völkerbefriedigung. Während der Umschwung von 1798 diese Opposition zum ersten Male in Regierungskreisen zur Vorherrschaft gelangen läßt, sorgen die nachfolgenden Jahre durch die Entwicklung des Pressewesens für ausgiebigen Meinungsaustausch in der Öffentlichkeit.

Es ist bezeichnend, daß die erste größere Oppositionswelle gegen die Fremddienste seit den Zeiten der Helvetik mit dem Jahre 1816 einsetzt und sich durch eine rein politische Motivierung auszeichnet. Mehr als zehn Jahre des heftigsten außenpolitischen Druckes trennten die eben neu zusammengefügte Schweiz von den Tagen der helvetischen Begeisterung, in denen die Lenker der schweizerischen Politik die Fahnen Frankreichs für diejenigen des ewigen Friedens und der dauernden Wohlfahrt für alle gehalten. Ein Zeitablauf, in dem die schweizerische Außenpolitik ihre Hauptbemühung auf die Abwehr jener Kräfte hatte richten müssen, die die Selbständigkeit des Staates und die Unverletzlichkeit seines Territoriums bedrohten. Eine grundsätzliche Diskussion der Söldnerdienste war unter diesen Umständen ausgeschlossen gewesen. Die Schweiz hatte sich den Ansprüchen des Imperators beugen müssen, mittels des Soldbündnisses einen aller-

dings sehr bescheidenen Trumpf noch in Händen haltend ⁴³. Je drückender diese Jahre gewesen waren, desto stärker hatten sie dazu beigetragen, das *nationale Empfinden* zu schärfen und das *Neutralitätsbewußtsein* zu vertiefen. Diese beiden Gesichtspunkte sind es denn auch, die den Charakter der Diskussion in der nachnapoleonischen Zeit bestimmen.

Da hatte zunächst das Verhalten der Schweizertruppen im Russischen Feldzug eine nationale Begeisterung erzeugt. Unmittelbar vorher hatte die Tagsatzung nichts unterlassen, um das Schicksal ihrer Regimenter möglichst günstig zu gestalten. Noch im Januar 1812 hatte sie sich vom Kaiser größtmögliche Schonung und Bevorzugung ihrer Truppen versprechen lassen, indem diese entweder nicht in den Krieg gesandt, nicht in ungesunde Ortschaften verlegt oder endlich sonst auf das bestmögliche geschont werden sollten ⁴⁴. Der Zug nach Rußland und die Ende 1812 erfolgte Vernichtung der daran beteiligten Schweizerregimenter hätten somit bei ihr eine niedergedrückte, ja vielleicht feindselige Stimmung schaffen müssen. Wenn statt dessen Stolz und Freude die Trauer um die schweren Verluste überwogen, so lag das an den Meldungen über das tapfere Verhalten der Schweizer in den Nachhutkämpfen, über die man langsam Näheres erfuhr.

Am 11. Februar 1813, d. h. mehr als zwei Monate nach der Katastrophe, brachte der «Schweizerbote» zum ersten Mal die Meldung von den Nachhutkämpfen der Schweizer, die ihnen seitens der französischen Krone große Auszeichnung zugetragen. Aber erst anfangs April veröffentlichte er einen ausführlichen Bericht über die Kämpfe an der Beresina. Am 19. April teilte der Vorort Zürich den Kantonen mit, daß «Dankbarkeit und Nationalehrgefühl» das wackere Benehmen unserer Regimenter im letzten Feldzuge zum ersten der Punkte machten, die der Instruktion bedürften. Mit ihrer Unerschrockenheit, Treue und musterhaften Ergebung in alle Mühseligkeiten und Entbehrungen des Feldzugs hätten sie «den alten Kriegersruhm der Schweizer Truppen auf das ehrenvollste» behauptet ⁴⁵. Die Angelegenheit rief ein nationales Echo hervor, das seinen schönsten Ausdruck im Bericht der für die Fremdienstleistungen zuständigen Tagsatzungskommission fand ⁴⁶. Einhellig billigte die Tagsatzung die vorgeschlagene Lobes- und Dankesbezeugung ⁴⁷.

⁴³ Stadtbibliothek Bern, Mss. Hist. Helv. VII-2, Schreiben des Landammans an die eidgenössischen Stände, Solothurn, 7. November 1811.

⁴⁴ Stadtbibliothek Bern. Mss. Hist. Helv. VII-2.

Nr. 6, p. 47.

⁴⁵ Staatsarchiv Basel, Tagsatzungsabschiede, 1813 – April – 19.

⁴⁶ Staatsarchiv Basel, Tagsatzungs-Relationen 1804–1813.

⁴⁷ Staatsarchiv Basel, Eidgenössische Abschiede, 1813, p. 135 ff.: «Die eidgenös-

Sprach die Versammlung jene Anerkennung mit völlig gutem Gewissen aus? Stand die nachdrückliche Betonung der Heldentaten etwa im Zusammenhang mit dem Druck der Verantwortung für die schweren Verluste, derer sich schließlich die Obrigkeit nicht entledigen konnte? War ein Stück Absicht dabei mit im Spiel? Aus dem vorliegenden Material kann die Frage kaum beantwortet werden. Es sei darauf hingewiesen, daß sich bei den Kantonen selbst Stimmen fanden, welche die Ausnahmebehandlung, die diesem Feldzug damals zuteil wurde, behutsam anfochten. So wurden u. a. die weitem Anträge der Kommission, den Überlebenden eine Denkmünze zu schenken, und ihnen eine ehrenvolle und ökonomisch bevorzugtere Rückkehr in die Heimat zu garantieren, nicht zum Beschluß erhoben. Basel machte auf die ebenso tapfere Haltung der in Spanien kämpfenden Schweizertruppen aufmerksam und warnte davor, die Akzente allzu einseitig zu legen, oder gar durch bindende Zusicherungen ein gefährliches Präjudiz zu schaffen.

Die zweite Gelegenheit, bei welcher die Schweizerregimenter zum Symbol des im außenpolitischen Bereich verletzten nationalen Empfindens wurden und sich einen bislang höchstens vom 10. August 1792 her bekannten Grad der Anerkennung verschafften, war die nahezu geschlossene Weigerung der eidgenössischen Verbände, sich anlässlich der Rückkehr Napoleons von Elba entsprechend dem Verhalten ihrer französischen Kameraden dem Diktator anzuschließen. Blumen schmuck empfing die ersten zweihundert, die, dem Rückberufungsbefehl der Tagsatzung Folge leistend, im Mai 1815 in Neuenburg eintrafen, und Musik war zu ihrem Empfang bereit⁴⁸. Mitte Mai gab die bernische Regierung zu Ehren der zurückgekehrten Offiziere ein Gastmahl, an dem die Stichworte «Paris» und «Beresina» gleichbedeutend fielen⁴⁹. Schon am 6. und 14. April hatte der «Schweizerbote» mit leicht verklärender Tendenz die Eidtreue der Schweizertruppen hervorgehoben, hatte ihr Pflichtgefühl bewundert und dem Abfall des Volkes, der Armee und des Monarchen gegenübergestellt⁵⁰.

sische in Zürich versammelte Tagsatzung ... beschliesst folgendes. Den 4 Schweizer Regimentern in K. K. französischen Diensten, die in dem vorjährigen nordischen Feldzug ihren Dienst auf eine ausgezeichnete Art verrichteten, auf einem unwirthbaren Boden, den Elementen und allen Arten von Entbehrungen Trotz botten, sich nie von ihrer Pflicht abwendig machen ließen, und im Gefühl dessen, was von Ihnen als Schweizern erwartet wurde, vor einem überlegenen Feinde die rühmlichste Uner-schrockenheit bewiesen, und das in sie gesetzte Zutrauen rechtfertigend, an den Ufern der Dwyna und Berezyna als Helden kämpften, wird der Dank des Vaterlandes bezeugt.»

⁴⁸ Schweizerbote, 1815 – Mai – 18., Nr. 20, p. 155.

⁴⁹ Schweizerbote, 1815 – Mai – 25., Nr. 21, p. 164.

⁵⁰ Schweizerbote, 1815 – April – 6., Nr. 15, p. 105. 1815 – April – 14., Nr. 16.

Immer aufs neue befasste sich das Blatt mit der Rückkehr «der braven Schweizer» aus Frankreich, wiederholt anerkannte es ihre Zuverlässigkeit und ihr Ehrgefühl. Gleichen Empfindungen verlieh am 7. August der Tagsatzungspräsident Wyß von Zürich in einer Rede anlässlich der Bundesschwurleistung Ausdruck ⁵¹, während Bern die nach dem 20. März in Frankreich verbliebenen Kantonsmilitärs für immer unfähig erklärte:

1. des Militärdienstes unter schweizerischen Fahnen
2. des Dienstes in auswärtigen Regimentern
3. der Bekleidung einer Zivilstellung in der Heimat

und sich je nach den Umständen die Verurteilung zu Gefängnis von 1 bis 3 Monaten vorbehielt ⁵².

In diesen Jahren wurde das Wort «Treue und Ehre» recht eigentlich Allgemeinut des schweizerischen Nationalvokabulars, so weit sich dieses auf die Soldaten im Ausland bezog. Bis heute spiegelt es hier gemeinsam mit dem entgegengesetzten «Kein Geld, keine Schweizer» die Bipolarität der öffentlichen Meinung über die Fremdendienste wider. Schon die kurz nach dem Tuileriensturm veröffentlichten Berichte über jenes Ringen hoben den Begriff der Pflicht, dem sich die Schweizer verschrieben, mit allem Nachdruck hervor. Das Bild des rechtschaffenen, mutigen und zuverlässigen Schweizer-soldaten wurde in der Folge an unzähligen Stellen und bei den verschiedensten Gelegenheiten weitergeprägt. Im «*Récit de la conduite du Régiment des gardes Suisses, le 10 août 1792*», 1819 anlässlich der Errichtung des Löwendenkmals zugunsten der wenigen Überlebenden verkauft, wird der Einsatz der Spartaner für Frauen, Kinder, Ruhm, Vaterland und Götter mit demjenigen der Schweizer für Vaterland, Schwur und Pflicht verglichen. Besondere Bewunderung erregt ihre unwandelbare, allen Versuchungen zum Trotz sich bewährende Treue.

Die sorglichste Hut fand dieses mittlerweile zur Überlieferung gewordene Bild vom Wesen des Schweizersöldners in der Seele der auswärtigen Schweizeroffiziere und in der Gemeinschaft ihres oft gefährvollen Berufes ⁵³.

So verfehlen die Berichte der Truppenchefs nie, der Tagsatzung neue Zeichen der Bewährung mitzuteilen, und damit das Bild rein zu erhalten ⁵⁴.

Der Ruf der Treue, den sich die Schweizertruppen erwarben, wurde

⁵¹ Schweizerbote, 1815 – August – 17., Nr. 33, p. 257 ff.

⁵² Schweizerbote, 1816 – März – 21., Nr. 12, p. 91.

⁵³ Schweizerbote, 1825 – August – 25., Nr. 34: Ehrenrettung des Schweizer-Militärs während dessen Stand in Portugal im Jahr 1810. Verfasser: E.

⁵⁴ Bundesarchiv, Tagsatzungsarchiv Bd. 2208-I: Korrespondenz des François

aber auch im Ausland lebendiges Vorstellungsgut. Die aus Paris zurückkehrenden, Napoleon ablehnenden Scharen werden 1815 in Besançon festlich empfangen. Weiße Fahnen und Inschriften zieren die Häuser, bürgerliche und militärische Behörden schreiten den Ankommenden entgegen. An der Spitze der Nationalgarden empfängt sie der Präfekt und hebt in einer Ansprache ihre Vorfahren, sie selbst und ihr Losungswort: «Treue und Ehre» hervor⁵⁵. Mehrmals tragen ausländische Mächte in diesen Jahren unter Berufung auf die erprobte Zuverlässigkeit der Schweizertruppen den Ständen Kapitulationen an⁵⁶.

Die erzwungene Bindung an Frankreich, durch welche die Schweiz eine gelähmte Außenpolitik mit all ihren unheilvollen Konsequenzen durchzuführen gezwungen war, erzeugte eine für das *Neutralitätsempfinden* ungleich günstigere Stimmung als die ideelle Begeisterung zu Beginn der helvetischen Epoche.

1813 bereits befassen sich verschiedene Artikel des «Schweizerboten» mit dem Begriff der Neutralität, indem ihr dankbar die Verantwortung für die Bewahrung des Vaterlandes vor den schrecklichen Kriegsbegebenheiten überbunden wird. Die Verankerung der Neutralität im Friedensvertrag von Wien entsprach ganz einem hiezulande durch die Erfahrungen der vorhergehenden Jahre geläuterten Bedürfnis, und dieses bildete seinerseits den Ausgangspunkt einer Distanzierung der Schweiz von den Händeln des Auslandes, aber zugleich auch die Verstärkung einer gewissen Engstirnigkeit, die jeden Einzelgänger in den Augen einer weltoffenen Schicksalsgemeinschaft kleinlich, lehrhaft und eigensüchtig erscheinen läßt.

Die Grenzverletzungen trugen zu dieser Entwicklung nicht wenig bei. Presseäußerungen der folgenden Jahre könnten beinahe zu der Annahme verleiten, sie seien schmachvoller empfunden worden als der napoleonische Druck. Dem geschärften Nationalbewußtsein und dem vertieften Neutralitätsempfinden verdankt die 1816 kulminierende erste Phase der Opposition gegen die fremden Dienste, in der

Louis Wimpffen, Lieutenant-Général des armées de S. M. C., Spanien, Bericht an den Bundespräsident.

⁵⁵ Schweizerbote, 1816 – April – 25., Nr. 27, p. 132/33.

⁵⁶ Staatsarchiv Basel, Schweizer. Truppen, Niederlande C 1–2, Holland an den Basler Rat, 1814 – Dezember – 18.

Bundesarchiv, DII, aaII 1, Urkunde Nr. 109, Militärcapitulation zwischen Luzern und dem römischen Hof, 1824 – September – 6.: «Leo, PP XII. Perspecta Helvetiorum Militum fides effecit ut a remotissimis temporibus Predecessorum Nostrorum custodia eisdem committeretur ...»

Marschlied der Zürcherschen Mannschaft nach Basel, 1792.

Lieder für Eidgenössische Krieger, bei Veranlassung des ersten schweizerischen Übungslager bei Wohlen im Kanton Aargau. 1820.

Rede des Staatsrates von Uffleger zu Freiburg am 22. Februar nach Inhalt und Wirkung am umfassendsten sich ausprägend, ihre national/politische Stimmung. Die Veranlassung dazu bildete die infolge der Rückkehr Napoleons verzögerte, seit zwei Jahren seitens der neuen französischen Krone den Kantonen angetragene Militärkapitulation.

Uffleger findet, daß sich Frankreich von allen Mächten am schlechtesten zum Bündnispartner eigne. Um dies zu belegen, holt er seine Beispiele nicht nur aus der jüngsten Vergangenheit, sondern geht bis zu den Anfängen der schweizerisch-französischen Beziehungen zurück. Als erstes Argument gegen den dortigen Dienst nennt er bezeichnenderweise die Neutralitätsgefährdung. Da die Ruhe Europas allein von den Großmächten abhänge, bedeute die Überlassung von Mitteln zu feindseligen Angriffen eine parteiische Handlung, die Mißtrauen erwecke und zu einer ausländischen Verletzung der von der Schweiz selbst nicht mehr beobachteten Neutralität führen könnte. In bezug auf Frankreich sei diese Gefahr um so größer, als dieses über drei Jahrhunderte lang fast in allen Kriegen der angreifende Teil gewesen sei. Nur eine oberflächliche Beurteilung mache zwischen den Bourbonen und Napoleon einen Unterschied: Dieser bilde nämlich nur den Gipfelpunkt des alten französischen Strebens nach der Universalmonarchie, das so lange «der Schrecken und die Geisel Europas» gewesen sei. Da anderseits der ursprüngliche Erbfeind der Schweiz, Österreich, seit 1642 stets vermittelnd, nie mehr bedrohend interveniert habe, dränge sich eine radikale Änderung der bisherigen außenpolitischen Konzeption auf. Mit dem Ausruf «Verschwunden ist jenes Schreckbild der Herrschsucht, die man dem Hause Österreich andichtete», stimmt der Freiburger Uffleger deutlich in das Lied des Baslers Wettstein ein. Was von Frankreich zu erwarten sei, habe der jetzige König, ein ebenso kühler Realist der eigenen Staatswohlfahrt, wie alle Bourbonen, mit seiner Haltung in der savoyischen Frage, mit seinen Ansprüchen auf das Bistum Basel, mit seiner Weigerung, das strategisch wichtige Ländchen Gex abzutreten, aufs klarste bewiesen. Das wahre Wohl der Schweiz erfordere dringend den Anschluß an Mächte zweiten Ranges, allein schon aus wirtschaftlichen Gründen. Das beste Beispiel biete hierfür Freiburg selbst. Nach dem Bündnis mit Frankreich sei dort ein unaufhaltsamer Abstieg eingetreten. Welcher Gegensatz zum Wohlstand Berns und dessen segensreicher Verbindung mit dem «verständigen, tätigen, betriebsamen und blühenden Volk der Holländer!» Erst das Ende der Handelsbeziehungen mit Frankreich führe auf den Weg natürlicher Handelsverhältnisse und verspreche dauerhaften Nutzen. Üppigkeit und Prachtaufwand, mit denen Frankreich seine Verbündeten zur Befestigung ihrer Verskla-

vung beschenke, täuschten nicht über die gegenwärtige Zerrüttung der französischen Finanzen und über die Tatsache, daß Frankreich seinen Verpflichtungen nachzukommen heute gar nicht in der Lage sei. Uffleger erwähnt als Beispiel das Schicksal seines Vaters, der nach 23 Jahren französischen Solddienstes, zwölf Feldzügen und vierzehn Wunden mit einer lächerlich kleinen Pension verabschiedet und in den letzten vierzehn Jahren selbst noch um diese betrogen worden sei.

Für Uffleger sind die Fremddienste im allgemeinen und die neu geplanten französischen im besonderen der Nation auch aus innenpolitischen Gründen gefährlich. Er betrachtet die glänzende Laufbahn von Privatmännern in auswärtigen Heeren als schädlich, weil dadurch eine gefahrvolle Macht Einzelner in den Staat gepflanzt würde. Es sei zu verhindern, daß sich der Kriegerstand als ein Staat im Staate bilde. Die politische Wirksamkeit militärischer Gruppen sei gerade heute ersichtlich, wo gewisse Kriegsmänner auf französischen Schutz und französische Unterstützung drängten, ohne das eigentliche Wohl der Schweiz zu berücksichtigen.

Mit dieser Behauptung berührt Uffleger ein Spannungsfeld, das in seiner zeitlosen Problematik seit jeher vielen Staaten als geschichtsbildende Kraft Schwierigkeiten bereitete. Obschon die eidgenössische Geschichte keine größeren Militärrevolutionen kennt⁵⁷, ist der Einfluß des Offizierskorps, das ja zur Hauptsache im Ausland sich ausbildete, auf die schweizerische Geschichte nicht zu verkennen. Eine genaue Untersuchung liegt noch nicht vor, dürfte aber einige bemerkenswerte Ergebnisse bieten. Die Geschichte vieler einflußreicher Geschlechter in der Schweiz ist eng verbunden mit derjenigen der Fremddienste. Der Brauch, in einem ausländischen Regiment einen Grad zu bekleiden, vielleicht sein ganzes Leben dort zu verbringen, vererbte sich vom Vater auf den Sohn⁵⁸, und ein Stück schweizerischen Staatslebens formte und bildete sich aus derartigen Bindungen heraus. Flurnamen und Geschlechterbezeichnungen⁵⁹ trugen die Erinnerung an

⁵⁷ Vgl. aber Segesser, Ph. A. von: Sammlung Kleiner Schriften, Bd. II, Nachruf auf Göldlin von Tiefenau: «Im Winter 1814 übernahm er, gereizt durch gering-schätzigte Äusserungen eines Regierungsraths über die aus den fremden Diensten zurückgekehrten Offiziere, die Leitung des Handstreichs, wodurch die mediations-mäßige Regierung und Verfassung im Kanton Luzern beseitigt wurde.»

⁵⁸ Vgl. Berner Volkszeitung, 1847 – November – 18., Nr. 274, Nachruf auf den ermordeten Schwyzer Oberst Aufdermauer, Befehlshaber des Landsturms in der March.

Vgl. Segesser, Philipp A. von: Sammlung Kleiner Schriften, Bd. II, Nachruf auf General Franz von Elgger, gest. 4. Nov. 1858.

⁵⁹ Adelboden, B. O.: Name eines Bauerngehöfts noch heute: «ds Holland». Habkern bei Interlaken, Protokoll des Gemeinderats, vol. 1824–52, p. 31: Erwähnung des «Holender Ulrich». – Gegenwart: Name eines Stück Landes dort noch heute: «Holland».

jene Beziehungen selbst im entlegenen Bergtal weiter, auch nachdem die Gestalt des alten, im zerschlissenen Waffenrock humpelnden Soldaten, der am Sommerabend auf der Dorfbank die halbwüchsige Jugend mit seinen Erlebnissen begeisterte, längst aus dem schweizerischen Dorfbild verschwunden war. Umgekehrt dürfen auch die persönlichen Beziehungen, welche das Ausland durch die Bekanntschaft, ja Freundschaft mit Schweizeroffizieren zur Eidgenossenschaft erwarb, nicht unterschätzt werden. Erwähnt sei nur Karl Philipp, der Bruder Ludwigs XVIII., vor der Revolution Generaloberst der französischen Schweizertruppen, der 1789 ins Ausland flüchtete und nach dem Tode seines Bruders Nachfolger auf dem Thron wurde. Gewisse Akten lassen eindeutig auf ein persönliches, freundschaftliches Verhältnis des nachmaligen Herrschers zu den Repräsentanten der französischen Schweizertruppen schliessen.

Die eidgenössischen Behörden waren sich der Bedeutung einer reibungslosen Zusammenarbeit mit den auswärtigen Befehlshabern wohl bewußt. Sie schätzten den Wert einer ständigen Fühlungnahme mit den fernen Truppen hoch ein und empfangen regelmäßige Berichte und Gutachten von den Regimentskommandanten über ihr Verhältnis zum Staat, dem sie dienten, über Betragen, Stimmung und Wünsche der ihnen unterstellten Schweizersöldner. Die Tagsatzung, der Gefahr einer Entfremdung bewußt ⁶⁰, stellte mit Vergnügen fest, wenn die «Regimentschef's . . . der obersten Behörde die schuldige Ehrerbietung gezollt», und erkannte, daß die Bewährung ihrer Truppen dem Verhältnis des Auslandes zur Eidgenossenschaft von Nutzen war. Nicht zuletzt der ständigen Betreuung und Überwachung der in den Kapitulationen aufgestellten Grundsätze und der Regimentsführung halber erfreuten sich die auswärtigen Truppen der schweizerischen Kantone eines so hohen Maßes an Selbstachtung, Selbstbewußtsein, Eigenart und Korpsgeist, das sie in schwierigen Zeiten dem Ausland nicht als Kombination bunter Kantonskontingente, sondern als geschlossenes Ganzes, als Schweizerregimenter erscheinen ließ. Wohl zog es der Schweizer vor, der besondern Kompagnie seines Ortes oder dem Stan-

⁶⁰ Tagsatzungsabschiede 1813, Kommissionsbericht (Staatsarchiv Basel).

Dies war der eigentliche Grund, der die Kommission 1813 zu folgendem Passus im Bericht an die Tagsatzung veranlasste: «Bei der Überzeugung der Wichtigkeit fortgesetzter Verbindungen mit den Regimentern, wodurch der National Schweizer Sinn und die Anhänglichkeit an das Vaterland bei denselben unterhalten werden, und in Betrachtung der wirklichen Vortheile, welche eine unausgesetzte Teilnahme der Schweiz an ihren Schicksalen, und einiger Einfluss der Bundesbehörde auf den Geist ihrer Verwaltungen für das Wohl dieser Truppen und hiemit unmittelbar für die französische Regierung selbst haben würde, hat die Tagsatzung einmütig beschlossen, die Unterhaltung eines landesväterlichen nexus mit den Schweizerregimentern der fortdauernden Sorgfalt Sr. Ex. des Landammannes zu empfehlen . . .»

desbataillon zugeteilt zu werden, so daß die Tagsatzung der napoleoni-
schen Jahre nur in der Berücksichtigung dieses Wunsches die Anzie-
hungskraft der Werbungen überhaupt noch glaubte garantieren zu
können ⁶¹. Aber das gemeinsame Schicksal, das Heimweh nach den-
selben Bergen, die sich gleichenden Hügellandschaften der einzelnen
Orte und die Auffassung des Auslandes, das die Schweizer als Ganzes
von den übrigen Truppen abhob, bewirkte trotzdem, daß in den aus-
ländischen Regimentern sich wohl zuerst und am nachhaltigsten das
Nationalgefühl der Schweizer entwickelte. Im Auslandsdienst sind
sogar noch die Wurzeln des eidgenössischen Bewußtseins und des
militärischen Reformwillens des Baslers Wieland zu suchen, dem 1822
die Vereinigung der sechs Infanteriebataillone aus fünf Kantonen
zum eidgenössischen Heerlager das Herz höher pochen läßt und An-
laß zur Auffrischung alter Kriegskameradschaft gibt ⁶².

Dermaßen deutlich wie bei Uffleger findet das Mißtrauen gegen
die in Diensten des Auslandes zu Ehren und Reichtum gelangten Offi-
ziere fast nirgendwo seinen Ausdruck, obschon einige Veranlassung
dazu gewesen wäre ⁶³. Die Diskussion beschränkte sich um diese Zeit
darauf, die Verdienste auswärts Geschulter für die Schweiz anzuer-
kennen, oder deren schlechte Einflüsse in allgemein gehaltenen Aus-
drücken anzuführen ⁶⁴. Entrüstet verneinen die «*Observations sur le
Système Militaire Suisse*» 1823 die Frage, ob ehemalige Soldaten in-
folge ihrer Pension nicht stärker mit dem Interesse jenes Staates ver-
bunden seien, als mit dem eigenen Vaterland, und suchen zu beweisen,
wie frühere Schweizerhelden stets in auswärtigen Diensten zu Ehren
gekommen: «*Grandes ombres des sauveurs et des pères de la patrie,
paraissent à la barre des politiques de la nouvelle école, ces modernes
législateurs vous apprendront que vous n'étiez que des esclaves de
tyrans, de vils mercenaires, des assassins patentés, des algériens, des
nègres blancs, et des vendeurs de chair humaine; puisque vous serviez
volontairement des princes étrangers, les uns avant les autres après
l'indépendance*» ⁶⁵. Die Regierungen der alten Orte seien beinahe aus-
nahmslos Abkömmlinge von Männern gewesen, die sich im Ausland

⁶¹ Stadtbibliothek Bern, Mss. Hist. Helv. VII-2: Instruktion für die... Her-
ren... Commissarien.

⁶² Oberstlieutenant Wieland: Skizze einer Reise durch das Schweizerland in
militärischer Beziehung. Basel, Weinmonat 1822, in «Überlieferungen zur Ge-
schichte unserer Zeit», Jahrgang 1822, Dezember, Aarau, p. 539 f.

⁶³ Vgl. Schwierigkeiten der Tagsatzung mit einzelnen allzu selbstherrlichen
Regimentskommandanten, und Anm. 57.

⁶⁴ Die «Ansichten eines gedienten Militaires über den Dienst der Schweizer
im Auslande» (Bern, 1824) wollen den Nutzen der fremden Dienste aus der Tat-
sache ableiten, dass «laut Officiersétat die meisten der führenden Schweizerofficiere
ehemalige Söldner seien».

⁶⁵ p. 30 f.

ausgezeichnet: «Rentrés dans leurs foyers, et siégeant dans les conseils, les militaires étrangers donnaient aux délibérations du nerf et de la vigueur. En temps de guerre, s'étaient eux qui composaient, presque en entier, l'état-major général et le grand état-major des corps.»

Vergleicht man die Befürchtung Ufflegers, die französischen Dienstest begünstigten die Entstehung eines Staates im Staate, abgelöst von ihrem außenpolitischen Bezug, mit den wirklichen Entschlüssen der damaligen Regierungen, so drängt sich die Feststellung auf, daß es eine Militärkaste im Sinne eines zu tieferen Auswirkungen gelangenden politischen Druckes nicht gegeben hat. Wo das Interesse des Gesamtvaterlandes, wie die Regierungen es damals auffaßten, es erheischte, wurden die Wünsche der auswärtigen Offiziere entschlossen hintangestellt⁶⁶. In den Landsgemeindekantonen mag diese Unabhängigkeit noch schärfer wirksam gewesen sein⁶⁷. Eine wesentliche Beeinflussung der eidgenössischen Politik im Ancien Régime seitens der Offizierskreise dürfte sich nur schwer nachweisen lassen.

In einem der letzten Punkte seiner Rede geht Uffleger auf den nationalen und revolutionären Widerstand Frankreichs gegen die fremden Truppen ein. Der Franzose, seiner «Natur nach unruhig und störrig», habe sich seit jeher mit dem Königtum im Konflikt befunden, und bei den heutigen Verhältnissen hieße eine neuerliche Bewilligung von Schweizerkorps den Kern unserer Jugend der Ansteckungsgefahr des Revolutionsherdes, dem Zentrum der «allgemeinen Verpestung» aussetzen. Seine Distanzierung vom Internationalismus der helvetischen Zeit beschließt Uffleger mit der Forderung: «Uns leite fortan der große Staatsgrundsatz: nichts zu wählen, als was die Entwicklung unserer eigenen Anlagen, die Vervollkommnung unserer eigenen Hilfsmittel zu befördern und unsere Freiheit zu befestigen geeignet ist . . .»

Nicht allerorts stimmte die Einstellung Ufflegers gegenüber Frankreich mit derjenigen seiner Zeitgenossen überein, auch dort nicht, wo das Verhältnis zu den auswärtigen Staaten ähnliche Gesichtspunkte erwägen ließ. So war etwa das vorsichtige Basel 1814/1815 bestrebt, die Prüfung neuer militärischer Bindungen auf die Zeit nach dem Wienerkongress zu verschieben, von dem man die klare Bestimmung des Verhältnisses der Eidgenossenschaft zum Deutschen Reich und zu Frankreich erwartete⁶⁸.

⁶⁶ Vgl. p. 22.

⁶⁷ Schweizerbote, 1816 – Juni – 6., Nr. 23, p. 180: Meldung vom Beschluß der Landsgemeinde in Glarus, entgegen der Ansicht des Landrates und neu ernannter Offiziere die Offiziere der vier Glarner Kompanien in Holland zugunsten der Armeen zu besteuern.

⁶⁸ Staatsarchiv Basel, Schweizer Militärdienst Niederlande C 1–2: Gutachten des Staatsrats an den Kleinen Rat.

Schon Wettsteins antifranzösische Wünsche hatten sich ja in Basel nicht durchzusetzen vermocht. Mehr als 150 Jahre später hielt selbst jene Gruppe im Basler Staatsrat, die die Vorteile der Kapitulationen a priori bezweifelte und diese als Entehrung der ganzen Nation bezeichnete, dafür, daß für den Fall der Unumgänglichkeit eines Soldbündnisses als Vertragspartner bloß Frankreich in Frage komme, da nur eine französische Kapitulation allenfalls mit der Lage Basels und dessen Bedürfnissen in einigen Zusammenhang zu bringen sei ⁶⁹. Ebenso geht aus den damaligen Basler Äußerungen ein deutliches Neutralitätsbewußtsein nicht hervor. Erst am 10. Mai 1823 weist der Kleine Rat in einem Schreiben an den Vorort darauf hin, daß eine Kapitulation, wodurch von Seite der Eidgenossenschaft mehr oder weniger Verbindlichkeiten gegen eine ausländische Macht (Neapel) übernommen würden, mit der der Schweiz in der Erklärung des Wiener Kongresses zugesicherten Neutralität unvereinbar sei ⁷⁰. Mit der zusätzlichen Bemerkung, ob es wohl ratsam sein dürfte, in diesen bewegten Zeiten, wo man in den Fall kommen könnte, (mit bewaffneter Macht) Neutralität und Selbständigkeit zu verteidigen, das Vaterland eines Teils seiner Kräfte zu entblößen, trägt Basel einer Zeitströmung Rechnung, die in Ufflegers Bedenken noch keinen Ausdruck gefunden, mittlerweile aber in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion über das Verhältnis der Schweiz zum Ausland gerückt worden war: Die schweizerischen Bestrebungen zur Heeresreform.

Wohl war Schweizergeschichte bisher zu einem guten Teil eine militärische, d. h. die Geschichte einer bewaffneten Landesverteidigung gewesen, aber die Unverletzlichkeit der Eidgenossenschaft beruhte anderseits doch ebenso stark auf dem außenpolitischen Bündnissystem. Seit dem Wiener Kongreß aber drückte sich der nach Form und Gehalt vertiefte Neutralitätswille immer stärker im Ruf nach einer kräftigen und der Schweiz allein ihre Sicherheit gewährleistenden Heeresreform aus. Eine wahre Flut von Broschüren, politischer, strategischer oder taktischer Art, begann sich zu diesem Thema zu äußern, während die Verhältnisse im Heer selber, ungünstig gestaltet durch den mehr den Bedürfnissen der einzelnen Kantone als jenen des Gesamtbundes Rechnung tragenden Bundesvertrag, zu mannigfachen Besorgnissen Anlaß gaben. Schon die Grenzbesetzung von 1815 mit

⁶⁹ Staatsarchiv Basel, Prot. Kl. Rat, 1814 – Dezember – 28., fol. 398: Gutachten des Staatsrates betr. eine Milit.Kap. mit Frankreich und Holland.

Staatsarchiv Basel, Protokoll des Großen Rates, 1815 – Januar – 2., fol. 101 f.: Gutachten des Kleinen Rates betr. Mil.Kap. mit Frankreich und Holland.

⁷⁰ Staatsarchiv Basel, Prot. Gr. Rat, 1823 – Juni – 16., fol. 207.

ihrem regellosen, reichlich ordnungsmangelnden Zug nach Besançon hatte auf fehlende Disziplin und Koordination in den Reihen der Auszügler schließen lassen⁷¹. Einen Veteranen, der die harte Schule einer schweizerischen Berufskriegertruppe im Ausland durchgangen hatte, mußte ein solcher Zustand mit Verachtung erfüllen, trotz der These, der schweizerische Milizsoldat würde im Ernstfall einem gegnerischen Berufssoldaten infolge befeuernder Vaterlandsliebe überlegen sein⁷².

Schon früher hatte der auswärts Gediente das Vertrauen der Militärkreise im besonderen besessen. 1795 beklagt sich Oberst Joh. Rudolf von Graffenried über das Fehlen guter Subaltern- und Unteroffiziere im Bernerheer und verlangt, daß kein Landmann Ober- oder Unteroffizier in der Landmiliz, kein Bernburger aber Kompagniekommandant sollte werden können, er hätte denn vorher in der Stadtwache oder in auswärtigen Diensten gestanden⁷³. Die schon erwähnten «Observations sur le Système Militaire Suisse» wiesen 1823 darauf hin, wie wichtig es sei, daß der kriegerische Geist, der der nationalen Armee trotz aller Übung infolge langer Friedenszeit abgehen müsse, durch zurückgekehrte Schweizergeldkämpfer oder andere Kriegsteilnehmer stets neu genährt werde⁷⁴. Welch anderem Grund verdankten die Schweizer ihren kriegerischen Geist, wenn nicht dieser zahllosen Jugend, welche zu allen Zeiten unaufhörlich sich in den Kämpfen ihrer Nachbarn schulte⁷⁵? Wenn die Schweizer keine auswärtigen Regimenter unterhielten, wo sollten sie dann zu Kriegern geschult werden? Das Milizsystem und die Neutralität verhinderten die praktische Ausbildung im eigenen Land, und von den nationalen Armeen würden Ausländer nicht akzeptiert. Im Fremddienst aber lerne die Jugend Gehorsam und Pflichterfüllung, in einem Alter also, wo der Mensch gewöhnlich zum Widerstand neige.

Gleicher Art sind die «Ansichten eines gedienten Militärs über den Dienst der Schweizer im Auslande» (Bern, 1824), die Zweifel äußern, ob die eidgenössische Militärorganisation als Grundlage der Landesverteidigung genüge, und den Schutz der Schweiz im Ernstfall lieber erfahrenen Kriegern als «erlahmten Kattunwebern» anvertrauen möchten.

⁷¹ Schweizerbote, 1815 – Juli – 27., Nr. 30, p. 237.

Vgl. z. B. Schweizerbote, 1816 – August – 1., Nr. 31, p. 254.

⁷² Betner Ludwig, Lieutenant bei einem aargauischen Infanterie Bataillon: Das eidgenössische Übungslager bei Wohlen, Zürich, 1821, p. 5 f.

Segesser, Ph. A. von: Sammlung Kleiner Schriften Bd. II, p. 429, Nachruf auf Johann Baptist Ludwig Göldlin von Tiefenau, gest. 20. Dec. 1855 (Nekrolog Basler Zeitung 1856).

⁷³ Von Graffenried, Joh. Rudolf: Einige Anmerkungen über den Bernerischen Militär und Vertheidigungsstand. (Bümpliz) 1795, p. 30 f.

⁷⁴ p. 27.

⁷⁵ p. 31.

Ähnliche Befürchtungen liegen einer 1826 erschienen Schrift zugrunde, die allen Ernstes die Aufstellung einer eidgenössischen Berufsarmee verlangt ⁷⁶. Das Milizsystem wird darin als eine halbe und zwitterhafte Angelegenheit auch für die Schweiz rundweg abgelehnt. Der Berufssoldat, Fahne und Führung völlig ergeben, überwinde alle Strapazen kaltblütig und klagelos um der Ehre willen. Eine so geartete Reform würde endlich der Sucht, fremde Dienste zu suchen, einen Riegel schieben. Auch den womöglich noch schädlicheren Auswanderungen nach fernen Weltteilen könnte auf diese Weise gesteuert werden ⁷⁷.

Eine neue und kluge Zweckbestimmung der Söldnerdienste äußert der Verfasser des anonymen «Bestand und Geist des eidgenössischen Kriegswesens, wie sie seyn sollten» (Bern, 1821). Er glaubt, etwas Gutes erwachse dem schweizerischen Kriegswesen aus den fremden Diensten dann, wenn die daran teilnehmenden Offiziere weniger die fremde Taktik studieren und heimbringen, als über die Mittel nachdenken, wie dieser im eigenen Land zu begegnen sei ⁷⁸. Auch Thellung von Courtlary, ehemaliger Oberstlieutenant in niederländischem Dienst, bringt den auswärtigen Kriegsdienst mit der Heeresaufgabe der Schweiz insofern in Zusammenhang, als er glaubt, Neutralität und Friedenszeiten machten den «Bezug» des Kriegsgeistes im Ausland notwendig, obschon es zu begrüßen wäre, wenn keine Gründe für auswärtige Dienste vorlägen ⁷⁹. Er gibt allerdings zu, daß der ausländische Einfluß gelegentlich auch Künsteleien in das schweizerische Heer getragen habe. Dieser Vorwurf, schon früher ⁸⁰ und zu wiederholten Malen erhoben, diente nun um diese Zeit der nationalen und militärischen Tendenz zur Selbständigkeit als ein Hauptargument gegen diejenigen, welche die auswärtigen Dienste als unerläßliche Quelle des schweizerischen Militärgeistes verteidigten. So vergleicht eine Broschüre vom Jahr 1824 das Paradewesen einer ausländischen, den fremden Soldaten vielleicht doch durch Geld verpflichtenden Residenzstadt mit dem unbelasteten Eifer, der den schweizerischen Milizsoldaten gegen einen raublustigen Feind zum Kampf beseelen würde, und kommt zum Schluß, in seine Milizorganisation dürfe das

⁷⁶ Stuber, Carl: Die Vortheile einer aufzustellenden gemeineidgenössischen stehenden Armee... 1826.

⁷⁷ p. 10.

⁷⁸ p. 36.

⁷⁹ Versuch über die ehemalige und gegenwärtige Milizverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft von..., St. Gallen, 1826.

⁸⁰ Colonel Bonjour: Réflexions sur l'Histoire, la Morale et la Guerre... Lausanne 1804.

Seconde Epître d'un Suisse à ses Concitoyens, Lausanne, 1822.

Vaterland um so mehr Vertrauen setzen, als kein fremder Garnisonsdienst seine Angehörigen ihrer Heimat entfremdet habe ⁸¹.

Was die oberste Führung anbetrifft, so äußerten sich Zweifel über ihre Fähigkeit, einen Gebirgskrieg richtig zu führen, nachdem ihre Schulung doch den Verhältnissen der ebenen Länder entspreche. Man entdeckte die Eigenart der Schweiz in strategischer und taktischer Beziehung und zitierte das Wort des französischen Generals Lecombe: «Dans votre maudit pays-ci je vais devenir apprenti ⁸².»

Anderseits fällt auf, wie gerade seitens im Ausland gedienter Militärs eine spezielle, der Schweiz ausbildungsmäßig und taktisch angemessene Heereskonzeption verlangt wird. An ihrer Spitze steht der Basler Oberst Wieland, dessen «Handbuch zum Militairunterricht für Schweizeroffiziere aller Waffen, als Versuch eines Vertheidigungssystems der schweizerischen Eidgenossenschaft» (2. Aufl. Basel, 1825) um diese Zeit als das grundlegendste Werk zur schweizerischen Heereswissenschaft gilt und auch im Ausland bekannt ist. Schon 1821 tritt uns Wieland als entschiedener Gegner der Übertragung ausländischer Heeresformen auf schweizerische Verhältnisse entgegen und bekennt sich stets als Anhänger des Milizsystems ⁸³. Er verkörpert sozusagen ein Stück baslerischen Beitrages zur Entwicklung des schweizerischen Heerwesens und repräsentiert den Wunsch nach einem kräftigeren Nationalgeist und festeren eidgenössischen Zusammenschluß. Alle seine Ausführungen verdanken ihren eindringlichen, ja predigenden Stil dem Grundgedanken, daß die Selbständigkeit der Schweiz durch ihre *Identität* als Nation und durch eigene Waffenkraft, nicht durch diplomatische Kunstgriffe und fremde Gunstbezeugungen gesichert werden könne. Mit andern Zeitgenossen zusammen ⁸⁴ erstrebt er das Ziel, die schweizerische «Nationalstellung durch jenes feste Zusammenhalten zu behaupten, mit welchem die Väter ihre Unabhängigkeit erkämpft haben ⁸⁵». In den eidgenössischen Übungslagern er-

⁸¹ V. Anm. 90.

Gesetze und Statuten der militärischen Gesellschaft in Bern. – Bern, 1792.

Règlement de la Société Militaire Cantonale du Canton du Fribourg... le 11 février 1827, Art. 6.

⁸² Schweizerisches Museum, Jahrgang 1816, Forstrath Zschokke: «Über einige wesentliche Mängel und Verbesserlichkeiten des eidgenössischen Heer- und Kriegswesens.»

⁸³ Einige Worte über die Bildung der eidgenössischen Streitkräfte, Basel, 1821, p. 6 ff.

Vgl. dazu Mettler, Eric: Oberst Johannes Wieland 1791–1832, Bern, 1944.

⁸⁴ Thaddäus Müller, Stadtpfarrer in Luzern: Die schweizerischen Schlachtfelder. Luzern, 1825, p. 26.

Vgl. auch Betner Ludwig (op. cit.), 1821.

Beachte die Zweckbestimmung in der «Einleitung zur Bildung eines eidgenössischen Schützen-Vereins», 1824.

⁸⁵ Wieland: Handbuch. Vorwort, p. III.

kennt er vor allem den Wert der Ausbildung dieses Nationalbewußtseins. Sie vermitteln die Bekanntschaft unter den Angehörigen der verschiedenen Orte, stärken das gegenseitige Vertrauen und tragen zur Bildung einer schweizerischen Kampftaktik bei.

Seine zentralistischen Forderungen, dem eigenen Zeugnis gemäß den Erfahrungen von 1798 und 1813 entsprungen, sind im Vergleich zu den übrigen dieser Art mäßig zu nennen. Bereits fallen Äußerungen, die, zunächst auf militärischem Gebiet, den Grundsatz der Gleichheit im neuzeitlichen Sinn verwirklichen wollen⁸⁶. Während die Auffassung Wielands, Freiheit bedeute Beobachtung der zum Wohl und Schutz aller eingeführten Gesetze eine leise Verwandtschaft mit dem Ordnungsprinzip Metternichs nicht verleugnen kann, kündigt sich in andern Stimmen schon ein erster Anflug des Geistes der kommenden sozialen Umgestaltung (Regeneration) an. So möchte ein anonymen Schreiber im Interesse höherer Begeisterung und selbstbewußterer Kampfführung nicht nur als Soldat, sondern auch als Bürger gewürdigt werden⁸⁷, und in einer Predigt des Luzerner Stadtpfarrers Müller fällt der in Andeutung vorhandene Gedanke der Volkssouveränität auf, die der Pfarrer als Voraussetzung der Eintracht zwischen Regierung und Volk und damit auch einer wirksamen Landesverteidigung für unerlässlich erachtet⁸⁸.

Nun muß man allerdings bedenken, daß an jener national-militärischen Erhebung des Schweizergemütes, insbesondere so weit sie sich gegen die auswärtigen Dienste richtete, ein gut Teil aufklärerischen Impulses mitbeteiligt war. Er betraf die Söldnerdienste insofern, als sich die Auffassung über Krieg, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Sittlichkeit, wie sie bereits in der Helvetik wirksam gewesen waren, stets mächtiger durchzusetzen begann. Mediation und Restauration drängten die Kreise, welche ihr huldigten, zwar wieder in die Opposition, aber dort konnten sich diese Ideen ungehemmt entwickeln⁸⁹. Recht ungestört, durch die Entwicklungen im Ausland begünstigt, gewann die neue Denkweise immer stärker an Boden, besonders in den Jahren nach dem Wiener Kongreß, als sich die Kantone

⁸⁶ Ein Wort zur Beherzigung über die Grundbestimmungen einer künftigen Militärverfassung für den Kanton St. Gallen, 1829; Tadel der vielen Dienstaussnahmen, Forderung einer gleichmäßigen Offiziersausbildung und eines allgemeinen Instruktionkorps für den Zweck.

⁸⁷ Über die von Löbl. Kriegsrathe in Vorschlag gebrachte Abänderung der Dienstordnung der beyden Auszügərbataillone. Basel, 1821.

⁸⁸ V. Anm. 84. In den «Betrachtungen über die in Vorschlag gebrachte Abänderung der Dienstordnung bei den Contingentstruppen des Kantons Basel von einem Stabsoffizier», Basel, 1822, wird das soziale Element durch die Forderung des Schutzes der Arbeiter ausgedrückt.

⁸⁹ Vgl. die Opponenten des Abschlusses einer Mil.Kap. im Basler St. r. Anm. 68.

einer etwas ruhigeren europäischen Situation gegenübersehen. Beinahe macht es den Anschein, als ob die Glorifizierung der Schweizertruppen in Rußland und Paris die gegnerischen Stimmen noch bestärkten, so daß höchste Blüte und Verfall der Fremddienste in diesen Jahren vereinigt scheinen. Schrieben die Behörden das Verhalten der Truppen in einem bis jetzt unbekannt lobpreisenden Ausmaß dem republikanischen Vaterlands- und Ehrensinn der Soldaten zu, so behauptete das neue eidgenössische Gefühl, daß diese Soldaten nicht um des Vaterlandes, sondern um des eigenen Vorteils willen ins Ausland gezogen seien, wo sie zudem ihr Gut und Blut für fremde Interessen, statt für ihr Vaterland aufs Spiel gesetzt hätten⁹⁰. Je unpersönlicher, je nationaler das Verhalten der Schweizer aufgefaßt wurde, desto stärker sah sich die Opposition veranlaßt, Rousseaus Wort, «le citoyen se doit à sa patrie», gegen die Fremddienste und zugunsten einer besseren Ausnützung der Person für die eigentlichen Staatszwecke ins Feld zu führen. Im Bestreben, das Vaterland mächtig und gesichert zu machen, verlor sie oft den Blick für einen wichtigen Staatszweck, den Schutz der Freiheit des Individuums. Dem Söldnertum, d. h. der Berechtigung, eine Bindung militärischer Art einzugehen, schob man als Voraussetzungen Sklavensinn und knechtische Haltung zu. Wer die Waffen trug, sollte dies auf Grund einer innern Verpflichtung tun, hatte sich ideenmäßig mit den Zielen des Befehlshabers zu identifizieren. Nur wenn eine ethische Begründung vorlag, glaubte man den Krieg rechtfertigen zu können, und von diesem Standpunkt aus waren Soldverträge, aufgebaut auf dem Verlangen nach Sicherheit und Handelsförderung, gewiß unstatthaft⁹¹.

Welch gewaltige Verstärkung der oppositionellen Front mußte es bedeuten, als es ihr gelang, den Bekenntnischarakter, den sie für das Kriegführen forderte, mit negativen Vorzeichen versehen den fremden Diensten anzuheften. Diese Möglichkeit gab sich, als die revolutionären Schichten in einzelnen monarchischen Staaten so stark geworden waren, daß sie dem Thron den Vorwurf machen konnten, nicht mehr in Vertretung des Gesamtstaates, sondern in derjenigen einer Minderheit zu regieren. Die schweizerischen Regierungen der Restaurationszeit aber waren in mannigfacher Weise mit den monarchischen Gewalten verbunden. Alle Garanten des Wiener Kongresses, der die

⁹⁰ «Ansichten eines Eidsgenössischen Miliz-Offiziers über den fremden Kriegsdienst der Schweizer im Allgemeinen und insbesondere über die von der Krone Neapel den L. Ständen der Eidsgenossenschaft angetragene Militair-Capitulation.» Zürich, 1824, p. 4.

⁹¹ Bis in die Soldatenlieder drang diese Wandlung vor; vgl. Lieder für Eidsgenössische Krieger, bei Veranlassung des ersten schweizerischen Übungslager bei Wohlen im Kanton Aargau. 1820, p. 2.

Selbständigkeit der Schweiz wiederhergestellt hatte, und alle Förderer des äußeren Friedens waren monarchische Staaten⁹². Nur eine voreingenommene Denkweise war imstande, diese Tatsache zu übersehen. Die alte Verbindung mit den Bourbonen fristete ein um so zäheres Leben, als der Sturz Ludwigs XVI. die Vorstufe zur Invasion der Schweiz gewesen und mit der Möglichkeit einer neuen Umwälzung in Frankreich eine Wiederholung der Ereignisse von 1798 befürchtet werden konnte⁹³. Die ganze, der französischen Kapitulation von 1816 vorausgehende Korrespondenz bezog sich wörtlich kaum je auf Frankreich, fast immer auf dessen König⁹⁴. Insofern aber die Regierungen der Restaurationszeit die Monarchen als legitim anerkannten und die Revolution als illegal ablehnten, konnten sie in gewissem Sinn als Parteigänger gelten, und die Tagsatzung war sich dieser Stellung bewußt⁹⁵. Es ist schwierig, abzuwägen, was an Eigennutz, an staats tragendem Verantwortungsgefühl und an Furcht dieser oder jener Art die konservative Haltung mehr bedingte. Im Zwielficht der französischen Gärung konnte je nach Standort des Betrachters die eine oder die andere Haltung als dem wirklichen Landesinteresse widersprechend ausgelegt werden⁹⁶.

Jener politische Konflikt, der den Schweizertruppen anläßlich des Sturms auf die Tuilerien zum ersten Mal in größerem Ausmaß verhängnisvoll geworden, trat in seiner zweiten Phase am frühesten in *Spanien* auf⁹⁷. Nachdem die Schweizertruppen sich bei der Erhebung Spaniens gegen Napoleon mehrheitlich der nationalen Bewegung angeschlossen, brachte die Bildung einer Konstitution ein Erlahmen des Interesses für die Fremdenregimenter, und bald wurden sie zum Angriffsziel der liberalen Bewegung⁹⁸. Mit der Auf-

⁹² Schweizerbote, 1815 – August – 17., Nr. 33, p. 257 ff., Rede Herrn Bm. Wyß' von Zürich als Präsident der eidgenössischen Tagsatzung bei der Leistung des Bundeschwurs am 7. August.

⁹³ Aufruf der Tagsatzung an die Eidgenossen vom 24. März 1815.

⁹⁴ Vgl. Staatsarchiv Basel, Prot. Kl. Rat, 1815 – Juni – 14., fol. 214: Kreisschreiben des Vororts Juni – 7. an die Stände. Mitteilung der Note Talleyrands.

⁹⁵ Bundesarchiv, Tagsatzungsarchiv, Bd. 2210. Konferenz der am kap. königlich-spanischen Schweizerdienst teilnehmenden Stände vom 5. August 1820 (Vorort, Schwyz, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Appenzell I. Rh., Graubünden, Wallis), betr. die Einreichung der Auszahlung der Gehaltsrückstände der Regimenter.

⁹⁶ Schweizerbote, 1816 – April – 25., Nr. 17, p. 132 f.

(Schweizerbote, 1815 – März – 30., Nr. 13, p. 99 f.)

Diesbach, Max de: Les dernières années du Régiment de Diesbach, 1789–1792. Fribourg, 1890, p. 5.

⁹⁷ Bundesarchiv, Tagsatzungsarchiv Bd. 2208, Wimpffen an Bundespräsident, Madrid le 15 avril de 1815.

⁹⁸ Bundesarchiv, Tagsatzungsarchiv Bd. 2208, Wimpffen an Bundespräsident, Madrid, 8. Oktober 1818.

hebung des spanischen Schweizerdienstes ging der Impuls der Diskussion von der pyrenäischen Halbinsel immer mehr auf *England* und *Frankreich* über.

Zwar hatte der bevollmächtigte Canning in einem Memorandum, das im Kreisschreiben des Vororts vom 7. Juni 1815 den Ständen mitgeteilt wurde, das französische Bündnis mit der Schweiz befürwortet und die nötigen Gelder der englischen Regierung zur Wiederherstellung und Unterhaltung dieser Korps zugesichert. Sehr rasch aber änderte er seine Meinung. Obschon er es richtig fand, daß die Kantone zur Aufrechterhaltung des legitimen bourbonischen Thrones beitrugen, befürchtete er, ein derartiger Separatvertrag führe wiederum zu einem Vorherrschen des französischen Einflusses. Diese Überlegungen entfernten England in der Folge von einer diplomatischen Unterstützung des französischen Soldvertrags⁹⁹. Schon 1816 gab der französische Gegensatz zwischen Thron und Volk den Engländern zu reden. Die Motion des Herzogs von Bedford (Oberhaussitzung vom 12. März) bezweifelte, ob «ein Souverain, den 150 000 fremde Truppen in seinem eigenen Lande bewachen müssen, für frei handelnd angesehen werden» könne und bezeichnete den Pariser Vertrag als ein Abkommen der vier Mächte und des französischen Königs *gegen* Frankreich, nicht der vier Mächte *mit* Frankreich¹⁰⁰. Es ist kein Zufall, wenn der «Schweizerbote», entgegen seiner Gewohnheit, der Schilderung dieser Sitzung breiten Raum gewährt und vor allem die Begründung der Motion teilweise wörtlich zitiert: Er war sich in der Opposition gegen die Bourbonen mit Uffleger und dem englischen Herzog einig¹⁰¹.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Verurteilung der Fremdendienste aus liberalen Gedankengängen heraus in starkem Ausmaß vom Ausland her in die Schweiz eindrang. Die bisherige Historiographie neigt nicht ganz zu Unrecht dazu, Frankreich als den größten Widerstandsherd zu bezeichnen, obwohl die Bedeutung Großbritanniens an der Teilnahme der Diskussion nicht unterschätzt werden darf.

In Frankreich waren den Verbrüderungsfesten des Frühlings 1816 schon Ende des Jahres unfreundliche Stimmen gefolgt, zuerst infolge der Bevorzugung der Schweizer durch den Grafen von Artois gegenüber dem französischen Militär, in dem verdiente Rußlandfahrer zu-

⁹⁹ Die Einstellung Cannings erörtert Hatze, Margrit: Die diplomatisch-politischen Beziehungen zwischen England und der Schweiz im Zeitalter der Restauration, Basel 1949, in «Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft», Bd. 34, p. 142.

¹⁰⁰ Bericht des Schweizerboten, 1816 – April – 4., Nr. 14, Nachläufer.

¹⁰¹ Schweizerbote, 1816 – Mai – 16., Nr. 20, p. 156. Wandlung! 1815 hatte die Zeitung das allgemeine Bedauern mit dem vertriebenen «guten König Ludwig» geteilt (Nr. 14, p. 105).

gunsten der Condékämpfer zurückgestellt wurden. Eine präzise Untersuchung dieser Vorgänge stellte als wichtigste Veranlassung die Eskorte von Getreidetransporten und die Bewachung verhaßter Missionen durch Schweizertruppen fest¹⁰². 1819 erregte der durch einen Schweizervoltigeur veranlaßte Tod eines Tagelöhners heftige Ausfälle in den Zeitungen. 1824 wurde ein drei Jahre dauernder Kommandostreit zugunsten der Schweizer entschieden, während die Bevorzugung der Schweizerregimenter als Schutz des Königs in Madrid Eifersucht bei den spanischen Truppen hervorrief und bei den französischen den Neid steigerte.

Wie später in den Auseinandersetzungen um den italienischen Söldnerdienst, verdichtete sich die Opposition gegen die Fremdtruppen in Frankreich in manchen Fällen zu einer die ganze Fülle des nachbarlichen Staatslebens umfassenden Schweizerhetze. So ergibt sich die Beurteilung der Schweiz in der 1819 in Paris erschienenen Schrift *«Les Suisses appréciés par l'histoire, ou quelques-unes de leurs perfidies, révoltes, refus de combattre»*¹⁰³, an Hand einer einseitigen Darstellung der Geschichte der Schweizertruppen in Frankreich, die beabsichtigt, die traditionelle Freundschaft zwischen den beiden Ländern für Frankreich nicht nur als wertlos, sondern als schädlich, ja unmoralisch zu bezeichnen. Wohl hätten die Schweizer, die ihre Gefangenen wie Sodomiten massakrieren, im Gefolge jener Prinzen, die den schweizerischen Hang zur Untätigkeit nutzbringend verwerteten, sich hübsch ausgenommen, aber im Zeitalter der Kavallerie und Artillerie sei ihre Bedeutung verschwunden, und es stelle sich die Frage, warum man immer noch Angehörige eines Volkes ohne Geld, ohne Waffen, ohne Kriegsmaterial, das keine vierzehn Tage eine eigene schwache Armee zu unterhalten vermöge, für den Dienst Seiner Majestät bevorzuge¹⁰⁴. Die am Schluß abgedruckte Tabelle, die die Solddifferenzen der National- und der Schweizertruppen zusammenstellt, mag deshalb hier erwähnt werden, weil sie einen Beweis erbringt, daß die Schweizerdienste nicht nur wegen ihrer Unvereinbarkeit mit den Gesinnungen der Zeit, sondern auch infolge technischer Unzeitgemäßheiten Beanstandungen hervorriefen.

In der Schweiz konnten derartige Stimmen nicht unbeachtet bleiben, besonders deshalb nicht, weil sie sich zuweilen auch in französischen Regierungskreisen hören ließen, in der Deputiertenkammer etwa noch in Verbindung mit der Betrachtung der Schweiz als Auf-

¹⁰² Schneider, J. J.: Die beiden französischen Schweizergarderegimenter von Salis-Zizers (Nr. 7) und von Besenval (Nr. 8) während der Julirevolution des Jahres 1830.

¹⁰³ Verfasser: M. Rivière.

¹⁰⁴ Rivière, *Les Suisses*, p. 2.

marschgebiet im Falle eines österreichischen Angriffs¹⁰⁵. Die Notwendigkeit, eine Invasion ins Auge zu fassen, erblickte Frankreich in der Tatsache der alliierten Neutralitätsverletzungen von 1814. Wohl aus diesem Grund mag der Verfasser einer 1821 in Genf erschienenen Broschüre über den französischen Kriegsdienst der Schweizer seine Schrift in zwei Hauptteile gegliedert haben, die zunächst die Beurteilung der Schweiz in der französischen Öffentlichkeit allgemein kritisch würdigten und dabei den Interventionsgelüsten die Schilderung einer geeinten, starken und ihre Neutralität nun eifersüchtig hütenden Nation gegenüberstellte, anderseits aber die Beendigung der fremden Dienste der Schweizer in Frankreich als unumgängliche Notwendigkeit anerkannte¹⁰⁶. Ein mehrjähriger Aufenthalt in Paris habe dem Verfasser oft Gelegenheit verschafft, die große Schlagfertigkeit der Minister gegenüber der Opposition zu bewundern, welchen man nichts hätte vorwerfen können, ohne nicht augenblicklich kräftige Gegenargumente herauszufordern. Nur in wenigen Debatten seien die Minister verstummt, habe auch ihre subtile Logik nicht stichfest zu parieren gewußt. Zu diesen Debatten hätten diejenigen über die Schweiz und den französischen Kriegsdienst gehört¹⁰⁷. Entschlossen wehrt der Verfasser die französischen Anspielungen auf den schwachen Unabhängigkeitswillen der Schweiz zurück, ist aber nicht in der Lage, den Kapitulationen das Wort zu reden. In leidenschaftsloser Sprache stellt er fest, daß den in der Kammer vorgebrachten Argumenten weitere hinzugefügt werden müßten. Der Allianzvertrag, dem die Kapitulationen früher angegliedert worden, habe dem Prinzip der immerwährenden Neutralität widersprochen. Mit dem Ende des Bündnisses seien auch die Militärabkommen unhaltbar geworden. Von der Schweiz aus betrachtet entbehrten sie deshalb aller Bedingungen des Weiterbestehens, weil die mit ihnen verbundenen Handelsvergünstigungen mittlerweile in ihr Gegenteil umschlugen, und weil das trefflich ausgebaute Milizwesen der Schweiz den Offizieren das Übungsfeld im Ausland ersetze. Die überzählige Bevölkerung gehe in den Fremdenregimentern gemischter Art und in der zivilen Auswanderung leicht auf, und mit dem Ende geschlossener ausländischer Schweizerformationen würde ein Herd der Verachtung des schweizerischen Milizsystems ausgeschaltet. Gerade in dieser Hinsicht hätten die Grundzüge der militärischen Vereinbarung zwischen der Schweiz und Frankreich sich den neuen, in der französischen Revolution durchbrechenden

¹⁰⁵ Du Service Militaire des Suisses en France. Genève, 1821.

p. 4: General Sebastiani, 1821 in der Deputiertenkammer.

p. 6: General Foy, am 18. Juni 1821.

¹⁰⁶ p. 41 f.

¹⁰⁷ p. 4.

Auffassungen nicht angepaßt ¹⁰⁸. Die Nationalisierung Frankreichs sei in verschiedener Weise bei den Royalisten wie bei den Liberalen so stark in den Vordergrund ihres Denkens getreten, daß die Schweizertruppen dort, wie es das Schweigen der Minister auch beweise, völlig unpopulär geworden seien. Das Schlimmste sei der Vorwurf, die Schweiz verkaufe das Leben ihrer Kinder für die Interessen einer ausländischen Macht und verletze damit ihre eigene Würde. Dieser Tadel, ziemlich neuerer Art, lasse sich leider nicht ganz widerlegen. Selbst Haltung und Pflichterfüllung der französischen Schweizertruppen vermöchten heute die Institution einer vergangenen Zeit nicht mehr zu retten: «Les capitulations militaires sont un édifice usé; elles tomberont, parce qu'aucune main puissante ne les soutient. Elles n'ont pour champion que quelques intérêts privés qui ne sauroient l'emporter sur de tels sujets de divisions, et leur procès seroit bientôt fait si l'on vouloit agir avec franchise ¹⁰⁹.»

Zufolge einer französischen Übersetzung wurde 1823 in der Schweiz ein grundsätzlicher Artikel der «Edinburgh Review» bekannt, der eine kritische Stimmung auch in Schottland verriet ¹¹⁰. Der Verfasser wirft zunächst die Frage auf, wie es komme, daß die Schweiz im Kriege so respektiert, im Frieden so wenig geachtet werde, und warum ihre Soldaten so gesucht seien, selbst bei denen, welche den Staat im übrigen mit wenig Ehrerbietung behandelten. Irgendein Grundübel («vice radical») müsse vorliegen, daß die Schweiz die nationalen Interessen und die Menschenrechte infolge Unfähigkeit oder Korruption so oft habe opfern können. Die Schwäche der Schweiz entspringe ihrer Geldsucht und ihrer Stellung zwischen zwei mächtigen Staaten. «Sui-
vant que les forces ou l'or de la France ou de l'Autriche dominoient tour-à-tour, la politique de la Suisse hésitoit entre ces Puissances; et l'on a été souvent fondé à reprocher à son gouvernement sa politique illibérale et égoïste ¹¹¹.»

Diese Beurteilung der schweizerischen Geschichte war keine originelle Leistung der schottischen Zeitung. Ausländische und schweizerische Historiographen hatten seit Valerius Anshelm dieses Lied öfters angestimmt. Die Redensart von dem ausländischen Gold, das die Schweizer trennt und die Außenpolitik einem Zickzackkurs ver-

¹⁰⁸ p. 21/22.

¹⁰⁹ Du Service, p. 20.

¹¹⁰ In der Broschüre: «De la neutralité de la Suisse, et des moyens de la maintenir; Traduit de l'allemand; Revu et augmenté par l'auteur, suivi de la politique de la Suisse, traduction de l'anglais; Genève et Paris, 1823», umfasst das letztere den Artikel der «Edinburgh Review», No. LXXIII de juin 1822, von p. 142 an.

¹¹¹ De la neutralité de la Suisse, 1823 (Artikel der Ed. Review), p. 155.

schrieben habe, wurde zum Cliché und fristet als solches ein wenn auch immer bescheidener werdendes Dasein selbst in modernen Veröffentlichungen¹¹². Es wäre nicht schwer, das Gegenteil zu behaupten und zu beweisen. Das vorsichtige Abwägen und Feilschen, das besonnene, realpolitisch denkende Prüfen, das die Zwistigkeiten unter den mächtigen Nachbarn für die Sicherung der eigenen Wohlfahrt ausnützte, und, sich auf Frankreich stützend, doch selten die Beziehungen zu Österreich vernachlässigte, dürfte mit ebenso gutem Recht als kluge Konzeption, als überlegene, den Verhältnissen angepaßte, kleinstaatliche Politik der Zögerung betrachtet werden. Außerdem enthielten die Militärkapitulationen ebensoviele Elemente der Einigung als der Trennung¹¹³. Die sich ergebenden Meinungsverschiedenheiten zwangen zu Auseinandersetzungen, zu Konferenzen, zu Verständigungen. Bei den Schwierigkeiten, die die napoleonischen Werbungen den Ständen verursachten, riefen verschiedene diesbezügliche Verfügungen etwa Protesten seitens der kleinen Kantone. Doch die Schicksalsgemeinschaft wurde gerade damals lebhaft empfunden. Dies beweist die Haltung, die der Kanton Zug in einer solchen Situation einnimmt¹¹⁴. Es sei auch erinnert, wie Basel 1815/1816 nur deshalb für eine Kompanie an Frankreich kapitulierte, weil es nicht als einziger Kanton abseits stehen wollte¹¹⁵.

Wenn der Verfasser jenes Zeitungsartikels seine Aufmerksamkeit dann im speziellen den auswärtigen Schweizerdiensten zuwendet, so verbirgt er insbesondere nicht seinen Unwillen über die Verwendung dieser Truppen gegen Umsturzversuche und zeigt sich überzeugt davon, daß die Bündiskonzeption ja in der Schweiz selbst zusehends an Befürwortern verliere.

Ein weiterer Abschnitt ist der Entfremdung der ausländischen Schweizergoldaten von ihrem Vaterland und von dessen Milizsystem gewidmet. Ein langer Auslandsdienst schwäche die Bindung des Söldners an seine Heimat, erziehe ihn zur Verachtung seiner einfacheren Landsleute und deren Heeresorganisationen und leite die Laster eines Berufes, der nur im Kriegführen bestehe, in das anders geartete, heimatliche Staatswesen zurück. «Au moment du péril, il sera discipliné, s'il n'est sous les ordres des officiers avec lesquels il a servi...¹¹⁶».

¹¹² Vgl. Brevier der Schweizer Geschichte. Führer zu den Historischen Städten, Verkehrsverlag, Zürich, o. J. (lt. Vorwort nach 1939), herausgegeben von Julius Wagner, bearbeitet von A. Eichenberger. p. 34.

¹¹³ Vgl. Bonjour, Edgar: Helvetik, Hist. Sem. Basel, Übg. 1950 (nicht gedruckt).

¹¹⁴ Staatsarchiv Basel, Tagsatzungsabschiede 1813, § 40, IIC, Juni/Juli.

¹¹⁵ Staatsarchiv Basel, Protokoll des Großen Rates, 1815 – Januar – 2., fol. 101 f.

¹¹⁶ p. 210.

Auch diese Behauptungen sind entschieden einseitig. Wie stark gerade die auswärtigen Dienste das Nationalgefühl der Schweizer weckten, fand an anderer Stelle seine Darstellung¹¹⁷. In bezug auf die Bedürfnisse des Heeres hielten sich nützliche und schädliche Einflüsse der fremden Dienste zum mindesten die Waage. Daß die Schweizergoldaten auch ohne Offiziere und völlig auf sich allein angewiesen kräftig und richtig zu handeln vermochten, bewies u. a. ihr Verhalten anlässlich der Rückkehr Napoleons, als sie von ihren Offizieren getrennt worden waren¹¹⁸. Schwerer mag es einem Nachfahren fallen, zu entscheiden, in welchem Grad die Klagen über das Schwinden der guten Sitten berechtigt waren, die die Fremddienste als Hauptquelle des moralischen Verfalls zu bezeichnen pflegten. Man darf nicht übersehen, daß die Uniform zu allen Zeiten von einer gewissen Anzahl ihrer Träger als Freipaß für Unziemlichkeiten betrachtet wurde¹¹⁹. Die Auslandschweizer bildeten hierin keine Ausnahme. Die zahlreichen Rückwanderer zwischen 1813 und 1816 gaben den Behörden manches Ordnungsproblem auf¹²⁰. Als der Platzkommandant von Basel sich äußerte, die rückkehrenden Soldaten träfen oft mittellos ein, beantragte der Kriegsrat, die Dorfwachen gehörig zu versehen, auf die ankommenden Soldaten genau zu achten, und sie von einem Ort zum andern durch eine Wache zu begleiten¹²¹. Fortwährende Reibungen entstanden auch infolge der Verachtung, mit der einzelne Söldner auf ihre schweizerischen Kameraden der Miliz- oder Standestruppen herabblickten¹²². Latent blieb der Gegensatz zwischen den auswärts Gedienten und den Angehörigen einer schweizerischen Truppe wohl immer bestehen¹²³. Gelegentlich bereitete auch die Festfreude der unbeschäftigten Berufssoldaten Schwierigkei-

¹¹⁷ p. 33/34.

¹¹⁸ Vallière, P. de: Treue und Ehre, Lausanne, o. J. p. 710 f.

¹¹⁹ Vgl. den «Bericht über den Gesundheitszustand im 6. eidgen. Lager zu Bierre im Augstmonat 1830, an den Tit. Herrn Oberst-Kriegscommissair Hirzel» von Arzt und Wundarzt C. W. Flügel, gewesenem Direktor des Gesundheitsdienstes, Bern, 1831, p. 44/45.

¹²⁰ Staatsarchiv Basel, Prot. Kl. Rat, 1841 – Juli – 2., fol. 184: Mitteilung der Zentralpolizeidirektion Bern vom 20. Juni.

Staatsarchiv Basel, Prot. Staatsrat, 1816 – Januar 2. 9. 23., Februar 1., März 22., fol. 186, 188, 193, 196, 207. – Prot. des Kriegskommissariats, 1816 – Januar – 7. – Schweizerbote, 1816 – Januar – 11., Nr. 2, p. 12 f.

¹²¹ Staatsarchiv Basel, Prot. des Kriegsrates 1814 – Juli – 8., fol. 22.

¹²² So sieht sich das Kriegskommissariat Basel am 7. Januar 1816 veranlasst, Oberst Lichtenhahn zu ersuchen, «das Nötige zu veranlassen, um zwischen den Militärs ein gutes Einverständnis zu erwecken und Ruhe und Ordnung zu erhalten».

¹²³ Am 24. Februar 1827 muß sich der Kleine Rat Basels mit einem Fall befassen, der als Musterbeispiel des Zutagetretens dieser Spannung gelten kann. (Staatsarchiv Basel, Prot. Kl. Rat, fol. 64.)

ten¹²⁴. Gerne übten die Werber ihre Tätigkeit bei Tanz und Wein aus¹²⁵, und hie und da wurden die Regimente auch zum Zufluchtsort flüchtiger Untäter¹²⁶.

Daß auch um diese Zeit, wie in den früheren Epochen, der Vorwurf der Sittenverderbnisquelle sich besonders gegen die Fremden-dienste in Frankreich richtete, beweist 1816 das «Schweizerische Museum», das aus einer längern Denkschrift des Grafen de Luc (1715) jene Stellen auswählt, die den Gegensatz zwischen dem unmoralischen Dienst in Frankreich und dem sittlich ungleich höherstehenden in Holland hervorheben¹²⁷.

Nun dürfen aber aus den Protokollen der Justiz- und anderer Behörden keine allgemeinen Schlüsse gezogen werden, da sie ja nur einzelne Vergehen überliefern, die Brauchbarkeit und Tüchtigkeit vieler Rückwanderer aber verschweigen. Bei jeder Abwägung des moralischen Zustandes des auswärts Dienenden muß der immerhin äußerst strenge Strafkodex mitberücksichtigt werden, welcher die Korps im ganzen vor der Verwahrlosung abhielt.

Ebenfalls in Paris erschien 1821 eine Broschüre betitelt «De la Suisse dans l'intérêt de l'Europe», die das Zeitgeschehen auf ein Ringen zwischen zwei Kräften zurückführt und die Schweiz des Verrates des von ihr selbst geachteten Prinzipes beschuldigt¹²⁸. Ruhe und Wohlfahrt der Schweiz hingen heute mehr von der wohlwollenden Meinung Europas ab als von der Gunst der Hofkabinette¹²⁹. Mit Verachtung blickt der Verfasser auf das unwissende Volk, das seinen kriegerischen Neigungen durch Vermietung seines Bevölkerungsüberschusses schmeichle und den Aufbau sichereren Unterhaltes vernachlässige¹³⁰. Zwecks Steigerung des französischen Einflusses erhielten die Schweizer vom König Pensionen, die Solddbündnisse seien dazu nur der Vorwand gewesen. Sei auch kein Beispiel bekannt, daß der Einfluß der Kapitulationen einen Schweizer je zum Verrat am Vaterland getrieben, so habe doch das republikanische Unabhängigkeitsemp-

¹²⁴ Sie veranlasste zum Beispiel eine Beschwerde des Bezirksamtes Lörrach über den Tanz roter Soldaten am Hörnli (Staatsarchiv Basel, Prot. Kl. Rat, 1816 – April – 6., fol. 120).

¹²⁵ Staatsarchiv Basel, Militäracten DD 1, 1819 – Dezember – 25., Statthalter Schmid, Waldenburg, an den Präsidenten der Werbungskammer betr. Gesuch des Werkcorporals Minder, nach Neujahr einige Male in Oberdorf tanzen lassen zu dürfen.

¹²⁶ Schweizerbote, 1816 – April – 4., Nr. 14, p. 107.

¹²⁷ Schw. Museum, Jahrgang 1, 1816, p. 626.

¹²⁸ p. 113 f.

¹²⁹ V. Anm. 128.

¹³⁰ p. 115 f.

finden dabei gelitten. Im gegenwärtigen Augenblick, in dem sich die Kapitulation vereint mit einer europäischen Tendenz gegen die legale Freiheit der Völker richte, stände es im Interesse der für die Schweiz so wichtigen Frage der Unabhängigkeit, die historische Institution der Fremddienste zu opfern, trotz einzelner Nachteile einer Aufhebung.

Ganz im Gegensatz dazu behaupten die «Observations sur le Système Militaire Suisse» (Lausanne 1823), die mit einigen andern Broschüren zusammen die vom Ausland her angefachte Diskussion auf Schweizerboden repräsentieren, daß die Schweiz mittels der Soldbündnisse die Respektierung ihrer Unabhängigkeit, ihrer Neutralität, ihres Friedens und das Wohlwollen der Mächte erkaufe. Sie seien die Grundlage der Eigenständigkeit, förderten die Handelsbeziehungen und begünstigten das Bemühen zahlreicher Schweizer, im Ausland Reichtum zu erlangen, der später dem Vaterland zu Nutzen komme.

In den Zwanzigerjahren offenbarte die schweizerische Diskussion um das *neapolitanische Soldbündnis* nicht nur die zunehmende Entfaltung der ausländischen Opposition in der Schweiz, sondern auch die Abnahme des sachlichen Bedürfnisses nach dieser Abwanderungsform. Verschiedene Kantonsregierungen meldeten dem Vorort, daß ihnen die Bevölkerungsverhältnisse die Übernahme weiterer Verpflichtungen verböten. Anderseits ließen es sich die Monarchen Österreichs, Rußlands, Preußens und Frankreichs sehr angelegen sein, das Gesuch des Königs von Neapel der Verwirklichung entgegenzuführen. Um vieles klarer als 1816 lag der Zweck dieser Kapitulation zutage: Sicherung des europäischen Legitimitätsprinzips an einer vom liberalen Impuls bedrohten Stelle des konservativen Systems. In der Schweiz wurde der Zweck dieses Dienstes von Anfang an in dieser Weise gedeutet, was dazu führte, daß jene Gruppen, die den vorgesehenen Vertrag als Konkurrenzangelegenheit zu der französischen und holländischen Kapitulation bekämpften, um die Reihen der das liberale Gedankengut Verkörpernden verstärkt wurden. Schon 1822 erfolgte in Schwyz die Herausgabe einer anonymen Kampfschrift, welche anläßlich der durch General Aufdermauer betriebenen Werbung zweier Schwyzerkompagnien die «biderben Männer von Schwyz»¹³¹ vor einem Engagement nach Neapel beschwörend warnte. Seitdem der König von Neapel die Verfassung gebrochen und damit vor Gott und Menschen des Thrones unwürdig geworden, gefalle es der österreichischen Besatzung dort nicht mehr, da sie als Beschützerin eines verhaßten Herrschers viele Anfeindungen erlebe. «Daher sollen

¹³¹ Ein Wort an meine Mitlandleute im Kanton Schwyz wegen dem Kriegsdienst in Neapel. Schweiz. Mai 1822. p. 9.

jetzt die gutmütigen Narren, wir Schweizer, hinziehen, und die freien Leute noch vollends unterdrücken helfen. Immer wurden die Schweizer vorangestellt, nicht bloß ihrer Tapferkeit wegen, sondern man dachte: werden sie getötet, so kaufen wir andere¹³².» Von einem solchen Monarchen um Unterstützung angegangen zu werden, sei keine Ehre, sondern eine Beschimpfung: «So weit ist es mit unserm ehrlichen Schweizernamen im Ausland gekommen, daß jeder Schuft glaubt, mit Geld könne man Schweizer kaufen wie auf einem Markt. Wirklich, es würgt einem schier das Herz im Leibe ab, wenn man beim Ausland sein liebes Vaterland wegen den fremden Kriegsdiensten leider nicht ohne Grund verachtet und geschmähet sieht¹³³.» Ob die Schwyzer wirklich helfen wollten, ein Volk, das so frei zu sein verdiene wie sie, der Willkür seines Königs auszuliefern? Ob sie so leichtsinnig ihr Leben aufs Spiel setzen wollten? «Das Volk in Neapel ist gegen die fremden Soldaten, die es unterdrücken, erbittert. Ihr wollt Eure Söhne unter ein rasendes Volk hinschicken, das sie bei erster Gelegenheit ermordet oder schimpflich ausjagt¹³⁴?»

Die Ansicht, Monarchien und fremden Diensten habe die letzte Stunde geschlagen, hatte, wie schon zur Zeit der französischen Revolution, im Ausland zuerst Fuß gefaßt. So glaubt der anonyme Kommentator des in der «Edinburgh Review» erschienenen Artikels gegen die Schweizer, die Unbesiegbarkeit der Revolution werde in Neapel in nicht allzu langer Zeit die zu deren Niederwerfung ins Auge gefaßten Schweizertruppen überwältigen und die Frage der auswärtigen Kriegsdienste gewaltsam beantworten. Die schweizerischen Regierungen würden dafür verantwortlich sein. Sie hätten die Tellenkinder dorthin geschickt, ohne zu beachten, daß jede Epoche der Geschichte sich durch einen besondern Geist auszeichne: «Celui de notre siècle ne comporte plus la vente des hommes¹³⁵.»

Trotzdem werden in den schweizerischen Broschüren dieser Jahre weit weniger die ideologischen, als vielmehr die nationalen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte diskutiert. Beinahe altväterisch wirken die «Ansichten eines gedienten Militärs über den Dienst der Schweizer im Auslande» (Bern, 1824), die sogar des Neutralitätsgedankens vollkommen entbehren. Die ganze Betrachtung widmet sich lediglich den Vorteilen, die nach der Meinung des Verfassers dem Einzelnen, dem Handel, der Kultur, dem Militärwesen und dem individuellen Nationalbewußtsein aus den Fremddiensten erwachsen. Entschlos-

¹³² p. 5.

¹³³ p. 7.

¹³⁴ p. 10.

¹³⁵ V. Anm. 110.

sen wird vor allem der Vorwurf der Sittenverderbnis zurückgewiesen, indem der Verfasser bemerkt, man sollte einmal die Moral der Handeltreibenden und der Handwerkerkreise untersuchen. Ob etwa der gediente Soldat schuld sei an Kiltgang und Fabrikbetrug? Einfache Kost, Härte und Entbehrung der Auslandsdienste förderten; Luxus, Weichheit und Wohlleben jener Kreise aber, die vom Handel lebten, minderten die Nationalkraft. Die These von der Abwanderung wertvoller Kräfte würde durch die Aussagen der Staatswissenschaftler widerlegt, nach denen das Wohl eines Staates nicht von dessen Bevölkerungszahl abhängt. Die Wohltat zu übersehen, die die Dienste für arme Söhne seien, heiße die Verhältnisse als Stubenpatron mit der Nachtmütze betrachten. Gratis besitze die Schweiz ein stehendes Heer im Ausland, das vielen ihrer Angehörigen eine Existenz, der Nation aber mehr Geld einbringe, als gemeinhin bekannt. Was Neapel betreffe, so lehre ja die Geschichte, daß die Schweizerregimenter bisher einen entschlossenen Volksaufschwung auf die Dauer nie zu verhindern vermocht hätten. Zum Schluß vergleicht die Schrift das unsichere Schicksal der Auswanderer mit der durch die Kapitulationen geschützten Existenz der Söldner und hält dafür, daß die fremden Dienste als kommerzielles Bindemittel weiterhin unerläßlich seien, obschon ihre Bedeutung als Loch für überschäumende, schweizerische Volkskraft, verglichen mit den Entstehungszeiten, geschwunden sei.

Die Entgegnung ließ nicht lange auf sich warten. Punkt für Punkt versucht ein Zürcher Offizier noch im gleichen Jahr die Behauptungen des gedienten Militärs zu widerlegen, indem er diesem vor allem vorwirft, nicht das nationale, sondern im Grunde ein fremdes Interesse zu vertreten¹³⁶. Die Schrift zehrt vom Ressentiment gegen den Handelsdruck Frankreichs, gegen das Mißtrauen in die Fähigkeiten der schweizerischen Milizarmee, vom alten Ideal schweizerischer Sittenreinheit und Eintracht (welche von den Auslandsdiensten so vieles erlitten), vom Gedanken, daß die Übervölkerung den Fleiß und die Betriebsamkeit der Bewohner eines Staates ansporne, von der Feststellung, daß die Dienste die Eidgenossenschaft in der Meinung Europas herabsetzten, und, was Neapel betrifft, von der Auffassung, daß es die garantierten Werbungen für Frankreich beeinträchtige und damit den Bruch eines von der Schweiz geleisteten Versprechens auslöse.

Auf bedeutend tieferem Niveau steht die anonym erschienene, 1824

¹³⁶ Ansichten eines Eidsgenössischen Miliz-Offiziers über den fremden Kriegsdienst der Schweizer im Allgemeinen und insbesondere über die von der Krone Neapel den L. Ständen der Eidgenossenschaft angetragene Militair-Capitulation. Zürich, 1824.

in Uri in deutscher Übersetzung veröffentlichte Schrift des Artilleriehauptmanns J. E. Gonzy, der in seinem pamphletartigen Aufruf die Öffentlichkeit für den Dienst in Neapel gewinnen will¹³⁷. Der Verfasser macht kein Hehl aus seiner Sympathie für die Heilige Allianz und beruft sich auf jene Ehrgefühle, die angeblich die edelsten Herzen antrieben, die Soldatenlaufbahn einzuschlagen¹³⁸. Verachtungsvoll wendet er sich ab von den «wohlerfahrenen und aufrichtigen Vaterlandsfreunden», denen der Appell an den neuen Ehrbegriff nur als Vorwand diene, die Konkurrenz unter den Arbeitern und damit den Lohn- und Druck zu erhöhen, und ihren Umsatz an Zucker, Kaffee und andern Produkten zu steigern. Durchdrungen vom alten Freiheitsbegriff lehnt er den Sklaventitel für einen Mann, der freiwillig auf einige Jahre einen Vertrag eingeht, ab, und beschuldigt die liberale Opposition, Freiheit mit Zügellosigkeit zu verwechseln. Nicht ganz zu Unrecht hält er der Behauptung, eine neue Verpflichtung schädige die alten, entgegen, der in Frage stehende französische König habe die neapolitanische Kapitulation ja selbst aufs wärmste empfohlen und kein in den Süden ziehender Schweizer würde sich für Holland anwerben lassen. Es sei heuchlerisch, Bedauern für die zu äußern, denen man die Berechtigung des Regierens abspreche. Das Besondere dieser Schrift liegt in dem Grad von Begeisterung, die den Kriegerberuf als den Stand preist, wo der Tod ebenso ruhmvoll und fröhlich sei wie das Leben, in ihrer Bindung an die geheiligte Person eines weisen und wohlthätigen Herrschers, im Preis jenes Landes, das man, «um vergnügt zu sterben», gesehen haben müsse, und in dem uns sonst nirgends begegneten Hinweis auf die Heilige Schrift, in der das Söldnertum achtungsvoll erwähnt werde¹³⁹.

Solche Stimmen vermochten den sachlichen Tatbestand der Verwendung von Schweizertruppen gegen eine umfassende innenpolitische Opposition natürlich nicht aus der Welt zu schaffen, und in seiner Schrift hatte sich der Verteidiger des alten Kriegerhandwerks ja selbst als Parteigänger in der politischen Auseinandersetzung der Gegenwart entpuppt. Daß die Schweizertruppen im Ausland im einzelnen nach wie vor einfach einer eingegangenen Verpflichtung Genüge tun wollten und sich beflissen, dem innenpolitischen Konflikt nach Möglichkeit aus dem Weg zu gehen, indem sie als Soldaten einer alten Begriffe entsprechend rechtmäßigen Regierung pflichtgetreuen Gehor-

¹³⁷ (Gonzy, J. E., Cap. d. Art.) Über den Neapolitanischen Kriegsdienst. Uri, 1824.

¹³⁸ p. 16.

¹³⁹ p. 15. Indem sie unter die ersten Christen den römischen Hauptmann am Kreuz zähle.

sam zu leisten gedachten, ergibt sich etwa aus der Korrespondenz des schweizerischen Generalleutnants Wimpffen, des Kommandanten der Schweizertruppen in Spanien ¹⁴⁰.

Schon die französische Kapitulation hatte infolge der Nationalisierung und Liberalisierung des politischen Denkens immer stärker die Züge eines Vertrages erhalten, der nicht auf dem gegenseitigen Interesse zweier befreundeter Nationen beruhte, sondern der Aufrechterhaltung jenes politischen Systems diente, das als europäische Fürstenverbindung seit 1815 national-liberale Reformen nach Möglichkeit unterband. Diese Eigenschaften wurden nun aber den Verträgen mit Neapel von allem Anfang an zugeschrieben. Den schweizerischen Liberalismus mußte diese Tatsache umso stärker beschäftigen, je weiter er die Grenzen der Bezirke faßte, für die er den Staat verantwortlich hielt. Obschon er bei weitem nicht auf der Stufe stand, wo er den Bedürfnissen des Staates so viel persönliche Bewegungsfreiheit zu opfern bereit gewesen wäre wie später der Radikalismus, neigte er doch mehr dem Gedanken des Naturrechts als dem der möglichsten Schonung historischer Gegebenheiten zu, wie sie etwa in ständischen Gliederungen, in Korporations- und Zunftwesen, im Eigenwert kleiner Körperschaften vorlagen. Was die fremden Dienste betrifft, wünschte er allerdings, Bund und Kantone der Verantwortung für einen Zustand zu entheben, der nach seinen Begriffen mit den Grundlagen wie den Aufgaben der Eidgenossenschaft nicht mehr in Einklang zu bringen war. Seine Gegnerschaft richtete sich daher in erster Linie gegen das Institut der Militärkapitulationen und weniger dringlich gegen die freie Reisläuferei, da durch einen allgemeinen Vertrag Ehre und Schande nicht auf die Beteiligten allein, sondern auf die ganze Schweiz zurückfalle ¹⁴¹. Andererseits lag es ihm ebenso fern, die staatliche Verantwortung etwa in der moderneren Form behördlicher Verfügungen gegen das Reislaufen, in der Art von Werbverboten oder Aufrufen auszudrücken. Das beste Mittel gegen die eingesessene Sitte der militärischen Auswanderung schien ihm in der Aufklärung des Vol-

¹⁴⁰ Bundesarchiv, Tagsatzungsarchiv, Bd. 2208, Wimpffen an Bundespräsident, 15. April 1815: Mit der Inthronisation Ferdinands VII. hätte eine Zeit der Ab-sperrung und Belästigung begonnen. Für die Schweizertruppen sei die Lage besonders schwierig gewesen, «à la vieille d'un changement politique dans lequel comme étrangers nous n'avions aucun droit de nous mêler ni en bien ni en mal qui d'un autre côté ne pouvoit pas nous être indifférent par les liaisons de famille et d'amitié qui nous unissoient à la Nation Espagnole et rendoient commun nos intérêts».

Bundesarchiv, Tagsatzungsarchiv, Bd. 2208, Wimpffen an den Bundespräsident, 1817 – April – 19.

¹⁴¹ Über die Verwerflichkeit der fremden Kriegsdienste Chur, 1828, p. 8.

kes, in der Hebung der Schulen, in der Beförderung der Wirtschafts-
anstalten, in der Verbreitung der bürgerlichen Arbeits- und Lebens-
ideale zu liegen. Gerne verwies er auf die reformierten und paritätischen Gegenden, wo die Reisläuferei seit der Reformation stets zurückgegangen sei, wo die Menschen «über den wahren Wert ihrer Bestimmung auf Erden besser belehrt, sich nützlichen und tätigen Berufen» zugewendet hätten¹⁴². Mit dem Vorwurf, die bisherigen freimütigen Stimmen gegen die Kapitulationen seien «in der Wüste wirkungslos aus dem Grunde verschollen, weil sie nur das Wohl und die Ehre des Landes berücksichtigten, ohne Aussichten zu finanziellen Vorteilen für die Lenker der öffentlichen Verwaltung anbieten zu können¹⁴³», verband sich immer mehr die Behauptung, daß die Kapitulationen eine Angelegenheit der Aristokratie seien, die durch sie ihre wirtschaftliche Vormacht, ihre Herrschaft in der Armee, ihre Familienpolitik sichere¹⁴⁴. Wo die Frage des Bevölkerungsüberschusses oder Kriegerstandes als solche diskutiert wurde, nährte sich die Opposition vom Erbe der Helvetik, jenen Kräften Ausdruck verschaffend, welche in den Dreissigerjahren dem liberalen Führer das Bewußtsein vermittelten, dem Gewissen und der Vernunft gemäß zu handeln. So sah sie sich zunächst genötigt, der Überschätzung des Kriegerstandes mit der Feststellung entgegenzutreten, daß kein Stand der bürgerlichen Gesellschaft in bezug auf die Ehre benachteiligt sei, denn die Ehre bestehe «in der pünktlichen Ausübung derjenigen Pflichten, die einer dem höchsten Wesen, dem Staate und seinen Mitmenschen schuldig» sei¹⁴⁵. Wohl könne der Krieger in seinem Stand zu Ehren kommen, aber dieser Stand selbst sei an sich um nichts ehrenwerter als ein anderer. Daß die Opposition im Grunde den Kriegsbetrieb abschätziger beurteilte, steht fest; denn sie ließ den Krieg, die Voraussetzung des Kriegshandwerks, nur als «eine traurige Notwendigkeit der Selbsterhaltung des Staates» gelten¹⁴⁶. Im Unterschied zur Helvetik und zum Linksradikalismus um 1849 sprach sie aber keinem internationalen Volkskrieg das Wort, da sie die nationalen Kriege im Auge hatte und daran nur Staatsangehörige, keine Ausländer teilnahmeberechtigt glaubte¹⁴⁷.

Bereits lagen die bürgerlichen Ideale und das mit ihnen verbundene Selbstbewußtsein einer Schicht, die während der Regeneration die politische Umgestaltung durchsetzen sollte, nahezu ausgebildet

¹⁴² Auch ein Wort, p. 10.

¹⁴³ Auch ein Wort, p. 15.

¹⁴⁴ Auch ein Wort, p. 15.

¹⁴⁵ Auch ein Wort, p. 1.

¹⁴⁶ Auch ein Wort, p. 7 f.

¹⁴⁷ Auch ein Wort, p. 8.

vor. Die Art dieser Ideale erleichterte es der Kriegsdienstopposition ungemein, das Söldnerwesen als unzeitgemäß zu erklären, da dessen Argumente, wenn sie mit der neuen Lebensauffassung in Berührung traten, nicht nur widerlegt, sondern sogar zum Beweis der Richtigkeit dieser neuen Einstellung benutzt werden konnten. Wie stand es zum Beispiel mit der den auswärtigen Diensten nachgerühmten soldatischen Erziehung? Nahmen sich deren Zwecke und Ziele gegenüber denen der Schulen nicht zu niedrig gegriffen aus? Wenn man schon von Erziehung sprechen wollte, so durfte sie gewiß nicht auf Gehorsam und Pünktlichkeit beschränkt werden, sondern mußte sich auf viel ausgedehntere Gebiete erstrecken. – Der fremde Dienst sollte das Nationalbewußtsein fördern – konnte sich nicht der zuhause Gebliebene besser in die Verhältnisse, die Pflichten und Aufgaben eines schweizerischen Staatsbürgers einleben? War nicht bei den Offizieren oft die Denkweise der großen Städte anzutreffen? Schufen sie nicht verwöhnte, mißvergnügte Staatsangehörige? Vor allem: Entehrte es nicht die Menschenwürde, «einem fremden Willen sich zu verkaufen, ohne zu wissen, was er mit uns vor hat ¹⁴⁸»? Früher einmal hätte das Argument von der Bildung vielleicht noch seine Berechtigung haben können; aber ersetzten in der neueren Zeit nicht Schulen die einseitig militärische durch eine gründlichere, humanere und allseitigere Bildung ¹⁴⁹? Die Bücher vermittelten nun mehr Kenntnisse, der Handel war ausgedehnter, das Reisen mit weniger Schwierigkeiten verbunden. Viele Gebildete waren der Meinung, man könne sich nun der fremden Dienste keck entschlagen, «ohne Gefahr zu laufen, in Rohheit und Unwissenheit zu geraten ¹⁵⁰». Auch das Argument des Bevölkerungsüberschusses kam dem Liberalismus gerade recht, um seine Wünsche in bezug auf eine Handel und Wandel belebende Konkurrenz, auf eine bessere Entwicklung der «Land-, Garten- und Hauswirtschaft ¹⁵¹», auf Einführung der Industrie in den Berggegenden, zu verdeutlichen. Not lehre handeln, sei die Mutter und Pflegerin jeder Industrie, betätige den Fleiß und schütze vor zu hohen Lohnforderungen der Arbeitnehmer ¹⁵².

Während die fremden Dienste nach der Ansicht des Bürgertums Einzelne bereicherten, viele aber verarmen ließen, und damit einen für den Freistaat gefährlichen Gegensatz begünstigten, verfocht dieses den Gedanken einer allgemeinen wirtschaftlichen Blüte. Diese gehöre

¹⁴⁸ Über die Verwerflichkeit, p. 13.

¹⁴⁹ Über die Verwerflichkeit, p. 4 f.

¹⁵⁰ Über die Verwerflichkeit, p. 8.

¹⁵¹ Über die Verwerflichkeit, p. 12.

¹⁵² Über die Verwerflichkeit, p. 10.

zu den Grundlagen einer freien Republik und sei nicht einfach ein vom Himmel jedem gebirgigen Land zugesprochener Vorzug ¹⁵³.

Noch zeichnete sich die Opposition im ganzen durch einen milden, theoretisch-belehrenden Zug aus und verfiel in wenig leidenschaftlichen Parteihader oder in widersprüchlichen Doktrinarismus. Der Glaube an die Zukunft verschloß dem Liberalismus der Zwanzigerjahre den Blick für die geistigen und seelischen Bereiche der früheren Generation nicht. Während der Radikalismus sich dem Wesen der alten Schweiz so stark entfremdete, daß seine Äußerungen über sie oft wie eine den Gehalt des Originals nur mangelhaft vermittelnde Übersetzung eines fremdsprachigen Buches anmuten, behielt der Liberalismus ein bestimmtes Sensorium für die Pulsschläge der versinkenden Zeit. Bescheiden und vorsichtig konnte er sagen, daß das Urteil über die fremden Kriegsdienste einer Revision bedürfe, ohne daß man dadurch verständiger oder einsichtsvoller erscheinen wolle als berühmte und kluge Männer, welche mit ihnen verwachsen gewesen seien ¹⁵⁴. Was für Menschen vergangener Zeiten in ihren Verhältnissen passend gewesen sei, müßte die heutige Generation vielleicht abstreifen, weil die Zeit so sehr an allem ändere, daß die gleiche Handlung, die ehemals als ehrenwert gegolten habe, heutzutage als sehr erniedrigend erscheinen könne ¹⁵⁵.

Da aber die Entwicklung im Ausland die herkömmliche Staatsorganisation in der Folge statt zu festigen immer stärker erschütterte, fand die erfolgreichste Waffe des Auslandes gegen die schweizerischen Fremddienste, die Bezeichnung des Söldnertums als Mittel der Volksbedrückung, auch in der Schweiz immer stärkere Verbreitung und ergänzte damit die neuere, ursprünglich national-militärisch geartete Gegnerschaft. Der ahnungslose Wehrmann im Ausland sah sich in zunehmendem Maß Angriffen auf ihn und sein Handwerk ausgesetzt, ohne daß sich ihm mehr hätte vorwerfen lassen als eine gegenüber den Zeitgenossen im Rückstand befindliche Unbefangenheit in bezug auf die Frage der Staatsformen.

¹⁵³ Über die Verwerflichkeit, p. 13.

¹⁵⁴ Über die Verwerflichkeit, p. 4 f.

¹⁵⁵ Auch ein Wort, p. 7.

Vgl. zum Zeitraum 1825–1830: Oechsli, Wilhelm: Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert, Bd. 2, 1913. p. 710–25.

II. REGENERATION UND BUNDESREFORM

1. Der Abschluß des französischen Solddienstes

Kurz bevor die Julirevolution das Kapitulationsverhältnis Frankreichs mit der Schweiz beendete und eine allgemeine Revisionsbewegung in den Kantonen auslöste, verhandelte die Tagsatzung noch über einen Gegenstand, welcher als Beispiel der aus dem französischen Dienst immer mehr sich ergebenden Spannungen eine kurze Betrachtung verdient.

Altem Herkommen gemäß, hatte auch die französische Kapitulation von 1816 den Schweizerregimentern die eigene Gerichtsbarkeit zugesichert. Kurz darauf stimmten die Kantone einem provisorischen Strafrecht zu, das nach vielen Verzögerungen in einer nach liberalen Grundsätzen revidierten Fassung 1829 endlich angenommen wurde. Es verbot die körperliche Züchtigung¹ und unterschied sich vom französischen Recht auch dadurch, daß die moralische Überzeugung des Richters als Motiv einer Schuldigsprechung unter keinen Umständen gestattet wurde. Die Kantone waren der Meinung, daß ein Rechtsgrundsatz, der nur eine Verschärfung der Strafe, nie aber einen Freispruch nach sich ziehe, der Tendenz des neuen Strafkodex widerspreche². Auch in andern Punkten zeichnete sich das neue Recht vor den französischen Gesetzen durch Milderungen aus.

Schon das Privilegium der eigenen Gerichtsbarkeit hatte früher in Frankreich Anstoß erregt. Die öffentliche Meinung, hierin mit den zeitgenössischen Rechtsgrundsätzen einig, stieß sich an der Tatsache, daß es Ausländer gab, die der französischen Gesetzgebung nicht unterstanden, obgleich deren ordnende Wirkung auch ihnen zugutekam³. Die durch die Milde des neuen Strafkodex erhöhte Verschärfung des Gegensatzes bewirkte am 5. Dezember 1829 eine Anweisung des fran-

¹ Tagsatzungsarchiv – Tagsatzungsprotokoll 1830 – Juli – 9., fol. 97. Anweisung an die Regimenter in Frankreich vom Herbst 1829.

² Tagsatzungsarchiv: Kommissionsberichte und Beilagen zum Protokoll der Tagsatzung 1830, Bd. 57, fol. 183 ff.: Kommissionalbericht an die Tagsatzung über die Angelegenheit des Militärstrafkodex, August – 2., vgl. die Haltung Zürichs, Freiburgs und Genfs.

³ Du Service Militaire des Suisses en France. Genève, 1821, p. 18/19.

zösischen Kriegsministers an die Kommandanten der Schweizerregimenter, ungeachtet des Beschlusses der Tagsatzung das alte Strafrecht weiter zu benützen. Unter Verwahrung der Rechte ihrer schweizerischen Obrigkeiten fügten sich die Obersten dem Befehl. Der bestürzte Vorort benachrichtigte die Stände von dem Vorfall, teilte ihnen das Verhandlungsbegehren des französischen Gesandten mit, ersuchte die Kantone um Instruktion und bat um höchste Geheimhaltung⁴. Die Antworten ließen in bezug auf die im Kodex festgelegten Reformartikel eine nahezu einheitliche Reaktion erkennen: Selbst diejenigen Stände, die im Interesse des guten Einvernehmens allfälligen Verhandlungen grundsätzlich zustimmten, wollten am Prinzip der eigenständigen Rechtsprechung bei den Schweizertruppen nicht gerüttelt wissen und hielten an gewissen liberalen Punkten fest⁵. Verschiedener waren die Meinungen hinsichtlich der Frage, ob die Eidgenossenschaft sich einen derartigen Schlag gegen die diplomatischen Gepflogenheiten seitens einer befreundeten Macht gefallen zu lassen habe. Im Großen Rat von Luzern erklärte Casimir Pfyffer, daß Frankreich durch das Veto gegen den neuen Kodex die Eidgenossenschaft so kompromittiert habe, daß die Ablehnung einer Unterhandlung jetzt nicht mehr zu umgehen sei, «selbst auf die Gefahr hin, daß der schweizerische Militärdienst in Frankreich aufhöre; denn diesem Dienst, so wie irgendeinem andern, sei die Nationalehre und die Würde nicht hintan zu setzen⁶». In Genf beantragte Rilliet-Constant, die Werbungen für die kapitulierten Regimenter in Frankreich so lange einzustellen, bis der neue Kodex akzeptiert werde⁷.

An einer von allen Kantonen beschickten Konferenz wurde zunächst der Grundsatz aufgestellt, an der unabhängigen Justiz festzuhalten⁸, aber dem Verlangen Frankreichs, auf dem Verhandlungsweg zu einer Verständigung zu gelangen, entgegenzukommen. So kam es, daß das Provisorium des alten Strafgesetzes nochmals verlängert wurde, und die Tagsatzung des Sommers 1830 dessen dritte Neufassung zu begutachten hatte. Aus den dort abgegebenen Voten stach nur dasjenige des Standes Zug durch seine kompromißlose Ablehnung jeglicher französischer Einmischung hervor⁹. Seine Gesandtschaft

⁴ Staatsarchiv Basel – Protokoll des Kleinen Rates, 1829 – Dezember – 26., fol. 441.

⁵ Staatsarchiv Basel – Protokoll des Kleinen Rates, 1830 – Februar – 20., fol. 70, Gutachten des Staatsrats.

⁶ NZZ – 1830 – August – 7., Nr. 63, p. 251, Nachtrag zu den Verhandlungen vom 11. Februar 1830.

⁷ Schweizerischer Beobachter, 1830 – Januar – 6., Nr. 2, p. 9.

⁸ Tagsatzungsprotokoll 1830 – Juli – 9., fol. 97 ff., Bericht des Tagsatzungspräsidenten E. Fr. v. Fischer.

⁹ Tagsatzungsprotokoll, 1830 – Juli – 9., fol. 97 ff.

übermittelte das Bedauern des dreifachen Landrates über die Verhandlungsgeneigtheit, mißbilligte die Preisgabe des Grundsatzes, daß in bezug auf die Rechtspflege bei den Schweizertruppen weder die Begrüßung, noch die Ermächtigung eines auswärtigen Staates erforderlich sei und erklärte den Kommissionsentwurf für unvereinbar mit der Ehre der Eidgenossenschaft¹⁰. Außer Zug und Genf, dem die neue Kommissionslösung den humanen Tendenzen der Fassung von 1829 zu wenig Rechnung trug, beurteilten jedoch alle instruierten Gesandtschaften den Verhandlungsverlauf und dessen Ergebnis günstig¹¹. In weit stärkerem Maß als in der Tagsatzung machte sich die Auffassung, es handle sich hier um eine Prestigefrage, in der Presse geltend. In Voraussicht der Opposition hatte der Vorort den Ständen empfohlen, für die Geheimhaltung des Gegenstandes besorgt zu sein. Später rechtfertigte der Tagsatzungspräsident seine Anordnung mit der Behauptung, es habe sich dies aus Gründen der Schicklichkeit gegen einen geehrten Nachbarstaat geziemt und verwies auf seine frühere Befürchtung, daß die in einer öffentlichen Diskussion sich wohl einstellenden Forderungen sofort ein neues Begehren Frankreichs veranlaßt hätten¹². Aber zu jenem Zeitpunkt waren in gewissen Kantonsregierungen bereits liberale Minderheiten vertreten, denen die Pressezensur von Natur aus irrig erschien. Auf diesem Weg wurde die Sache durch die Presse ruchbar gemacht. So konnte der «Schweizerische Beobachter» schon anfangs Januar 1830 die einer Lausanner Zeitung entnommene Nachricht vom Veto des französischen Kriegsministers veröffentlichen und eine der «Genferzeitung» entnommene, persönliche Begründung des Antrages von Rilliet-Constant auf vorläufige Einstellung der Werbungen abdrucken¹³. Ungefähr einen Monat später geisselte das gleiche Blatt die auf die vorörtliche Empfehlung und auf ein Verbot des waadtländischen Großen Rates zurückzuführende Presseintervention des Lausanner Friedensrichters und erklärte, daß es darin eine «zweideutige Vorbedeutung» erblicke für die Art und Weise, wie eine Unterhandlung geführt werden dürfte, an welcher die Würde und Ehre der Eidgenossenschaft so empfindlich beteiligt sei¹⁴. Auch die «Appenzeller Zeitung» stimmte in die Klage über diese «Geheimnistuerei» mit ein¹⁵, und es ist nicht zu verkennen, daß in allen diesen Äußerungen ein Unterton von Mißtrauen gegen

¹⁰ v. Anm. 9.

¹¹ v. Anm. 9.

¹² v. Anm. 9 – Bericht des Tagsatzungspräsidenten.

¹³ Schweizerischer Beobachter – 1830 – Januar – 6., Nr. 2, p. 9.

¹⁴ Schweizerischer Beobachter, 1830 – Februar – 5., Nr. 6, p. 27: Leitartikel: «An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.»

¹⁵ 1830 – Februar – 13., Nr. 7, p. 49.

die Haltung der Tagsatzung, der man eigensüchtige Motive zutraute, mitschwang¹⁶.

Als im Verlaufe des Jahres die konziliante Politik der Tagsatzung bekannt wurde, entwickelte sich der Gegenstand in der liberalen Presse zu einer grundsätzlichen Streitfrage, die dazu diente, die Unzufriedenheit mit den Behörden überhaupt anzuregen und zu vertiefen. Während der «Beobachter» bestrebt war, die Frage verfassungsrechtlich auszuwerten, indem er der Öffentlichkeit die Souveränität des Großen Rates und die Inkompetenz des Kleinen Rates vor Augen hielt¹⁷, tadelte die «Neue Zürcher Zeitung» durch die Veröffentlichung einer zwar originell abgefaßten, aber gegen besseres Wissen Konzessionen gewährenden Instruktion des Luzerner Großen Rates eine politische Denkweise, die um des Friedens willen Grundsätze preiszugeben imstande war¹⁸, und seufzte im Hinblick auf die kommende Tagsatzungsentscheidung: «Was nun an dem Bundestag über den vielbesprochenen Kodex möge beschlossen werden, steht zu erwarten. Selig sind, die da wenig erwarten, denn sie können nicht getäuscht werden¹⁹.»

Trotz der liberalen Opposition in einzelnen kantonalen Räten und trotz den Protesten der fortschrittlichen Presse blieb die Politik der Tagsatzung hinsichtlich dieses Truppenstrafrechtes unverändert nachgiebig. Am 2. August, also bereits eine Woche nach dem Sturz des französischen Regierungssystems, dem die Kapitulation von 1816 zu verdanken war, stimmten die Gesandtschaften fast ausnahmslos der modifizierten Fassung des neuen Strafkodex zu. Die Ereignisse verhinderten zwar seine praktische Anwendung, aber das Mißfallen mit der unpopulären Politik der Tagsatzung rief in Presse und Räten weiteren Protesten²⁰ und verstärkte die Überzeugung der jungen Generation, daß das Bundessystem auch auf außenpolitischem Gebiet einer die nationalen Interessen besser wahrenden Umgestaltung bedürfe.

Der Anstoß zum Ende des französischen Schweizerdienstes kam zwar von außen, aber es ist bezeichnend, welch lebhaftes Interesse die schweizerische Öffentlichkeit dieser Entwicklung entgegenbrachte. Dies hing mit einer breiteren Teilnahme am politischen Geschehen überhaupt zusammen, von dem selbst die Vertreter weltabgewandter, wissenschaftlicher Bezirke ergriffen wurden²¹. Die Schützenfeste

¹⁶ v. Anm. 14.

¹⁷ 1830 – Juli – 23., Nr. 30, p. 156.

¹⁸ NZZ, 1830 – August – 4., Nr. 62, p. 246 f.

¹⁹ v. Anm. 18.

²⁰ NZZ, 1830 – August – 7., Nr. 63, p. 250.

Schw. Beob., 1830 – August – 27., Nr. 36, p. 192.

²¹ NZZ, 1830 – August – 4., Nr. 62, p. 246 f.

hallten wider von Toasts auf das neue politische Bewußtsein, und die Obrigkeiten sahen sich einer nicht mehr zu bezähmenden Ungebändigkeit der Presse gegenüber²². Die Ideen von Volkssouveränität und Rechtsgleichheit schufen im Bereich der Kapitulationsfrage eine verschärfte prinzipielle Gegnerschaft, die durch den außenpolitischen Konfliktstoff des Söldnerwesens erhöht wurde.

Wie schon zur Zeit der Helvetik verbreitete sich das Gefühl von der Unzeitgemäßheit der Fremddienste, und die liberale Bewegung bezeichnete sie offen als das Produkt eines Gottesgnadentums, das mit seinen veralteten Formen in der zukünftigen, selbständigen Völkerwelt keinen Platz mehr habe²³. Die «Appenzeller Zeitung» rechnete sie unter das Verwerfliche des Fünfzehner Regiments, «wo alles kunterbunt vermischt und ohne tragende Idee die Staatshandlungen» ausgemacht habe²⁴. Zahlreiche Presseausführungen jener Tage bezogen in die Betrachtung der monarchischen Regierungssysteme auch die Kapitulationen mit ein, indem sie darstellten, daß die ursprünglich freien Staaten Europas in dem Augenblick in «monströse Despotien»²⁵ verwandelt worden seien, als es dem sich zur privilegierten Kaste ausbildenden Adel gelang, sich durch stehende Söldnerscharen der Staatsgewalt zu versichern. In den Monaten, wo die Nachrichten von der Stellung der Schweizerregimenter während der Pariser Revolution die Diskussion neu entflamten, traten derartige Gedankengänge naturgemäß in den Vordergrund. In Broschüren und Zeitungen wurden die Kapitulationen als Verträge mit Prinzen behandelt, bei denen die Nationen selbst nicht befragt worden seien, die als Garantie von Truppen, welche ohne Anhänglichkeit an das Gastland, ohne Interesse für die fremde Nation, nur für Sold den Machthabern blindlings dienen, einzig in ein absolutistisches System paßten²⁶. Die Verteidigung des Königs durch Schweizer während der Vorfälle am 26. und 27. Juli zu Paris schien das Maß voll zu machen. Vielerorts betonte man die beherrschte Haltung der Revolutionäre, die im Gegensatz zum August 1792 so milde mit den irregeleiteten Werkzeugen eines

²² Staatsarchiv Basel, Protokoll des Kleinen Rates, 1830 – September – 29., fol. 359: Mitteilung des Vororts (Bern) betr. «der gefährlichen Tendenz einiger Zeitungsblätter», und Bemerkung, daß man sich immerhin gegenseitig die Verfassungen garantiert habe.

²³ Schweizerischer Republikaner, 1831 – Januar – 7., Nr. 8: «Ist Gott mit uns: wer mag wider uns sein?»

²⁴ 1830 – Februar – 20., Nr. 8, p. 60 ff.

²⁵ Schweiz. Republ., 1830 – November – 26., Nr. 1.

²⁶ (Manget, J. L.,) *Que doit faire la Suisse dans les circonstances actuelles?* Genève, 1830, mit Vorwort vom 13. August.

Schweizerischer Beobachter, 1830 – Juli – 16., Nr. 29, p. 154.

Despoten verfahren ²⁷, und erklärte sich mit dem Sieg des Bürgertums über einen engstirnigen «Militarismus» solidarisch ²⁸. Gelegentlich würdigten auch ablehnende Stimmen die Tragik, die in einem Schwur liege, der den Eidpflichtigen entgegen besserer Einsicht zu unbedingtem Gehorsam verpflichtete ²⁹, während andere erklärten, sie hätten gewünscht, «dass alle, die in die Dienste eines Königs traten, dem sie nur im Taumel der Unwissenheit den Eid der Treue geleistet, mit einander davon gelaufen wären ³⁰.» In diesem Sinn schrieb der «Schweizerische Republikaner» von Handlungen, die nur bedingterweise ein Verbrechen seien, «wenn man nämlich und *solange* man diejenigen Gesetze, Einrichtungen oder Maßnahmen, gegen welche jene Handlungen verstoßen, für *rechtmäßig* hält; sobald man sie als *unrechtmäßig* betrachtet, hören jene Handlungen auf, ein Vergehen zu sein ³¹». Die Gefahr der unbedingten Treue versuchte man mit Beispielen aus der Schweizergeschichte zu erweisen. In der Broschüre von Manget ³² wurde ausgeführt, wie die aristokratischen Familien der Eidgenossenschaft durch das Privileg der Kommandanturbesetzungen das Volk auf die Stufe des gemeinen Soldaten zurückbanden, wie es, unter den Fahnen mit dem Stock im Zaume gehalten, in passivem Gehorsam dazu gewöhnt wurde, in den Männern der obern Schichten seine natürlichen Meister zu sehen, so daß die Offiziere nach ihrer Rückkehr in die Heimat einfach die Epaulette mit der Toga des Magistraten vertauschen konnten ³³. Auch der «Schweizerische Beobachter» fand aus diesem Grund die Kapitulationen höchst unzeitgemäß; denn «daß sie (die Offiziere) im ausländischen Kriegsdienste despotische Grundsätze einsaugen, und dann in das Vaterland zurückkehren, um hier diese Grundsätze auszuüben, das will uns nicht gefallen; daß man die Kasernen in Paris und Neapel als Erziehungsanstalten für künftige Staatsmänner betrachtet, dagegen lehnt sich der gesunde Sinn der Nation auf. Wer sich als *blindes Werkzeug* einem fremden Fürsten vermietet, der verdient den Namen eines freien Schweizers nicht, geschweige, daß er jemals des freien Schweizers Angelegen-

²⁷ NZZ, 1830 – August – 14., Nr. 66, p. 263.

NZZ, 1830 – August – 25., Nr. 69, p. 273.

²⁸ NZZ, 1830 – August – 7., Nr. 63, p. 250: Votum Usteri im Kleinen Rat von Zürich: «Der bürgerliche Mut hat die Militärgewalt besiegt.»

NZZ, 1830 – August – 7., Nr. 63, p. 261 ff. (Ein dem Constitutionnel vom 1. August entnommener Bericht.)

²⁹ Schweiz. Beob., 1830 – August – 13., Nr. 33, p. 177.

³⁰ Allg. Schweiz. Korr., 1832 – Oktober – 12., Nr. 82, p. 432: Votum Pfenningers, Stäfa, im Zürcher Großen Rat.

³¹ 1830 – Oktober – 5.

³² v. Anm. 26.

³³ Manget, *Que doit faire* ... p. 6.

heiten soll leiten helfen. Der Knecht, wenn ihm der Dienstherr eine offenbare Ungerechtigkeit befiehlt, darf nicht gehorchen, hingegen der Mietsoldat – so lehrt man ja, soll weder um Recht noch Unrecht sich kümmern. Was ist das für ein Geschöpf? Was für einen Regent eines Freistaates soll das geben ³⁴?

Dieselben Befürchtungen hegte man auch hinsichtlich des Einflusses fremder Dienste auf den Geist der schweizerischen Armee. «Lorsqu'on a commandé, le bâton à la main, à des mercenaires, il est difficile de ne pas porter des habitudes de despotisme, ou tout au moins de hauteur, dans le commandement des milices nationales. On traite des soldats-citoyens comme des machines à balles. D'honnêtes bourgeois, devenus capitaines par l'ordre d'ancienneté, singent ces manières hautaines, et se croient de vieux militaires, parce qu'ils ont le ton rude et brusque avec leurs soldats ³⁵.» Gelegentlich erschienen in den Zeitungen Berichte von auswärts gedienten Soldaten, welche das Leben unter Stock und Prügel in grellen Farben schilderten ³⁶, was den Eindruck in der schweizerischen Öffentlichkeit verstärkte, daß die Disziplin in den Regimentern nur durch unmenschliche Strafzumessungen, durch eine von patrizischen Offizieren grausam angewandte, barbarische Behandlung erzielt werde ³⁷.

Eine starke Verdüsterung erfuhr das Bild von den sogenannten unmenschlichen Verhältnissen in den Regimentern durch einen Vorfall, der in den Schweizer Zeitungen viel besprochen und dadurch auch im Ausland bekannt wurde. Laut «Schweizerischem Beobachter» hatte der Kantonsrat von Schwyz einen jungen heimatlosen Vagabunden wegen Diebstahls entweder zur Ausstellung am Halseisen, Auspeitschen durch den Henker, Bezahlung der Prozeßkosten und Verbannung aus dem Kanton, oder zu achtjährigem, ausländischem Kriegsdienst verurteilt. Nach einer vierundzwanzigstündigen Bedenkzeit fand es der Sträfling «seinen Verhältnissen angemessener», die erste Bestrafungsart vorzuziehen ³⁸. Diese Begebenheit schien den auswärtigen Kriegsdienst als das non plus ultra an strenger Strafmöglichkeit zu charakterisieren und verfehlte daher ihre Wirkung nicht ³⁹. Über solche Vorfälle machte sich auch das Ausland seine

³⁴ 1830 – Oktober – 8., Nr. 43, p. 234.

³⁵ Manget, *Que doit faire ...* p. 7.

³⁶ Appenzeller Zeitung, 1830 – August – 7., Nr. 32, p. 260: «Rosen aus dem Söldnerleben».

³⁷ ZFZ, 1830 – Dezember – 31., Nr. 53.

³⁸ 1830 – Februar – 12., Nr. 7, p. 35.

³⁹ Wer etwa noch den in fremden Diensten zum Gehorsam Erzogenen gegenüber dem aus «Deutschland» zurückkehrenden Besserwisser pries, lief Gefahr, Mitleid zu erregen oder ausgelacht zu werden. (Vgl. den Bericht über eine Sitzung des

Gedanken. So kommentierte das «Journal de Havre» die Verurteilung Galliaris in Schwyz folgendermaßen: «Diese ebenso unleugbare als niederschlagende Tatsache beweist, mit welcher Gewissenhaftigkeit die Schweiz die für die fremden Dienste bestimmten Regimenter bisweilen zusammensetzt und die Abneigung, welche dieser Dienst in den Kantonen einflößt. Galliar war ein durch die Gesetze seines Landes entehrter Mann, er war der Schweiz fremde, ohne Vaterland, und führte seit langem ein herumschweifendes Leben. Man stellte ihn zwischen eine entehrende Strafe und die Notwendigkeit, in einem der Regimenter zu dienen, denen Frankreich vielleicht die Bewachung seiner Könige anvertraut. Galliar wählte die entehrende Strafe. Hier ist Stoff zum Nachdenken für die übertriebensten Freunde alles dessen, was in Frankreich antinational ist. So streng auch die Disziplin der Schweizertruppen und die Aufsicht ihrer achtungswerten Offiziere sein mag, ist man immer sicher, daß auch die strengste Disziplin in den Soldaten die Moralität ersetzen könne⁴⁰» Unter diesen Umständen fanden die Vorschläge, das abgedankte Kader der zu Ende gegangenen französischen Dienste zum Ausbau des bitter nötigen Instruktionswesens in der schweizerischen Armee heranzuziehen⁴¹, nicht überall Zustimmung. Unter anderm befürchtete ein Einsender des «Schweizerischen Beobachters», «die meisten (der zurückkehrenden Offiziere) vermöchten im Soldat nur den an beinahe sklavischen Gehorsam gewöhnten Untergebenen, nicht aber ihren vaterländischen Mitarbeiter zu sehen⁴²».

Auch in außenpolitischer Hinsicht waren die Liberalen geneigt, in den fremden Kriegsdiensten eine nationale Gefahr zu erblicken. Besonders deutlich wird dies an der Reaktion, die als schweizerisches Echo dem Sturz Karls X. folgte. In der liberalen Bewegung, die dem Umsturz in Frankreich die Bedeutung eines Völkerfrühlings beimaß⁴³, wurden Stimmen laut, welche sich ängstigten, die gesamte schweizerische Nation müsse es entgelten, daß ihre Söhne für den «Despotismus» und gegen das Volk feuerten. Offen müsse eingestanden werden: Der fremde Dienst sei in Frankreich außerordentlich unpopulär geworden. Die Antipathie gegen die Söldnertruppe habe sich auf

Luzerner Großen Rates in der NZZ 1830 – August – 4., Nr. 62, p. 246 f., in dem über ein Votum dieser Art losgezogen wird.)

⁴⁰ 1830 – Februar – 27., laut Übersetzung des Schweiz. Beob. vom 2. April, Nr. 14, p. 71.

⁴¹ Schweiz. Beobachter, 1830 – Oktober – 1., Nr. 41, p. 223 ff. (Beilage): «Ideen zur Entwicklung der eidgenössischen Streitkräfte auf den Fall der Notwehr.»

⁴² 1830 – Oktober – 22., Nr. 47, p. 245 (Beilage).

⁴³ NZZ, 1830 – August – 7., Nr. 63, p. 250, Votum Usteris zum Tagsatzungsbericht, im Kleinen Rat von Zürich, 6. August.

die ganze Schweiz übertragen, so daß die Masse der Franzosen glaube, die eidgenössischen Behörden seien Komplizen der Bourbonen. Es sei höchste Zeit, das französische Volk diesem Irrtum zu entreissen: «Le moment est venu de le déclarer hautement à la nation française: La grande majorité du peuple suisse a désapprouvé, dès l'origine, les capitulations militaires de 1815, et les citoyens éclairés n'ont cessé de s'élever depuis quinze ans contre cet odieux trafic de soldats⁴⁴.»

Neben diesen Befürchtungen vermitteln die Kommentare auch einen Einblick in die von allen politischen Rücksichten abgelöste Einstellung gegen das Söldnerwesen. Die Befremdung des sich zu Hause redlich nährenden Schweizerbürgers einem Stande gegenüber, der seine Angehörigen nach den Zeitungsberichten⁴⁵ zu einem phantasielosen, faulenzertischen Dasein verpflichtete, hatte um diese Zeit bereits ein beträchtliches Ausmaß erreicht. Fast großmutterhaft ermahnte die «Zürcher Freitagszeitung» die rückkehrenden, «verirrten» Landeskinder, welche die jüngsten Erfahrungen nun auf traurige Weise belehrt hätten, welch ein «glänzendes» Elend der Militärdienst sei, zu ordentlicherer und sittenhafterer Lebensart⁴⁶.

Der konservativen Presse war es vorbehalten, dem Bedauern mit den Schweizertsöldnern, die «mit rühmlicher Tapferkeit ihr Blut für eine Sache verspritzen mußten, die auch nicht einen Tropfen Wasser wert war⁴⁷», eine Bewunderung darzubringen, die nach liberaler Auffassung nur unter Verdrehung aller Rechtsgrundsätze möglich war. Aber die Meinung der Konservativen wurde durch die Entwicklung der folgenden Jahre noch gefestigt⁴⁸. Ihnen war es selbstverständlich, daß die Schweizertruppen für die gesetzmäßige Ordnung, für das wahre Wohl der Bürger eingestanden, und sie wurden darin bestärkt durch die Nachricht, daß in Nîmes die Anwesenheit eidgenössischer Soldaten ein Blutvergießen verhindert⁴⁹, und die rückkehrenden Offiziere die Behauptung der «Appenzeller Zeitung», die Schweizer seien in Frankreich sehr verhaßt⁵⁰, durch Beispiele der ihnen wider-

⁴⁴ Manget, p. 5.

⁴⁵ «Il (le service étranger) contrairait parmi le peuple le développement des habitudes industrielles: tout bandit robuste et bien tourné était assuré de son avenir en se faisant soldat; tout fainéant savait où trouver un gagne-pain; tout jeune aristocrate, incapable d'exercer une industrie honorable, ou trop fier pour s'attacher aux arts, aux lettres ou au commerce, se faisait donner une souslieutenantance...» (Manget).

⁴⁶ ZFZ, 1830 – September – 10., Nr. 37.

Schw. Beob., 1830 – Oktober – 1., Nr. 41, p. 226.

⁴⁷ Schweiz. Beob., 1830 – August – 13., Nr. 33, p. 177.

⁴⁸ Allg. Schweiz. Korr., 1832 – Januar – 24., Nr. 7, p. 29 f.

⁴⁹ ZFZ, 1830 – August – 20., Nr. 34.

⁵⁰ 1830 – Oktober – 9.

fahrenen Achtung in der Öffentlichkeit widerlegen konnten⁵¹. Aber der Eindruck, den das Ende des französischen Schweizerdienstes hierzulande hinterlassen hatte, vertiefte das Gefühl von der Unzeitgemäßheit der fremden Dienste doch zu stark, als daß die Aufnahme des Kapitulationsverbotes in die schweizerischen Regenerationsverfassungen wirksamen Widerspruch erfahren hätte.

Prüft man den Stil, in welchem die Veröffentlichungen gegen das Söldnertum sich damals ausdrückten, so läßt sich eine leise Verwandtschaft gewisser Töne mit solchen der wortreichen helvetischen Ära nicht verkennen. Obschon die Regeneratoren klar formulierte Forderungen zu einer Verfassungsrevision stellten, gingen die Lieder und Gedichte zum Zeitgeschehen doch in den Preis einer unbestimmten Freiheit über, besangen ein sagenhaftes, altschweizerisches Hirtenleben, stellten ihm den fremden Tand von Kronenflitter und ausländischem Gold gegenüber und verglichen das Buhlen um fremde Gunst mit dem Tod des freien Schweizlers für sein Vaterland⁵². Ehre, Panier der Freiheit, wahrhaftes Alpenvolk, höhere Ziele, Rütli, Morgarten und Sempach sind die immer wiederkehrenden Schlagwörter⁵³.

Auffallend ist die Verbindung von ablehnender Verachtung und tiefem Bedauern über eine so schlecht angewandte Tapferkeit mit einer geheimen Achtung vor dieser. Meinungsbildende Zentren sind dabei die größern Schweizer Städte, vor allem Zürich, Bern und Genf, mit ihren fortschrittlichen, führenden Presseorganen.

2. Einfluß der Regeneration und erster Versuch zur Aufhebung der neapolitanischen Kapitulation

Es ist bekannt, in welchem Maß die geistige, politische und gesellschaftliche Entwicklung der schweizerischen Kantone zur Zeit der Regeneration von *Bildungsglauben* und *Unabhängigkeitswillen* beherrscht wurde⁵⁴. Sogar gegen die Armut, in welcher er einen Nähr-

⁵¹ Schweiz. Beob., 1830 – Oktober – 15., Nr. 45, p. 241. Vgl. dazu ZFZ, 1830 – August – 13., Nr. 33: Zeugnisse, daß die verkleidet zurückkehrenden Schweizer-soldaten in Frankreich mehr Hilfsbereitschaft erfuhren, als es im Vaterland angekommen vielleicht der Fall war.

⁵² NZZ, 1830 – Oktober – 2., Nr. 80, p. 318 f.

⁵³ *Les Gardes Suisses*, aux 27, 28 et 29 Juillet 1830. Ode allemande de M. Aug. Naeff, insérée dans la Gazette d'Appenzell, du 14 août. Imitation libre par M. J. Petit-Senn.

⁵⁴ vgl. Milizen-Spiegel, worin zu sehen, was dem republikanischen Wehrmanne gut oder übel ansteht. Bern, 1842, p. 5 f. und p. 92.

boden für die Untergrabung der Sittlichkeit und schließlichen Vergiftung des ganzen Volkes erblickte, empfahl der Bildungshunger der Epoche Belehrung der Jugend, Belebung des Ehrgefühls und Aufmunterung zur Tätigkeit: «Im Intellektuellen des Menschen liegt die unerschöpfliche Quelle seines Heils, diese muß eröffnet werden. Der sittlich gebildete, der tätige Mensch wird nie seinen Nebenmenschen zur Last fallen...»⁵⁵. Bildungs- und Unabhängigkeitswille standen sich nicht etwa beziehungslos gegenüber, sondern befruchteten und ergänzten sich in wechselwirkendem Austausch. So lösten sich u. a. im Vorstand des Zentralkomitees des schweizerischen Schützenvereins Offiziere und Zivilisten, die der Nachwelt vorwiegend als Wissenschaftler und Politiker bekannt sind, fortlaufend ab⁵⁶. Unausbleibliche Folgen solcher Impulse waren Zentralisations- und Verstaatlichungstendenzen, deren Verschmelzung mit dem wachen vaterländischen Gefühl unschwer etwa in den Statuten des schweizerischen Schützenvereins zu erkennen ist, der sich in Art. 1 «die allgemeine Waffenverbrüderung der vaterländisch-gesinnten, schweizerischen Schützen, Vervollkommnung in der Kunst des Scharfschießens, und Schlagfertigkeit des Schützen zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes» als Ziele vorschreibt⁵⁷. Wem die seitherige Entwicklung der politischen Verhältnisse der Schweiz bekannt ist, wird ebenso unschwer ein Stück Nährboden zukünftiger etatistischer Ansprüche in den Grundlagen dieses Vereins erkennen, der in Art. 1 der militärischen Organisation vom 17. Juli 1840 jedes Mitglied anhält, «bei seinen heiligen Pflichten gegen das Vaterland, und bei dem Wahlspruch von Ehre, Freiheit und Recht, in Tagen der Gefahr für das Vaterland die Waffen zu ergreifen, den Feind nach allen Kräften zu bekämpfen und Gut und Blut dem Vaterland zu weihen, Einer für Alle und Alle für Einen»⁵⁸. Unter die Verbesserungen, deren die schweizerischen Miliztruppen in erster Linie bedürftig seien, zählte man die Erzielung eines eidgenössischen Bewußtseins und die Ablösung vom Kantonsgefühl, damit die Kontingente gewöhnt würden, «sich als Teile *einer* Macht zu erkennen»⁵⁹. Die schweizerische Offiziersgesellschaft sollte inso-

⁵⁵ Verhandlungen des Verfassungsrates des Kantons Bern, 1831.

⁵⁶ vgl. Verzeichnis der Mitglieder des Zentralkomitees des schweizerischen Schützenvereins, 1824–1840: Neben den Oberstleutnants Dupont und von Salis und andern Offizieren finden sich die Professoren Meyer von Knonau und Monnard, die Politiker Druey, Munzinger und Näff, sowie Pfarrer W. F. Bion (Thurgau).

⁵⁷ Statuten des schweizerischen Schützenvereins und militärische Organisation desselben. Solothurn, 15. Juli 1840 (Präsident: J. Munzinger).

⁵⁸ Militärische Organisation des schweizerischen Schützenvereins vom 17. Juli 1840, unterzeichnet von J. Munzinger.

⁵⁹ Vortrag des Comité über die von Seite der Eidgenossenschaft erforderlichen Maßregeln für Verbesserung der Truppeninstruktion. St. Gallen, 1840, p. 5.

fern zur Erreichung dieses Zustandes beitragen, als sie Offiziere aller Waffengattungen und Kantonszugehörigkeit vereinigte, ihre Tagungen in den verschiedensten Schweizer Städten abhielt, und die Heeresreform mittels einer durch Verfassungsrevision zu erzielenden Zentralisation zum Hauptpostulat erhob ⁶⁰. In den vierziger Jahren kam eine initiative Gruppe Milizoffiziere so weit, nur noch im Heerwesen die Basis einer politischen Einigung zu erblicken. Ihr Wortführer, Oberst Frey-Hérosé, warnte gleich zu Beginn der Eröffnungsansprache (der 9. Tagung der Eidgenössischen Militärgesellschaft) vor Uneinigkeit, wies auf die Zwietracht der Kirche, auf die versagende Diplomatie, die die Weisheit der Philosophie übertönenden Stürme der Selbstsucht hin und pries die schweizerische Miliz als einziges Band des gegenwärtig uneins gewordenen Schweizervolkes ⁶¹.

Diesem mannigfaltig ausgeprägten Zentralisations- und Verstaatlichungswillen gegenüber erhob sich die konservative Stimme schon frühzeitig mit dem warnenden Ruf, ein *ganzes* Volk sei nicht berechtigt, irgend jemandem seine Privatrechte abzusprechen, und schilderte, wie die Neuerungssucht die Anwendung auch des drückendsten Despotismus erlaube, sobald er dazu dienen solle, die sogenannte Freiheit zu erringen ⁶². Mit Bestürzung blickte sie auf die Verunglimpfung der alten Bildung und Erziehung, auf die Angriffe gegen die Bundesakte, auf die Verachtung der Fürstenhuld:

«So löst sich auf das heil'ge Band, das dich umschlang,
o Vaterland!
Man reißt die festen Pfeiler um, die dir gesichert Glück
und Ruhm ⁶³!»

Der patriotische Aufschwung von 1832 ließ sie sogar argwöhnen, daß der «plötzliche Eifer zu Militäranstalten» zu einem Zeitpunkt, wo «die Gesinnungen der großen Mächte sich nie friedfertiger in bezug auf unser Vaterland gezeigt haben», der Furcht vor Volk und Reaktion, ja, vielleicht einem Plan zur Vergewaltigung der dem Siebener Konkordat nicht angeschlossenen Stände entspringe ⁶⁴, und die radikale Uniformierungstendenz entlockte ihr die Verse:

«Gott Vater selbst, saß er als König auf Erden,
Würd von den Radikalen geduldet nicht werden,

⁶⁰ Vortrag des Comité, p. 5.

⁶¹ Eröffnungsrede des Präsidenten der Eidgenössischen Militärgesellschaft, Herrn Frey-Hérosés, eidgenössischer Oberst, an ihrer neunten Versammlung in Aarau den 22. Juli 1841, p. 8.

⁶² Allg. Schweiz. Korr., 1832 – Januar – 24., Nr. 7, p. 29 f.

⁶³ Allg. Schweiz. Korr., 1832 – Mai – 1., Nr. 35, Beilage.

⁶⁴ Allg. Schweiz. Korr., 1832 – August – 14., Nr. 65, p. 309.

Nähm er nicht nach ihrer Vorschrift Schnitt und Norm,
Das heißt: des Teufels Uniform ⁶⁵.»

Die Begeisterung der Zeit ließ sich allerdings durch solche Einwände wenig dämpfen und noch weniger vermochten sie den, jenem Überschwang anhaftenden, chauvinistischen Zug zu unterdrücken. Das Verlangen, die Schweiz gegenüber dem Ausland stark zu wännen, schien zum Bedürfnis der Zeit zu gehören ⁶⁶. Was Frankreich betraf, blieb außerdem die Erinnerung an seine Verletzung schweizerischer Handelsinteressen und an seine abweisende Haltung bei der Einführung des fortschrittlicheren Strafkodex der Generation stets lebendig vor Augen. Noch 1841 hob eine anonyme Broschüre die im Dienste Frankreichs bewiesene Tapferkeit schweizerischer Soldaten und den Undank des Empfängers hervor ⁶⁷. Der Historiograph Schuler versuchte mannigfach nachzuweisen, wie Glück und Glanz der Krone Frankreichs mit den Taten der Schweizerregimenter unlöslich verkettet gewesen seien, und welch schlechten Dank die Schweiz dafür geerntet, da die sogenannten Gaben Frankreichs, die Jahrgelder und Pensionen, dem Vaterland nur zum Unheil ausgeschlagen hätten ⁶⁸. Unbeschadet vereinigte sich mit diesem Mißtrauen gegen Frankreich eine warme Sympathie für die französischen Revolutionsbestrebungen, so daß das Unglück der Schweizertruppen als göttliche Wohltat empfunden werden konnte ⁶⁹. Solchen Konsequenzen gegenüber wußte sich die konservative Presse nicht anders zu helfen, als ihrerseits kräftig gegen die «trefflichen Winke, die man so oft von Paris aus erhalte ⁷⁰», zu protestieren. Daß umgekehrt ein gedienter Offizier geistig nicht unbedingt in einem beziehungslosen Verhältnis zu dem ihm sein Auskommen gewährenden Königtum gestanden zu sein braucht, beweist der Zuruf eines in Holland gedienten Waadtländers an seine

⁶⁵ Allg. Schweiz. Korr., 1832 – Oktober – 9., Nr. 81, p. 429.

⁶⁶ Schweiz. Repl., 1831 – Mai – 6., Nr. 40: Bericht über die Tagung der Helvetischen Gesellschaft in Schinznach, an welcher der Eröffnungsredner, Dr. Casimir Pfyffer, den Beifall der Zuhörer vor allem da entfesselte, wo er «die kraftvolle Stellung der Schweiz zum Auslande» berührte.

⁶⁷ Nachtgedanken eines Invaliden über Schweizerische Kriegererei. Basel, 1841, p. 16 (Anmerkung).

⁶⁸ Schuler, 1842, Bd. 1, p. 338 ff.; Bd. 2, p. 335 ff.

⁶⁹ Schweiz. Republ., 1831 – Januar – 7., Nr. 8.

⁷⁰ Allg. Schweiz. Korr., 1832 – Januar – 24., Nr. 7, p. 29 f.

Allg. Schweiz. Korr., 1832 – Februar – 28., Nr. 17, p. 78.

Allg. Schweiz. Korr., 1832 – Mai – 1., Nr. 35, Beilage: «Die alte Frau Politica, steht noch im steifen Reifrock da. Man reißt ihn ab, giebt ihr den Tritt: Muß sein nach dem Pariserschnitt!»

Dito, 1832 – August – 14., p. 308: Vorwurf an die «Radikalen», mit der Bewegungspartei in Frankreich fortwährend in Berührung zu stehen, um bei einem schweizerischen Bürgerkrieg Sukkurs zu erhalten.

ehemaligen Waffenbrüder von Leyden, in dem königstreue, altholländische Erinnerungen aufgefrischt werden, verbunden mit dem Appell, um Christi Ehre willen auszuharren und weiterzuwirken ⁷¹.

Das den Verfassungsreformen so ausgeprägt zugrunde liegende Bedürfnis nach Volkssouveränität und Rechtsgleichheit stieß sich natürlicherweise an allen Folgerungen der früheren gesellschaftlichen Hierarchie, lehnte insbesondere Ansprüche auf einen durch Geburt gegebenen Adel ab und pries dafür den der Bildung oder der nützlichen Tätigkeit ⁷². Die Anspielungen auf das «Herrensöhnchen» ⁷³, das ohne persönliche Verdienste, nur infolge seiner privilegierten Herkunft eine Offiziersstelle in einem auswärtigen Regiment bekleiden konnte, bestärkten die Angriffe auf jene überhaupt. Dies erweisen gewisse aus dem Beginn der dreissiger Jahre stammende Petitionen, in denen neben manchen anderen Klagen auch die über die fremden Dienste ertönt, «où le peuple devait fournir les soldats et le patriciat tous les chefs...» ⁷⁴. Immer wieder stellen liberal-historiographische Veröffentlichungen dar, wie zu allen Zeiten die Bessern gegen die vom Patriziat aus eigensüchtigen Motiven samt ihren übeln Nebenerscheinungen geduldeten, ja geförderten auswärtigen Kriegsdienste ins Feld zogen, allerdings vergeblich, «da man von Oben herab entweder offen bestehn ließ, oder im Stillen begünstigte, was dem gemeinen Volk sichtbares Verderben, einzelnen Vornehmen hingegen spürbaren Nutzen brachte ⁷⁵». An den bekannten Waffentaten dagegen wurde selten gerüttelt. Der 10. August 1792 blieb auch der Bewegungspartei der Regenerationszeit ein Wahrzeichen von Heldentum, obschon alle ihre Äußerungen darüber die Tatsache verschiegen, daß mehrere «Herrensöhnchen» damals auf ihren Urlaub verzichtet hatten, um in der Stunde der Gefahr bei ihren Waffengefährten zu sein, und daß im Augenblick der Katastrophe die patrizischen Offiziere ebenso selbstverständlich ihre Pflicht erfüllt hatten wie der gemeine Soldat aus dem «Volk». Grundsätzlich positiv gewertet wurde die zunehmende Beanspruchung durch die Kriege Napoleons, welche dem zähen Idea-

⁷¹ St. George, Alex. H. de: Lettre d'un des chasseurs-volontaires de Leyden en 1830 à ses anciens frères d'armes. 1841.

⁷² Die letzte Zeile eines Nachrufgedichtes an Paul Usteri verdankt ihre Fassung gewiß keiner Zufälligkeit:

«Der Großen Ruhm und Tadel glitt spurlos von ihm ab:

Er war vom höchsten Adel, den er sich selber gab.»

Schweiz. Republ., 1831 – Juli – 15., Nr. 58, p. 307.

⁷³ Troll, J. C., Geschichte der Stadt Winterthur. Winterthur, 1840, p. 176.

⁷⁴ Souvenirs des révolutions de la Suisse pendant les 40 dernières années de 1798 à 1838, par un ami de son pays. Lausanne, 1839, tome seconde, p. 151. Besprechung der freiburgischen Petitionen.

⁷⁵ Troll, p. 171. – Vgl. auch Schuler, Melchior: Die Thaten und Sitten der Eidgenossen. Zürich, 1841, p. 420.

lismus des Söldnerlebens so stark zusetzten, daß in den Gemeinden und Kantonen des Söldnernachschubs wegen ein Kontingentsystem eingerichtet werden mußte ⁷⁶. Zustimmend begrüßte der liberale Geschichtsbetrachter das Jahr 1830 mit «seiner Julirevolution», in dem «das wohlfeile Reislaufen so ziemlich außer Kurs gebracht, und dafür das edle Reisen denen überlassen (wurde), welche Kraft und Zeit, Lust und Geld dazu besaßen ⁷⁷».

Besonders erbot war das sitten- und bildungseifrige Regenerationszeitalter über die früheren Regierungen deshalb, weil sie eine Institution geschützt hatten, deren Begleiterscheinungen laut vielen geschichtlichen Nachrichten nichts weniger als geeignet gewesen waren, die moralische Verfassung des Volkes zu kräftigen ⁷⁸. Für einzelne Historiographen war es eine ausgemachte Sache, daß die alten Schweizer ausgesprochen raubgierig gewesen waren, und daß sie diese schlimme Eigenschaft durch das Reislaufen erworben hatten ⁷⁹.

Die Tatsache, daß diese Vorwürfe nicht neu waren, sondern seit der Reformationszeit zum eisernen Bestand im Repertoire der Soldienstopposition gehörten, veranlaßte 1831 in Luzern den ironischen Ton einer «Schutz-Rede für Herrn Emanuel Fellenberg, oder: Ursprung und Veranlassung seiner Ansichten über den fremden Kriegsdienst», in welcher versucht wurde, die durch Fellenberg im bernischen Verfassungsrat vorgetragene Meinung, der auswärtige Kriegsdienst sei ein Schandfleck für die schweizerische Nation, als höchst unoriginelle, seit der Reformation bekannte, unwirksame Ansicht zu entlarven, und den Spieß umzudrehen: «Seit der Stiftung des Christentums bis auf unsere Tage, mit alleiniger Ausnahme derjenigen Staaten, wo die neuere Aufklärung gesiegt hat, konnte jeder Mensch, kraft seiner persönlichen Freiheit, Kriegs- und andere Dienste leisten, welchem Herrn er wollte, bei welchem er die meisten Vorteile fand, und niemand machte ihm daraus ein Verbrechen. Viele sind sogar der Meinung, daß jene Befugnisse, in selbstliebige, fremde Kriegsdienste zu treten, unter verschiedenen Herren zu wählen, mit ihnen über die Bedingungen zu unterhandeln, ein schöner, ja vielleicht der einzige Rest unserer alten Schweizerischen Freiheit ausmachte, dahingegen die Revolution oder neue Zivilisation uns nicht nur diese letzte Freiheit raubt, sondern uns gesetzlich eine dreifache Sklaverei auflegt, die des Körpers durch den gezwungenen Militärdienst, die des Eigentums durch die unbestimmte Steuerpflichtigkeit, endlich die des

⁷⁶ Troll, p. 210/11.

⁷⁷ Troll, p. 178.

⁷⁸ Schuler, 1839, p. 310.

⁷⁹ Troll, p. 170.

Geistes und des Verstandes durch den Zwang unter ihre Erziehungs-
räte, revolutionäre Großmeister und vergiftete Schulen, so daß vor
diesen Freiheits-Aposteln und Konstitutions-Fabrikanten weder Seele
noch Leib, noch Hab und Gut mehr sicher sind ⁸⁰.» Ob es denn der
Vernunft oder der Bibel so sehr widerspreche, dem göttlichen Gesetze
Gehorsam zu verschaffen und einen fremden oder einheimischen
Fürsten und Wohltäter, von dessen Existenz die Ruhe und das Glück
von Millionen anderer Menschen abhänge, gegen innere und äußere
Feinde zu beschützen ⁸¹? Vor Zeiten habe man geglaubt, daß Offiziere
und Soldaten weder morden, wie Fellenberg behauptete, noch Witwen
und Waisen machen, wie die Reformatoren sich ausdrückten, sondern
daß sie viel mehr ihr eigenes Leben und das ihrer Landsleute vertei-
digen, Witwen und Waisen beschützen und hindern, daß dergleichen
vom Feinde gemacht werde. Daher habe auch ihr Stand für einen edlen
und hochgeachteten Beruf gegolten, der von jedermann mit gutem
Gewissen ausgeübt worden sei. Stände die Sitte und die Moral bei den
neuen Aposteln wirklich an erster Stelle, wie sie ausgeben, hätte die
helvetische Regierung 1798, während sie von Menschenrechten prahlte,
nicht 18 000 Schweizer an die plündernden Franzosen ausgeliefert,
nicht die in piemontesischen Diensten stehenden Schweizerregimenter
«gleich einer Herde Schafe oder einem Trupp Negersklaven» dem
französischen Direktorium abgetreten, hätten die Mediationsregierun-
gen, die teilweise auch aus Liberalen bestanden, nicht weitere Truppen
einem friedliche Völker überfallenden Aggressor zur Verfügung ge-
stellt, hätte es in den Zwanziger Jahren auch keine Kreuzzugspredigt
gegen die Türken geben können ⁸². Die deutlich konfessionell ausge-
richtete Schrift sparte auch nicht mit Vorwürfen der Heuchelei und
näherte sich in der Kennzeichnung der neuen Moral- und Gesetzes-
begriffe ungefähr dem im Distichon «Wortersparnis» ausgedrückten
Gedanken des «Allgemeinen Schweizerischen Korrespondenten» vom
4. September 1832:

«Ehemalige Ordnung‘ sagst du? Ach! sage nur ‚Ordnung‘! Jeder-
mann weiß es dann schon, daß vom Vergangenen du sprichst ⁸³.»

Zum Kennzeichen einer gewissen Gruppe der Opposition gehört
nun allerdings, daß sie bei Gelegenheit auch die Zeugnisse von der
sittlichen Haltung bestimmter ausländischer Schweizertruppen mit-
überliefern half. Die starke Verbundenheit des schweizerischen Nach-
fahren mit der Geschichte der Väter äußerte sich nicht nur im Hang

⁸⁰ p. 8 f.

⁸¹ p. 10.

⁸² p. 14.

⁸³ Nr. 71, p. 385.

zur Aufzählung ihrer Unsitten, sondern schlug oft auch mit einem Unterton von Stolz in rühmende Zitierung um. Daraus ergab sich die seltsame Mischung von Tadel und Bewunderung, welche die Mehrzahl der schweizerischen Geschichtswerke des 19. Jahrhunderts hinsichtlich ihres Urteils über die Fremddienste charakterisiert. So findet sich neben dem scharfen Urteil in den Veröffentlichungen Trolls und Schulers gleichzeitig die Hervorhebung des Schutzes, den die Schweizer bei dieser oder jener Gelegenheit Frauen und Kindern, Feinden und deren Gütern, Recht und Gesetzen angedeihen ließen, und für den sie bekannt und geachtet gewesen seien ⁸⁴. Bei Schuler ist mit dem Fortschreiten seines Werkes bis zur französischen Revolution und mit seiner persönlichen Entfernung vom Optimismus der dreissiger Jahre sogar eine Wandlung in seiner Grundeinstellung bemerkbar, indem die Treue, die Disziplin und die Selbstbeherrschung der schweizerischen Regimenter im gärenden Frankreich scharf von der wankelmütigen und verwilderten Haltung der französischen Soldaten abgehoben werden ⁸⁵. Ein ähnliches Doppelgesicht zeigt übrigens auch Schulers Urteil über die europäischen Fürsten, welche Truppen benötigten, und deren Einfluß auf die schweizerische Politik. Sätze, wie «Der König schickte Boten mit Geldsäcken hin, und nun erhielt er Söldner, so viel er wollte», wechseln mit andern, die für die Unbestechlichkeit der Regierungen zeugen ⁸⁶, und neben dem Satz von der durch ausländisches Gold bewirkten Spaltung der in Italien operierenden Eidgenossen wird bereits die Erkenntnis ausgesprochen, daß das Bedürfnis des französischen Königs nach schweizerischem Kriegsvolk für die Eidgenossenschaft das Gute bewirkt habe, daß jener dann deren innern Frieden zu erhalten getrachtet habe ⁸⁷.

Der jener Epoche eigene Drang nach friedsamere, aber emsigerer industrieller Betätigung, der mit der ersten Hälfte des Jahrhunderts immer stärker erwacht war und dem schweizerischen Volks- und Staatsleben in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts geradezu das charakteristische Gepräge verlieh, ließ das Interesse am Wehrwesen nicht etwa einschlafen, sondern förderte und erneuerte es in erstaunlicher Weise. Bereits erwachte die Vorstellung, der Liberalismus habe früher oder später eine europäische Feuerprobe zu bestehen. Die Fortschrittspartei wurde in ihrem lebhaften Einsatz für den Aufbau des Heeres nicht nur durch ein allgemeines patriotisches Empfinden für die Eidgenossenschaft angefeuert, sondern vor allem durch

⁸⁴ Troll, p. 69 ff. — Schuler, 1839, p. 309 und p. 355 f.

⁸⁵ Schuler, 1845, p. 30.

⁸⁶ Schuler, 1838, p. 9 f. und Schuler, 1841, p. 420.

⁸⁷ Schuler, 1838, p. 336.

den Willen zum Schutz der *liberalen* Schweiz. Im Vorgefühl einer internationalen Katastrophe⁸⁸ ängstigte sie sich im besondern um den Bestand der liberalen Errungenschaften. Eine Unzahl militärischer Broschüren diskutierte die Heeresreform von der Ausbildung der Stabsoffiziere bis hinunter zu diesem oder jenem Tornistermodell⁸⁹. Ebenso stark wie auf politischem Gebiet erscholl der Ruf nach Zentralisation auf militärischem, und der Bildungsdrang der Zeit unterstützte gebieterisch die Forderung nach besserer Schulung der höheren Kommandanten.

Betrachtet man diese Reformpläne im Hinblick auf ihre Beziehung zu den fremden Diensten, so darf nicht außer acht gelassen werden, daß auf der einen Seite das Ausland den Wert des schweizerischen Kadets infolge dessen Teilnahme an den ausländischen Heerzügen nicht unterschätzte⁹⁰, daß auch die liberalen Regierungen im Beförderungswesen stets die Tüchtigkeit voranzusetzen bestrebt waren⁹¹, und daher nach wie vor gediente Offiziere den Hauptharst des Kadets stellten⁹², daß aber anderseits der Gruppe der «Fremden»

⁸⁸ Schweiz. Republ., 1831 – Juni – 3., Nr. 48.

⁸⁹ vgl. Bordier, F.; Elgger, Franz; Businger, Franz; Leemann, H.; Rilliet-Constant u. a.

⁹⁰ Considérations politiques et militaires sur la Suisse par Napoléon-Louis-C. Bonaparte, Fils de Louis-Bonaparte, Ex-Roi de Hollande (vgl. Übersetzung: Napoléon, L. B., Politische und militärische Betrachtungen, Zürich, 1833) in deren Ruhmesbericht über die napoleonische Heeresreform folgende Stelle vorkommt: «En Suisse même, si la liberté helvétique était menacée, ce seraient encore des soldats de Napoléon qui voleraient les premiers à la défense des frontières» (p. 77). – Erwähnung des in Frankreich gedienten, tapfern Dufour.

⁹¹ Als selbstverständlich zu gelten hat noch die Ernennung des in den Niederlanden gedienten Offiziers Ziegler in Zürich zum Oberstlieutenant unter Hintansetzung eines Einheimischen, der 17 Jahre, z. T. freiwillig, schweizerischer Milizoffizier gewesen war. Opposition gegen eine Höherwürdigung der im Solde eines fremden Monarchen zugebrachten Dienstjahre als eine im Dienst des Vaterlandes zurückgelegten Laufbahn:

Schweiz. Beob., 1830 – Juni – 18., Nr. 25, p. 134.

⁹² Laut NZZ, 1831 – Januar – 19., Nr. 6, p. 21, bestimmte die Tagsatzung am 15. Januar folgende Offiziere als Heerführer während der voraussichtlichen Grenzbesetzung:

General:	Guigeur
Generalstabschef:	Dufour (gew. französische Dienste)
Obersten:	von Rotten (gew. General in span. Diensten)
	Ziegler (gew. niederländische Dienste)
	Bontems (gew. französische Dienste)
	Abyberg (altes Söldnergeschlecht)
	Maillardoz (gew. französische Dienste)
	von Planta (altes Söldnergeschlecht)
	Rusca (ebenfalls)
	Tugginer (ebenfalls).

Auswärts geschulte Offiziere gaben der Armee noch jahrzehntelang ihr Gepräge (vgl. Dufour, Sonnenberg, von Salis usw.).

in der heranwachsenden Schar einheimisch Ausgebildeter eine starke Rivalität erwuchs, welche, im Zeitgeiste geschult, im schweizerischen Wehrmann in erster Linie den republikanischen Bürger und erst in zweiter den Soldaten erblickte und eine sowohl inhaltlich wie formal schweizerischen Bedürfnissen angepaßte Instruktion empfahl⁹³. Aus diesem Grund ist eine Note der damaligen Diskussion um die Heeresreform unverkennbar politisch bedingt. Immer wieder wurde den fremden Diensten vorgeworfen, sie erzögen die Untergebenen systematisch zu blindem Gehorsam, während der Mensch als ein Vernunftwesen, insbesondere gar der Schweizer des 19. Jahrhunderts, sich nur dann freiwillig einem Befehl unterziehe, wenn dieser die Förderung des freien, allen gleiche Rechte und Pflichten gewährenden Vaterlandes bezwecke. «Der eidgenössische Wehrmann ist nicht wie der Krieger eines Monarchen, ein gedungener Söldner, der nie seine eigenen Ansichten äußern darf, und nur blindlings den Winken des Herrschers zu fröhnen hat, der außer dem Dienst kein Lebensverhältnis berücksichtigen darf, der, mit einem Wort, nur das bedingte gedankenlose Werkzeug seines Obern ist. Nein, der Republikaner ist Bürger, ehe er Soldat ist, er wird als Bürger zur freien Meinungsäußerung gebildet, sein Herz wird zur Freiheit erzogen, und nicht zur willenslosen Folgsamkeit, aus Liebe zum Vaterland soll und will er dasselbe verteidigen, und nicht aus bloßem Zwang⁹⁴.»

Trotz der Ablehnung eines Kadavergehorsams, der so oft den fremden Diensten zur Last gelegt wurde, konnte man sich den Wert einer an Disziplin gewöhnten Truppe natürlich nicht verhehlen. So machte der «Schweizerische Republikaner» am 17. Dezember 1830 den Vorschlag, die aus Frankreich zurückgekehrten Offiziere in die Heeresgruppen einzugliedern, damit sie dort als gute Vorbilder «der erforderlichen Subordination und unverdrossenen Tätigkeit» nützlich wären⁹⁵. Daß gerade in dieser Beziehung eine Reform dauernd fällig blieb, bewiesen haarsträubende Berichte über Disziplinlosigkeiten, welche immer noch von Zeit zu Zeit in der Presse erschienen⁹⁶. Selbst Oberst Frey, der im Wehrmann, wie dies soeben dargestellt wurde, in erster Linie den freien Bürger erblickte, kam nicht darum herum,

⁹³ Vgl. Schweiz. Beob., 1830 – Juni – 18., Nr. 25, p. 134: Die in der Polemik gegen Oberstleutnant Ziegler (vgl. Anm. 91) vorgebrachten Gründe gegen seine Ernennung.

⁹⁴ Frey-Hérosé, p. 8 f.

⁹⁵ Nr. 4.

⁹⁶ Wörtliche Zitierung im Allg. Schweiz. Korr., 1832 – September – 21., Nr. 76, p. 406. Vgl. auch die Schilderung des Zustandes der Berner Milizen bei Einführung der Militärverfassung vom Jahr 1835 in «Blicke in das Bernersche Militärwesen», herausgegeben von O. Zimmerli, eidgen. Oberst, gew. Oberstmilizinspektor und Chef des Stabes des Kantons Bern. Bern 1850.

in seine Reformvorschläge das Ziel eines «größeren Ansehns der militärischen Zucht und Ordnung» aufzunehmen⁹⁷.

Was nun die Ausbildung selbst betraf, so erscholl jetzt der schon in den zwanziger Jahren vernommene Ruf nach arteigener Instruktio- und einer den schweizerischen Bedürfnissen angepaßten Erziehung zur Feldtätigkeit immer stärker. Die Kontroverse, die sich um den Kasernendienst oder die Ausbildung nach dem Trüllplatzsystem drehte, verdankte ihre Heftigkeit teilweise dem stark umstrittenen ausländischen Garnisonsdienst⁹⁸. Dauernd erneuerten sich die Angriffe auf die dem Ausland «abgeguckten», komplizierten und schweizerischen Verhältnissen so unangemessenen, nach Tausenden von Paragraphen zählenden Militärreglemente und Ausbildungsvorschriften⁹⁹. Einzelne Stimmen anerkannten zwar die Leistung, die dahinter steckte, indem ihre Verfasser ein Etwas aus dem Chaos geschaffen, warfen diesen aber vor, «als alte Militärs, in den Grundsätzen und Gebräuchen stehender Heere geschult, aufgewachsen und erstarrt¹⁰⁰», vom Wesen der Miliz keine deutlichen Begriffe gehabt zu haben. Die Besinnlicheren in der Erneuerungsbewegung verhehlten sich dabei jedoch nicht, daß selbst die größte Begeisterung und Hingabe an die zu vertretende Sache die Gewöhnung an den Donner der Geschütze, die gesamte Kriegserfahrung überhaupt, nicht zu ersetzen vermochte¹⁰¹. Umgekehrt kam es aber auch vor, daß dem Söldnerwesen vorgeworfen wurde, die einfache schweizerische Kriegskunst zum Schaden der Heimat andern Völkern mitgeteilt zu haben¹⁰². Wesentlich für jene Zeit blieb jedenfalls die Tatsache, daß einerseits auswärtige Offiziere bereitwillig ihre Dienste der liberalen Heimat zur Verfügung stellten und andererseits Mitglieder der Bewegungspartei den aus fremden Diensten dem Vaterland zugute gekommenen, hohen Grad an Kriegsbereitschaft anerkannten¹⁰³.

⁹⁷ Frey-Hérosé, p. 11.

⁹⁸ Schweiz. Republ., 1831 – Juni – 17. und 24., Nr. 52 und Nr. 54; Nachtgedanken (vgl. Anm. 89), p. 20.

Allg. Schweiz. Korr., 1832 – Mai – 1., Nr. 35 (Beilage).

⁹⁹ Vorschlag zur Vereinfachung der Exerzier-Reglemente für die eidgenössische Infanterie. Luzern, s. a.

¹⁰⁰ Vorschlag zur Vereinfachung, p. 9.

¹⁰¹ (Elgger, Franz), Considérations, p. 10. – Im Gegensatz dazu der Schweiz. Republ., 1831 – Juni – 24., Nr. 54, p. 288.

¹⁰² Nachtgedanken, p. 13.

¹⁰³ Schweiz. Republ., 1831 – Mai – 6., Nr. 40: Der in Spanien gediente Oberstleutnant Steffan nahm an der Volksversammlung in Uster teil, war bei der Überreichung des Memorials zugegen und wurde in den neuen Kriegsrat des Kantons Zürich gewählt. Die Zeitung verteidigt den von den Konservativen Angegriffenen seiner Kriegserfahrung wegen.

Die bisherigen Darlegungen lassen unschwer erraten, daß das neue Verhältnis zu den fremden Diensten sich auch in den Verfassungsreformen der Regenerationszeit auswirken mußte. Eine Betrachtung der bernischen Revision (1831) zum Beispiel ergibt schon hinsichtlich der Zusammensetzung des Verfassungsrates und der aus seiner Mitte bestimmten Verfassungskommission ein ausgeprägtes Vorherrschen des militärischen und des pädagogischen Geistes: Die neunzehnköpfige Kommission wurde von Oberstleutnant Koch präsi diert und zählte unter ihren Mitgliedern Männer wie Emanuel Fellenberg und Professor Schnell. Nicht zu kurz kamen selbstverständlich auch die damals erstarkten Wirtschaftsgruppen und die Gilde der Juristen. Der Gang der Auseinandersetzung selbst war vom Zeitgeschehen ebenfalls kräftig beeinflußt. Die Voten der Diskussionsredner gruppier ten sich hinsichtlich des in Frage stehenden Verbotes weiterer Militärkapitulationen deutlich um zwei Pole: Um die Forderungen der Nationalehre und um die Wahrung der Handlungsfreiheit des zukünftigen Großen Rates. Inbetreff des ersten Punktes drückte sich die Sold dienstopposition am mildesten aus in der Behauptung, daß Solddbündnisse als schweizerische Staatshandlungen abzulehnen seien, während die schärfere Fassung mit außergewöhnlichem Eifer die dringende Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen betonte, um die durch die Schande des «Morddienstes» herabgewürdigte Ehre der Schweiz zu retten. Die Verteidigung andererseits betonte den Ruf der Treue und Tapferkeit, den sich der Schweizernamen durch die Auszeichnungen unzähliger seiner Träger in auswärtigen Kriegen erworben. Unschlüssiger schienen die Geister hinsichtlich der Frage, ob sich eine liberale Regierung gleich zu Beginn einer so schweren Einschränkung ihrer außenpolitischen Handlungsfreiheit durch einen Verfassungsartikel unterziehen dürfe oder nicht. Diese Zweifelnden lassen sich ihren Motiven nach in drei Gruppen gliedern. Die einen fanden alle derartigen Beschränkungen grundsätzlich bedenkenswert, stand man doch im Begriff, ein vielfach gebundenes Zeitalter abzuschließen und die Grundsätze des Liberalismus, die staatsfreie Sphäre, dem Schutz einer souveränen gesetzgebenden Versammlung anzuvertrauen. Die andern erkannten in einer solchen Beschränkung einen feindseligen Akt gegenüber der europäischen Revolution, mit deren Zielen sie sich identifizierten, deren Vertreter sie voll lebhafter Sympathie in den Kampf gegen den Absolutismus zu begleiten gedachten, und ein Verbot der Kapitulationen schien ihnen zugleich ein Akt des Selbstmords zu sein: Entblößte man damit doch die Front der europäischen Bewegung, welche einen Gegner bekämpfte, der früher oder später auch einer liberalen Schweiz gefährlich zu werden versprach. Die dritte

Gruppe endlich verfocht die Vorsichtsthese wacker, weil sie insgeheim altkapitulationsfreundlich eingestellt war und mit voller Unterstützung der ihr an sich fremden Bedenken das Wasser auf ihre Mühle zu leiten gedachte. Diesen drei Gruppen schien der Antrag, das Zustandekommen neuer Militärkapitulationen von einer Zweidrittelmehrheit im Großen Rat abhängig zu machen, der Verwirklichung ihrer Ziele am besten zu dienen. Doch sowohl die Kommission wie der Verfassungsrat hießen den Vorschlag auf volles Verbot neuer Soldverträge mit drei Vierteln der Stimmenden gut¹⁰⁴. Das steigende, die Kantone von der europäischen Gemeinschaft unmerklich ablösende Neutralitätsbewußtsein hatte den Sieg davongetragen.

Unter die hervorstechendsten Züge der Diskussion um das dem Artikel der allgemeinen Dienstpflicht angegliederte Verbot zählt einmal die sozusagen einhellige Distanzierung vom Kapitulationswesen. Bei einigen Mitgliedern mag dies rein taktisch bedingt gewesen sein, bei der Mehrzahl entsprach es tatsächlicher Überzeugung. Eine tapfere Ja-Stimme im Chor der Verneinung fand sich keine. Die schüchterne Vertretung der Dienstfreundlichen beschränkte sich auf den Hinweis, daß der kriegerische Charakter der schweizerischen Jugend diese unserer Nation eigentümliche Art der Auswanderung weiterhin am Leben erhalten werde, daß man sich durch ein Verbot der Kapitulationen des Mittels beraube, diese Emigration vor gänzlicher Entartung zu bewahren, das Verhältnis von Vorgesetzten und Untergebenen zu regeln, und auf das Treiben der auswärtigen Truppen überhaupt einen Einfluß auszuüben, sei es im Sinne des Schutzes nationaler Interessen (Verhütung des Kampfes von Schweizern gegen Schweizer), sei es hinsichtlich des Schutzes der fernen Söhne vor willkürlicher Behandlung. Sie hielt an den Kapitulationen ungefähr im Sinne eines notwendigen Übels fest.

Das weiter Auffallende der Diskussion ist die Stärke der Mehrheit, die eine Beteiligung des Staates am Söldnerwesen verwarf. Es darf aber nicht übersehen werden, daß nicht alle Kapitulationsgegner damit das Reislaufen an sich hätten treffen wollen. Mancher, dem eine Beteiligung in dieser Angelegenheit unerwünscht erschien, sah sich auf gleichem Boden mit dem Ratspräsidenten C. F. Tscharnier, der den Dienst in Nationalregimentern als kleineres Übel und besseres Lehrfeld bezeichnete und glaubte, freien Staaten lasse sich mittels Allianztraktaten und unbeschadet des Kapitulationsverbotes Hilfe leisten. Diese Auffassung wurde etwa auch in der Presse vertreten. Schon 1830 hatte der ehemalige Redaktor der «Revue Genevoise» sich geäußert, der kapitulierende Dienst habe wohl Soldaten erzogen, doch

¹⁰⁴ Kommission – 12:4. Verfassungsrat – 63:20.

nur der freie Dienst sei der Ausbildung gewandter Offiziere höheren Grades dienlich gewesen ¹⁰⁵. Auch die «Zürcher Freitagszeitung» war etwas später der Meinung, daß bei einzelnen, freien Anwerbungen der Leichtsinn Einzelner nie auf das Vaterland falle, daß sie dem wahren Talent aber eine höhere Laufbahn eröffneten, als der kapitulierte Dienst. In bezug auf die Stellung des Staates in der Kapitulationsfrage zog sie zum Vergleich das Lotteriewesen herbei, wo Einzelne ihr Geld verspielen dürften, der Staat im allgemeinen aber keine Lotterie im eigenen Land errichte, da ein näher liegendes Reizmittel den Reiz und die Leichtsinnigkeit der Befriedigung steigerten. Die törichte Selbstgefährdung Einzelner im Ausland sei einer Verlockung im Inland vorzuziehen ¹⁰⁶. Dieser Haltung schloß sich in schärfer gefaßtem Ton der «Schweizerische Beobachter» mit der zusätzlichen Bemerkung an, daß das freie Reislaufen ja ohnehin nicht mehr im Geiste der Zeit und daher nicht länger zu fürchten sei ¹⁰⁷.

Das dritte Element, das dem Betrachter jener Auseinandersetzung in die Augen springt, ist, positiv genannt, das vermehrte Interesse, das die Politiker dem Wohl und Wehe der Bevölkerung entgegenbrachten, negativ ausgesprochen der etatistische Zug, der in entschlossener Deutlichkeit das frühreife Kind der helvetischen Verstaatlichung seinem Jünglingsalter entgegenführte. Der Staat soll nun die leichtsinnige Flucht junger Widerspenstiger verhindern, soll dem sitten- und gesundheitsfeindlichen Auslandsdienst den Riegel stoßen, soll die Untergrabung von Arbeitslust, Hausordnung und Familiensinn unterbinden.

Schließlich drückte sich noch das Ressentiment gegen das Ancien Régime in der Behauptung aus, dass die auswärtigen Kriegsdienste der Eidgenossen keinesfalls wirtschaftliche Notwendigkeit gewesen seien, sondern nur um der Versorgung überzähliger Patrizier willen existiert hätten.

Ähnlich wie Bern legten sich auch die übrigen regenerierten Kantone durch Verfassungsartikel Beschränkungen hinsichtlich von Militärkapitulationen auf. Die meisten von ihnen hatten dabei die Frage der Fortdauer bereits eingegangener Verträge nicht zu prüfen, da die spanischen, französischen und niederländischen Verpflichtungen ohne ihr Dazutun bereits erloschen waren, und sie sich den Abkommen mit Neapel nie angeschlossen hatten. Als mit dem Mißerfolg der eidgenössischen Bundesreform zu Anfang der dreissiger Jahre das lange Ringen um eine verstärkte Bundesgewalt anhub, verbrauchte sich die politische Aufmerksamkeit vorzüglich an andern Streitfragen, so daß

¹⁰⁵ Manget, p. 6.

¹⁰⁶ ZFZ, 1830 – September – 17., Nr. 38.

¹⁰⁷ 1830 – Oktober – 8., Nr. 43, p. 234.

die Diskussion um die Söldnerdienste bis zum Jahr 1846 weder formal noch inhaltlich in nennenswert neue Bahnen gelenkt wurde. Allein, schon bevor die italienische Frage das erste akute Stadium des Sommers 1848 und des Jahres 1849 erreichte und den jungen Bundesstaat gegen die kantonalen Kapitulationen zu Maßnahmen veranlaßte, die nicht zu den geschicktesten seiner ersten Tätigkeit gerechnet werden können, hatte sich die Tagsatzung mit Anträgen in bezug auf die ausländischen Dienste zu befassen, die der Entwicklung so sehr voraus-eilten, daß ihnen ein klägliches Fiasko bereitet wurde.

Am 10. Juni 1846 beantragte der Kanton Tessin, der aus nahe-liegenden Gründen den Pulsschlag des italienischen Fiebers am un-mittelbarsten verspürte, in einer Zuschrift an den Vorort, es möchten, da die Militärkapitulationen unvereinbar seien mit der gegenwärtigen Zeit und mit den Institutionen der schweizerischen Eidgenossenschaft, die Kantone, welche solche Kapitulationen abgeschlossen hätten, drin-gend eingeladen werden, diese nach Verfluß der Jahre, für welche sie eingegangen worden seien, nicht mehr zu erneuern¹⁰⁸. Der Vorort ersuchte die Stände um Instruktionen zuhanden der kommenden Tag-satzung und rückte durch den Hinweis auf die als Grundlagen zu be-nützenden Bestimmungen des Bundesvertrages und der seither in die-ser Angelegenheit erfolgten Schritte zum vorneherein die Zweifel an der Kompetenz einer Bundesintervention in den Vordergrund. Diese Betrachtungsweise eignete sich in der Tat auch die nachfolgende Tag-satzung an. Selbst der Antragsteller mußte zugeben, daß mit der Restauration die bedingte Souveränität der Kantone¹⁰⁹ in bezug auf den Abschluß von Kapitulationen wiederhergestellt worden und seit-her anerkannt geblieben war. Dennoch hielt er unter Verweisung auf die geschichtlichen Nachteile der Dienstverträge und auf die gegen-wärtige Situation seinen Antrag aufrecht, darin unterstützt von Aar-gau und Baselland¹¹⁰. Diese Haltung rief entschiedenen Protesten gegen solche Anträge, Proteste, die in ihrer Nachdrücklichkeit die Besorgnisse der kleineren Kantone für ihre Unabhängigkeit deut-lich offenbarten. Die gemäßigt liberalen Kantone hielten an den

¹⁰⁸ Tagsatzungsprotokoll, Bd. 123, 1846, fol. 271 ff. und Bd. 126, 1847, fol. 1200 f.

¹⁰⁹ Vorbehalt der Genehmigung durch die Tagsatzung. – Keine bundeswidrigen Bestimmungen.

¹¹⁰ Ausländische Abhängigkeit kapitulierter Kantone, Störungen im inter-kantonalen Einvernehmen, Waffengang von Schweizern gegen Schweizer. – Schwei-zertruppen, im Konflikt zwischen Königs- und Volksgewalt auf Seite der erstern, beteiligt an Verfassungsbrüchen; dadurch Sinken in der Sympathie der Völker und für das Vaterland Differenzen mit auswärtigen Mächten. – Tendenz der neuen Staaten zur eigenen Wahrhaftigkeit. Despotische Einflüsse rückkehrender Schwei-zer.

rechtlichen Gegebenheiten um so mehr fest, als ihnen der Antrag durch keine wichtigen Beweggründe gestützt erschien. Hatte sich nicht die Zahl der auswärts Dienenden in der neuesten Zeit beträchtlich vermindert? War nicht durch das Ende des kapitulierten Dienstes in den größern europäischen Staaten die Gefahr einer Belastung der Neutralität verschwunden? Die beste Gewähr für eine ruhige Schlußphase schien ihnen im stillen, weder mittels des Bruches des Bundesvertrages noch mit Hilfe eines kränkenden Pathos erregten Verfläkern der von innen heraus sich selber auflösenden fremden Dienste zu liegen. Aus ihren Voten ragte nur dasjenige Berns insofern hervor, als es sich unter Hinweis auf sein Kapitulationsverhältnis mit Neapel und auf das bereits in der Verfassung verankerte Verbot weiterer Kapitulationen das Mißtrauen gegen seinen Willen, die Verfassung auch zu vollstrecken, ausdrücklich verbat, da es sich von selbst verstehe, «daß jeder Kanton seinem Grundgesetz die angemessene Vollziehung gebe und eine Einladung, solches zu tun, von kränkenden Voraussetzungen ausgehen würde¹¹¹».

Außer der betont verfassungsrechtlich begründeten Ablehnung bemerkt man als weiteres Merkmal der Auseinandersetzung den in höfliche Frageform gekleideten Vorwurf an die Tessiner Regierung, sie hätte sich mit ihrer Stellungnahme dem Ansinnen eines «fremden Abenteurers, welcher im Jahr 1836 das in der Schweiz genossene Gastrecht mißbraucht und wegen diesem Frevel für immer aus der Schweiz ausgewiesen worden sei¹¹²», gefügt. Diese Bemerkung erscheint wie ein Vorauswerfen des Schattens, der keine zwei Jahre später als gegenseitige Beschuldigung ausländischer Hörigkeit in der Presse und den Ratssälen herumgeisterte.

In der Abstimmung erlag der Antrag des Kantons Tessin einer überwältigenden Mehrheit, von der zehn Kantone sich für Nichtteintreten, zwei für Verwandlung der «Einladung» in eine «Empfehlung» und fünfeinhalb für Referierung aussprachen. Eine endgültige Ablehnung war damit noch nicht erzielt, sondern ergab sich erst an der Sommertagsatzung des folgenden Jahres, an welcher dreizehn Stände laut ihrer Instruktion auch die mildeste Form einer eidgenössischen Intervention verwarfen. Mit den sieben Sonderbundskantonen hatten sich in der Ablehnung vereinigt die ebenfalls mit Neapel kapitulierten Stände Bern, Solothurn, Graubünden und Appenzell I. Rh., sowie der Kanton Neuenburg und die Halbkantone Baselstadt und Appenzell A. Rh. Die Grundzüge der Diskussion dieser Tagung blieben denen des Vorjahres mit dem Unterschied gleich, daß sich dem Tessiner Begehren nun der

¹¹¹ Tagsatzungsprotokoll, Band 123, 1846, fol. 275/6.

¹¹² Gemeint ist Mazzini, vgl. Dierauer, Bd. V, p. 589 f.

Kanton Waadt am energischsten annahm. Die Tonart der Vertreter beider Stände war um etliches verurteilender, anprangernder und theoretischer gestimmt als noch 1846. Zum ersten Mal ertönten nun im Schoß einer *eidgenössischen* Behörde die Schlagwörter von der Unvereinbarkeit der fremden Dienste mit der Zivilisation, mit den politischen Verhältnissen der ausländischen Vertragspartner, mit der Würde der freien Schweiz und ihrer politischen Wohlfahrt in voller Schärfe. Demgegenüber vermieden die Politiker des ältern, sachlichen Schlages die Ebene ideenreicher Spekulationen mit der Bemerkung, sich nicht in dasjenige, was wünschbar sein dürfte, näher einlassen, sondern sich an die klare Vorschrift des Bundesvertrages halten zu wollen, um so mehr, als die vorgeschlagene Einladung unnötig, ja zwecklos sei.

3. Der Artikel 11 der Bundesverfassung und die schweizerische «Auslandspartei» um 1848

Als nach dem siegreich verlaufenen Sonderbundsfeldzug die Bahn für eine Reorganisation des Bundes frei geworden war, konnte die schon vorher niedergesetzte Kommission ungestört an die Revision des Bundesvertrages von 1815 herantreten. Das Resultat ihrer Bemühungen bestand in einem Entwurf, dessen Berücksichtigung der föderalistischen Interessen viele der Besiegten mit der neuen Entwicklung einigermaßen versöhnte, wenn auch anderseits die Linke sich den Schritt zur Zentralisation weit kühner geträumt hatte. Die Verhandlungen über die Militärkapitulationen gestalteten sich sehr anregend, und die Mitglieder wurden einmal mehr mit dem gesamten Sündenregister der auswärtigen Kriegsdienste vertraut gemacht. Auffallenderweise aber unterblieb ein Antrag auf ein förmliches Verbot der Reisläuferei, und die Tendenz der Besprechungen richtete sich in erster Linie nach dem Gesichtspunkt des Verhältnisses zwischen Bund und Kantonen. Dies ergab sich schon daraus, daß auf den Antrag des Redaktors Kern die im Programm unter Ziffer «Verschiedenes» platzierte litt. a. «Verbot oder Beschränkung der Militärkapitulationen» gleich in der Sitzung vom 21. Februar 1848 in der Rubrik «Beschränkung der Kantonssouveränität» ihre Erledigung fand. Das sehr knapp gehaltene Protokoll läßt erkennen, daß schon der schließlich zum Beschluß erhobene Antrag, sämtlichen *Kantonen* zu verbieten, künftighin Kapitulationen mit auswärtigen Staaten abzuschließen, man-

chem als kühnes Experiment erschien. So wurde die Frage aufgeworfen, ob ein derartiger Artikel nicht geeignet wäre, manche Kantone von der Annahme der Bundesverfassung abzuhalten, wie denn auch der Entwurf vom Jahr 1832 nicht gewagt habe, eine Beschränkung des fremden Militärdienstes in Anregung zu bringen. Auch stimmte der soeben zitierten Fassung des Kapitulationsartikels nur die schwache Mehrheit von zwölf Mitgliedern zu, während die weiteren im Verlauf der Verhandlungen erfolgenden Entscheidungen durchschnittlich mit einem Sechzehn-Stimmenmehr fielen. Wenn man sich vor Augen hält, daß die Kommission sich aus einundzwanzig bzw. dreiundzwanzig Mitgliedern zusammensetzte, so erscheint die erzielte Mehrheit als äußerst knapp. Wahrscheinlich befanden sich schon in der Revisionskommission Vertreter jener extremistischen Richtung, die kurze Zeit später mit erfolgloser Leidenschaft ein Militärbündnis der Schweiz mit Sardinien empfahlen und sich Seite an Seite mit den Vertretern der altsoldatistenfreundlichen Stände gegen das vorgeschlagene Militärkapitulationsverbot der Bundesverfassung wandten¹¹³.

An der Tagsatzung vom 30. Mai 1848 teilten sich die Meinungen bei der Behandlung des Vorschlages der Revisionskommission, das Militärkapitulationsverbot von den Verfassungen der regenerierten Kantone in das Grundgesetz der Eidgenossenschaft hinüberzunehmen, in drei verschiedene Gruppen. Während fünfzehn Stände den Artikel billigten, wünschten Waadt und Genf, es möchte den Kantonen der Abschluß untersagt, dem Bunde jedoch vorbehalten werden. Nur die zwei Urkantone Uri und Unterwalden wandten sich, unterstützt von Appenzell (Schwyz war abwesend), entschieden gegen die vorgesehene Beschränkung der Kantonssouveränität. Sie hoben diese, soweit sie für die Kapitulationen zur Diskussion stand, als ein uraltes Kantonsrecht hervor und priesen sie als die in Ermangelung eigener Wehranstalten wertvolle Möglichkeit soldatischer Bildung im Ausland, erinnerten an das Heer von tüchtigen Schweizeroffizieren, das seit Jahrhunderten sich in auswärtigen Kriegsdiensten zu Nutz und Frommen des Vaterlandes schulte, erklärten diese als einen nutzbringenden Abzugskanal für den Bevölkerungsüberschuß und verwiesen auf das Interesse des Staates, den unbezähmbaren Hang der Schweizerjugend nach fremden Diensten vor Entartung zu schützen und den Zwecken des Bundes dienstbar zu machen, sowie auf dessen finanzielle und wirtschaftliche Vorteile. Scharf von diesem wirtschaftlich und verfassungspolitisch fundierten Ablehnungswillen unterschied sich der Antrag von Waadt, der, rein ideellen Motiven entsprungen, dem Bund im Hinblick auf eine allfällige Allianz mit dem angeblich für die

¹¹³ v. p. 91 f.

Befreiung Italiens kämpfenden Sardinien das Kapitulationsrecht vorzubehalten wünschte. Die westschweizerischen Feuerköpfe begehrten wenigstens hier Spielraum, nachdem die Tagsatzung kurz vorher in aller Entschiedenheit ihre neutrale Stellung im österreichisch-sardinischen Konflikt bekundet ¹¹⁴. In ihren Ausführungen betonten sie die Notwendigkeit, das Kapitulationswesen seiner früheren Vorzeichen – Förderung einzelner Familien, aristokratische Privatbeziehung, Begünstigung des Absolutismus und artfremder Prinzipien – zu entledigen, und es auf der Ebene der Sympathiebezeugung an befreundete Nationen, sowie auf derjenigen der Wahrung eigener Selbständigkeit wahrhaft nationalen, schweizerischen Interessen dienstbar zu machen.

In ihrem Eifer hielten sie es sogar nicht unter ihrer Würde, sich der konservativen Argumentation teilweise anzuschließen. Das radikale Genf hob hervor, wie der auswärtige Dienst infolge des militärischen Geistes der Eidgenossen gewissermaßen ein schweizerisches Bedürfnis sei, so daß Kapitulationen immer bestanden hätten, ohne daß, wie durch Beispiele gezeigt werde, die Neutralität verletzt worden sei ¹¹⁵. Gleichermassen erwähnte Waadt, wie die Zeit, wo man die Sache mit Schlagwörtern abtat, vorüber sei, und jetzt nicht, wie Solothurn bemerkt habe, der Handel mit weißen Sklaven zur Diskussion stehe, sondern nur die Wahrung der Entscheidungsfreiheit. Bekämen Tagsatzung und Eidgenossenschaft etwa Geld, daß man vom Sklavenhandel rede? «Man wird nicht hindern können, daß immer Leute außer Landes in Dienst gehen, und da fragt es sich nur, ob man vorkommenfalls etwas dazu zu sagen haben will oder nicht ¹¹⁶.» Dieser Ansicht widersetzte sich Aargau, indem es umgekehrt betonte, die Kapitulationen, nicht aber Bündnisse widersprächen dem Neutralitätsprinzip, da jene mit ihrer zeitlichen und zahlenmäßigen Festlegung die Schweizertruppen nötigen könnten, an internationalen Kriegen teilzunehmen, diese jedoch, um einer politischen Idee willen eingegangen, die Schweiz jederzeit zur Aufhebung berechtigten, sobald der beabsichtigte Zweck erreicht oder die Allianz nicht mehr für zuträglich erachtet würde. Ein Verbot der Militärkapitulationen greife somit Bündnissen, welche die Eidgenossenschaft zu bestimmten militärischen Leistungen verpflichteten, nicht vor ¹¹⁷.

Demgegenüber erhob sich aber der Chor jener, die mit der alten Institution, soweit der Staat bisher daran beteiligt gewesen war, ein

¹¹⁴ Neutralitätsbeschluß der Tagsatzung vom 13. Mai 1848. Ablehnung des sardinischen Bündnisangebotes.

¹¹⁵ NZZ, 1848 – Mai – 21., Nr. 142, p. 638.

¹¹⁶ v. Anm. 118.

¹¹⁷ v. Anm. 118.

für allemal aufzuräumen gedachten. Ihre Voten entfalteten das Erbe einer jahrhundertelangen Opposition in voller Buntheit. Es tauchte der Satz auf von der Gefährdung der Nationalität durch ausländische Bildung und politische Hörigkeit, gefolgt von den Thesen über die gefährdete Sittlichkeit, über die Hemmung edlerer Beschäftigungen, des Handels und der Industrie. Nur Offiziere und Werber hätten einen finanziellen Nutzen gehabt, die Kantone und die Gemeinden aber die Last der übrigen, die als Bettler und entlaufene Galeerensklaven zurückgekommen. Unstatthaft sei der Handel mit weißen Sklaven, geschehe er nun von Bundes oder Kantons wegen. Schlimmer als die früheren wären die sich aus dem Vorschlag der Waadt ergebenden Kapitulationen, da die alten Abkommen, ohne Bündnischarakter, sich rein auf die Lieferung einer bestimmten Zahl Rekruten für eine bestimmte Zeit beschränkt hätten, während die von Waadt in Vorschlag gebrachten neuen Kapitulationen dem Neutralitätscharakter der schweizerischen Politik widersprächen, da sie je nach Sympathie und politischer Zweckmäßigkeit beliebig eingegangen und wieder gekündet werden könnten. «On dit, à la vérité, qu'on n'en ferait désormais usage qu'en faveur des peuples; mais qui peut prévoir l'avenir? les destins et les flots sont changeants; et qui nous garantit qu'après avoir écrit dans notre charte ce droit exorbitant, d'autres que nous, ne retourneront pas cette arme contre nous et nos amis ¹¹⁸?» Im übrigen förderte die Auseinandersetzung keine wesentlich neuen Momente zutage, mit Ausnahme der Bemerkung, die auswärts Dienenden repräsentierten in der Fremde die schweizerische Nation. So sehr dieser Äußerung im Tagsatzungsprotokoll nur nebenbei Erwähnung geschieht, war sie dennoch recht bedeutungsvoll und entsprach einem tieferen Hintergrund, als sich zunächst annehmen läßt. Sie bildet ein kleines Symptom der im 19. Jahrhundert vor sich gehenden, teilweisen Verstaatlichung des Schweizers, die zusammen mit der Verengerung des Neutralitätsbegriffes eine Reihe grundsätzlicher Änderungen in der Außenpolitik herbeiführte, und damit der im 19. Jahrhundert feststellbaren, allgemeinen europäischen Erscheinung der Nationalisierung der Staaten entsprach.

Der etatistische Zug, der sich durch jene Tagsatzungsverhandlungen hindurchzog, machte sich in denselben Jahren auch in militärischen Kreisen in verstärktem Maß bemerkbar. Schon das Programm für das Fest der Eidgenössischen Militärgesellschaft 1846 schlug bekannte Töne der Helvetik an, indem Kirche und Orgel, Turnhalle und

¹¹⁸ Tagsatzungsprotokoll 1848, Bd. 132: Aus dem zu Protokoll gegebenen Votum Neuenburgs (30. Mai 1848).

Trommelwirbel, Tribüne und Rednerpult nebst dem obligaten Festessen die Verbundenheit der Armee mit den dem Vaterlandsgeist dienstbar gemachten Religions-, Kultur- und Zivilisationsobjekten dokumentierte. Der allgemeine und deutsche Soldatenkalender auf das Jahr 1847 teilte dazu in einer kurzen Zusammenfassung mit, daß die Schweiz gerüstet dastehe, indem dort vom sechzehnten bis zum fünfzigsten Lebensjahr jeder Waffenfähige Soldat sei, dessen Kugel selten das Ziel verfehle, so daß es schwer hielte, das Gebirgsvolk in seinem schon durch die Lage geschützten Land jetzt anzugreifen¹¹⁹. Daß die fremden Dienste an den Jahrestagungen der Militärgesellschaft nicht nur in negativer Art zur Sprache kamen, bewies die Versammlung von 1847, an welcher über jene keine grundsätzlichen Worte verloren, dagegen mit Befriedigung das in zwölf Exemplaren vorliegende Geschenk einer durch Hauptmann Martial-Schuler in römischen Diensten bearbeiteten Elementartaktik vermerkt wurde¹²⁰. Trotzdem war das schweizerische Militärwesen um diese Zeit einer gewissen Beeinflussung seitens der politischen Begeisterung ausgesetzt. So richtete der Redaktor der schweizerischen Militärzeitschrift in einem 1848 veröffentlichten Blick über die Milizeinrichtungen der Schweiz¹²¹ nun besonders scharfe Angriffe auf die stehenden Heere, die er als Stützen der Monarchen und des Absolutismus verwarf, während er noch 1839 in einer Geschichtsbetrachtung die fremden Dienste in Schutz genommen¹²². Ihm, wie einem anonymen Bündneroffizier des Generalstabs, schien die Miliz den wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Bedürfnissen eines freien Staates am besten zu entsprechen. Letztere Veröffentlichung offenbarte die Auswirkungen des mit dem erfolgreichen Feldzug gegen den Sonderbund und die ausländische Einmischung hochgestiegenen liberalen Selbstvertrauens, dem sich der Stolz auf die geglückte Heeresreform beigesellte¹²³. In einer Begeisterung, die den durchschnittlichen Diensteifer des Einzelnen überschätzte, verlangte der Verfasser eine totale Bewaffnung, indem er es für notwendig erklärte, eine imposante schweizerische Wehrmacht aufzubauen, welche mit ihren anregenden Einflüssen auf Handel und Industrie die Schweizer zu einem arbeitsamen Volk im Frieden, schrecklich aber im Kriege, erziehen würde. Den fremden Dien-

¹¹⁹ p. 173.

¹²⁰ Versammlung der Eidgenössischen Militärgesellschaft in Chur, den 15. und 16. Juli 1847, p. 8.

¹²¹ Leemann, H.: Die Milizeinrichtungen der Schweiz als Vorbild der Volksbewaffnung mit besonderer Hinsicht auf Deutschland. Bern/Zürich, 1848.

¹²² vgl. Anm. 89 (Leemann).

¹²³ Eine Denkschrift über das eidgenössische Kriegswesen. Den hohen Bundesbehörden zur Berücksichtigung eingereicht, von einem Offizier des eidgen. Generalstabes. Chur, 1849.

sten ließ er rückblickend insofern Gerechtigkeit widerfahren, als er sie als Träger schweizerischen Wehrdenkens in einer betrüblich lauen Epoche der Eidgenossenschaft bezeichnete ¹²⁴.

Zum Zeitpunkt, wo die Tagsatzung den Art. 11 der Bundesverfassung in der Form, wie er bis heute im Grundgesetz verblieb, guthieß, durchbrauste den schweizerischen Blätterwald ein Sturm, von dem das wohlabgewogene Protokoll des Bundessekretärs wenig ahnen läßt. Seit einigen Monaten war der Konflikt zwischen dem italienischen Selbstständigkeitswillen und der Siegermacht von 1815, Österreich, neuerdings in ein höchst akutes Stadium getreten. In dieser gespannten Atmosphäre hatte der siegreiche Feldzug der eidgenössischen Truppen im Spätherbst 1847 in Italien Freudenfeste und Fackelzüge ausgelöst ¹²⁵. Mit dem Jahr 1848 begaben sich die Oberitaliener voll Begeisterung unter die Fahnen Karl Alberts, der die dortige österreichische Verwaltung mit einem Sieg über Kaiser Franz zu vernichten hoffte. Dieser äußern Feldzugsstimmung hafteten außerdem die Züge eines Bürgerkrieges an ¹²⁶. Die Tatsache, daß sich auf dem Vormarsch nach dem Norden zwei päpstliche Fremdenregimenter, vorwiegend aus Schweizern zusammengesetzt, beteiligten, rief in der oberitalienischen Öffentlichkeit einem lebhaften Echo. Wie anderwärts waren die Schweizer auch hier ihrer militärischen Tüchtigkeit halber bekannt ¹²⁷, so daß man ihnen ein großes Vertrauen entgegenbrachte und sie überall aufs freundlichste empfing ¹²⁸. Die in den Dörfern zur Erde niederknienenden und für die Truppe betenden Menschen ¹²⁹ verfehlten umgekehrt ihre Wirkung auf die Schweizer nicht, obschon diese im allgemeinen eher als pflichttreue Soldaten, denn als bewußte Freiheitskämpfer in den Krieg zogen ¹³⁰. Gewisse Berichte, die von

¹²⁴ p. 5.

¹²⁵ Etwas aus dem Feldzug vom Jahr 1848 von einer Kolonne päpstlich römischer Truppen, wobei die zwei Schweizer-Regimenter waren, gegen die Österreicher nach der Lombardei und dem Venetianischen, und der drei auf einander gefolgt Schlachten bei Vicenza am 21. Mai, vom 23. auf den 24. Mai und am 10. Juni 1848.

Beschrieben von einem Schweizersoldaten, der den Feldzug von Anfang bis Ende mitgemacht hat, so weit ihn die Kolonne der römischen Truppen unter dem Kommando des Generals Durando gebracht hat. Basel, 1850, p. 3.

¹²⁶ Etwas aus dem Feldzug, p. 3.

¹²⁷ Debrunner, Hauptmann: Erlebnisse der Schweizerkompagnie in Venedig. Zürich, 1849, p. 13.

¹²⁸ Etwas aus dem Feldzug, p. 11 und 19.

¹²⁹ Etwas aus dem Feldzug, p. 12.

¹³⁰ Etwas aus dem Feldzug, p. 13: «...nach der Messe bestieg ein Feldpater, ein kleiner Mann, aber ein tüchtiger Redner, den Wagen und hielt eine Feldpredigt. Er sprach sehr viel von der italienischen Freiheit und von dem grossen Lohn jenseits des Grabes für die, welche sich für Italiens Freiheit opfern würden, ja er verhiess einem jeden das Paradies, welcher im Kampfe fallen werde; der Prediger

diesem Feldzug in der Schweizer Presse erschienen, sollten allerdings den Eindruck erwecken, als ob die Stimmung der Schweizergoldaten durchwegs derjenigen entspreche, wie sie in einer Einsendung des «Erzähler» zum Ausdruck kam: «... wir werden eine große Streitmacht bilden, die für die Freiheit und Unabhängigkeit streitet, mit einem Enthusiasmus, wie einst die Kreuzfahrer, mit deren Emblemen wir alle bezeichnet sind ¹³¹.» Besonders breit entfaltete sich das Echo in der radikalen Presse der Westschweiz ¹³², wo zur aktiven Teilnahme am italienischen Feldzug selbst von leitenden Männer aufgerufen wurde ¹³³. Aber auch der Berner «Guckkasten» brach in eine vehemente Befürwortung der lombardischen Werbungen aus, da man jetzt so lange den Fürsten Truppen zur Unterdrückung gesandt habe ¹³⁴. So lag der Zeitpunkt stimmungsmäßig sehr günstig, als sich Ende April die lombardischen Anwerbungen stärker bemerkbar machten. Vielerorts herrschte der Glaube, die Schweiz werde sich unmittelbar am italienischen Krieg beteiligen und mindestens ein Hilfskorps in die Lombardei senden. Aber auch aus wirtschaftlichen Gründen erfuhren die Werbungen eine gewisse Beförderung. Die politischen Verwicklungen in Europa hatten Handel und Wandel, Fabriken und Gewerbe ins Stocken geraten lassen, und Tausende von verabschiedeten Handwerkern und Fabrikarbeitern suchten seit Wochen vergeblich einen neuen Verdienst. Außerdem bestand in den industrialisierten Teilen der Schweiz die Hoffnung, ein Ende der Begünstigung österreichischer Fabrikate gäbe dem bereits lebhaften Absatz schweizerischer Erzeugnisse nach Oberitalien einen noch viel kräftigeren Aufschwung ¹³⁵. Offensichtlich stand ein großer Teil der schweizerischen Öffentlichkeit unter dem Eindruck, daß ein italienischer Sieg der Schweiz nur Gutes erwirken müßte ¹³⁶. Jeder militärisch angeregte Geist aber konnte hier seinen Neigungen folgen, ohne mit dem Gewissen in Konflikt zu geraten ¹³⁷.

Der allgemeinen Begeisterung gegenüber hatten sich jedoch schon

wandte sich mehrmals auf die Seite, wo die Schweizer aufgestellt waren. Die Schweizer, wovon die meisten ihn nicht verstanden, weil er die Predigt in italienischer Sprache hielt, und sie mit Sack und Pack an der Sonnenwärme stehen mußten, waren froh, daß er einmal Amen sagte, hatten aber Achtung vor ihm und rühmten ihn nachher sehr wegen seines tüchtigen Rednertalents.»

¹³¹ 1848 – Mai – 12., Nr. 38, p. 203 f.

¹³² Erzähler, 1848 – April – 11., Nr. 29, p. 154 f.

¹³³ Erzähler, 1848 – Mai – 16., Nr. 39, p. 211 (Fazy, Eytel).

¹³⁴ 1848 – April – 22., Nr. 17, p. 4.

¹³⁵ Debrunner, p. 14.

¹³⁶ Debrunner, p. 14.

¹³⁷ Debrunner, p. 14. Vgl. Hauptmann Debrunner, der nach Verhandlungen mit einem Abgeordneten Venedigs eine Kompagnie anwirbt in der Schweiz und mit dieser in venetianische Dienste tritt.

frühzeitig Bedenken erhoben, deren Ursachen zwar verschiedener Art, aber ihrer Wirkung nach gleich waren. Neben die Gruppe jener, welche im zerfallenden System Metternichs immer noch die beste Gewähr eines Schutzes vor allzu radikaler Zentralisierung der Schweiz erblickten, denen das aus der Vergewaltigung von 1847 und 1848 herrührende Mißtrauen gegen die Bewegungspartei und die großen, wirtschaftlich starken Kantone den innern Zugang zur neuen Eidgenossenschaft vorläufig noch verschloß, stellte sich ein gemäßigt radikaler Flügel, der einer neuen Verschleuderung der Kräfte abgeneigt war. «Wir bleiben bei unserm Satz: die Schweiz soll sich durch gerechte Sympathien und Antipathien nicht aus ihrer natürlichen und glücklichen Stellung bringen lassen . . . Die Schweiz kann zu keiner großen Rolle in Europa bestimmt sein, – pflege sie den Frieden, die Unabhängigkeit des lieben heimischen Herdes. Männer voll feuriger Sympathien für den Kampf anderer Nationalitäten werden in dieser unserer wohlberechneten und wohlbegründeten Aussicht nicht krähwinklerischen Schweizeregoismus, sondern wahre, der Schweiz wohlfrommende Schweizerpolitik finden, die den Sympathien für den Sieg des freien Prinzipes allüberall in Europa immerhin im Herzen genügend Raum läßt¹³⁸.» Schließlich wirkte an dieser vorsichtigen Haltung ein starker Schuß prüfenden Skeptizismus' mit, der dem italienischen Volk wohl lebhaftes Sympathie, nicht aber ein blindes Übersehen seines sanguinischen, aber zähen und durchschlagenden Aktionen eher abgeneigten Charakters entgegenbrachte. Bereits Ende November 1847 hatte die konservative «Berner Volkszeitung» die südlichen Völker mehr unter der Herrschaft der Phantasie als des Verstandes stehend bezeichnet, so daß bei ihnen alles zum Ausdruck dränge, was ihre Sinne erzeuge¹³⁹.

Im April und im Mai spitzten sich die Gegensätze zwischen dem nach praktischer Gestaltung drängenden Solidaritätsempfinden und dem skeptischen Neutralitätswillen sowohl in der Presse wie in den Behörden immer mehr zu. «Eidgenossen! vergesset es nicht, die welche, italienisch-französische Politik ist eine arge, heiße sie republikanisch oder monarchisch. . . O täusche sich die Schweiz nicht! Sei sie bescheiden in der schönen Stellung, die sie sich jüngst in Europa erworben hat. Mische sie sich nicht in fremde Händel; sie haben ihr immer Unheil gebracht», rief der «Erzähler» am 18. April aus¹⁴⁰. Seiner Warnung, Handelsverträge seien Schweizerblut nicht wert, ließ er drei Tage später die Feststellung folgen, daß die Diplomatie

¹³⁸ Erzähler, 1848 – April – 11., Nr. 29, p. 154 f.

¹³⁹ Berner Volkszeitung, 1847 – November – 29., Nr. 282.

¹⁴⁰ Nr. 31, p. 167.

der Völker kaum uneigennütziger als die der Fürsten sei. «Die Sachen haben (nur) insofern geändert, als das Laquaienvolk, das geschniegelte, der reaktionären, absolutistischen Diplomatie, das in Orden und Uniformen im Sommer letzten Jahres dem Sonderbund in Bern Queu machte, nun härteren Jungfranzosen und Italienern Platz gemacht hat, die nicht ohne Glück, wie es scheint, auf enthusiastirte kurzsichtige Publizisten, welche kaum eine Spanne weit vor sich sehen, Jagd machen, und das ebenfalls nicht ohne Einfluß auf gewisse Deputationen zu sein scheint ¹⁴¹.» Ob nicht das Schicksal der schweizerischen, deutschen und belgischen Arbeiter in Paris, die an den Barrikaden ihr Blut für andere vergossen, und am Ende das Nachsehen nach ihrer Hände Arbeit hatten, zum Nachdenken zwingt? Den Vorwürfen gegenüber, er sei zu radikal auf der einen, er bleibe hinter der radikalen Größe zurück, auf der andern Seite, tröstet sich der «Erzähler» mit der «lebendigen, aus der Geschichte geschöpften Überzeugung, daß die politische Hausammansrolle, welche wir predigen, der Schweiz am besten frommt ¹⁴². Neben dem reinen «Goldsand des Freisinns» schwimme im gegenwärtigen Zeitstrom unverkennbar noch «trüber, dunkler Schlamm» mit. Der Zeitung Bemühen sei, zu verhüten, daß dieser im eigenen Vaterland nicht unbesonnen aufgewühlt werde. Etwas später erklärte sie, daß das Reislaufen der Schweiz mehr Unsegen gebracht habe als wirkliche Kapitulationen ¹⁴³. Die in der Waadt und in Genf vor sich gehende Bildung freiwilliger Hilfskorps und die förmlichen Werbungen im Kanton Bern kämen mit ihren Massenverpflichtungen einem Neutralitätsbruch gleich. Etwas anderes sei es mit dem Entschluß Einzelner, in fremde Kriege zu ziehen; daß eine hermetische Sperre hier nicht nötig und auch nicht möglich sei, verstehe sich von selbst.

Bedeutungsvoll für die Entwicklung der schweizerischen Politik gegenüber Sardinien wurde der Vorort Bern, in dem sich nach anfänglicher Unentschiedenheit die politische Waagschale zugunsten des Neutralitätsprinzips senkte. Dies hatte sich nicht ohne inneren Kampf jedes einzelnen Radikalen und nicht ohne Spaltung der radikalen Gruppe vollziehen können, indem die Regierungsräte Stämpfli, Niggeler und Stockmar sich den Entschlüssen Ochsenbeins nicht anschlossen und den Umschwung seiner Gesinnung in bezug auf das Bündnisangebot Sardiniens verwarfen ¹⁴⁴. Die Großratsrede Ochsenbeins be-

¹⁴¹ 1848 – April – 21., Nr. 32, p. 172.

¹⁴² 1848 – April – 28., Nr. 34, p. 183.

¹⁴³ 1848 – Mai – 9., Nr. 37, p. 200.

¹⁴⁴ Vgl. die Pressepolemik zwischen der Berner Zeitung (Stämpfli, Niggeler) und dem Vaterlandsfreund (Ochsenbein), die sich vom Mai an bis in den Herbst, ja, in die nachfolgenden Jahre hinüber erstreckt.

stätigt das Bild, das man aus der gemäßigten Presse jener Wochen über die Gründe der Ablehnung eines schweizerisch-sardinischen Militärabkommens gewinnt ¹⁴⁵. Auch Ochsenbein bedient sich angesichts der verschleierte Zukunft der Vergangenheit und der Gegenwart als Wegleiterinnen. So erkennt er, daß eine Republik sich wenig eigne, Eroberungen zu machen, daß fremde Händel der Schweiz stets Unglück gebracht. Ebenso ernüchternd wirkt für ihn das Mißtrauen in die Befähigung Italiens zu einer raschen und gesunden Umwandlung in eine Republik, nebst dem Umstand, daß diese Bewegung von einem Monarchen geleitet wurde. «Glaubet Ihr, daß in Staaten, wo man kaum einen Begriff hat von der Republik, wo jedem Staatsbürger das Wesen einer solchen eine unbekannte Größe ist, dann Republiken mit Erfolg entstehen können? Glaubet Ihr, daß da, wo die erste Tugend eines Republikaners, diejenige der Selbstverleugnung, unbekannt ist, irgendein guter Boden sei für die Republik? Ich wenigstens, um es kurz zu sagen, habe die Ansicht, daß aus einem guten Royalisten nie und nimmer ein guter Republikaner werden kann ¹⁴⁶.» Er rede hier nicht von der Neutralität; denn diese sei in Wirklichkeit nur ein leeres Phantom; nicht gleich aber verhalte es sich mit dem Wort von der Nichteinmischung der Eidgenossenschaft in fremde Händel. Diese sonst so verachtete Eidgenossenschaft habe sich in der jüngsten Vergangenheit ohne Bündnisangebote eine schöne Stellung in Europa und damit eine Achtung errungen, wie ihr seit Jahrhunderten nicht mehr zuteil geworden. Jetzt suche man auf einmal ihre Freundschaft und stelle ihr Gutes und Schönes in Aussicht. Was nach den Burgunderkriegen nicht geschehen sei, heiße es, jetzt zu tun: Zu vermeiden, von irgendeiner Macht ins Schlepptau ihrer Politik genommen zu werden.

Die Mehrheit des bernischen Großen Rates huldigte dieser Ansicht durchaus ¹⁴⁷, trotzdem die Opposition darauf ausging, die sardinischen Werbungen als harmlos und mit der Neutralität als durchaus vereinbar hinzustellen. Von der Bildung eines Werbkomitees könne nicht die Rede sein; es hätten lediglich Besprechungen über eine allfällige Hilfe stattgefunden. Da die Schweiz zu ihrer Schande Kapitulationen zur Unterdrückung der Völker abgeschlossen, stelle sich allerdings die Frage, ob sie nicht zur Abwechslung einmal eine solche zur Befreiung der Völker eingehen könnte ¹⁴⁸. Doch die Meinung des Rates entsprach im ganzen derjenigen, welche wohl eine Sympathien entsprun-

¹⁴⁵ Tagblatt des Großen Rates des Kantons Bern, 1848, Nr. 26.

¹⁴⁶ op. cit. p. 7.

¹⁴⁷ Tagbl. d. Gr. R. d. Kts. Bern, 1848, Nr. 27, vgl. Voten Kurz, Friedli und Beutler.

¹⁴⁸ Voten Stockmar, Niggeler, Stämpfli, Schläppi, Scherz.

gene, spontane Teilnahme Einzelner am oberitalienischen Krieg begrüßten¹⁴⁹ oder doch verständlich fanden, in der Verleitung innerlich Unbeteiligter durch förmliche Verträge und Werbungen aber den Beginn einer neuen Reisläuferei erblickten¹⁵⁰. Schließlich spielte auch noch der Gedanke mit, daß der politische Horizont es wünschenswert erscheinen lasse, die besten Oberländerschützen vorläufig noch hier statt in der Lombardei zu wissen¹⁵¹. Selbst ein Votum wie dieses: «Was sind, ich will nicht sagen alle, aber doch eine große Klasse dieser Italiener? Ein Gesindel, und mit einem Volke, wie diese Sardinier und die Franzosen sind, die an einem Tage monarchisch und am andern Tage republikanisch sind, dergleichen Verbindungen einzugehen, halte ich ... nicht für ratsam ...¹⁵²», setzte die Parteizugehörigkeit des radikalen Redners damals nicht aufs Spiel.

Der 13. Mai 1848, an welchem die Tagsatzung (Ochsenbein nahm hier als Gesandter Berns teil) den Beschluß unbedingter Neutralität faßte, war somit in mehr als einer Hinsicht bedeutungsvoll. Grundsätzlich hatte die radikale Bewegung damit verzichtet:

1. auf den Gedanken, die liberale Schweiz sei berufen, in einem europäischen Ringen den Idealen, die sie selbst antrieben, durch eine offizielle, aktive Teilnahme zum Sieg zu verhelfen und dadurch vielleicht ihre eigene Stellung zu verbessern.
2. auf den Wunsch, durch ein politisches Militärbündnis mit einer der beiden Gruppen ihren Einfluß zu steigern, ihren Handel zu beleben, ihrer Arbeitslosen loszuwerden und ihr Gebiet zu vergrößern.

War die weitere politische Entwicklung dazu angetan, ihrem Mißtrauen gegen Sardinien und den italienischen Republikanismus sowie gegen eine Überschätzung der eigenen Kraft und Berufung recht zu geben, so stand ihr dafür folgendes in Aussicht:

1. Ende der europäischen Einschätzung der Schweiz als eines Revolutionszentrums und Gewinnung der Überzeugung Europas, daß die Politik der leitenden Männer in der Schweiz außerhalb ihrer Parteidoktrin noch in anderen, in der historischen Entwicklung der Schweiz begründeten Gesetzen wurzle.
2. Gewinnung des Vertrauens jener schweizerischen Konservativen, die die Verwirklichung ihrer Parteiparolen zugunsten des Wohls des Gesamtstaates ebenfalls zu opfern bereit waren.

Im Hinblick auf die Frage des Söldnerwesens aber bedeutete der

¹⁴⁹ Votum Ochsenbein, p. 3. Kurz, p. 4.

¹⁵⁰ Votum Kurz, p. 4.

¹⁵¹ Votum Friedli, p. 4.

¹⁵² Votum Beutler, p. 4 f.

Entschluß der Tagsatzung vom 13. Mai zusammen mit dem Verbot neuer Militärkapitulationen in der Bundesverfassung, daß die Mehrheit der fortschrittlichen Siegerpartei den Verlockungen widerstand, die alte Bündnispolitik unter Berufung auf moderne Ideen und Ideale fortzusetzen. Der Beschluß erlangte um so mehr Bedeutung, als der ihm folgenden Einladung der Tagsatzung an die Kantone, die nötigen Maßregeln zur Verhinderung von Werbungen auf ihren Territorien zu ergreifen, so wie ihrem Verbot der Bildung bewaffneter Hilfskorps¹⁵³, in der Praxis Erfolg beschieden war¹⁵⁴.

In der Presse des rechten radikalen Flügels wurde die Entscheidung als ein Sieg schweizerischer Realpolitik über den von Ausländern bestimmten Auslandsflügel der Linken gefeiert¹⁵⁵. Am 13. Mai noch hatte der «Erzähler» bemerkt, daß man die Gefahr vom Westen (Fazy, Druet, Eytel) mehr zu fürchten habe als die aus dem Osten (Österreich)¹⁵⁶. In der Folge pries er Ochsenbein geradezu als Retter des Vaterlandes. Da trat ein Ereignis ein, das der Auslandspartei Gelegenheit gab, ihre Niederlage positiv auszuwerten und gleichzeitig das Rückgrat des gemäßigten Radikalismus auf eine gewisse Probe zu stellen.

Am 15. Mai 1848 hatten die Schweizerregimenter in Neapel den durch eine Umsturzgruppe schlecht vorbereiteten Versuch der Beschränkung der konstitutionellen, königlichen Handlungsfreiheit verhindern können, da ihm nur eine Minderheit der Bevölkerung und der Armee Folge leistete und selbst diese vor entschlossenem und opferbereitem Handeln zurückschreckte. Die Unfähigkeit der italienischen Republikaner, eine kraftvolle, zielbewußte und einheitliche Politik zu verwirklichen, machte sich nun in einer überfallartigen, großen Pressekampagne, ja in Ausschreitungen gegen einzelne, in Italien niedergelassene Zivilschweizer Luft. Ein Großteil der politischen Spannung, der Unzufriedenheit, der Bosheit der Zeit konzentrierte sich für einige Tage in *einem* riesigen Trommelfeuer auf die neapolitanischen Schweizertruppen, welche innerhalb weniger Stunden zu den scheußlichsten Ungeheuern gestempelt wurden. Selbst den vorsichtigsten Schweizer Zeitungen verschlug das erste Bulletin über den blutigen Straßenkampf für einige Tage den Atem. Die Presse der Auslandspartei aber triumphierte; mit schmetternden Fanfaren stieß sie zum Lager der Hetzer.

¹⁵³ Debrunner, p. 48.

¹⁵⁴ Vgl. Debrunner, p. 16 und p. 42.

¹⁵⁵ Erzähler, 1848 – Mai – 16., Nr. 39, p. 210.

¹⁵⁶ 1848 – Mai – 23., Nr. 41, p. 220 f.

Ein Gremium wie die Tagsatzung war infolge der immer noch anerkannten Souveränität der Kantone in bezug auf früher abgeschlossene Staatsverträge durch die Ereignisse in Neapel zunächst weniger unmittelbar angesprochen als ein mit dem neapolitanischen König im Kapitulationsverhältnis stehender Stand. Die heftigsten Spannungen mußten dort entstehen, wo das unbeliebte Erbe einer früheren Regierung einem neuen, radikalen Kantonsparlament anvertraut war. Dies war beispielsweise bei Bern der Fall, dessen Regierungsrat mit «dem höchsten Bedauern aus den öffentlichen Blättern die blutigen Ereignisse vernommen ¹⁵⁷», und, sofern sich die Nachrichten bestätigten hätten, darin «eine Gefährdung der Ehre der Schweiz sowie der Interessen Tausender unserer Mitbürger» in Neapel zu erblicken trachtete. In der Absicht, dem Großen Rat weitere Anträge vorlegen zu können, die ähnlichen Vorfällen für die Zukunft vorzubeugen hätten, ersuchte er den eidgenössischen Konsul und den Chef des Bernerregimentes in Neapel um amtliche Berichterstattung ¹⁵⁸. Inzwischen beantragte er dem Großen Rat, ihm die Vollmacht zu geben, «in dieser Angelegenheit vorläufig alle Schritte zu tun, welche mit Rücksicht auf die Ehre des Kantons und die Interessen der beteiligten Berner ¹⁵⁹» ihm nötig erscheinen würden. In Abwesenheit des Präsidenten und dessen Stellvertreter begründete Stämpfli am 26. Mai im Großrat den regierungsrätlichen Wunsch ¹⁶⁰. Es erhebe sich hier die Frage um die Ehre der Schweiz, Berns, der Söldner und der schweizerischen Zivilisten in Neapel. Bringe man nämlich die Teilnahme der Schweizertruppen am dortigen Kampf mit den Verhältnissen des übrigen Europas in Zusammenhang, so ergebe sich, daß es von der «größten Konsequenz» sein könne, wenn zu einem Zeitpunkt, wo in Europa der Kampf um die Existenz oder Nichtexistenz zwischen den Völkern und Dynastien entstehe, die Schweiz unehrenhafter- und unmoralischerweise ihre Truppen verkaufe und zum Kampf der Dynastien gegen die Völker hingebe. Da der Regierungsrat aber dem Vorwurf, er kümmere sich nicht um die Interessen der ohnehin durch die Revolution bald bezwungenen Truppen, aus dem Weg zu gehen beabsichtige, sei ihm ein voreiliges Einschreiten unzweckmäßig, eine rasche Untersuchung jedoch wünschenswert erschienen. Sollte es sich herausstellen, daß die Ehre der Schweiz in hohem Maß kompromittiert sei, so erhebe sich die Frage der Kapitulationskündigung oder zum mindesten der Bildung einer speziellen Untersuchungskommission, was bereits

¹⁵⁷ Manual des Regierungsrates, Nr. 130, 1848 – Mai – 26., p. 474 f.: Vortrag an den Großen Rat.

¹⁵⁸ Bern. Reg.rat, Missivenbuch 1848.

¹⁵⁹ Manual des Regierungsrates, 1848 – Mai – 26., p. 474 f.

¹⁶⁰ Tagblatt des Großen Rates des Kantons Bern, 1848, Nr. 54, p. 3 f.

zur Beruhigung der italienischen Gemüter und zur Zerstreuung der gegen die ganze Schweiz herrschenden Vorurteile und Gefühle beitragen dürfte. Die Aufregung Italiens stehe mit der Tatsache im Zusammenhang, daß die Schweiz kurz vorher ihre Neutralität im Kampf zwischen Fürsten und Völkern erklärt habe. Man sage dort, die Schweiz verweigere ihre Hilfe beim Ringen der Völker, während ganze organisierte Regimenter auf der anderen Seite kämpften.

In der lebhaften Diskussion stellten sich viele Meinungsschattierungen heraus. So stach die Bemühung hervor, die Truppen einer Verantwortung dessen zu entheben, was eine frühere Regierung verschuldet ¹⁶¹. Je nach der persönlichen Einstellung des Redners legte sich der Akzent entweder auf den Umstand, daß die Truppen durch Pflichterfüllung die Schweizerehre gewahrt, oder dann auf die Überzeugung, daß der neapolitanische Dienst als solcher eine Entwürdigung der Schweiz darstelle, deren Ehre dem Interesse des Einzelnen vor gehe ¹⁶². Eines jedoch wurde auch von mehreren freisinnigen Rednern nicht geduldet: Die persönliche Verunglimpfung der einzelnen Soldaten und Offiziere ¹⁶³. So mußte Regierungsrat Schneider zur Beruhigung des Rates erklären, daß die Regierung an der Tapferkeit der Truppen an sich auch Freude gehabt habe ¹⁶⁴, wogegen Stämpfli, dessen Voten sich aller persönlichen Angriffe geschickt enthielten, dafür aber die Unhaltbarkeit der Institution um so mehr betonten, äußerte, daß eine Betrachtung der Sache, für die die Schweizer gefallen, in ihm vielleicht doch den Wunsch entstehen ließe, die Schweizer möchten davongelaufen sein ¹⁶⁵. In bezug auf die Vertragstreue standen sich zwei Meinungen unversöhnlich gegenüber. Die eine hielt daran fest, daß, wenn die Schweiz überhaupt Wort halten wolle, sie es halten müsse, auch wenn fatale Verhältnisse für sie daraus hervorgehen sollten ¹⁶⁶, während die andere betonte, daß «gegenüber der Moral und den ewigen Menschenrechten kein Vertrag und keine Kapitulation gelte ¹⁶⁷». Die Erbitterung der Auslandspartei über die Tagsatzungsbeschlüsse vom 13. Mai ¹⁶⁸ äußerte sich am schärfsten im Vorwurf der Verrätere ¹⁶⁹, – er galt der Tagsatzung – etwas milder in dem, jene sei damit zum Werkzeug der reaktionären Diplomatie

¹⁶¹ op. cit., p. 4, Votum Kurz.

¹⁶² op. cit., p. 5, Votum Regierungsrat Schneiders.

¹⁶³ op. cit., p. 5, Votum Ganguillet, p. 6, Votum Heilmann, von Tavel.

¹⁶⁴ op. cit., p. 5.

¹⁶⁵ op. cit., p. 7.

¹⁶⁶ op. cit., p. 5, Votum Ganguillet.

¹⁶⁷ op. cit., p. 6, Votum Ingold.

¹⁶⁸ v. Anm. 114.

¹⁶⁹ op. cit., p. 5, Votum Gigon.

herabgesunken¹⁷⁰. Der gesunde Instinkt gegen den Etatismus, der dem Regierungsrat unbeschränkte Vollmacht zur Aufhebung der bernischen Kapitulation einräumen wollte¹⁷¹, ließ jedoch die Handlungsfreiheit des Großen Rates vorbehalten, übrigens im vollen Einverständnis mit dem Regierungsrat selbst¹⁷². Bereits am nächsten Tag beauftragte dieser die Militärdirektion, zu begutachten, ob nicht die Werbung für Neapel zu suspendieren sei, bis die Tagsatzung zu der Angelegenheit ihrerseits Stellung bezogen¹⁷³. – Diese hatte schon am 26. Mai eine Interpellation Genfs erhalten, in welcher der Vorort eingeladen wurde, Erkundigungen über die «traurige und beklagenswerte Auszeichnung», welche sich das kapitulierte Schweizermilitär unter Kompromittierung der schweizerischen Ehre abermals erworben, einzuziehen, und diese mit allfälligen Anträgen begleitet der Tagsatzung vorzulegen¹⁷⁴. Auf das Ersuchen des Präsidiums, seine Motion schriftlich und reglementarisch einzureichen, konnte am 30. Mai der endgültige Antrag vorgelegt werden, der nun den Vorschlag enthielt, die kapitulierten Kantone einzuladen, ihre Truppen aus Neapel zurückzurufen¹⁷⁵.

Die Auslandspartei rechnete damit, daß das in parteipolitischen Händen von jeher als nützlicher Trumpf ausgespielte Schlagwort von den die Freiheit zerstampfenden Söldnerscharen diesmal dem alten System der Fremddienste den Garaus machen würde, nachdem ihr selbst die Organisation eines neuen mißlungen. Mit allen Mitteln suchte Fazy die Tagsatzung vom Ernst der Dinge zu überzeugen, indem er auch nicht davor zurückschreckte, den Graben zwischen der alten und der neuen Schweiz zu vertiefen. «C'est la vieille Suisse, la Suisse des Capitulations, la Suisse de la neutralité quand même, qui massacre les citoyens à Naples¹⁷⁶. Diese alte Schweiz rüste. Man schlafe ein, werde eines Tages erwachen und sie in Waffen gegen die neue erblicken. Wie könne die neue Schweiz es unterlassen, einen Vertrag zu zertrümmern, der Ziele und Bestrebungen erdroßle, die sie selbst durch eine große Revolution erstritten? Die nach dem Sonderbundskrieg überall in Europa herrschende Achtung der Schweiz lasse sich nur durch eine rasche, die Ehre der Schweiz wieder herstellende Auflösung des neapolitanischen Vertrages retten. Seine Argumentation

¹⁷⁰ op. cit., p. 6, Votum Stockmar.

¹⁷¹ op. cit., p. 6, Votum Ingold.

¹⁷² op. cit., p. 7, Votum Stämpfli.

¹⁷³ Manual des Regierungsrates, Nr. 130, 1848 – Mai – 27., p. 481: Zettel an die Militärdirektion.

¹⁷⁴ Tagsatzungsprotokoll 1848, Bd. 132, Mai – 26.

¹⁷⁵ op. cit., Mai – 30.

¹⁷⁶ GL, 1848 – Juni – 2., Nr. 44.

unterstützte einzig Drucey, der zu den soeben dargelegten Gründen noch beifügte, daß Italien zwischen der Schweiz und ihren Regimenten unterschieden hätte, wenn jene kürzlich ihre Sympathien für die italienische Sache nicht nur mit den Lippen, sondern auch mit der Tat bewiesen ¹⁷⁷.

Jedem oberflächlichen Betrachter der bisherigen Diskussion um die Söldnerdienste, der schrillen Presserufe, der beschwörenden Konsularberichte und der Schweizer Petitionen aus der Lombardei muß es zunächst unerklärlich erscheinen, daß die Tagsatzung an jenem 30. Mai nicht die Rückberufung der Regimenter, sondern nur eine Untersuchung des Sachverhaltes, sowie eine Verständigung des Vortortes mit den kapitulierten Kantonen zur Aufhebung der Militärkapitulationen auf dem Weg der Unterhandlungen anordnete.

In der Tat ist dieser Entscheid nur im Zusammenhang mit dem großen Mäßigungsprozeß, den der Radikalismus seit der Besiegung des Sonderbundes erlitten, zu verstehen. Diese Entwicklung, welche sich hauptsächlich in den Reihen der deutschschweizerischen Radikalen, die in den Bundes- und Kantonsbehörden die volle politische Verantwortung trugen, abspielte, hatte vierzehn Tage früher mit der Beschränkung der Tagsatzung auf eine kleinstaatliche, dem Ausbau des eigenen Landes gewidmete Politik sich zum erstenmal bedeutsam manifestiert. Aber immer noch stand sie in heftiger Auseinandersetzung mit dem rebellischen linken Flügel. Die Tatsache, daß die Polemik und der Ruf zu einer radikalen Politik in der neu aufgeworfenen Frage des neapolitanischen Dienstes von dieser Seite her erfolgten, mußte die gemäßigte Gruppe zum vorneherein stutzig machen. So waren die Liberalen auch ferner nicht gewillt, trotz einhelliger, zu Anfang ihrer Voten stets nachdrücklich geäußerter Verurteilung dieses Dienstes, von einem ihrer Auffassung nach unrealistischen Freiheitstaumel überrumpelt zu werden, «car il faut que la Suisse ait sa politique à elle même et elle ne doit pas consentir à servir d'instrument à ses voisins ¹⁷⁸». Zudem waren bereits grundsätzliche

¹⁷⁷ op. cit.

¹⁷⁸ op. cit. Votum Rüttimann, der im übrigen die Motion Genfs unterstützte.

Die Ausdrücke «Liberalismus» und «Radikalismus» haben um diese Zeit nicht als schematische Parteibezeichnungen zu gelten. Sie werden von uns als Merkmale zweier Hauptströmungen des schweizerischen neunzehnten Jahrhunderts verwendet, wobei jedoch keine bloß als rechter oder linker Flügel einer großen politischen Tendenz aufgefaßt wird. Im Konkreten werden die beiden Begriffe von uns in der vorliegenden Arbeit unter folgenden Voraussetzungen benützt:

Der *Liberalismus* erstrebt eine staatsfreie Sphäre für das Individuum und postuliert in diesem Sinn seine «Freiheitsrechte». Er begrüßt die Reorganisation des Bundes auf dem Wege der Evolution und der freiwilligen Delegation von Kantonsrechten an den Bund. Seine Wirtschaftsauffassung entspricht derjenigen der Großindustrie, die den Fall der politischen Schranken zu ihren Gunsten

Berichtigungen der ersten Meldungen eingetroffen. Nicht die Schweizer, die Revolutionäre hatten das Feuer eröffnet. Nicht die Schweizer, sondern die ihnen nachfolgenden Lazzaroni hatten geplündert. Nicht die Schweizer, sondern die Aufständischen hatten aus dem Hinterhalt gemordet. Berichte und Privatbriefe meldeten die Disziplin der meuchlerisch angegriffenen Schweizer, denen viele Zivilisten ihr durch den Tumult gefährdetes Leben verdankten ¹⁷⁹. Das militärische Ehrgefühl, das durch den Matratzenkampf der feigen Insurgenten herausgefordert wurde, regte sich an jener Sitzung nicht nur in den konservativen Reihen. «Si le lion de Lucerne . . . témoigne du respect de leurs concitoyens pour leur bravour, les suisses tombés à Naples méritent aussi un monument, d'autant plus que ce ne sont pas eux qui ont ouvert les feux et qu'ils ont été forcés de se mettre sur la défensive ¹⁸⁰», sprach selbst ein Oberst Frey-Hérosé, der sich bei anderer Gelegenheit so entschieden gegen die Stellung der Schweizertruppen im Dienste fremder Fürsten geäußert ¹⁸¹. Nicht verurteilen, höchstens bedauern lasse sich ihre Lage, sie, die an einen Schwur gebunden, zur Verschweigung ihrer Sympathien gezwungen, ein Ringen erlebten, das ihnen die Verwünschung Italiens eintrage ¹⁸². Neuerdings wurde daran erinnert, daß die Kapitulationen ja bald ordentlicher Weise zu Ende gingen ¹⁸³. Ein Überschreiten der Tagsatzungskompetenzen lasse sich nicht rechtfertigen ¹⁸⁴, ebenso wenig die Überwälzung neuer

wünscht. Das liberale Bildungsideal ist humanistischer Art, das Lehrzentrum die Hochschule. Das Staatsprinzip der Liberalen würde in der letzten Konsequenz zur Herrschaft der geistig und wirtschaftlich Fortgeschrittensten führen.

Beim *Radikalismus* sticht die starke Ausrichtung auf den Staat hervor, zu dessen Stützung er das Stimmrecht von Alter, Erwerb und Zensus unabhängiger machen und im Justizwesen die Geschworenen als Volksrichter einführen möchte. Er gestattet den im Dienst für das Volk sich vollziehenden Rechtsbruch und schreckt bei der Umgestaltung des Bundes nicht zurück vor der Revolution. Die Schweizerische Eidgenossenschaft besteht für ihn nicht aus der Summe von zweiundzwanzig souveränen Gliedern, sondern ist in sich ein unabhängiges Ganzes, das höchstensfalls gewisse Bundesrechte an die Kantone delegieren kann. Brücken-, Weg- und Kommunikationsbau soll die ständische Gliederung zertrümmern und die verschiedenen Gruppen einander nähern und verschmelzen helfen. Ein neues soziales Empfinden entwickelt das Fürsorgewesen; durch die Ablösung der Zehnten und Bodenzinse wird der Weg für eine einheitliche Steuerpraxis frei, die ihrerseits wieder die Gleichberechtigung aller, ja die Gleichschaltung fördert. Auch das Bildungsdenken ist ganz diesseits- und gegenwartsbezogen; ein wichtiges Interesse gilt der allgemeinen Volksschule. Die Haupttendenzen des Radikalismus weisen in die Richtung eines zentralisierten Beamtenstaates.

¹⁷⁹ Die Ereignisse des 15. Mai 1848 zu Neapel von einem wahrheitsliebenden Augenzeugen des 4. Schweizerregiments.

¹⁸⁰ GL, 1848 – Juni – 2., Nr. 44.

¹⁸¹ vgl. p. 69 und Anm. 61.

¹⁸² GL, Votum Kern.

¹⁸³ GL, Votum Frey-Hérosé, Steiger.

¹⁸⁴ GL, Votum Munzinger.

Lasten auf die Kantone¹⁸⁵, um so weniger, als keine unmittelbare Kriegsgefahr die Verwendung jener Truppen erheische¹⁸⁶. Die Nachricht hätte nicht eindeutig genug gelaute, um einen überstürzten Verstoß gegen die Kantonssouveränität, sowie gegen das Prinzip, einen Vertrag nur im gegenseitigen Einvernehmen aufzulösen, zu rechtfertigen¹⁸⁷. «Ce principe de droit doit être religieusement respecté par la Suisse¹⁸⁸,»

Wahrscheinlich bildete die Entschädigungsfrage den Hauptgrund für die Vorsicht. Eine neue Belastung der Sonderbundskantone mußte böse Nachwirkungen auf die eidgenössische Kriegskasse haben, und mit einem Bruch der Kapitulation seitens der Eidgenossenschaft dieser die finanziellen Verpflichtungen der neapolitanischen Regierung aufzubürden, war außer Bern niemand geneigt. Nur dieser Kanton schlug durch Ochsenbein vor, alle kapitulierten Kantone einzuladen, die Verträge unverzüglich aufzuheben, der Eidgenossenschaft die Erfüllung der königlichen Verpflichtungen zu überlassen, und alle in fremden Diensten befindlichen Schweizer zurückzurufen. Daß die kapitulierten Kantone, vor allem die des ehemaligen Sonderbundes unter ihnen, die Rechte ihrer Stände wahrten, versteht sich von selbst¹⁸⁹.

Noch am 26. Mai hatte der «Erzähler» kommentarlos einen italienischen Bericht über den Straßenkampf abgedruckt: «... Jene barbarische Soldateska drang ein und beging unsägliche Greuel; Kinder wurden aus den Fenstern geworfen, Schändungen, Mordtaten wurden verübt, kurz alle Schrecken einer im Sturm genommenen Stadt¹⁹⁰.» Dagegen hatte die «Neue Zürcher Zeitung» schon in ihrer ersten Veröffentlichung des aus genuesischen Blättern zusammengestellten Bulletins den Ausdruck «Schweizer» sorgfältig vermieden¹⁹¹, während die linksradikale «Berner Zeitung» noch vier Tage später schrieb: «... wenn nur die Hälfte von dem wahr ist, was man sich erzählt, so ist der Schweizername auf immer gebrandmarkt¹⁹².» Aber die Spezifikationen setzten sich zusehends durch¹⁹³, und mit dem Ende des

¹⁸⁵ GL, Votum Munzinger.

¹⁸⁶ GL, Votum Frey-Hérosé.

¹⁸⁷ GL, Votum Munzinger.

¹⁸⁸ GL, Votum Kern.

¹⁸⁹ GL, Votum Abys (Graubünden), Jauch (Uri), Steiger (Luzern). Unterwalden, Wallis (Erzähler, 1848 – Juni – 2., Nr. 44, p. 239).

¹⁹⁰ Nr. 42, p. 237 f.

¹⁹¹ NZZ, 1848 – Mai – 25., p. 657.

¹⁹² BZ, 1848 – Mai – 29., Nr. 128, p. 529.

¹⁹³ Erzähler, Nr. 42, p. 237 f. Besondere Beachtung erfuhr die Nachricht, daß die Schweizer angegriffen worden seien. Vgl. GL, 1848 – Mai – 26., Nr. 42, p. 3.

Monats hatte sich die gemäßigte Presse soweit gefaßt, daß sie gegen den Mißbrauch des Nachrichtenwesens zum Zweck der Überrumpelung der Tagsatzung protestierte: «Die Ereignisse in Neapel geben den Feinden schweizerischer Neutralität und den griesgrämigen antineutralen Freunden Karlo-Albertischer Kapitulationen erwünschten Stoff, um die Ehre der Schweiz zu kompromittieren . . .¹⁹⁴» Als gar noch der ergänzende Bericht Mörikofer's bekannt wurde, war das Maß voll: «Wenn, was er berichtet, wahr ist, wie nehmen sich Menschen aus, die nicht über den Verdacht erhaben sind, Werkzeuge des Auslandes zu sein, und die sich doch herausnehmen, mit erbitterter Wut schweizerische Schmach zu suchen und zu wittern? Was soll man von Leuten denken, die mit ‚Söldnern des Despotismus‘ um sich werfen, während sie den Klubs und Venta's leibeigen verschrieben sind? Es ist eine eigene Sache mit den Söldnern überhaupt. Die größten Patrioten sind ohne Sold wütend laue Kameraden. Wir sind keine unbedingten Verehrer fremden Militärdienstes; aber wahrhaft *königlich* freut es uns zuweilen, wenn wir sehen, wie diese Schweizer, auf denen jeder mutwillige Schülerjunge und Tintenheld herumreitet, im Auslande sich tapfer schlagen. So habens die Päpstlichen in Vicenza¹⁹⁵, und so habens die Schweizer in Neapel getan. Wer sich aber brav schlägt und der Pflicht, sei es auch eine traurige, treu bleibt, der schändet den Schweizernamen nicht. Wir kennen dieses Ding aus anderer Anschauung besser. Diese Schweizer sind ganze Bursche draußen, wenn's einmal ans Federlesen geht, und ob man sie auch bekleckse, sie halten auf Schweizerehre und Kapitulation. Viel leichte Ware mag unter ihnen sein, aber viele tragen eine schwere Last, sei es für geringen jugendlichen Leichtsinn, oder wegen unglücklicher Familienverhältnisse. Manch Braver ist unter ihnen, der seine Heimat innig lieb hat, und rangierter oder ebenso rangiert heimkehrt, als er ausgezogen ist. Sind sie aber beisammen draußen, diese Schweizer und läßt man die Burschen los, so denken sie nur daran, daß sie *Schweizer* sind, und wehe dem, der auf offenem Felde oder, wie die feigen Neapolitaner, hinter Matratzen und durch Mauerlöcher ihre Tapferkeit auf die Probe stellt. Die Bursche sind halbe *Gottseibeius*, und fegen sie einmal, so fegen sie recht. Damit dienen sie wenigstens insofern mittelbar dem Vaterland, als das Ausland inne wird, daß weder die Schweizer drinnen noch die draußen Kameraden sind, die sich am Barte zupfen lassen, oder die, wie jüngsthin die Berliner, mit dem Kolben *nach hinten* verwunden. Wir wiederholen es, wir kennen das Gute und Schlimme ausländischen Dienstes, aber jederzeit empört

¹⁹⁴ Erzähler, 1848 – Juni – 2., Nr. 44, p. 238.

¹⁹⁵ Hier fochten sie 1848 für die Sache Sardiniens gegen Radetzky.

es uns, wenn federfuchsende Schweizer, die kein Pulver gerochen haben, sich über ihre Mitlandleute im fremden Dienst *ohne Grund* hermachen¹⁹⁶.» Außer der am 7. Juni erlassenen Erklärung der vier Regimentschefs zuhanden der kapitulierten Kantone und deren Regierungen, sowie weiteren Berichten und Protesten Mörkoffers trug auch die bei Vicenza¹⁹⁷ im Kampf gegen Oesterreich ehrenvoll erlittene Niederlage der päpstlichen Fremdenregimenter dazu bei, das Selbstbewußtsein der gemäßigten Presse wieder zu heben¹⁹⁸. Sogar der Tessiner Republikaner, der bei der Kunde von den Ereignissen in Neapel seinen «Fluch ausgesprochen über jene entarteten Söhne des Vaterlandes, welche einen verworfenen Vertrag noch durch Plünderung und Mord besudelten¹⁹⁹», protestierte gegen die in Italien erhobenen Beschuldigungen gegenüber der ganzen Schweiz wegen der vorgefallenen Ausschreitungen²⁰⁰.

Die Besiegung der Bürgerwehr der drittgrößten Stadt Italiens durch fremde Söldlinge bedeute – so wurde etwa argumentiert – für das italienische Nationalgefühl eine solche Schlappe, daß die Aufbauschung des stattgefundenen Barrikadenkampfs zum Vernichtungskrieg des Despotismus gegen den freien Bürgerwillen zwar nicht begründet, aber doch verständlich sei²⁰¹. Allein, die Presse der Auslandspartei gab die so nützliche Interpretation nicht leichten Kaufes preis. Sie diente dazu, den Neutralitätsbeschluß der Tagsatzung umso schärfer zu brandmarken. «Völker, die frei werden wollen, müssen es durch sich selber werden, sonst sind sie der Freiheit nicht wert oder

¹⁹⁶ Erzähler, 1848 – Juni – 9., Nr. 46, p. 2. – Der schweizerische Konsul bestreitet in der Depesche vom 28. Mai 1848 jeglichen Wahrheitsgehalt der Verleumdungen, die sich über die Regimenter ergossen (im Wortlaut abgedruckt).

¹⁹⁷ v. Ann. 195.

¹⁹⁸ Hatte doch dieses Ereignis auch in Italien einen tiefen Eindruck hinterlassen. Vgl. Tagsatzungsprotokoll 1848, Bd. 135, September – 4.: Bericht der außerordentlichen Abgeordneten der schweizerischen Eidgenossenschaft zur Untersuchung der Vorfälle vom 15. Mai 1848 in Neapel an den h. Vorort vom 30. Juli 1848. – Vgl. auch Bundesarchiv Mil.Kap. 2173a, die Dankadresse des Gemeinderates von Forlì «den wackern Offizieren und Soldaten sowohl der Linie, als der Artillerie aus den Schweizerischen Regimentern, im Dienste des heil. Stuhles, welche zu Vicenza am 10. Juni 1848 gekämpft haben», vom 25. Juni 1848.

«... Möge auf Euch liebe Freunde, die Segnung des Himmels herabkommen, der sich der neubeginnenden Brüderschaft der Völker und des Herannahens seines Reiches auf Erden freut, und mit dem ewigen Friedensschlusse unter die Glorie der Tapfern, welche für die Gerechtigkeit starben, die Seelen der Euren aufnahm, welche zu Vicenza ihre edlen Hüllen im Gefechte mit den wilden Deutschen ließen.

... und möge sich einmal und auf immer unter allen freien oder nach Freiheit strebenden Nationen eine heilige Allianz des Rechtes gegen die brutale Gewalt schließen...»

¹⁹⁹ NZZ, 1848 – Juni – 18., Nr. 170, p. 769 f. Übersetzung «Der tessinische Republikaner an die Italiener».

²⁰⁰ op. cit.

²⁰¹ ZFZ, 1848 – Juni – 2., Nr. 22.

wissen sie nicht zu erhalten», entgegnete der «Erzähler»²⁰² dem «Nouvelliste Vaudoise», der die Tagsatzungsmehrheit «die Partei des Egoismus und der Feigheit in den höheren Regionen der Eidgenossenschaft, die Koalition der Sophisten, der Genußliebhaber, der Kramladenspekulanten und der österreichischen Lehenträger» genannt²⁰³, und verneinte die Behauptung der «Revue de Genève», die Tagsatzung habe die Niederlage der italienischen Einigungsbewegung auf dem Gewissen²⁰⁴. Hie und da nisteten sich aber ungefärbte Berichte auch in linksradikale Blätter ein²⁰⁵. Im ganzen jedoch richtete sich ihre Polemik abwechselnd gegen die Tagsatzung und ihren Neutralitätsbeschluß²⁰⁶, gegen das für die Beteiligung an Volksbedrückungen lohnspendende Söldnerwesen²⁰⁷ und gegen die antinationale Gesinnung des schweizerischen Offizierskorps in Neapel²⁰⁸. Den Hintergrund bildete nach wie vor der Versuch, das Ereignis als ein Glied in der großen Kette der reaktionären europäischen Verschwörungen hinzustellen²⁰⁹, sowie die Behauptung, daß nicht etwa derjenige, welcher die im Ausland auftretende Freiheit als verwandt empfinde, sondern die, welche «willig zur Unterdrückung der Freiheit, dieser in den Alpen der Schweiz erstandenen Himmelstochter, Hand bieten²¹⁰», als auslandshörig anzusehen seien.

Mit seinem Werbverbot blieb dennoch der Kanton Bern vorläufig allein²¹¹. Im Verlauf der folgenden Monate erwuchsen ihm daraus insofern Nachteile, als viele Dienstfreudige ihre sonst im Zeughaus deponierten Effekten veräußerten, um sich in andern Kantonen den Werbern zu stellen²¹². Dagegen unternahm der Vorort Schritte bei den italienischen Behörden, die die Sicherung der Rekrutentransporte gegen wiederholte Überfälle und Bedrohungen bezweckten. Die Öffentlichkeit wie die Tagsatzung war froh, daß die ersten Berichte sich als falsch erwiesen hatten²¹³. Diesen Tatsachen gegenüber nah-

²⁰² 1848 – August – 15., Nr. 65, p. 338.

²⁰³ op. cit.

²⁰⁴ op. cit.

²⁰⁵ BZ, 1848 – Juli – 18., Nr. 171, p. 707, Korr. aus Neapel vom 8. Juli.

²⁰⁶ BZ, 1848 – Juni – 6., Nr. 135, p. 557: Korrespondenz aus Freiburg.

²⁰⁷ BZ, 1848 – Juli – 7., Nr. 162, p. 668. Dazu Hervorhebung des Lohnes der für Unabhängigkeit und Freiheit eines Volkes Kämpfenden: Dank der Nation und Erhebung ins Bürgerrecht (vgl. Dankadresse des Gemeinderates von Forlì, Anm. 198).

²⁰⁸ BZ, 1848 – Juni – 6., Nr. 135, p. 555.

²⁰⁹ BZ, 1848 – Oktober – 3., Nr. 237, p. 971.

²¹⁰ BZ, 1848 – Juli – 7., Nr. 162, p. 668. – BZ, 1848 – Juni – 10., Nr. 139, p. 573: Antwort J. Eytel an Ochsenbein.

²¹¹ 5. Juni 1848.

²¹² Maag, op. cit. p. 137.

²¹³ Tagsatzungsprot., Bd. 135, 1848, September – 4.

men sich die Nörgeleien der Gesandten Freiburgs, Tessins, Waadts, Genfs, Basellands und Neuenburgs über den offiziell rehabilitierenden Bericht umso gekünstelter aus ²¹⁴. Vielerorts herrschte Genugtuung, daß der so günstige Untersuchungsbericht von einer Kommission stammte, die alles andere als solddienstfreundlich eingestellt gewesen war. Die Erinnerung an die Ausschreitungen der eidgenössischen Truppen im Sonderbundsfeldzug mochte zu deutlich wach gelieben sein, als daß man die musterhafte Disziplin der neapolitanischen Schweizer Soldaten in ungleich schwierigeren Verhältnissen nicht hätte bewundern müssen.

4. Der Presse- und Petitionensturm von 1849 und seine Auswirkungen

Mit dem Feldzug des Herbstes 1848 in Sizilien, an dem die Schweizertruppen ebenfalls beteiligt waren, lebten die Verunglimpfungen wieder stärker auf. Bereits erschien der Vorbote der im Februar 1849 losbrechenden Petitionslawine gegen den kapitulierten Dienst in Form einer vom patriotischen Verein Neuenburg an den Nationalrat gerichteten Bittschrift, welche laut der «Berner Zeitung» mit den Ereignissen in Messina ²¹⁵ in unmittelbarem Zusammenhang stand ²¹⁶. Dann verebten die Wellen wieder für ungefähr zwei Monate, in denen das öffentliche Interesse sich hauptsächlich sozialen Fragen des eigenen Landes zuwandte, unter anderem auch der Auswanderung ²¹⁷. Anfangs Februar jedoch stellte sich eine erhebliche Regsamkeit gegen die Militärkapitulation mit Neapel in den linksradikalen Zeitungen ein. Sie stammte wiederum aus Italien, wo die Stimmung gegen die Schweiz sich außerordentlich verschlechterte, als die bisher in päpstlichen Diensten gestandenen Schweizertruppen die Anerkennung der usurpatorischen römischen Republik verweigerten, und die Presse heftige Angriffe gegen die angeblich harte Flüchtlingspolitik

²¹⁴ Tagsatzungsprotokoll, Bd. 135, 1848, September – 4.

Maag, op. cit., p. 145.

²¹⁵ vgl. Maag, op. cit., p. 146–223.

²¹⁶ BZ, 1848 – Oktober – 14., Nr. 247, p. 1010.

²¹⁷ BZ, 1848 – Dezember – 19., Nr. 303, p. 1237. Christlicher Volksbote aus Basel, 1849 – Februar – 21., Nr. 8, p. 58: «Klagen aus dem Kanton Bern». – Dezem-ber – 31., Nr. 314, p. 1281.

BZ, 1849 – Januar – 1., Nr. 1, p. 1 – Februar – 8., Nr. 39, p. 1.

NZZ, 1849 – Januar – 28., Nr. 28, p. 111.

des Bundes im Kanton Tessin und die neuerdings steigenden Rekrutentransporte nach Neapel richtete²¹⁸. Die Berner Zeitung veröffentlichte einen flammenden Aufruf an ihre Leser, durch «einen allgemeinen und massenhaften Petitionssturm auf die Bundesversammlung die sofortige Aufhebung der Militärkapitulationen und die schleunige Zurückberufung der Blutsöldner» zu erwirken²¹⁹.

Die jetzt und in den folgenden Monaten von der Opposition gegen die fremden Dienste geäußerten Argumente unterschieden sich inhaltlich von denen des Vorjahres kaum. Sie bestanden allgemein aus dem Vorwurf, daß die neapolitanischen Kapitulationen mit den Grundlagen eines liberalen Staates, d. h. mit der Moral, der Sittlichkeit und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker unvereinbar seien²²⁰; im besondern aber erlaube die Würde und Ehre der Schweiz nicht, daß Verträge weiterbeständen, durch die eine Anzahl Schweizer zur Ermordung befreundeter Menschen privilegiert würden²²¹. Die Schweizerregimenter seien verantwortlich für das Fernbleiben Neapels vom Kampf für die italienische Einigung²²², für den schlechten Ruf der Schweiz bei Völkern und Fürsten²²³, für die Stärkung Österreichs, für dessen italienische Siege und für die sich daraus ableitende Bedrohung des eigenen Vaterlandes²²⁴. Das Kapitulationswesen sei zur Ursache außenpolitischer Verwicklungen der Eidgenossenschaft geworden²²⁵ und bedrohe das Schicksal Tausender von Auslandsschweizern, die als Söldner oder als Berufstätige in Italien

²¹⁸ Maag, op. cit., p. 239.

²¹⁹ 1849 – Februar – 14., Nr. 45, p. 1.

²²⁰ BZ, 1849 – März – 27., Nr. 86, p. 1.

²²¹ BZ, 1849 – Februar – 14., Nr. 45, p. 1.

op. cit., Februar – 17., Nr. 48, p. 1.

op. cit., März – 10., Nr. 69, p. 1.

op. cit., März – 17., Nr. 76, p. 1: Übersetzung der Genfer Petition an die Bundesversammlung.

²²² BZ, 1849 – Februar – 17., Nr. 48, p. 1.

op. cit., März – 4., Nr. 63, p. 1.

²²³ BZ, 1849 – März – 27., Nr. 86, p. 1.

²²⁴ Aus der Petition des Volksvereins von Konolfingen vom 4. März 1849; BA, Fr.Mildienst, verschiedene Staaten, A III 10: «4. Die Könige und Fürsten sind die ärgsten Feinde der Schweiz. Warum sie denn noch durch Schweizerschützen und ihre Throne befestigen, damit, wenn sie in ihrem Lande genug geschlachtet, sie dann noch die Schweiz verspeisen können?»

BZ, 1849 – März – 4., Nr. 63, p. 1: «Wir meinen, wenn uns unsere eigenen Verhältnisse theuer sind, sollte man entschieden auf die Rückberufung der Truppen dringen...» National Zeitung (Zitat in der BZ, 1849 – März – 5., Nr. 64, p. 3): «Wenn alles rings um uns her stumm und still ist, wie im Grabe, dann werdet ihr die Schwingen des österreichischen Adlers rauschen hören über unsern Alpen; er wird uns seine Krallen zeigen und niederstürzen auf die Lämmer unsers Gebirgs. Dann wird sich's zeigen, ob die Schweiz allein zu stehen vermag im Kampfe mit der Despotie, oder ob sie die Früchte des Freistaaten-Egoismus ärndtet.»

²²⁵ St. Gallerbote (Zitat in der Berner Zeitung, 1849 – März – 27., Nr. 86, p. 1).

lebten²²⁶. Da Verträge gegen die Menschenrechte an sich null und nichtig seien, da außerdem der Staat nur die Werbetätigkeit, nicht aber die Korps selbst garantiert habe, stehe einer Aufhebung der Kapitulationen und einer sofortigen Rückberufung der «organisierten Mordbrennerbande»²²⁷ nichts mehr im Wege²²⁸.

Wie zur Zeit der Helvetik verbarg sich hinter den scharfen Angriffen eine die Grenzen der Vernunft, der geschichtlichen Entwicklung und der politischen Gegebenheiten überbordende Begeisterung, die, beseelt von einem emphatischen Solidaritätsgefühl, ihre Träger in allen Menschen, die gegen die Fürsten eingenommen waren, den Bruder umarmen hieß. Eine Welle von Diesseitsfreudigkeit, Erdenliebe und Zukunftshoffnung²²⁹ durchflutete einen Teil der Schweizerherzen und bestimmte ihr Tun und Denken durch den Glauben an die alle Unbill heilende, alle Fragen lösende republikanische Staatsform²³⁰. Was sollten gegenüber den heiligen Rechten der Menschen Bundesverfassung, Kompetenzfragen, Nützlichkeitsabwägungen und tatsächliche Erreichbarkeiten für ein Gewicht haben²³¹? Die Grundlagen eines wahren Freistaates waren doch ideeller Art – ihnen gegenüber mußten alle menschlichen und staatlichen Vereinbarungen, alle Ordnungsprinzipien und gar das so fragwürdige der Neutralität weichen²³². Neapel war der Prüfstein, an dem sich die Schafe von den Böcken scheiden mußten.

Vergleicht man die verschiedenen schriftlichen Äußerungen miteinander, so lassen schon gewisse stereotype Wendungen erkennen, daß ihre Verfasser unter einem gemeinsamen Bann standen und die ganze Aktion systematisch gelenkt wurde. Der bereits im Artikel des tessinischen Republikaners vom Juni 1848²³³ verwendete Ausdruck «die Schamröte stieg uns ins Gesicht» tauchte in der neuen-

²²⁶ BZ, 1849 – Februar – 17., Nr. 48, p. 1 und viele Petitionen. – Vgl. dazu: Steiger, R.: Die Schweizerregimenter in k.-n. Diensten in den Jahren 1848 und 1849. Bern, 1851, p. 320–335.

²²⁷ BZ, 1849 – Mai – 23., Nr. 143, p. 3: Zitat aus der Zuschrift eines angesehenen Schweizerhandelshauses in Neapel.

²²⁸ BZ, 1849 – März – 9., Nr. 68.

op. cit., März – 18., Nr. 77, p. 1.

St. Gallerbote, v. Anm. 225.

²²⁹ Vorstellung der Volksvereinssektion von Aarberg vom 16. Mai 1849.

²³⁰ vgl. dazu NZZ, 1849 – April – 25., Nr. 155, p. 503. Nachruf auf alt Oberrichter Hanhart aus Pfäffikon: «... Gleichheit aller vor dem Gesetze, Trennung der Gewalten, Hebung der Volksschule waren Dinge, in welchen der Hingeschiedene... *das Heil kommender Zeiten* erblickte...»

²³¹ BZ, 1849 – Februar – 17., Nr. 48, p. 1. Petition der Volksvereinssektion von Konolfingen vom 4. März 1849.

BZ, 1849 – Februar – 21., Nr. 51, p. 1.

²³² BZ, 1849 – März – 20., Nr. 79, p. 1.

²³³ NZZ, 1848 – Juni – 18., Nr. 170, p. 769 f.

burgischen Oktoberpetition²³⁴ und in vielen späteren Petitionen bis nach Basel hinunter wieder auf²³⁵. Ein weiteres gemeinsames Wort bildete der Ausdruck von der «Stütze der Despotien», von den «heiligen, unveräußerlichen Rechten der Völker», vom «befleckten Schweizernamen», vom «schändlichen Menschenverkauf» und «vom fluchwürdigen Denkmal einer finstern Zeit». Es war die Sprache, welche seit der Französischen Revolution in schematischer Selbstbeschränkung die Oppositionspresse zu beherrschen begonnen hatte und von den Organen der französisch sprechenden Linksradikalen und neuerdings auch von denen der Deutschschweiz übernommen wurde. Inwiefern gewisse Variationen festzustellen sind, wird später gezeigt²³⁶. – Ein weiteres gemeinsames Element bildete der beigesellte Weckruf zur höchsten Wachsamkeit und zu raschem Handeln, so lange es noch Tag sei²³⁷.

Weiter trat die Bemühung hervor, die Diskrepanz zwischen der Haltung des zögernden Bundesrates²³⁸ und der Auffassung des Schweizervolkes in der Absicht zu betonen, jenen durch den Druck der öffentlichen Meinung zur Kapitulationskündigung zu zwingen²³⁹. Diesem Zwecke dienten auch die Vorschläge, wie einem Haupteinwand, der Entschädigungsfrage, durch eine nationale Einkommens- und Vermögenssteuer und durch einen Millionenbeitrag der schweizerischen Handelshäuser in Italien begegnet werden könnte²⁴⁰, sowie lange Beweisführungen, daß nicht die Eidgenossenschaft, sondern auf jeden Fall Neapel für die Pensionen und Retraitegehälter aufkommen mußte²⁴¹.

²³⁴ Bundesarchiv, Justizdepartement, Schutz der Bundesverfassung, Militärkapitulationen, Aufhebung, Bezügliche Petitionen.

²³⁵ v. Anm. 234.

Petition von Genf, ohne Datum.

Dito von Baselstadt, 1849 – April – 17.

Dito von Yverdon, 1849 – März – 26.

Dito von Allschwyl, 1849 – Februar.

Dito von Fraubrunnen, 1849 – April – 15.

²³⁶ v. p. 108 ff.

²³⁷ Vorstellung des Volksvereins des Amtsbezirks Fraubrunnen vom 15. April 1849.

BZ, 1849 – Februar – 14., Nr. 45, p. 1.

²³⁸ v. p. 116.

²³⁹ BZ, 1849 – Februar – 14., Nr. 45, p. 1.

op. cit., Februar – 17., Nr. 48, p. 1.

Revue de Genève (Zitat in der BZ, 1848 – Februar – 23., Nr. 51, p. 1).

BZ, 1849 – Februar – 26., Nr. 57, p. 3.

Revue de Genève (Zitat in der BZ, 1849 – März – 3., Nr. 62, p. 1).

BZ, 1849 – März – 3., Nr. 62, p. 2.

²⁴⁰ BZ, 1849 – Februar – 17., Nr. 48, p. 1.

²⁴¹ Genfer Großratsbeschluß v. 28. März 1849. – Stockmar Bern. Gr. Rat 1. 6. 1849.

Landschaftlich gesehen war die Opposition am stärksten in der Westschweiz zu Hause²⁴², wo Genf mit Fazy und der «Revue de Genève» das eine, Bern²⁴³ mit Niggeler und Stämpfli in der «Berner Zeitung» das andere Zentrum bildeten. Außer im Tessin und in Basel-land, denen sich vereinzelt Freiburg und Baselstadt, energischer Neuenburg und die Waadt zugestellten, erweckten die extremen Forderungen der mehr oder weniger künstlich erzeugten Bewegung keinen entsprechenden Widerhall²⁴⁴. Je nach sozialer Stellung oder landschaftlicher Herkunft der Petenten wiesen die Bittschriften im Tonfall und in der Begründung einige Besonderheiten auf. Polternd und massiv lautete diejenige des Volksvereins von Konolfingen²⁴⁵: «Der wahre, für Ehre und Nationalgefühl empfindliche Republikaner spricht:

1. Der König von Neapel ist ein Tyrann und will mit Schweizerblut sein nach Freiheit ringendes Volk aufs neue knechten.
2. Die Schweiz hatte von ihrem Ursprunge an bis in die jüngste Zeit gegen gleiche Despoten zu kämpfen, wie jetzt die italienische Nation kämpft und gleichwohl sollte sie diese Tyrannen unterstützen?
3. Die Schweizernation hat durch den Sonderbunds- und Jesuitenkrieg eine neue Periode in der Völkergeschichte begonnen; sie hat den Anfang zu allen Völkererhebungen gegeben. Und wer hat diesen Krieg in der Schweiz angesponnen? Niemand als die fremden Fürsten und die Pfaffen! Und jetzt sollten wir ihnen noch dafür Hilfe leisten zur Unterdrückung desjenigen, was wir errungen haben? Das darf nicht sein!
4. ²⁴⁶.
5. Die Kapitulationen sind von den alten Patrizier-Regierungen geschlossen worden; die Patrizier und Aristokraten machen aber gleiche Sache mit Königen und Fürsten . . .» usw.

Im Gegensatz dazu nahm die Petition aus Freiburg ein beachtenswert hohes Niveau ein²⁴⁷. Sie trug im Namen von mehr als tausend Mitgliedern der «Association patriotique» die Unterschrift Dr. Busards, der am 30. Mai 1848 der Motion Genf auf Beendigung der Kapi-

²⁴² Petitionen von Genf, Chavornay, Yverdon, Le Locle, Avenches, Murten, Neuenburg, Waadt, Freiburg.

²⁴³ Petitionen von Thun, Bern, Burgdorf, Konolfingen, Aarberg, Fraubrunnen, Laupen.

²⁴⁴ Glarus: 14 Unterschriften. – Luzern: 22. – Zürich: 39. – Träger: Patriotische und Volksvereine, Grütliverein. Vgl. dazu einige Petitionen aus dem Ausland: Schweizer in Straßburg, Algier, Venedig.

²⁴⁵ v. Anm. 234.

²⁴⁶ v. Anm. 224.

²⁴⁷ v. Anm. 234.

tulationen und Rückrufung der Regimenter unter Ratifikationsvorbehalt zugestimmt hatte²⁴⁸. Dieser freiburgische Professor der Rechte hatte 1830 als Mitglied der konstituierenden Versammlung von Freiburg und als Tagsatzungsgesandter von 1832–1836 und von 1848 die freisinnige Richtung seiner Heimatstadt vertreten²⁴⁹. Schon in seinem Votum zum Genfer Antrag²⁵⁰ war der Grundgedanke der spätern Petition zum Ausdruck gekommen: «Nous vivons dans une époque telle que, si l'on veut réellement la paix, il faut se préparer à la guerre...» Sorgfältig hatte er jeden Angriff auf die individuellen Träger der mißbilligten Institution vermieden und gegenüber den Vorwürfen der Plünderung das Abwarten präziserer Nachrichten empfohlen. Auch die Argumentation der Bittschrift erhob sich über das Tagesgeschrei, im folgenden Kernsatz gleich zwei Grundgedanken des Liberalismus seit Rousseau und den helvetischen Tagen äußernd: «Il faut tout faire pour éviter ce malheur et ne pas exposer à un massacre général des hommes dont le sang ne doit être versé que pour la patrie Suisse²⁵¹.» – Einer ähnlich sorgfältigen Redaktion fügte sich auch die Eingabe vierzig venezianischer Schweizer: «Ce n'est point non plus pour jeter un blâme sur la conduite des régimens capitulés, car nous sommes fiers d'avoir pour frères des hommes, qui même au prix de leur sang, et au risque d'être calomniés et vilipendiés, remplissent fidèlement leur devoir, tout pénible qu'il puisse être, et préfèrent la mort plutôt que de manquer au serment prêté et à la discipline militaire²⁵².» Gemeinsam mit derjenigen von über dreißig Schweizern unterzeichneten aus Straßburg²⁵³ betonte sie vor allem die auf dem Spiel stehenden Lebens- und Handelsinteressen der Italienschweizer. – Mehr mit dem Neutralitätsprinzip setzte sich die Petition der Volksvereinsektion des Amtsbezirks Laupen auseinander²⁵⁴: «Wenn die Schweiz in diesem Prinzipienkampfe, in diesem Kampf zwischen Recht und Unrecht, sich nicht beteiligen, wenn sie mit niedrigem Egoismus zusehen will, wie ein Volk, das auf die gleiche Stufe sich zu schwingen versucht, verblutet; wenn sie mit Verleugnung ihrer Nationalehre durch kurzsichtige Diplomatenpolitik geleitet, wähnt, es werde das Resultat dieses durch die Vernunft emporgeschwornen Kampfes, für sie ohne Folgen sein; wenn sie glaubt, es existiere ein

²⁴⁸ Tagsatzungsprotokoll, Bd. 132, 1848 – Mai – 30.

²⁴⁹ Hist.biogr. Lex. II, 460, Sp. 2.

²⁵⁰ GL, 1848 – Juni – 2., Nr. 44.

²⁵¹ Humanisierend/etastistische Umprägungen; vgl. p. 15, Anm. 16.

²⁵² v. Anm. 234. Mitunterzeichner dieser Petition war auch Hptm. Debrunner, Kdt. der schweizerisch-venetianischen Freikompanie.

²⁵³ v. Anm. 234.

²⁵⁴ v. Anm. 234.

Volk bloß für sich und nicht mit einer Totalität; so fordert dann auch das Gerechtigkeitsgefühl, daß man dieses Neutralitäts- oder Sterilitätsprinzip konsequent durchführe; d. h. daß man sich weder für die Sache des Volkes noch für diejenige der Monarchen betätige.» – Verschieden waren die Ansichten hinsichtlich eidgenössischer Garantie der aus einem einseitigen Vertragsbruch zu erwartenden finanziellen Schädigung der neapolitanischen Schweizertruppen. Während es den welschen Petenten unverständlich erschien, daß man gegenüber einer so bedeutenden Angelegenheit ökonomische Erwägungen überhaupt anstellte ²⁵⁵, stritt die Volksvereinssektion Bern ²⁵⁶ eine Entschädigungsverpflichtung kategorisch ab. Sollte, so wurde jedoch weiter ausgeführt, die Lösung nur am Geldopfer zu scheitern drohen, so könnte man mit sich reden lassen. Während Jakob Neuenschwander in Konolfingen ²⁵⁷ die sofortige Aufhebung verlangte, «koste es, was es wolle», pflichtete Johannes Schüpbach, Negotiant in Großhöchstetten, «ebenfalls mit Freuden bei, ohne aber solche zu entschädigen ²⁵⁸». Allein stand die Sektion Aarwangen mit dem Vorschlag, zwecks Vermeidung von Unkosten wenigstens die Werbungen gänzlich zu verbieten ²⁵⁹. – Den Hauptharst der Petenten stellten allerorts die Handwerker und Gewerbetreibenden aus Dörfern und Städten, die in manchen Fällen gar nicht den Kern der einheimischen Bevölkerung repräsentierten. So waren von 22 Unterschreibenden der Grütli-sektionspetition von Luzern nur sechs Luzerner, die übrigen stammten aus westlich oder östlich gelegenen Kantonen. In Thun waren sogar sämtliche Unterzeichner auswärtiger Herkunft, in Le Locle unterschrieben fast nur Deutschschweizer. Auch die Freiburger Petition des Grütlivereins wies mit einer Ausnahme nur außerkantonale Namen auf, während die der Sektion Burgdorf dadurch auffiel, daß von dreiundzwanzig Unterschriften fünfzehn von Schneidern, Schustern oder Schreibern stammten. Die Leiter der Aktion waren meist Fürsprecher und Notare, hie und da auch ein Arzt oder Lehrer. Der Bieler Petition hatte sich auch C. Neuhaus, a. Schultheiß, angeschlossen ²⁶⁰.

²⁵⁵ Petition Genf, v. Anm. 234: «Les sacrifices ne peuvent se mesurer avec les intérêts d'un ordre supérieur qui dominent cette grave question.»

Vgl. auch Petition Basel (v. Anm. 234): «Das schweizerische Volk weiß, daß die unverzügliche Aufhebung der Militärkapitulationen ziemlich beträchtliche Kosten aufladen wird, allein es zaudert nicht, wenn es entweder Geld oder seine Ehre opfern muß.»

²⁵⁶ v. Anm. 238.

²⁵⁷ v. Anm. 238.

²⁵⁸ v. Anm. 238, Petition von Münsingen.

²⁵⁹ v. Anm. 238, dito.

²⁶⁰ v. Anm. 238.

Wie bereits erwähnt wurde, erweckte die Presse- und Petitions- polemik in den liberalen Kreisen der Schweiz kein günstiges Echo, sondern löste im Gegenteil einige bezeichnende Gegenangriffe aus. Dort, wo sie sich scharf ans eigentliche Thema hielten, begannen sie meist mit einer entschiedenen Verurteilung der fremden Dienste, die die Bundesverfassung der neuen Schweiz mit vollem Recht nicht ver- stattet habe ²⁶¹. Mit der gleichen Festigkeit folgte sodann der Hinweis, daß in bezug auf noch bestehende Verträge dieser Art Tagsatzung und Revisionskommission die volle Souveränität den betreffenden Kantonen überlassen habe, im Bewußtsein, daß der Zeitpunkt der Auflösung ohnehin nahegerückt sei ²⁶².

Hierauf wurde bestritten, daß die neapolitanischen Kapitulationen eine Existenzfrage des nationalen Italien ²⁶³ oder gar der neuen Schweiz seien ²⁶⁴, da Italien, auch wenn eine Entfernung der sechs- tausend Söldner wider Erwarten möglich wäre, nun einmal so un- glücklich sei, stets im falschen Augenblick und mit unzweckmäßigen Mitteln seine Ziele gewaltsam zu verfolgen ²⁶⁵. Außerdem sei heute klar ersichtlich, daß die grundlegende Entscheidung über Erfolg oder Nichterfolg der europäischen Reaktion von ganz andern Mäch- ten abhänge, als von einem kleinen italienischen Fürsten; denn die europäische Situation habe sich seit 1848 grundsätzlich gewandelt ²⁶⁶. Ein so fragwürdiges Resultat aber schließe den großen Aufwand, der gerechterweise der Schweiz zur Bestreitung der Pensionen aufge- bürdet werden müßte, aus ²⁶⁷. — Schließlich wurde noch darauf hin- gewiesen, daß die kapitulierten Kantone die Sache selbst an die Hand nehmen müßten ²⁶⁸, denn es könnte den übrigen Ständen nicht zuge- mutet werden, die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen einer Poli- tik zu tragen, die von ihnen schon längst aufgegeben worden sei ²⁶⁹.

Unter den vielen ablehnenden Stimmen wog die der «Neuen Zür- cher Zeitung» um so mehr, als ihr Redaktor zu den begeisterten Frei- sinnigen gehörte, dessen Vater als überzeugter Republikaner nach der italienischen Restauration in die Schweiz umgesiedelt war. Besonders befreundet mit Ludwig Snell schien ihm mit der Februarrevolution

²⁶¹ NZZ, 1849 – Februar – 13., Nr. 44, p. 1 f.

²⁶² NZZ, 1849 – Februar – 13., Nr. 44, p. 1 f.

NZZ, 1849 – März – 5., Nr. 64, p. 271.

²⁶³ NZZ, 1849 – Februar – 17., Nr. 48, p. 1 f.

²⁶⁴ NZZ, 1849 – Februar – 17., Nr. 48, p. 1 f.

²⁶⁵ NZZ, 1849 – Februar – 23., Nr. 54, p. 1 f.

²⁶⁶ NZZ, 1849 – Februar – 17., Nr. 48, p. 1 f.

²⁶⁷ NZZ, 1849 – Februar – 17., Nr. 48, p. 1 f.

NZZ, 1823 – Februar – 23., Nr. 54, p. 1 f.

²⁶⁸ NZZ, 1849 – Februar – 13., Nr. 44, p. 1 f.

²⁶⁹ NZZ, 1849 – März – 12., Nr. 71, p. 291, betr. Stimmung in Zürich.

eine neue Ära in Europa anzubrechen ²⁷⁰. Während er seine Hoffnungen für Deutschland bald begrub, hielt er diejenigen für Italien, das ihm besonders am Herzen lag, bis zur ersten Niederlage Karl Alberts aufrecht. In bezug auf die Militärkapitulationen wußte er seine Wünsche dem unterzuordnen, was er dem Wohl der Schweiz angemessen hielt, da er kein praktisch ausführbares Mittel fand, um eine erfolgreiche und jedermann zuträgliche Lösung herbeizuführen. In einem Brief an Snell spricht sich jene Ernüchterung aus, welche nach dem italienischen Mißerfolg und der französischen Zurückhaltung vom aktiven Befreiungskrieg viele Freisinnige in der Schweiz ergriffen hatte: «... es ist eine völlige Täuschung, wenn man in dem weitaus größern Teile der Schweiz irgendwelche Lust zur Teilnahme an den europäischen Verwickelungen wahrzunehmen glaubt. Was Sie mir schrieben, ist nur zu wahr. Frankreichs Egoismus hat die meisten andern Völker angesteckt; nie war die Teilnahme an dem Schicksal anderer Völker abgestumpfter, nie herrschte eine so allgemeine Gleichgültigkeit...» ²⁷¹

Abgelöst vom eigentlichen Thema kam aber der damals obwaltenden Diskussion auch eine besondere innenpolitische Bedeutung zu. Das Rechthabertum der welschen Linksradiكالen fiel in den großen Wirtschaftskreisen umso unangenehmer auf, als jene im gleichen Augenblick einen wichtigen Beitrag zum Gesamtwohl der schweizerischen Wirtschaft verweigert hatten ²⁷². Der linksradikale, idealistische Überschwang versteifte die Haltung der Besonnenen, die in realistischer Einschätzung der schweizerischen Kraft das Erreichbare zum Ziel ihrer Politik erkoren ²⁷³. Parteipolitisch gesehen stärkte sie den liberalen Flügel der Radikalen, was in dem vom Februar 1849 datierenden Gegensatz zwischen der «Neuen Zürcher Zeitung» und der «Berner Zeitung» zum Ausdruck kam ²⁷⁴.

Nun wäre es allerdings eine große Täuschung, anzunehmen, der Solddienst hätte in diesen Jahren nicht weiter an Boden verloren oder sich gar neue Sympathien erworben. Selbst die Anerkennung selbstverständlicher Pflichterfüllung stand auf schwächern Füßen als je

²⁷⁰ NZZ, Nr. 103, Beilage: Nachruf auf Redaktor Daverio.

²⁷¹ v. Anm. 270.

²⁷² NZZ, 1849 – Mai – 28., Nr. 148.

²⁷³ NZZ, 1849 – März – 22., Nr. 81, p. 347: «Jeder halb verständige Schweizer wird einsehen, wohin diese tollen Menschen (Fazy usw.), wenn sie Meister wären, die Schweiz führen würden.»

²⁷⁴ Gautschy, Heiner: Die Schweizer Presse um die Mitte des 19. Jahrhunderts – Ihre Reaktion auf den Staatsstreich Louis Napoleon Bonapartes. Basel 1949, p. 48.

BZ, 1849 – Februar – 21., Nr. 52, p. 1: Die Sprache der NZZ habe die BZ «im Innersten der Seele verwundet».

zuvor. «Wenn Schweizer dem brausenden Sturm des todesmutigen Pariservolkes kühn die Stirne boten, so gebot die Bewunderung andern Gefühlen Stillschweigen; wenn aber die schweizerische Tapferkeit zur Unterstützung kleiner Tyrannen und pfäffischer Ungeheuer gegen ein kriegsungeohntes, schlecht bewaffnetes, schlecht geführtes Volk verwendet wird, so vermag die Bewunderung nicht durchzudringen durch die vielen widerlichen Empfindungen, welche bei solchem Anblick sich regen», schrieb selbst die gemäßigte «Neue Zürcher Zeitung»²⁷⁵. Zudem schienen die innern Verhältnisse der Regimenter der zeitgenössischen Auffassung eines menschenwürdigen Lebens und Daseins immer weniger zu entsprechen. Am 24. Februar befaßte sich der Leitartikel der «Neuen Zürcher Zeitung» mit einem Aufsatz des Oberarztes des ersten Schweizerregimentes, der in einer eingehenden Schilderung das traurige und hoffnungslose Schicksal des neapolitanischen Söldners zeichnete²⁷⁶. Die von Presse und Behörden²⁷⁷ schon seit längerer Zeit beachteten Selbstmorde bei den Truppen schrieb er den schlimmen Verhältnissen zu, indem er sie als Folge der Furcht (vor Strafen), der Trunksucht, des Klimas, der Liederlichkeit, der Ausschweifung, der Schulden, des Mangels an Spiel und Belustigung, an gutem Rat und moralischer Selbstaufheiterung, Erziehung und religiösen Grundsätzen bezeichnete. Die Vernachlässigung der Soldaten seitens der Offiziere sei erschreckend. In bezug auf den Zustand ihrer Seele und ihres Gemütes würden jene vollständig sich selbst überlassen. «So leuchtet ihnen die Religion so ferne zu, wie die Sonne den am Nordpol verdummtten und verkrümmten Eskimos... Wir wissen daher, daß in dieser Selbstvernachlässigung, in der Aufgabe der moralischen Kraft und Stärke die Soldaten Selbstmorde und Meuchelmorde begehen, wenn selbst Natur, Luft, Himmel und Sterne sie freundlich begünstigen und erheitern. Da erfolgt Selbstmord aus Caprice. Es gibt Soldaten, die ohne Strafe, ohne Krankheit, ohne Schulden, ohne alle Spuren geistiger Störung auf ihrem Wachtposten bei der schönsten Mondes- und Sternenhelle, bei dem sanftesten Schlummer der Lüfte, ohne allen nähern Anlaß gewalttätig sich das Leben nehmen...»

Das Verhältnis der fremden Dienste zur schweizerischen Heeresreform hatte sich ebenfalls gründlich geändert. Im Sonderbundsfeldzug hatte sich die große Masse der siegreichen Truppen aus Miliz-

²⁷⁵ NZZ, 1849 – Februar – 13., Nr. 44, p. 1 f.

²⁷⁶ NZZ, 1849 – Februar – 21., Nr. 52, p. 1. Leitartikel: «Die Zustände der Schweizer Soldtruppen zu Neapel». Anführung von Stellen aus dem Aufsatz Herrn Dr. Staufers.

²⁷⁷ Staatsverwaltungsbericht des Regierungsrates von Bern 1845–1848: Bericht der Militärdirektion 1845, p. 350: Von 65 Todesfällen im Bernerregiment 4 Selbstmorde; 1846, p. 372: von 76 – 4; 1847, p. 408: von 58 – 1.

soldaten zusammengesetzt, wodurch das Ansehen des auswärtigen Heeresdienstes als Ausbildungskern der einheimischen Armee beträchtlich gesunken war. Das Gesetz des Handelns war an das Bürgerthum übergegangen, das in einer allgemeinen Volksbewaffnung, in einer soldatischen Grundschulung jedes Schweizers fern von Mechanismus und Spielerei die beste Gewähr erblickte, die schweizerische Unabhängigkeit gegen die stehenden Heere des Auslandes zu verteidigen.

Mit dem Artikel 11 der Bundesverfassung hatte die neue Schweiz die Unvereinbarkeit der Militärkapitulationen mit den Grundlagen des Bundesstaates ausgesprochen, ohne das Wagnis der Antastung der schon bestehenden Verträge, die sinngemäß hätte erfolgen sollen, doch verfassungsrechtlich sich kaum hätte verantworten lassen, einzugehen. Es war unvermeidlich, daß auch der Bund in das Fragengewirr, das den alten Abkommen entsproß, mitverwickelt wurde, obgleich die Art der eidgenössischen Intervention zur Frage berechtigt, ob die Bundesgewalt nicht besser getan hätte, sich auch der Folgen der Kapitulationen nicht anzunehmen, wenn ihr die Verfassung verbot, die Verhältnisse von Grund auf zu regeln. Jedenfalls war es eine undankbare Aufgabe, sich mit einer Angelegenheit zu beschäftigen, deren Behandlung eine Übereinstimmung von Gesinnung und Gesetzgebung verlangte, sollte sie nicht den Vorwurf der Zweideutigkeit oder Inkonssequenz nach sich ziehen. Die Ablehnung jeglicher Verantwortung hätte die kapitulierten Kantone wohl von selbst veranlaßt, frühzeitigere Aufhebungen zu erwirken; aber der Bundesrat zögerte, einen Weg einzuschlagen, der ihn unter Umständen dem Vorwurf, er nehme die Interessen der schweizerischen Kaufleute in Italien oder das Schicksal der Rekrutentransporte nicht wahr, ausgesetzt hätte. Ehrevoller hätten die fremden Dienste auch geendet, wenn eine bedeutende schweizerische Grenzbesetzung einen allgemeinen Rückberufungsbefehl notwendig gemacht hätte. Obschon der Bundesrat über die nationale Zuverlässigkeit der Neapolitaner Zweifel äußerte²⁷⁸, hätte er in einem solchen Fall den Vorwurf, für die Landesverteidigung nicht das Äußerste aufgewendet zu haben, wohl nicht provozieren wollen. Aber eine unmittelbare Bedrohung der Schweiz durch die Reaktion, von welcher der Linksradikalismus mehr träumte als wußte, ließ sich beim besten Willen nur konstruieren, nicht aber belegen, und insgeheim waren die Behörden froh, der Verantwortung für sechstausend ferne Arbeitskräfte vorläufig noch enthoben zu sein.

²⁷⁸ BBL, 1849, Beilage zu Nr. 2, Februar – 28.: Das polit. Departement der schweiz. Eidgen. an den Bundesrat, p. 8. Bundesrat Furrer.

Eine erste Einmischung erlaubte sich die neue Bundesbehörde am 27. Januar 1849 durch das Verbot, das Hauptwerbedepot von Genua nach Altdorf zu verlegen. Die Urner Regierung, welche mit dem Vertreter Neapels diese Vereinbarung getroffen, stritt dem Bundesrat das Recht ab, in einer so «untergeordneten und für die Eidgenossenschaft bedeutungslosen» Frage zu intervenieren. Die Angelegenheit habe mit einem durch den Artikel 8 dem Bunde vorbehaltenen Staatsvertrag nichts zu tun ²⁷⁹. Mit dem gleichen Datum hatte der Bundesrat alle mit Neapel im Vertrag stehenden Kantone auf die bedrohliche Stimmung im Tessin aufmerksam gemacht ²⁸⁰ und sie eingeladen, die Rekrutentransporte statt über den Gotthard, über den Splügen zu lenken, um dem Bund schärfere Maßregeln zu ersparen. Solche waren vom Bundesrat tatsächlich erwogen worden, aber der Chef des politischen Departementes, Bundesrat Jonas Furrer, der sie zu prüfen hatte, war einem förmlichen Verbot des Gotthardpasses als Marschroute der Angeworbenen nicht gewogen gewesen, da er darin eine Hemmung des freien Verkehrs, eine Verletzung der Bundesverfassung und eine unkluge Reizung Neapels erblickte, das im Augenblick vielfacher Entschädigungsbegehren seitens der Schweiz geschont werden müsse ²⁸¹. Der Protest Uris gegen die lässige Haltung der tessinischen Behörden gegenüber den Drohungen seitens der Bevölkerung veranlaßte den Bundesrat, der sich beschwerenden Behörde zu bedenken zu geben, daß der Meinung ganzer Völkerschaften sich nicht immer mit dem Buchstaben des Gesetzes gebieten lasse, und daß sich die mächtigsten Staaten bisweilen aus Klugheit gefallen lassen müßten, Ausnahmen vom rein rechtlichen Standpunkt zu gestatten ²⁸². Umgekehrt bat er die Tessiner Regierung, das Möglichste zu tun, um den Beschwerden Uris Rechnung zu tragen ²⁸³, da dieses die Behinderung und den Verruf des Gotthardpasses als Verkehrslinie befürchte. Die anfangs Februar ansteigende Pressepolemik, die alarmierenden Berichte der Konsuln aus Italien, die Petitionen und ein Brief des besondern Abgeordneten der «freien» sizilianischen Regierung, welcher im Namen von nahezu «zwei Millionen Menschen» dem Schmerz Ausdruck gab, daß Männer, «die angesichts der Welt alle die heiligen Rechte der Freiheit verteidigt haben», es geschehen ließen, daß ihre Landeskinder «Leute angriffen, ohne von ihnen beleidigt worden zu

²⁷⁹ Bundesarchiv, A III 10, Verlegung des Werbdepots von Genua nach Altdorf. Rechtfertigungsschrift der Urner Regierung.

²⁸⁰ Bundesarchiv, A III 10: Le Conseil d'Etat du Canton Tessin au Conseil fédéral, 24. Januar 1849.

²⁸¹ Bundesarchiv, A III 10, 27. Januar 1849. Gutachten Furrers.

²⁸² op. cit., 1849 – Februar – 10.

²⁸³ op. cit., Februar – 12.

sein», bewogen den Bundesrat schließlich, am 12. Februar das politische Departement zu beauftragen, die Frage grundsätzlich zu prüfen, «ob und in welcher Weise der Bund sich mit den Militärkapitulationen befassen könne²⁸⁴». Der handschriftliche Vorentwurf des Beauftragten, Furrers, illustriert mit seinen verschiedenen Überarbeitungen die Gründlichkeit, welche der Chef des politischen Departementes seiner Untersuchung widmete²⁸⁵. Mit allem Nachdruck hielt das Ergebnis an der Bezeichnung der «Verwerflichkeit» und «Gefährlichkeit» der Kapitulationen fest, aber ebenso eindeutig verneinte es die Befugnis des Bundes, Rechte und Pflichten der neu kapitulierten Kantone zu übernehmen, oder gar durch ein Bundesgesetz die Kapitulationen aufzuheben²⁸⁶. Dagegen empfahl es eine unterstützende und empfehlende Einwirkung auf die Kantone und sprach damit dem Bund einen beschränkten Anteil an Verantwortlichkeit zu. Die ganze Stellungnahme entsprach den Erwägungen, wie sie beispielsweise die Haltung der «Neuen Zürcher Zeitung» bedingten²⁸⁷. Der gute Schuß Liberalismus, der hier einer realistischen Politik den Vorzug vor einer ideologischen einräumte, hielt dem Argument der Berner Regierung, der die allgemeine Wehrpflicht vorschreibende Artikel 18 der Bundesverfassung berechtige den Bund zum Eingreifen²⁸⁸, den Hinweis entgegen, daß jener hinsichtlich ihrer eifrigen Auswanderungsunterstützung die Hände dann auch gebunden werden müßten²⁸⁹. Am 23. Februar schloß sich der Bundesrat nach eingehender Beratung den Folgerungen des Gutachtens an, zur großen Enttäuschung der linksradikalen Presse, welche sich beeilte, die Meldung der «Neuen Zürcher Zeitung», der Beschluß auf Nichtergreifung der Initiative sei einstimmig gefaßt worden, dahin zu verbessern, daß Bundesrat Frascini an der Sitzung abwesend, Druey aber anderer Meinung gewesen sei. Der «Berner Zeitung» zufolge hatte dessen Antrag dahin gelautet, die kapitulierten Kantone einzuladen, Mittel und Wege zur Aufhebung der Kapitulationen zu prüfen, bis zum Abschluß dieser Untersuchung die Werbungen von Bundes wegen einzustellen und nach Empfang der Antworten der Bundesversammlung Aufhebungsvorschläge zu unterbreiten, sofern die Lage der Schweiz und Italiens dies erheischen sollte²⁹⁰. Druey berief sich dabei auf das Recht der früheren Tag-

²⁸⁴ BBL, 1849 – Februar – 28., Beilage zu Nr. 2, p. 1.

²⁸⁵ Bundesarchiv, Mappe Schutz der Bundesverfassung, Militärkapitulationen, Aufhebung, 1849–1853 (Justizdepartement).

²⁸⁶ BBL, 1849 – Februar – 28., Beilage zu Nr. 2, p. 1 ff.

²⁸⁷ v. Anm. 267–269.

²⁸⁸ Art. 18: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig.»

²⁸⁹ v. Anm. 281, Gutachten des polit. Departementes, p. 3 f.

²⁹⁰ BZ, 1849 – März – 5., Nr. 64, p. 2.

satzung und das noch umfassendere der Bundesversammlung, alle für die innere und äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft oder höhere Landesinteressen notwendigen Maßregeln zu treffen, auf die Unverträglichkeit der Dienste mit dem Neutralitätsgrundsatz, der in der Frage der lombardischen Flüchtlinge auch zuungunsten Einzelner sich ausgewirkt, auf die Stimmung des Schweizervolkes, auf den den Kapitulationen anhaftenden Makel, der das Ansehen und den Einfluß der Schweiz schwäche und materielle Einbußen nach sich ziehen könnte, auf die bedrohten Italienschweizer und auf den Text der Kapitulationen, der beiden Partnern die Mittel böte, die Werbungen einzustellen und den Vertrag zu brechen, ohne daß Offiziere und Soldaten ihrer Ansprüche verlustig gehen würden.

Aber erst die Kündigung des Waffenstillstandes durch Karl Albert ²⁹¹ und der drei Tage später erfolgte Überfall eines bündnerischen Rekrutentransportes in Chiavenna durch einen «starken Pöbelhaufen» ²⁹² brachte den Bundesrat dazu, die Zügel etwas straffer anzuziehen. Mit der Mitteilung des ihm von der Bündner Regierung gemeldeten Vorfalls in Clevn wies er die kapitulierten Kantone auf ihre Pflicht hin, für die Sicherheit der Angeworbenen nach Möglichkeit zu sorgen und betonte die Berechtigung, weitere Transporte einzustellen, bis die Zuverlässigkeit des Weges wieder hinlänglich gewährleistet sei ²⁹³. Dabei behielt er sich die Mitteilung solcher Maßnahmen an die Regierung Neapels ausdrücklich vor. In der Tat verfügten die Regierungen von Luzern, Schwyz, Wallis und Graubünden eine provisorische Sperre, welche im Mai infolge österreichischer Garantien wieder erlosch. Immer stärker schoben die Verhältnisse dem Bundesrat das Gesetz des Handelns zu, wozu die kapitulierten Kantone allerdings auch das ihrige beitrugen. «Dieser barbarische Akt auf lombardischem Gebiete gegen harmlose durchreisende Schweizerbürger verübet, bildet einen bezeichnenden Kontrast gegenüber der humanen Aufnahme, welche die flüchtigen Lombarden im Laufe des vorigen Jahres auf dem Schweizerboden ohne Rücksicht auf Sympathien allenthalben genossen haben, es verletzt derselbe die völkerrechtlichen Grundsätze in zu hohem Maße, als daß derselbe der verdienten Ahndung entgehen dürfte», schrieb die Regierung von Uri dem Bundesrat und verlangte seine Verwendung für die Sicherheit zukünftiger Transporte ²⁹⁴, eine Forderung, welche der Bundespräsident Furrer

²⁹¹ 16. März 1849.

²⁹² BBl., 1849 – März – 26., Nr. 12, Anhang zur Beilage: Mitteilung des Kantons Graubünden.

²⁹³ BBl., 1849 – Februar – 24., Nr. 6, Extrabeilage.

²⁹⁴ Bundesarchiv, A III 10, Uri an den Bundesrat, 1849 – April – 8.

völlig unterstützte, da keine «hinreichenden Motive vorhanden, um so bedeutende Mißhandlungen und Gewalttätigkeiten gegen Schweizerbürger stillschweigend hinzunehmen²⁹⁵». Aber auch im Volk selbst entstand die Neigung, den Bundesrat nun für alles und jedes zu beanspruchen. Dies läßt sich aus einem unfrankierten Brief schließen, den ein Teil jener in Chiavenna mißhandelten Rekruten dem obersten Organ der Eidgenossenschaft sandte, um dieses zu bitten, dafür besorgt zu sein, daß sie «junge kräftige Schweizer nicht zur Schlachtbank in einem despotischen Land» geführt würden²⁹⁶.

Mit dem zu Beginn der Sommersession bei der Bundesversammlung eingelangten Antrag Genfs auf Rückberufung der Truppen und Überbindung aller Entschädigungen an den König von Neapel nahm der Druck auf den Bundesrat bedeutsam zu. Ein schon früher von vielen Mitgliedern des Berner Großen Rates unterzeichneter Anzug auf Aufhebung der Berner Kapitulation, die zahlreicher sich einstellenden Petitionen, die Pressepolemik, welche als neues Argument die bevorstehende Teilnahme der Napolitaner am Kampf gegen die römische Republik ins Feld führte und die außenpolitische Konstellation waren in der Tat nicht zu übersehen.

Am 20. April überwies der Ständerat den Antrag Genfs und die Petitionen zunächst einer Kommission²⁹⁷. Obschon deren Mehrheit «das lebhafte Gefühl für des Vaterlandes Ehre und Wohlfahrt und die Sympathien für die Freiheitsbestrebungen anderer Völker» offen ehrte und den Anschauungen der Petenten im Prinzip beipflichtete, beantragte sie aus staatsrechtlichen und politischen Gründen Ablehnung, weil der Notstand, der allein zu einem Verfassungsbruch berechtige, nicht vorhanden sei²⁹⁸. Die Überzeugung von den Nachteilen der Militärkapitulationen sei in den kapitulierten Kantonen noch zu wenig allgemein durchgedrungen, als daß beträchtliche Geldopfer erwartet werden könnten, und im Falle der Übernahme der Verantwortung durch den Bund würden die unbeteiligten Kantone eine Mithilfe rundweg verweigern. Über den Argumenten des Wortbruchs gegenüber Neapel und der für die innern Verhältnisse kaum ersprießlichen Rückkehr so vieler Müßiggänger ständen als Hauptgründe für die Tagesordnung die zur Zeit unzulängliche Kompetenz des Bundes und die Aussicht auf große finanzielle Opfer ohne wesentlichen Vorteil. – Demgegenüber vertrat der Waadtländer Briatte als Minderheit

²⁹⁵ Bundesarchiv, A III 10, Bundespräsident Furrer an den Bundesrat 1849 – April – 8.

²⁹⁶ Bundesarchiv, A III 10, 1849 – Mai – 8.

²⁹⁷ BBl., 1849 – Juni – 4., Nr. 28; Ständeratsprot. 1849 – April – 20., p. 74.

²⁹⁸ BBl., 1849 – Juni – 4., Nr. 28, p. 19.

die bekannte Ansicht Drueys, dessen Anträge vom 23. Februar dahin ergänzend, daß der Bundesrat die Entschädigungssumme ausmittle und einen Entwurf zur Verteilung der Lasten ausarbeite²⁹⁹. Am 16. Mai beschloß der Ständerat mit 24 : 14 Stimmen, den Anträgen der Mehrheit zu folgen.

Wohl in der Absicht, einen gangbaren Mittelweg zu finden, entschloß sich der Bundesrat daraufhin, gestützt auf eine neue Empfehlung seines Präsidenten Furrer, den früheren Beschluß auf Nichtergreifung der Initiative umzustoßen³⁰⁰. Auf Grund eines vom politischen Departement (Furrer) ausgearbeiteten Gesetzesentwurfes schlug er den Räten vor, sämtliche Werbungen für nichtkapitulierte Dienste zu verbieten und den kapitulierten Kantonen zu untersagen, auf ihrem Boden andere als die Werbungen von Kantonsangehörigen für Neapel zu gestatten³⁰¹. In der Botschaft zum Vorschlag ging er von einer neuen Interpretation des Artikels 11 der Bundesverfassung aus, indem er diesem nicht nur einen den Abschluß, sondern auch die Folgen der Kapitulationen betreffenden Zweck beimaß. Die Absicht, die der Gesetzgeber verfolgte, stützte sich auf den Umstand, daß die Werbverbote der Kantone Freiburg und Bern bisher deshalb erfolglos geblieben waren, weil die Dienstlustigen sich kurzerhand in einem andern Kanton hatten anwerben lassen³⁰². Mit dem allgemeinen Werbeverbot für nichtkapitulierte Dienste dagegen wollte er den sogenannten Konjunkturwerbungen, wie sie besonders in der jüngsten Zeit aufgekommen und den bekannten Neutralitätsbeschluß vom 13. Mai 1848 mitbedingt hatten, einen Riegel stoßen, da er sie mit dem Prinzip der Neutralität für unvereinbar hielt³⁰³.

Ein ungleich bunteres Bild vermittelte die nationalrätliche Diskussion, welche sich über drei Tage erstreckte und mit dem grundsätzlichen Sieg der Petenten endete, obschon die praktische Vollziehung des Auflösungsbeschlusses nicht zustandekam, da diese wiederum den kapitulierten Kantonen überbunden wurde³⁰⁴. Schon die Kommission hatte sich in drei Minderheiten geteilt, welche erstens den Anschluß an den ständerätlichen Entscheid, zweitens ein allgemeines Werbeverbot und die Aufforderung an die kapitulierten Kantone, ihre Verträge sofort zu annullieren, drittens die Einladung an den Bundesrat, die Aufhebung auf dem Verhandlungsweg mit den

²⁹⁹ BBl. II, 1849, p. 27 ff. – vgl. zu Druey p. 116 f.

³⁰⁰ Bundesratsprotokoll, 1849, Bd. 2, Nr. 1219 und 1259.

³⁰¹ BBl., 1849 – Mai – 22., Nr. 26, Gesetzesvorlage über unbefugte Werbungen.

³⁰² vgl. p. 103.

³⁰³ vgl. p. 92 f.

³⁰⁴ BBl., 1849 – Juni – 7., p. 84 – Verhandlungen: 23./24./25. Mai 1849.

Kantonen herbeizuführen, empfahlen ³⁰⁵. Die Kommission war sich nur einig in der Ansicht, daß die fremden Dienste in eine schiefe Stellung gegenüber den politischen Institutionen der Heimat geraten waren, und das insbesondere in den Augen der Nachbarstaaten, die den Widerspruch infolge Unkenntnis der Verfassung nicht verstanden. Aber während der eine Referent betonte, daß das Festhalten am gegebenen Wort unter widerwärtigen Umständen und gegen das eigene Interesse als ein Rechtsgrundsatz das beste Fundament eines kleinen Staates ausmache ³⁰⁶, hielt der andere dafür, daß hier nicht das Völkerrecht, sondern die Völkermoral zu gelten habe ³⁰⁷, welche verbiete, daß man einem andern antue, was man sich selbst nicht zugefügt wissen möchte. Die frühere Tagsatzung habe teilweise inkompetente Entscheidungen im Kapitulationswesen getroffen, der neue Bund sei nun von Rechts wegen zum Eingreifen verpflichtet. Diese Staatsverträge stammten aus einer Zeit, wo die politische Richtung des göttlichen Rechts geherrscht habe; die heutige Eidgenossenschaft habe dieses in der Revolution überwunden und anerkenne nunmehr das Recht der Völker, das Recht der Massen, das wahrhaft heilige Recht, welches *über* allen Institutionen stehe; denn auf Fürsten lasse sich das Wort anwenden, es sei besser, ein einziger Mensch sterbe, und die Masse des Volkes werde gerettet. «Man erschrickt ob jenen Banden von Männern, welche ohne Beruf, welche ohne Arbeit auf dem schweizerischen Gebiet umherschweifen werden! Sollte man nicht glauben, sie werden das Vaterland verschlingen? Was uns betrifft, so können wir nicht begreifen, wie es möglich ist, daß diejenigen, welche nie versiegen in Lobpreisungen der von unsern Landsleuten in Neapel und Sizilien bewiesenen Bravour, deren Rückkehr ins Vaterland so sehr scheuen ³⁰⁸.» Die Tagsatzung vom 30. Mai 1848 habe das Ende der Kapitulationen auf dem Verhandlungsweg herbeizuführen gewünscht. Heute sei man rückwärts geschritten, weil die Verhandlungen zu nichts führten und der Bundesrat entgegen der klaren Pflicht des Bundes, die Ehre der Schweiz zu wahren, mehr dem Grundsatz der Inkompetenz zuneige. Ein neuer Verhandlungsbeschluß sei also das beste Mittel, um alles wieder auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Daher laute der zweite Minderheitsantrag:

1. Erklärung der Bundesversammlung, daß angesichts der europäischen Ereignisse die Kapitulationen mit der Ehre und Würde der Eidgenossenschaft unverträglich seien.

³⁰⁵ BBL, 1849 – Juni – 7., p. 37 ff.

³⁰⁶ Landammann Georg Michel, Graubünden.

³⁰⁷ Dr. Frey, Baselland.

³⁰⁸ Präsident Eytel, Waadt. BBL, 1849 – Juni – 7., p. 75 ff.

2. Sofortige Aufforderung an die kapitulierten Kantone, den Bundesbeschluß vom 30. Mai 1848 ³⁰⁹ zu vollziehen und die Kapitulationen aufzuheben.
3. Allgemeines Werbverbot.
4. Erklärung der Bundesversammlung zum vollziehenden Organ.

Mit der Annahme der drei ersten Punkte ging der Nationalrat zwar nicht so weit wie die Anträge Genfs, die Petitionen, der Pressesturm und die sizilianisch-römischen Regierungen es erstrebt hatten, aber die Grundfrage, die Kompetenz des Bundes, hatte er damit bejaht, was durch die Annahme eines vierten Punktes unterstrichen wurde, der dem Bundesrat die Weisung erteilte, die Kapitulationen augenblicklich und selbständig aufzuheben, sobald die Schweizertruppen zur Intervention in einem andern Staat oder zum Nachteil der freien Selbstkonstitution verwendet werden sollten. Sachlich betrachtet wies das Gesetz den grundlegenden Fehler auf, sowohl die Ausführung wie deren Folgen (Entschädigungen!) den Instanzen zu übertragen, denen man soeben die Souveränität abgesprochen hatte. Daß es sich um ein Gelegenheitsgesetz handelte, erwies sich aus seiner Entstehungsgeschichte; denn der Nationalrat hatte sich neben den drei Anträgen der Kommission überdies mit vierzehn weiteren Anträgen aus dem Schoß der Versammlung befassen müssen, von denen einzelne, wie die Stämpflis und Hoffmanns, völlige Neufassungen darstellten, andere nur in kleinen Nuancen abwichen. Am glänzendsten vertrat Philipp Anton Segesser den Standpunkt der Minderheit, welche sich jeder Bundeseinmischung grundsätzlich widersetzte ³¹⁰. Vor allem bestritt er, daß eine Übernahme der Entschädigungspflicht dem Bund das Recht einräume, anstelle der Kantone die Kapitulationen aufzulösen, da auch diese nur in ganz bestimmten Fällen aufhebungsberechtigt seien. Die Entschädigungsfrage bilde überhaupt nur ein sekundäres Moment. Entscheidender sei, ob man durch die Aufhebung einer staatlichen Garantie dem einzelnen Soldaten Gelegenheit geben wolle, einen Privatvertrag zu brechen. Nun werde zwar eingewendet, der Kriegsdienst sei eine Bürgerpflicht und dürfe nicht Anlaß geben, sein Leben zum Gegenstand eines Vertrages zu machen. Aber wenn man die Sterblichkeit der Arbeiter gewisser Fabriken mit den Verlusten der jüngsten Zeit in Neapel vergleiche, so drängten sich andere Schlüsse auf. Die Geschichte der Kapitulationen sei eng verbunden mit denen der Bündnisse, vor allem mit dem Ewigen Frieden mit Frankreich, dem die Eidgenossenschaft ihren Einschluß in alle größten völkerrechtlichen Traktate, die Ausbildung des Neutralitätsprin-

³⁰⁹ Maag, p. 136.

³¹⁰ Philipp Anton Segesser, Sammlung kleiner Schriften III, Bern 1879, p. 5 ff.

zips, aber auch die Mittel zu deren Behauptung verdanke. Ruhm ohne Nahrung verrauche rasch, «... ich behaupte kühn, die Schlacht bei Vicenza und die Kämpfe unserer Regimenter in den Straßen von Neapel, Messina und Catania haben in militärischer Beziehung dem kriegerischen Namen der Schweiz einen größern Glanz gegeben als alle Kämpfe des Sonderbundsfeldzuges ³¹¹». Entschieden protestierte Segesser gegen den Vergleich der «turbulenten Strömungen in einigen Städten Italiens mit wahrer republikanischer Entwicklung... Unsere Freiheit ist nicht in einem Tag geworden, sie hat fünfhundert Jahre gebraucht und viele Entwicklungsstufen durchlaufen, bis sie auf den Punkt gekommen ist, auf dem sie heutzutage steht; sie muß das Bewußtsein des Volkes durchdringen, nicht das gewaltsame Werk stürmischer Minderheiten sein ³¹².» Ob der Radikalismus wohl berechtigt sei, sich zu verwahren, daß die Schweizerfahne über den Wirren Neapels flattere? «Sie wurde noch vor nicht zwei Jahren als Flagge jener Truppe gebraucht, die die Entstehung und Erhaltung von Minoritätsregierungen zu bewachen hatte, also als ein Schild für die lokale Vernichtung des Grundprinzips des republikanischen Lebens, der Grundsätze der Herrschaft der Volksmajorität ³¹³.»

Segessers feine Aufdeckung radikaler Schwächen störte die Hauptlinie seiner Ausführungen nicht im geringsten. Anders verhielt es sich mit diesem und jenem Votum, dessen Polemik die Verteidiger des kantonalen Standpunktes dann und wann abzulenken vermochte. Vermittelnd griff der Präsident Alfred Escher ein, während Stämpflis Anpassungsfähigkeit schon jetzt (wie dann 1859) auffiel.

Am 9. Juni kam der nationalrätliche Beschluß vor den Ständerat. Da der erste Artikel als zu schroff, der letzte aber allgemein als verbindlich abgelehnt wurde, einigte man sich schließlich auf die Annahme der beiden mittleren Punkte. Diese Preisgabe des ursprünglichen Standpunktes gründete sich vermutlich auf die Annahme, daß die Truppen gegen die römische Republik verwendet würden, in deren Sache Frankreich zur Intervention entschlossen schien. Am 20. Juni pflichtete der Nationalrat durch Stichentscheid des Präsidenten Escher dieser Auffassung bei ³¹⁴, womit die Aufhebung der Kapitulationen im Prinzip ausgesprochen und das allgemeine Werbeverbot Tatsache geworden waren.

³¹¹ op. cit., p. 9.

³¹² op. cit., p. 11.

³¹³ op. cit., p. 12.

³¹⁴ Eine Nachprüfung der Abstimmung vom 20. Juni hatte Stimmengleichheit ergeben, so daß Escher am 21. Juni den vermeintlichen Mehrheitsbeschluß vom Vortag durch Stichentscheid neu in Kraft setzen mußte.

5. Die Söldnerdienste zwischen 1849 und 1859

Sowohl in bezug auf die Fremddienste wie auch hinsichtlich der sie betreffenden Diskussion leitete dieser Bundesbeschluß eine Spannungsperiode ein, deren Reichtum an Gegensätzen und Widersprüchen im Zeitpunkt des Gesetzeserlasses wohl niemand in seinem vollen Ausmaß zu ahnen vermochte. Der Radikalismus war kräftig genug gewesen, den Anstoß zum Aufbau einer siegreichen Bürgerkriegsarmee zu geben, einem neuen Bund die entscheidenden Grundzüge zu vermitteln³¹⁵, die schwierige Frage der Bodenreform befriedigend zu lösen; die saubere Ordnung des Kapitulationswesens mißlang ihm vorderhand gründlich. Die Haltung seiner Vertreter, die Art und Weise ihres Vorgehens gereicht ihm in dieser Angelegenheit nicht zum Ruhm, und es ist bezeichnend, daß selbst einer seiner tüchtigsten Jünger, der Berner Stämpfli, hierin keine Ausnahme darstellt³¹⁶. Für das Problematische dieser Angelegenheit waren die verschiedensten Umstände verantwortlich. – In der Sonderbundsfrage war es um die *Existenz der Schweiz* gegangen. Diese Erkenntnis hatte den alten Bund in zwei Hauptlager getrennt, von denen jedes mit voller Überzeugung und Hingabe für Sein oder Nichtsein des Staates einstand und den Glauben an die Zukunft seines Vaterlandes mit dem Tod zu bezahlen bereit war. In der Frage der Aufhebung der Kapitulationen wurde es zunächst deutlich, daß die Minderheitskantone sich für ihre Rechte nicht zu schlagen gedachten. Die Bundesverfassung hatte ihnen diesen Rest der alten Schweiz für die kurzen Jahre seiner Dauer zur Verwaltung anvertraut. Nun, da ihnen dieses Recht entrissen wurde, waren sie zu schwach und zu klug, um dem Radikalismus einen neuen Vorwand zur gewaltsamen Durchsetzung seiner Politik in die Hände zu spielen³¹⁷. Auch erkannten sie die Bedeutung der Kapitulationen in diesem vorgerückten Stadium als eine untergeordnete an. Angesichts der wechselnden politischen Konstellationen in Italien schien es ja zweifelhaft, daß der König von Neapel nach dem Erlöschen der alten Verträge eine Erneuerung erbäte. «Die Freundschaft der Könige ist durch das Interesse bedingt, wie jene der Republikaner³¹⁸», das wußte auch die konservative «Schwyzer Zeitung». Fremde Kriegsdienste seien überdies auch ohne die offizielle Form obrigkeitlicher

³¹⁵ Obschon die Bundesverfassung von 1848 alles andere als den radikalen Wünschen entsprach.

³¹⁶ vgl. dazu das Kapitel «Jakob Stämpfli».

³¹⁷ vgl. Schwyzer Zeitung, 1849 – Juli – 14., Nr. 161, p. 64: Die beteiligten Kantone wären berechtigt, dem Bundesrat eine entschiedene, unbedingte Verneinung entgegenzustellen, aber Streitobjekt und Zeitpunkt seien dazu ungünstig.

³¹⁸ Schwyzer Zeitung, v. Anm. 317.

Kapitulationen möglich. – Diese ungefährliche Opposition nötigte den Radikalismus, in Ermangelung handgreiflicher Argumente schwächere, diese aber mit umso stärkerer Heftigkeit in den Vordergrund zu rücken. So begründete man die Behauptung, die Regimenter in Neapel bedrohten die neue Schweiz, damit, daß ein ehemaliger Sonderbunds-offizier nun dort zum Chef ernannt worden sei ³¹⁹, daß im Sonderbundsfeldzug viele Neapolitaner auf Seite des Gegners gestanden ³²⁰, und daß aus den Reihen der auswärtigen Offiziere sich je und je Gruppen zur Bekämpfung der regenerierten Eidgenossenschaft oder der Kantone zusammengeschlossen hätten ³²¹. Neben dem Ruf, die freien Völker würden nach ihrem Sieg an der Schweiz ihren Mut mit Recht kühlen, erschallte derjenige vom nahenden Kosaken ³²² und von der Unterstützung, die man den die Eidgenossenschaft bedrohenden absoluten Mächten durch jene Regimenter gewähre ³²³.

Oft wurde dabei übersehen, daß diese Argumentation bei den Liberalen Anstoß erregte, da sie den Gegnern der Schweiz in der damaligen gespannten Atmosphäre neue Trümpfe der Verunglimpfung in die Hände spielte. Der Radikalismus ließ sich dadurch nicht abhalten, die Kapitulationen weiterhin für die Entstehung, Kräftigung und neuerliche Gefährlichkeit des Patriziates, ja selbst für die französische Invasion in langen Beweisführungen verantwortlich zu machen ³²⁴. Dem Liberalismus dagegen, welcher 1847 der Tagsatzungsmehrheit das Interventionsrecht zugebilligt, war der Unterschied zwischen dem Sonderbund und den Kapitulationen in bezug auf ihr wahres Gewicht für die Existenz der Schweiz nicht entgangen. Hatte nicht

³¹⁹ BZ, 1849 – Mai – 27., Nr. 147, p. 2.

³²⁰ Tagblatt der Verhandlungen des Großen Rates des Kantons Bern, p. 604 ff., fünfte Sitzung der ordentlichen Frühjahrssession, 1849 – Juni – 1., Votum Herzog.

Ständeratsverhandlungen Sommersession 1849 – Juni – 8. (BZ, 1849 – Juni – 9., Nr. 160, p. 1 f.): Votum Jeanrenaud, Staatsrat, Neuenburg: Die Herren Offiziere von Neapel zeigten im Sonderbundskrieg, was sie sind.

³²¹ Bern, Großer Rat, v. Anm. 320, Professor Herzog: Erinnerung an die Er-lacherhofverschörung.

³²² Ständerat, 1849 – Juni – 8., Votum Cartaret, Genf, lt. Berner Zeitung, 1849 – Juni – 9., Nr. 160, p. 1 f.

Ständerat, 1849 – Juni – 9., Votum Kaiser, Zug, lt. BZ, 1849 – Juni – 10., Nr. 161, p. 2: «Wenn die Tartarenhorden über ihre Grenzen schreiten, so taugt die Schneckenhauspolitik nichts.»

³²³ Bern, Großer Rat, 1849, v. Anm. 320. Regierungsrat Dr. Schneider.

³²⁴ Bern. Großer Rat, 1849, v. Anm. 320. Votum Weingart.

Tagbl. d. Gr. R. des Kantons Bern, 1849, p. 604 ff., Verhandlungen vom 1. Juni, Votum Herzog.

BZ, 1849 – Mai – 27., Nr. 147, p. 2.

BZ, 1849 – Juni – 9., Nr. 160, p. 1 f.

Vgl. auch: Vogt, G.: Zur Geschichte der schweizerischen Neutralität, 1862.

der neue Bund dies kurzfristige Recht einer kleinen Minderheit verfassungsmäßig garantiert? Gegen wen richtete sich ein Eingriff mehr als gegen die regenerierte Schweiz selber ³²⁶? Lag es im Interesse der Fortschrittspartei, zu Beginn einer Epoche, deren vornehmlichstes Ziel die Verschmelzung des Trennenden, die Gewinnung der Zusammenarbeit und des Vertrauens der Geschlagenen war, einen Streit vom Zaun zu reißen, und durch einen Wortbruch der selbst bestimmten Verfassung untreu zu werden? Hieß das nicht, den guten Willen, den man beim andern Lager durch Bitte und Druck zu erzielen versuchte, gleich zu Beginn hierseits zu verleugnen? Dieser Ansicht huldigte der Bundesrat in seiner Mehrheit, eine Behörde, welche in wahrhaft nationalen Fragen seine Entschlossenheit und Umsicht wohl zu beweisen verstand.

Eine neue schwache Stelle des Radikalismus erkennt man in seiner *Einstellung zum Söldnertum* überhaupt. Hier krankte er an einem Zwiespalt, der ihn im Verlaufe der fünfziger Jahre noch stärker kompromittierte als die Schilderung nicht vorhandener Gefahren.

Der Liberalismus dieser Zeit kannte hier keine Kompromisse. Für ihn gab es keine moralische Begründung des Kriegshandwerks, seine Lebensanschauung sah in den bürgerlichen Berufen die beste und sittlichste Erfüllung des menschlichen Arbeitstriebs. Zudem war eine kräftige Konkurrenz der Wirtschaft nur dienlich. Den Fleißigen spornte sie an, Erwerbssinn, Fleiß und Qualität mußten sich steigern. Die Unzeitgemäßheit stehender Schweizerkorps im Ausland fühlte wohl keine Partei so deutlich wie die seine, aber er war frei genug, die wenigen, einem unbedeutenden König in Italien überlassenen Regimenter, deren baldige Auflösung ja aller Welt bekannt war, ihrem natürlichen Schicksal zu überlassen. Ebenso hätte er sich einer Bestrafung derjenigen, die aus irgendeinem Grund seine Anschauungen nicht teilend, sich anwerben ließen, widersetzt. Die Entwicklung des schweizerischen Geistes- und Wirtschaftslebens schien ihm so eindeutig in die Richtung einer bürgerlichen Arbeitsart zu weisen, daß den allfälligen Einzelgängern ihre Freiheit nicht genommen werden sollte. Keinen Spieß dagegen verstand er jenen Entwicklungen gegenüber, welche das alte Kapitulationswesen und die Reisläuferei unter neuer Flagge begünstigten. Gerade solche Tendenzen aber wurden vom Radikalismus heimlich und offen unterstützt. Er, der heftigste Bekämpfer der neapolitanischen Söldnerdienste, feuerte anderwärts zur Bildung von Korps und freiwilligen Zuzügen an. Er, der den Hang der Schweizer zum Kriegsdienst bei der einen Gelegenheit verdammt, benutzte

³²⁶ NZZ, 1859 – Februar – 13., Nr. 44, p. 1 f.

ihn bei der andern als Entschuldigung³²⁷. Das eine Mal brachte ihm der fremde Kriegsdienst nur schlimme Folgen für die Heeresreform, das andere Mal sollte er deren wünschenswerte Ergänzung sein. Bald waren die Angeworbenen schlechte, untaugliche Subjekte³²⁸, bald waren sie die, welche fortschrittlich dachten³²⁹. Auf dieser Schaukel begriffen, erkannte er den Schaden, den er dadurch seiner Opposition gegen die geltenden Kapitulationen zufügte, nicht: Wie hätte eine Partei, die ihre ersten Maßnahmen gegen eine rechtlich geduldete Institution selbst sabotierte, in ihrem Ruf nach schärfern Maßregeln ernst genommen werden können? Wäre die radikale Richtung auch dann zu ihrer Gesetzgebung gestanden, wenn sich diese gegen ihre eigenen Wünsche richtete, so wäre das Mißtrauen des Liberalismus nicht geweckt, sondern wahrscheinlich sogar seine Mithilfe zu einer rascheren Lösung gewonnen worden. Aber schon der radikale Antrag von 1848, den Artikel 11 der Bundesverfassung im Hinblick auf eine wünschenswerte Kapitulation mit Sardinien anders zu fassen³³⁰, war einem Absägen des eigenen Astes gleichgekommen. Schon dieser Antrag hatte die scharfe Reaktion der liberalen Besinnung auf die Eigenständigkeit der Eidgenossenschaft hervorgerufen.

Vollends Bedenken erregend war die Haltung des Radikalismus in der *Entschädigungsfrage*. Entgegen der öffentlichen Meinung und über die Ansicht des Bundesrates und der Zürcher Opposition hinweg setzte er im Sommer 1849 die Bundesintervention ohne vorherige Regelung der Entschädigungen im Parlament durch³³¹. Ein solches Gesetz mußte verheerende Folgen haben. Es überbürdete dem Bund eine neue Verantwortung, entzog ihm aber gleichzeitig das Recht, die Interessen der zunächst Beteiligten zu wahren. Es befahl dem Bundesrat, gegebenenfalls die Verfassung zu brechen, ohne den davon Betroffenen Garantien zu geben. Sein Wortlaut war so abgefaßt, daß im Fall des Gelingens das Parlament glänzend dastand, im Falle des Mißlingens der Bundesrat beschuldigt werden konnte. Man hatte einer Behörde einen Auftrag erteilt, die diese Kompetenz für die Legisla-

³²⁷ Prot. des NR, 1855 – Juli – 23., Votum des Referenten der Kommissionsmehrheit zur Prüfung des bundesrätlichen Geschäftsberichtes, Regierungsrat Hüngebühlers, St. Gallen.

³²⁸ Das schweizerische Heerwesen und der Soldatengeist. Ein Rückblick auf Erscheinungen aus jüngst vergangener Zeit. Von einem schweizerischen Wehrmann. Zürich, 1859, p. 12 f. und p. 19.

³²⁹ Begründung des Minoritätsantrages der Ständeratskommission zur Werbungsfrage, 1855 – Juli – 24. (Prot. des Ständerates).

³³⁰ v. p. 84 f.

³³¹ vgl. BZ, 1849 – Juni – 8., Nr. 159, p. 1: «Wer seine eigene Haut auf fremde Märkte trägt, und den Preis nicht erläßt, den er erwartete, mag es seiner Unvorsichtigkeit zuschreiben.»

tive verneinte³³². – Zum andern konnten die kapitulierten Kantone nun zu Recht erklären, zu einem Lösungsbeitrag dieser oder jener Art nicht mehr verpflichtet zu sein. Die Kapitulationen waren durch das Werbverbot zur Bundessache gemacht worden, sie mochten nun als solche weiter behandelt werden³³³. In den kleinen Kantonen, auch in nichtkapitulierten, erscholl bald einmal die Alarmglocke gegen die übergreifende Bundesgewalt³³⁴. Solothurn schrieb nach Bern, es erachte die Bundeskompetenz in Ausnahmefällen als gegeben, verlange aber die ausdrückliche Erklärung der Bundesversammlung, daß die materiellen Folgen vom Bund übernommen würden³³⁵. In den Fremdenregimentern verursachte das Ereignis ein tiefes Mißtrauen in die Unparteilichkeit der heimatlichen Behörde, den Graben zwischen der neuen Schweiz und ihren fernen Söhnen vertiefend. Sollte das der Lohn sein, den die Heimat ihrer Pflichttreue, ihrer selbstverständlichen Einhaltung des Fahneneides zollte? War die neue Schweiz nur zur Zerstörung, nicht aber zur Heilung fähig? Aus Neapel erscholl der Appell der vom König mit Repressalien bedrohten Schweizerhäuser, sie nicht zu vergessen³³⁶. Aus St. Gallen, deren Vertreter im Nationalrat mit einer Ausnahme der Auslandspartei offengehuldet, kamen Nachrichten, daß das Stickereiwesen infolge des Bundesgesetzes eine Krise zu erleiden drohe³³⁷. Außer im Kanton Neuenburg, der dem Bundesrat seine Bereitwilligkeit erklärte, in materieller Hinsicht zur Lösung der Schwierigkeiten beizutragen, ließ sich der Radikalismus zu einer Anerkennung ökonomischer Verpflichtungen nur gewundenerweise, oder gar nicht herbei³³⁸. Beson-

³³² vgl. Gutachten des politischen Dep. vom Februar 1849 und dessen Gutheißung durch den Bundesrat am 23. Februar, v. p. 116.

Vgl. BZ, 1849 – Mai – 17., Nr. 137, p. 1: Bundespräsident Furrers Votum im Nationalrat.

Vgl. BZ, 1849 – Juni – 9., Nr. 160, p. 1 f. Der Bundespräsident bittet im Parlament um praktische Vorschläge und apostrophiert die Prahlhansereien. Da der Nationalrat den Mut nicht hatte, die Auflösung (direkt) auszusprechen, soll der Bundesrat es tun. «Und gar vollziehen? Wo sind die Mittel? Geld her, Geld her!»

³³³ Prot. des Bundesrates, 1849 – September – 21. Antwort der Regierung des Kantons Graubünden vom 14. September.

³³⁴ Schw.Z., 1849 – Dezember – 4., Nr. 280, p. 116 f. LA: «Appenzell A. Rh. in der Militärkapitulationsfrage».

³³⁵ Prot. d. NR, 1849 – Dezember – 13., Verlesung des Beschlusses des Kantonsrates von Solothurn (v. 9. Oktober).

³³⁶ Justizdep., Schutz der Bundesverfassung-Mil.kap.en-Aufhebung 1849 – 53: Petition der in Neapel wohnenden Schweizer vom Juni 1849 und Begleitbrief des Generalkonsuls Mörikofer vom 18. Juni.

³³⁷ Prot. des BR, 1849 – Bd. 3, Juni – 22.: Mitteilung St. Gallens betr. Repressalien gegen die Schweiz durch Neapel.

³³⁸ Prot. d. NR, 1850 – Dezember – 6., Ablehnung des Antrages auf Übernahme der finanziellen Folgen durch den Bund, soweit jene sich auf Grund des Werbver-

ders groteske Formen ergaben sich dort, wo er zwischen seinen Idealen und den Interessen des eigenen Kantons zu wählen hatte. Dies war beispielsweise der Fall bei Bern. Seinem mehrheitlich radikal gesinnten Großen Rat wäre es zugekommen, das Berner Regiment in Neapel aufzulösen. Es fehlte nicht an Stimmen, die die Finanzfrage als bedeutungslos hinstellten, mit der Behauptung, die meisten Söldner kämen ja doch nicht zurück. Trotzdem kam nur ein Werbverbot zustande, an dem der Gedanke mitwirkte, das Regiment von innen heraus auszuhöhlen, ohne einen offenen Vertragsbruch zu begehen, der es dem König offensichtlicher erlaubt hätte, seine Entschädigungspflicht abzustreiten. Außerdem war die Mehrheit im stillen des Willens, die unbequeme, volle Verantwortung den breiten Schultern des Bundes aufzubürden. Als der Bundesrat in Vollziehung des Bundesbeschlusses vom 20. Juni den Kantonen das Werbverbot und die grundsätzliche Aufhebung der Kapitulationen mitteilte, die kapitulierten Stände gleichzeitig um ein Einvernehmen über die Verwirklichung und die Entschädigungsfrage ersuchend, war es der Regierungsrat des Kantons Bern, der die ihm in allererster Linie zustehende moralische Verpflichtung, eine solche Konferenz zu arrangieren und zu leiten, bestritt, und dem Bundesrat die Initiative in die Schuhe schob ³³⁹. Auch das Pathos des freiburgischen Werbverbotes vom 6. Juni 1849 klang sehr fragwürdig, wenn man es mit der gegenseitigen Überbürdungspolitik verglich ³⁴⁰. Dieselbe Methode eignete sich das Parlament an. Im Vergleich zur Leidenschaft des Rufes, das Feuer zu löschen, muß die Handhabung der Löschgeräte zaudernd genannt werden. Während man immer neuen Einladungen an den Bundesrat, den erfolglosen Weg fortzusetzen, oder Bericht zu erstatten, zustimmte, wies man jeden Vorschlag, der eine grundlegende Änderung hätte herbeiführen sollen, konsequent ab. So kam es weder zu einer Preisgabe des zweifelhaften Werbverbotes, noch zu einer grundsätzlichen Aufhebung des Auflösungsdekretes, noch zu einer wesentlichen Verschärfung der Bundesgewalt oder der Strafbestimmungen. Rückten

botes ergeben hätten, mit 61 : 33 Stimmen. Unter den Ablehnenden befanden sich Eiferer wie Eytel, Frei, Hofmann, Stämpfli und Schneider.

³³⁹ Prot. des BR, 1849 – Juli – 6.: Zuschrift der Berner Regierung,

1. Der Bundesrat möge durch seinen Handelsagenten in Neapel den Bestand des 4. Regiments ausfindig machen.
2. Er möge die Initiative zur Konferenz der kapitulierten Stände ergreifen und den Vorsitz führen.

Der zweite Punkt wird vom BR abgelehnt. Vgl. dazu den Entwurf der Antwort, verfaßt von Bundesrat Furrer, BA-A III 10:

«Ferner liegt es in unserer Stellung, auf dem allgemeinen Standpunkt zu bleiben und nicht von vorn herein an Beratungen einzelner Stände Theil zu nehmen, welche in gewissen Beziehungen vielleicht besondere Interessen haben.»

³⁴⁰ BA-A III 10, 6. Juni 1849: Staatsrat von Freiburg an den Bundesrat.

die Radikalen die Hoffnung in den Vordergrund, es würden nicht allzuvielen aus Neapel zurückkommen, so hielt man ihnen entgegen, daß ein solches Ergebnis ja den Zielen der neuen Schweiz und ihren Fremddienstmaßnahmen direkt widerspräche³⁴¹. Hoben sie dem neapolitanischen König gegenüber die unbedingte Entschädigungspflicht hervor, so glaubten die Liberalen, daß der Bruch eines Vertrages den Brechenden nicht berechtige, sich zuungunsten des Partners auf die soeben ungültig erklärten Vertragsklauseln zu berufen³⁴². Wurde der Bundesrat allzu deutlich gedrängt, die Kapitulationen nun einmal aufzuheben, so konnte er darauf hinweisen, daß ihm dieses Recht nicht zustehe, da der Auftrag vom 20. Juni 1849 lediglich gelaute, sich mit den Kantonen über die Aufhebung zu verständigen, diese aber meist abweisend geantwortet hätten. Erklärte man, daß das Werbverbot doch manchem Kriegsgelüste den Riegel gestoßen, so ließ sich zeigen, daß nicht nur neue Korps entstanden waren, sondern daß die Werbungen nun nahe der Schweizer Grenze im Ausland vor sich gingen, wobei die frühere Kontrolle der Kantone und des Bundes völlig ausgeschaltet wurde. Jedes Jahr aber, in dem die Regimenter in Neapel weiterbestanden, sprach der modernen Auffassung der schweizerischen Politik Hohn, berechtigter als zur Zeit, wo nur einzelne Kantone die Verantwortung getragen hatten. Vorher hatte sich der Bund mit dem Hinweis auf die Verfassung gegen Angriffe verwahren können. Mit dem 20. Juni 1849 hatte er das alte, ihm widerstehende Erbe den Instanzen, welche es bis zu seinem Ende – mit Ausnahme Berns und Freiburgs – wohl verwaltet haben würden, grundsätzlich entzogen, mit der Erklärung von dessen Unverträglichkeit mit der Würde und der Ehre der Schweiz einerseits, anderseits mit der Erläuterung, daß er es freiwillig nicht zu vernichten gedenke... Weder Freunde noch Gegner des Verbotes aber waren in ihrer Mehrheit zu bewegen, dem Unding auf eigene Kosten ein Ziel zu setzen.

Der Zustand wurde auch dadurch unhaltbar, als ihm eine Reihe sekundärer Schwierigkeiten innewohnte, welche zu bemeistern Bund und Kantone sich gegenseitig in den Arm fielen.

Mit der Kontrolle des Werbverbotes mußten die Kantone betraut werden, da ihnen hierin die Polizeigewalt und das Strafrecht zustand.

³⁴¹ NZZ, 1849 – Mai – 30., Nr. 150, p. 667.

³⁴² NZZ, v. Anm. 341, mit Spitze gegen den Waadtländer Nationalrat Eytel und den Basellandschäftler NR Dr. Frey: «Es nahm sich in der Tat etwas abenteuerlich aus, wenn man im Nationalrate mit großem Eifer sich bemühte, Rechte für die kapitulierten Truppen herzuleiten aus einzelnen Bestimmungen derjenigen Verträge, welche man im nämlichen Augenblick wegen ihres unsittlichen Zweckes für ungültig zu erklären und zu brechen beantragte.»

Diese aber hatten teilweise ein materielles Interesse, daß die Korps in Neapel oder die Freischaren für bevorzugte Staaten unterhalten blieben. Da nur die aktive Werbung (das ist das Anwerben), nicht aber die passive Werbung (das ist das Anwerben lassen) verboten war, konnte das Reislaufen sich nach wie vor abwickeln, aber nicht in dem Rahmen, in dem dies früher in aller Ordnung vor sich gegangen war. So konnten einflußreiche Persönlichkeiten dank ihren Beziehungen in fremde Dienste treten, während der kleine Mann, vielleicht unter dem Druck der Arbeitslosigkeit Handgeld nehmend, völlig auf sich allein angewiesen war ³⁴³. Werber und Polizisten trieben ein wendiges Katz-und-Maus-Spiel, wobei die letzteren öfters den kürzeren zogen ³⁴⁴. Wie sollten sie im einzelnen Fall wissen, was Werbung, was Einladung, was Mitteilung oder was bloße Erzählung war? Konnte man den, der über den besten Weg nach Como oder Feldkirch Auskunft wußte, schon einer verbotenen Handlung schuldig erklären? Besonders unhaltbar wurde die Lage um die Mitte dieser Epoche (1855), als die Massenabwanderungen in die neue großbritannische Schweizerlegion und in die französischen Dienste begannen. Da es sich nicht um «mordlustige Blutsöldner» handelte, sondern der Krieg einem «hehren Ziel» galt, ließ beispielsweise das radikale Bern solchen Werbungen ihren Lauf. Als die konservative Partei den Bundesrat um gleiche Ellenlänge bat, blieb diesem nichts anderes übrig, als auf den Umstand zu verweisen, daß das Polizeiwesen Sache der Kantone sei, die sich in der Befolgung der Bundesvorschrift nicht immer die nötige Mühe gäben. Klopfte man bei einem Kanton an, so bemerkte dieser, daß ein Einschreiten keinen Sinn habe, da diese Werbungen ja unter den Augen des Bundes organisiert würden ³⁴⁵. Aus diesem Grunde konnte sich der eidgenössische Generalstab am Vorabend eines drohenden Treffens der Schweiz mit Preußen in auffallender Weise lichten.

Diese Unordnung war umso bedenklicher, als sie das schweizerische Prestige im Ausland beinahe so stark belastete wie die frühere Ordnung. Nicht ganz zu Unrecht bat die Regierung des Großherzogtums Baden die Schweiz, vor der eigenen Türe zu wischen, als sie vom Bundesrat aufgefordert wurde, die Werbungen für Holland unter den aus England zurückgekehrten Söldnern auf ihrem Gebiet nicht zu

³⁴³ vgl. z. B. Bundespräsident Ochsenbeins Eintritt in französische Dienste.

³⁴⁴ BA-Fr. KD-Holland: Polizeidirektion Baselstadt an Justiz- und Polizeidepartement, 1. und 5. Mai 1857.

³⁴⁵ Schw.Z. 1855 – Juni – 23., Nr. 142, p. 565 (zitiert BZ): Die kantonale Polizei meine, man könne die Sache ja doch nicht hindern, da die Werbungen (für England und Frankreich 1855) in der ganzen Schweiz unter den Augen des Bundesrates offen betrieben werden.

dulden³⁴⁶. Obwohl der Polizeidirektor Basels einem geharnischten Artikel der «Karlsruher Zeitung» energisch entgegentrat, mußte er doch nach Bern melden, daß man «um dieser verdammten Geschichte willen in einem täglichen Krieg begriffen» sei³⁴⁷.

Durch alle Lager hindurch festigte sich die Einsicht, daß eine befriedigendere Lösung gesucht werden müsse. Schon 1849 war im Ständerat geäußert worden, ein ehrlicher Beschluß, die Kapitulationen aufzuheben, sei einem zweideutigen Gesetz vorzuziehen³⁴⁸. 1855 leitete der Berner Nationalrat Gonzenbach mit einem Antrag auf striktere Handhabung des Werbverbotes oder dann auf eine den Söldner schützende Kapitulation eine kleine gewaltsame Aufklärung ein, welche mit dem Ergebnis endete, daß das Parlament dem Bundesrat eine schärfere Bewachung, als es bisher geschehen, nahelegte³⁴⁹. Dasselbe Ergebnis lag 1858 am Schluß der Beratung des bundesrätlichen Geschäftsberichtes³⁵⁰ vor. Über die Lösung waren die ihre Notwendigkeit Betonenden zu verschiedener Meinung, als daß sich dem Bundesrat eine andere als die sehr elastische der bisher geübten hätte zuweisen lassen.

Das dem Bund 1849 zugebilligte Interventionsrecht war mitverantwortlich, daß die Regimenter, als mehrere Kapitulationen erloschen, nicht zurückkehrten, indem ihre Chefs mit der neapolitanischen Regierung auf eigene Faust neue Verträge schlossen. Durch die eidgenössischen Interventionen waren die Kantone in ihrer Verantwortung für die Regimenter entlastet worden. Da der Art. 11 nicht die Bildung neuer Schweizerkorps im Ausland verbot, sondern nur den Abschluß neuer Bundes- und Kantonskapitulationen, fehlte der Eidgenossenschaft andererseits die eindeutige Kompetenz, den Obersten ihre Verträge zu untersagen. Neben dem fehlenden Einfluß auf die Regimenter, den die kapitulierten Kantone wohl entschiedener und wirksamer hätten geltend machen können, hinderte ihn wiederum die Wirtschaftslage, für die vielen Hunderte von Rückwanderern besorgt zu sein.

³⁴⁶ BA-Fr. Mil. d., Holland: Aus der Antwort der badischen Regierung vom 22. Mai auf die Reklamationen des Bundesrates vom 20. März: Das Ordnungssystem im Söldnerwesen müsse in Baden «daher so lange gerechtfertigt erscheinen, als sich die Verhältnisse nicht in der Schweiz selbst ändern und letztere nicht nur den Eintritt ihrer Angehörigen in fremde Kriegsdienste zu verbieten, sondern auch das schon bestehende Werbverbot nach allen Seiten und unter allen Umständen wirksam durchzuführen in der Lage sein» werde.

³⁴⁷ v. Anm. 346.

³⁴⁸ Votum Blattner, BZ, 1849 – Juni – 10., Nr. 161, p. 2.

³⁴⁹ NR-Protokoll, 1855 – Juli – 4.

³⁵⁰ StR-Protokoll, 1858 – Juli – 7., Nr. 63.

Wenn der schweizerische Liberalismus in diesen Jahren eine Linie verfolgen konnte, die seinem innersten Wesen entsprach, so war dies unter anderm dem Umstand zuzuschreiben, daß der ihm innewohnenden gesunden Spannung zwischen Etatismus und individueller Freiheit ein Gleichmaß entströmte, welches seine Politik in dieser Frage weit wirklichkeitsnaher, erd- und existenzgebundener machte, als die des Radikalismus. Es wurde schon gezeigt, daß er aus der neapolitanischen Frage kein Existenzproblem machte, wie die vom menschlichen Standpunkt aus verständliche, vom Gesamtstaat aus gesehen schädliche Aufregung des Radikalismus. Den besten Beitrag, den er der neuen, auch ihm willkommenen, freien Völkerwelt zu leisten glaubte, erblickte er in einer Konsolidierung des Erworbenen, in der Konzentration der schweizerischen Kraft auf den Weiterbau des Gebäudes, dessen festes Fundament nun einmal die Bundesverfassung zu bieten hatte. «Man verlangt von uns Grundsätze, wir antworten: Es brennt. Kommt mit den Theorien in einer ruhigeren Zeit, jetzt müssen wir handeln, ja handeln, nicht in den Tag hinein, aber für den Tag. Wir können nicht fragen, wieviel uns von der neuen Ordnung gefällt, sondern müssen sie schützen, wie sie ist, wenn wir überhaupt Ordnung wollen . . . Wir müssen die Republik der Majoritäten stützen, die Republik, welche alle großen Interessen des Landes und Volkes gleich sehr berücksichtigt³⁵¹.» Mit diesen Worten stellte sich die neue Redaktion der «Neuen Zürcher Zeitung» am 26. Juni 1849 der Leserschaft vor. Vor allem aus schien es den Liberalen grundsätzlich fehlerhaft, die schweizerische Politik so nachhaltig auf die Zeitströmungen einzustellen, wie dies der Radikalismus tat. Scharf geißelte die «Neue Zürcher Zeitung» öfters den «Klubbismus», sauber unterscheidend zwischen der Völkersolidarität als einem Ideal, und einer verantwortungsbewußten, nüchternen Schweizerpolitik der Wirklichkeit³⁵². Viel helllichtiger als der Radikalismus erkannte die liberale Bewegung, daß ein Kleinstaat nur bestehen kann, wenn er an den Prinzipien, die er sich gab, auch unter schwierigen Umständen festhält. Für ihn bestand Volkssouveränität nicht in der Verpflichtung, jedem Wink einer Zeitung oder einer Petition zuliebe die Verfassung

³⁵¹ NZZ, 1849 – Juni – 26., Nr. 177, p. 789.

³⁵² NZZ, 1849 – Juni – 30., Nr. 181, p. 807.

NZZ, 1849 – Juli – 21., Nr. 202, p. 897.

NZZ, 1849 – September – 9., Nr. 202, p. 1108.

NZZ, 1849 – August – 12., Nr. 224, p. 990.

Charakteristisch das Votum des Berners Oberst Kurz im bernischen Großen Rat: «Ich für meine Person möchte keine Verträge mit Königen abschließen; aber sind diese einmal geschlossen, so möchte ich sie auch halten» usw. (Tagblatt des GR des Kt. Bern, 1849 – Juni – 1.).

in Frage zu stellen, und das parlamentarische Leben durch perpetuelle Debatten über Verfassungsrevisionen in den Zustand der Impotenz versinken zu lassen. Außerdem ging ihm das Ausschließliche und Doktrinäre, das den ideologisch beschwingten Radikalismus in Fieber stürzte, ab. Seiner Sache sicher, wollte er dem Einzelnen die Freiheit, über seine Person im Rahmen der Verfassung und der Ansprüche des Vaterlandes verfügen zu dürfen, nicht rauben. Bedeutend besser als der Radikalismus ertrug er anderes Denken und andere Lebensformen. So war der Widerspruch, den der Liberalismus mit der deutlich festgehaltenen Ablehnung und der gleichzeitigen Duldung der Fremdenregimenter aufwies, nur ein scheinbarer. Zunächst blieb er sich damit den seit 1831 gefolgtten Richtlinien treu. Sämtliche Regenerationsverfassungen hatten ja den Abschluß neuer Kapitulationen untersagt, allfällig bestehende aber garantiert. Revisionskommission und Tag-satzung von 1848, beide mehrheitlich radikal-liberal, hatten bei der Beratung der neuen Bundesverfassung diese Linie ausdrücklich auch für den Gesamtbund verbindlich erklärt. Zudem diente sie dem eigentlichen Zweck, der endlichen Abschaffung des Söldnerwesens besser, als der radikale Aufruf zur Beteiligung an den von ihm gutgeheißenen Feldzügen im Ausland. Sie beschränkte das Kapitulationswesen auf einen kleinen, der Existenz der Schweiz ungefährlichen Nebenraum des Zeitgeschehens, behielt es und seine Nachzügler aber dort fest unter den Augen, immer in der Voraussicht seiner nahen Beendigung. Die sich langsam auslebende Lust am Kriegshandwerk konnte hier in scharfer Umgrenzung zum Wohl vieler, zum Schaden weniger, geruhsam verebben. Für die Pensionierung der Beteiligten war nach Verfluß der Dienste ein ausländischer Staat verantwortlich, während die Schweiz ihre Geldmittel zum Aufbau der eigenen Wirtschaft und Landesverteidigung verwenden konnte. Eine saubere Trennung der Kompetenzen sicherte sowohl dem Bund wie den beteiligten Kantonen innerhalb eines festgefügtten Rahmens volle Handlungsfreiheit, so daß sich die Lösung dieses jahrhundertealten Problems ziemlich befriedigend hätte ergeben müssen. Ganz anders der Radikalismus. Mit der Erklärung von 1849, die Kapitulationen verträgen sich mit der Ehre und Würde der Eidgenossen nicht, setzte er zunächst sich selbst, als einem der Hauptverantwortlichen für die Entstehung der neuen Bundesverfassung, welche die angegriffenen Institutionen der Vergangenheit duldete, ins Unrecht. Seinen maßlosen Ausfällen gegen die Fürsten stand die von ihm empfohlene großbritannische Legion im Dienste Seiner Majestät, des Königs von England, gegenüber, sowie der Eintritt prominenter Parteimitglieder in die einem Kaiser unterstehende französische Fremdenlegion. Er war es, der mit der Ansicht,

die fremden Dienste in Neapel seien mit der Humanität unvereinbar, gleichzeitig die Hoffnung verband, der größte Teil der Neapolitaner würde nach einer Aufhebung der Verträge in Neapel verbleiben. Mit dem Hinweis auf die neutralitätswidrige Duldung fremder Truppen im Königreich beider Sizilien vereinte er die Propaganda für die Völkersolidarität, die zu gegebener Stunde ein Ende der Neutralität verlange. Allein, eine so große, durchschlagende und im ganzen fördernde Bewegung mußte ja auch ihre Schattenseiten haben.

Mutet die radikale Haltung in dieser Frage zerfahren und inkonsequent an, so erhalten wir von der Gegenseite, dem Konservatismus, ein etwas geschlosseneres, wenn auch nicht in jeder Beziehung überzeugendes Bild. Zunächst lebten auch bei der sogenannten Beharrungspartei die Bedenken gegenüber den fremden Diensten an sich in verstärktem Maß weiter. Die Opposition war ja so alt wie ihr Objekt selbst und nicht erst vom Radikalismus geboren worden. Die fortschrittlicheren Konservativen wären einverstanden gewesen mit der Lösung, die die Bundesverfassung getroffen hatte³⁵³. Als diese aber nicht nur mißachtet, sondern in ihrer Wirkung verschlimmbessert wurde, besannen sie sich auf ihre angefochtene Stellung innerhalb der politischen Gruppierung und fingen an, über die neuerliche Bedrohung der Kantonssouveränität³⁵⁴, der Verfassungsgarantien, der schützenden Bestimmungen für die Wohlfahrt der Söldner ängstlicher zu wachen³⁵⁵. So vermittelte auch diese Haltung ein seltsames Bild: Die konservative Verteidigung der Söldnerdienste galt häufig weniger diesen, als den mit ihnen bedrohten Verfassungsgrundsätzen. Daher war die Abwehr nicht so wirkungsvoll, wie sie wohl geworden wäre, wenn alle Konservativen die fremden Dienste an sich aus innerster Überzeugung bejaht hätten, wie Segesser. Im Berner Großen Rat beschränkte sie sich in erster Linie auf die Verteidigung der Ehre der Söldner, worin sie sich gelegentlich mit Äußerungen deckte, die, parteimäßig betrachtet, einem andern Lager entstammten³⁵⁶. Es war gewissermaßen ein Stück Bewußtsein alter, militärischer Tradition, die manchen betagten oder jungen Offizier, dessen Sympathie durchaus

³⁵³ Schw.Z. 1859 – Juli – 25., Nr. 165, p. 657.

³⁵⁴ vgl. den zusammenfassenden Bericht über die Tagsatzungsverhandlungen vom 30. Mai 1848 im «Erzähler», 1848 – Juni – 2., Nr. 44, p. 238: Kantone wie Solothurn, Uri, Unterwalden, Wallis u. a. hätten die Kapitulationen mißbilligt, sich anderseits erlaubt, die Kantonsrechte vorzubehalten.

Schw.Z. 1849 – Dezember – 4., Nr. 280, p. 116 f.: Der Referent der Nationalratsverhandlungen zur Solddienstfrage spricht von der «überflutenden Bundesgewalt».

³⁵⁵ Gonzenbach, Rede, v. p. 225.

³⁵⁶ Tagblatt des GR des Kt. Bern, 1849 – Juni – 1. Vgl. daraus die Voten Straubs, Heilmanns, Gysis.

der neuen Schweiz gehörte, das Wort ergreifen ließ³⁵⁷. Im ganzen gestaltete sich die konservative Verteidigung in den Räten nicht kräftig und entschieden genug, um der aufgeregten Stimmung in den Linksbänken den Wind aus den Segeln zu nehmen. Nur ab und zu geschah es, daß sich bei einem altertümlichen Redner vollendete Diktion und innerste Überzeugung in einem grundlegenden, geschlossenen Votum zugunsten der Kriegsdienste verbanden. Diese wenigen Reden waren jeweils Meisterstücke, die noch heute erhaben, einsam und würdig aus den vielen platten Tagesvoten des schweizerischen Parlamentarismus des vergangenen Jahrhunderts aufragen. Für einen Augenblick schwieg dann die Rabulistik, um sich einer wohl durchdachten politischen Linie zu beugen, hinter welcher eine Ethik zu verspüren war, die den guten und schlechten Ideen der Revolution das Gewicht einer unzeitgemäßen, aber eindrucklichen Überlieferung an die Seite stellte³⁵⁸.

Etwas von diesem altschweizerischen, in einer erd- und herdverbundenen Überlieferung wurzelnden Konservatismus läßt sich in der Presse bei der «Schwyzer Zeitung» feststellen. Sie scheute sich nicht, eine gewisse Unzeitgemäßheit der Kapitulationen offen zuzugeben³⁵⁹, konnte sich aber mit der Auslegung und Handhabung geschriebenen Rechts je nach Wunsch und Konvenienz nicht befreunden³⁶⁰. Ihr schien die grundsätzliche Unvereinbarkeit der Kapitulationen mit den Fundamenten eines demokratischen Freistaates nicht erwiesen. «Was sich durch Jahrhunderte *vertragen* hat, kann durch augenblicklichen Federzug nicht als unverträglich erklärt werden³⁶¹.» Habe die Tagsatzung ihre Oberhoheit auch gegenüber den Militärkapitulationen geltend gemacht, so sei dies nicht zu vergleichen mit den Beschlußergebnissen «des modernen Absolutismus der Mehrheiten³⁶²», da die Tagsatzungsentscheide das Resultat des freiwilligen Eingeständnisses ihrer Mitglieder gewesen³⁶³. Was überdies die neapolitanischen Verträge anbelange, hätten die Stände zum Zeitpunkt des Abschlusses in völliger Unabhängigkeit von seiten der Bundesgewalt gehandelt. Die Anwendung von Analogien aber setze das Vorhandensein unveränderter Rechtsstellungen voraus. Bedauerlich sei, daß die Bundesverfassung keine Appellationsmöglichkeit der Kantone an ein unab-

³⁵⁷ Tagblatt des GR des Kt. Bern, Votum Oberst Straub, Belp, und Schluß der Rede von Oberst Kurz (1849 – Juni – 1.).

³⁵⁸ v. Anm. 355.

³⁵⁹ Schw.Z. 1849 – Juli – 14., Nr. 161, p. 641.

³⁶⁰ Schw.Z. 1855 – Juni – 6., Nr. 128, p. 509.

³⁶¹ Schw.Z. 1849 – Juli – 13., Nr. 160, p. 637 f.

³⁶² v. Anm. 361.

³⁶³ v. Anm. 361.

hängiges Bundesgericht gewährleiste, das die Kompetenzfrage abzuklären hätte. Eine Schadenersatzklage ließe sich zwar stellen, doch könne man sich davon nicht zu viel versprechen, da die Richter meistens aus der Mitte der Bundesversammlung stammten, die in dieser Sache ja selbst Partei sei ³⁶⁴.

Vollends überrascht steht die Zeitung dem radikalen Verhalten während den englischen und französischen Werbungen von 1855 gegenüber. Sie erinnert an den feierlichen Einleitungsabschnitt des Werbverbotes von 1849 und an dessen strenge Handhabung gegenüber den Anwerbungen Roms und Neapels ³⁶⁵. In St. Gallen habe die bloße Vermutung, bestimmte Bürger möchten an diesen beteiligt sein, zu unangekündigten, nächtlichen Verhaftungen geführt. Nun, da Frankreich und England «ihre Schleusen» öffneten, verwandelten sich Offiziere aller Grade und Gegenden zu Reisläufern, und in der Bundesstadt fänden öffentliche Werbungen statt. Blätter, die vor kurzem gegen das Reislaufen gedonnert, publizierten und empfahlen Kapitulationsbedingungen und stempelten sich zu Lockvögeln der verbotenen Werbungen. «... und die Wächter des Gesetzes und der Schweizerehre sehen nichts und hören nichts, trotz dem Geschrei nach Kanonenfutter, trotz dem Säbelgeklirr, trotz den einherstolzierenden roten Hosen und Röcken! Und doch bestehen die Werbverbote jetzt noch in aller Kraft! Wie soll im Volk Achtung vor Gesetz und Obrigkeit, diesen Grundpfeilern der Republik, erhalten werden, wenn von oben herab solches Beispiel gegeben wird ³⁶⁶?» Der «Bund» ärgere sich über die vielen Desertionen aus der französischen Legion, welche den «alten Ruhm der Schweizertreue» beeinträchtigten. Er habe recht, dürfe sich aber nicht wundern: «Die Schweizertreue ward verletzt, als durch das Machtgebot der Bundesversammlung die Kapitulationsverträge mit Neapel gebrochen wurden und nun werden die Deserteurs gerechnet haben: durften die ‚Wägsten und Besten der Nation‘ das im Großen, warum sollten wir es nicht im Kleinen tun dürfen? ... Eine schlimme Moral, aber, wie man sieht, gar nicht ohne Logik ³⁶⁷.» Das Wagnis des englischen Werbkomitees, an hohe Militärbeamtungen der Kantone, d. h. an Stellen, die ex officio zur Aufrechterhaltung des gesetzlichen Zustandes verpflichtet sind, Werbzirkulare zu senden, lasse Bedeutsames für die Achtung der Schweiz seitens des «befreundeten» Auslandes ahnen. Wo bleibe die feierlich proklamierte Neutralität, wenn die eidgenössische Fahne über den Schlachtfeldern Europas einherwehe? «Entweder Werbverbot für alle, oder für keine, das war der ehrenhafte Ausweg. Man hat nicht wollen und trage nun

³⁶⁴ Schw.Z. 1849 – Juli – 14., Nr. 161, p. 641.

³⁶⁵ v. Anm. 360.

³⁶⁶ v. Anm. 360.

³⁶⁷ v. Anm. 360.

auch die Verantwortlichkeit^{368.}» Ebenso unverständlich erschien es der «Churer Zeitung», daß dem englischen Gesandten Gordon, der die Werbungen in Gang gesetzt hatte, in Chur durch eine Militärmusik ein Ständchen gebracht werden konnte: «Einen armen Teufel wegen Werbung ins Loch zu stecken und eine Excellenz dagegen wegen Werbung zu fetieren – das geht schlechterdings nicht^{369.}» Mit der Behauptung des «Oberländer Anzeigers», «wie es jetzt zugeht, so ist bereits eine solche Demoralisation in dieser Sache eingetreten, daß abgeholfen werden muß^{370.}», begann das konservative Unbehagen Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Zustandes vorzubereiten. Der Wunsch nach einer gründlichen Reform gipfelte, wie bereits gezeigt wurde, in einem parlamentarischen Antrag Gonzenbachs auf Verschärfung der Strafbestimmungen oder Freigebung des gesamten Werbewesens im ganzen Gebiet der Schweiz. Konsequente Anhänger der fremden Kriegsdienste empfahlen lediglich die Aufhebung des Werbverbotes^{371.}, während andere, die mehr das Tagesgeschehen beachteten, oder glaubten, das Rad lasse sich nicht rückwärts drehen, nur auf eine exaktere Handhabung des Verbotes drangen^{372.} Selbst der radikale «Nouvelliste Vaudois» ließ seine Berner Kollegen diesmal im Stich: «Nous exprimons l'espoir que l'invitation ci-dessus (Beschluß des Nationalrates, den Bundesrat einzuladen, das Werbverbot scharf durchzuführen und für eine entsprechende Befolgung in den Kantonen zu sorgen) produira son effet. L'honneur du nom suisse sera mieux sauvegardé par une répression rigoureuse des enrôlements que par le rétablissement tacite de services militaires étrangers, qui ne l'ont que trop compromis^{373.}»

Trotzdem ist nicht zu leugnen, daß die geistige, politische und wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz sich auch in diesem Zeitraum um einen spürbaren Ruck von den Bedingungen, die den auswärtigen Diensten vormals zu Gevatter standen, entfernte. Die neue Schweiz war bürgerlicher Art, ihr Hauptinteresse galt allen friedlichen Bestrebungen des schweizerischen Staatswesens. Der Fall der kantonalen Schranken, die Bewegungsfreiheit, welche den Wirtschaftskreisen mit der Bundesverfassung eingeräumt worden, half einen ungeahnten Aufschwung der Industrie befördern. Die Aus-

³⁶⁸ v. Anm. 360.

³⁶⁹ Schw.Z. 1855 – Juni – 5., Nr. 127, p. 508.

³⁷⁰ Schw.Z. 1855 – Juni – 12., Nr. 132, p. 525. – Zu den britischen Werbungen vgl.: Hoffmann, Georg: Die großbritannische Schweizerlegion im Krimkrieg, Werbung und Schicksal. 1942.

³⁷¹ NR-Prot., 1855 – Juli – 4., Antrag Segesser (8 Stimmen).

³⁷² NR-Prot., 1855 – Juli – 4., Antrag Gonzenbach (13 Stimmen).

³⁷³ NV, 1855 – August – 4., Nr. 93, p. 1.

wanderung, obwohl anfänglich schlecht organisiert, gestaltete sich später mit behördlicher Unterstützung zu einem neuen «Abzugskanal» der Übervölkerung³⁷⁴. Der Aufbau der neuen Bundesarmee absorbierte den militärischen Hang weitgehend und verschaffte ihm unter einem andern Vorzeichen ein neues, mächtiges Betätigungsfeld. Die große Erweiterung der schweizerischen Kleinstädte führte auch in der Schweiz zur Bildung jener Bevölkerungszentren, die infolge Wachstums der Industrie und rascheren Verbrauches der Lebenskraft stets wieder Nachschub vom Lande ansaugen. Im Ausland folgte der Ablösung der Söldnerheere durch nationale Truppen ein Absinken des Interesses an Fremdenregimentern³⁷⁵. Gleichzeitig verlor das allgemeine Bewußtsein den Sinn für freiwillige Kriegsdienste immer stärker. Neben den Radikalen, die nur den politisch gefärbten Auslandsdienst gelten ließen, davon aber durch die Nachteile eines nichtkapitulierten, kein Privileg gewährenden Dienstes mehr und mehr abgeschreckt wurden, marschierte die große Zahl derer, die mit der Weltanschauung der Regenerationszeit aufgewachsen waren und in dem festen Boden der neuen schweizerischen Handels- und Industrieblüte wurzelten. Von den Wänden ihrer Räume blickte kein ordungsgeschmückter, kriegstapferer Vorfahr herunter, und der Name ihres Vaters stand nicht in den vergilbten Blättern der spanischen, französischen, holländischen oder neapolitanischen Kriegsschöpfung.

Das zeitgenössische Schrifttum blieb solchen Einflüssen nicht entzogen. Die Broschüren zur Heeresreform beispielsweise wandten sich nun einheitlicher gegen die Übertragung von Formen stehender Heere auf die inländische Milizarmee und erachteten vor allem den ausländischen Wacht- und Paradedienst als schädliches Vorbild für die eigene Truppe. Andererseits empfahlen sie vermehrt die Abordnung einheimischer Stabsoffiziere an die europäischen Kriegsschauplätze, um die Besonderheiten in der fremden Kriegsführung und in der Organisation eines großen Verbandes für die eigenen Bedürfnisse auszuwerten. Mit dem Bedauern über die in neueren Dienstreglementen fortgesetzten, kriegsuntüchtigen Vorschriften der alten Schweiz verbanden sie den Hinweis, daß jene Reglemente von auswärtig gedienten Schweizeroffizieren geschrieben worden seien, deren unzulängliche Ausbildung durch die Bravour der Schweizerkompagnien vertuscht worden sei³⁷⁶.

Auch im Ausland war das Verständnis für die alte Form der schwei-

³⁷⁴ v. p. 173, Anm. 138.

³⁷⁵ vgl. das Urteil der str. Kommissionsmehrheit im Gutachten zur bundesrätlichen Werbvorlage. BBL, 1859-II Nr. 46, p. 467 ff.

³⁷⁶ Das schweizerische Heerwesen, 1859, p. 28.

zerischen Auswanderung schon längst nicht mehr in vollem Maße vorhanden. Nicht immer trat dies nur zutage, wenn schweizerische Formationen mit national-liberalen Aufständischen zusammenstießen; oft wurde ohne äußern Anlaß gegen das schweizerische Söldnerwesen losgezogen. 1850 erschienen in London die «*Observations on the social and political state of the European people in 1848 and 1849*», verfaßt vom freisinnigen Schottländer Samuel Laing (the Elder), die unter anderm die Schweiz mit dem Tirol folgendermaßen verglichen: «*The Swiss have been too long the ready servants of whoever will pay them, and want the appearance of self-respect and of the capability of elevated sentiment*»³⁷⁷.» Acht Jahre früher hatte das Urteil des Verfassers noch viel günstiger gelautet. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß diese Veränderung mit der Diskussion von 1848/1849 im Zusammenhang steht. Ein ähnliches Zerrbild hatte 1846 ein englischer Reisender in seinen in London veröffentlichten Erinnerungen vermittelt³⁷⁸. Er und viele andere, die in England damals gelesen wurden, verraten, daß das Ausland mit den Besonderheiten der eidgenössischen Geschichte wenig vertraut gemacht wurde, daß vor allem der Schutz der Kantonssouveränität in bezug auf die noch bestehenden Kapitulationen übersehen wurde, indem man wohl die Schweizer von andern Völkern, nicht aber ihre bunte Vielfalt an Standesgruppen und Verfassungen unterschied.

Mehr Verständnis war in der ausländischen Historiographie anzutreffen. 1854 erschien in Paris die «*Histoire des Troupes Etrangères au service de France depuis leur origine jusqu'à nos jours*», verfaßt von Eugène Fieffé. Das Werk betrachtete das schweizerische Söldnerwesen hauptsächlich vom Gesichtspunkt seines Nutzens für Frankreich. Oft war in der Schweiz schon die Klage über französische Undankbarkeit laut geworden: Dieses Buch sprach nun auch dem französischen Schweizersoldaten den Dank und die Anerkennung des Königreichs aus: «*Pour nous, que l'impartialité et la justice doivent seules animer, n'hésitons pas à le dire: nous ne voyons dans ces défenseurs désespérés de la monarchie en péril, que de braves soldats qui ont le mérite d'être fidèles à leur serment et de rester calmes devant*

³⁷⁷ XV, p. 386.

³⁷⁸ John W. Massie, DD, *Recollections of a Tour. A Summer Ramble in Belgium, Germany and Switzerland*. London 1846. In *Switzerland 1844*: «*What a degeneracy for the race of patriotic Swiss, whose ancestry had sought and found liberty among the inaccessible crags and fastness of their own loved lands, to be paid guardsmen, the pampered menials, and helmeted and armed defenders of despots and national plunderers, till, by the most reckless and grinding oppression, they had driven myriads into fierce and parricidal sanguinary and convulsive warfare.*»

la mort. D'où qu'il vienne, et quelle soit la cause qui l'inspire, le dévouement n'est-il pas toujours une vertu ³⁷⁹?» Auch in der Schweiz senkte sich der Schleier der Verklärung jetzt rascher auf den verbleichenden Dienst. Neben den Werken, welche die jüngsten Taten der neapolitanischen Regimenter besangen ³⁸⁰, widmeten sich andere älteren Schicksalen, früheren Gestalten im Auslandsdienst ³⁸¹. Die Schönheiten jener Tradition, durch die Ereignisse der Gegenwart unwirklicher geworden, begannen in Schriften weiterzuleben, die den Schweizersöldner auch dem zwanzigsten Jahrhundert nahebrachten, oft mit einem Schimmer von Bewunderung und Glorie umgeben, den tatsächlichen Verhältnissen mit mehr oder weniger Treue folgend.

Die radikale Historiographie zeigte sich in jenen Jahren der soldienstgeschichtlichen Erscheinung gegenüber unversöhnlich. Sie blieb stark beeinflußt von dem Bestreben, die jüngsten Entwicklungen zu rechtfertigen und verschmähte es teilweise auch nicht, ihren Standpunkt hinsichtlich elastischer Neutralität aus den Lehren der Geschichte verständlich zu machen. Es lohnt sich, hier eines Mannes zu gedenken, der in mehr als einer Hinsicht das typisch Radikale verkörperte: Gustav Vogts. Sein Vater stammte aus Hessen. Seit 1817 Professor der Rechte in Gießen, wurde er 1835 an die Berner Hochschule berufen, wo der Sohn zum Doktor promovierte. Dieser frühzeitige Mitarbeiter Stämpflis an der «Berner Zeitung» übernahm 1850 für vier Jahre die Hauptredaktion. 1869 Rektor der Universität Bern, dozierte er 1870–1901 demokratisches Staatsrecht an der Universität Zürich. In seiner Studie «Zur Geschichte der schweizerischen Neutralität ³⁸²» ging es ihm darum, aufzuzeigen, daß die radikalen Tendenzen der Sympathiepolitik gegenüber dem Ausland ein altes Element der Schweizergeschichte gewesen seien, das man heute, den Händen des Patriziates oder der konfessionellen Parteien entrissen, für die Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit wiederum gebrauchen müsse. «Diese fremden Kriegsdienste sind ursprünglich nicht anderes gewesen, als die dem kriegerischen Sinn der Nation angemessenen Äußerungen ihrer Anteilnahme an den europäischen Händeln, die natürliche Gegenströmung gegen den Indifferentismus des Bundes, der Beweis, daß sich die Schweiz der Propaganda der Gedanken nicht verschloß . . . ³⁸³» Durch diese Dienste sei die Eidgenossenschaft in inniger Beziehung mit der Bewegung der Geister in Europa geblieben,

³⁷⁹ Tom. I, Introduction, p. XI.

³⁸⁰ v. Literaturverzeichnis.

³⁸¹ v. Literaturverzeichnis.

³⁸² Gedruckt 1862.

³⁸³ Vogt, Zur Geschichte, p. 113.

die sie nicht zum morschen Kadaver werden ließ, der wie Venedig oder Genua nur des Anstoßes bedurfte, um auseinanderzufallen. Die systematische Ausbeutung durch Frankreich und der Egoismus der herrschenden Familien habe dann den Dienst immer stärker von seinen politischen Grundlagen entfernt und ihn zu einem Geldgeschäft entwürdigt. Dadurch seien die Selbständigkeit, die ökonomische Entwicklung und sozialen Verhältnisse sehr beeinträchtigt worden. «Überall der Kern der Armeen und nie den Ruhm ihrer kriegerischen Tüchtigkeit befleckend, entzogen die schweizerischen Truppen dem eigenen Lande die wahre Stütze, den einzig zuverlässigen Rückhalt einer selbstbewußten und würdevollen Politik gegen Außen. Die konfessionellen Sonderbünde opferten die Unabhängigkeit der Nation wenigstens um des Prinzips willen, und das Resultat war immerhin nicht so schlimm als die Tendenzen; mit den kapitulierten Diensten dagegen schnitt man dieser Unabhängigkeit weit tiefer ins Mark, und nicht einer Idee zuliebe, die augenblicklich höheren Wert zu haben schien, sondern um egoistischer Motive willen und um einer zu Gewohnheit gewordenen Unsitte nicht entsagen zu müssen. Darin freilich waren die Kapitulationen jenen konfessionellen Sonderbündnissen ähnlich, daß sie, lediglich von den Kantonen geschlossen, mächtig genug waren, jeden Kanton in Sonderverhältnissen zu auswärtigen Mächten festzuhalten und so eine Einigung und Befestigung des Bundes zu verhindern³⁸⁴.» Nun erst sei die Neutralität zum Schlagwort geworden, um die Schwächen und Blößen der innern Konstitution zu verbergen, und ungestört die Wehrkraft ins Ausland verhandeln zu können. «Das sind, in großen Zügen geschildert, die Grundlagen der schweizerischen Neutralität gewesen; sie war nicht die freigewählte Maxime einer gegen außen wahrhaft selbständigen, durch ihre Verfassung festgeschlossenen Nation, sondern die faule Frucht der faulen Zustände im eidgenössischen Bunde³⁸⁵...» Mit dem heutigen Völkerrecht, das jeden Staat zum eigenen Herrn seiner Wehrkräfte erkläre, und für jedes Auftreten bewaffneter Korps den Staat, dem diese angehörten, verantwortlich mache und im Kriegszustand befindlich erkläre, sofern seine Angehörigen in derartigen Gruppen kämpften, sei die Zeit der alten Kapitulationen zu Ende gegangen. Das Bündnis der Schweiz mit Frankreich (1798) und dasjenige mit den Alliierten von 1815 ließen erkennen, daß ein Abgehen vom Neutralitätsprinzip unter gewissen Umständen notwendig sei: «Ich denke, wir können aus diesen Tatsachen nur *Einen* Schluß ziehen, den nämlich, daß es noch andere, höhere Gesetze für die Staaten gibt, als dasjenige ihrer völ-

³⁸⁴ Vogt, Zur Geschichte, p. 120/121.

³⁸⁵ Vogt, Zur Geschichte, p. 123.

kerrechtlichen Unabhängigkeit, daß der Grundsatz der Neutralität und Nichtintervention, den man sich selbst als Zügel anlegt, andern als Schild entgegenhält, nie mächtig genug ist, um in den großen Wendepunkten der geschichtlichen Entwicklung Bewegungen von sich fern zu halten, welche die gesamte zivilisierte Gesellschaft zu ergreifen bestimmt sind; daß in solchen Momenten, wo der neue Geist das bestehende Recht unter den Staaten überall aus den Fugen treibt und sich neue Satzungen aufbaut, es nur *Eine* Politik gibt, die den Staat erhalten kann: nicht die einer beschaulichen, kalten Parteilosigkeit, sondern ein unumwundenes Eingehen in die neue Zeit, sei es durch Anpassung der inneren Konstitutionen, sei es durch Eintritt in äußere Kämpfe und Mühen ³⁸⁶.»

Wie Stämpfli, betrachtet auch Vogt die schweizerische Vergangenheit hauptsächlich von der Gegenwart aus, jene nicht in vorgefaßter Absicht, sondern befangen in den staats-theoretischen Maßstäben der französischen Revolutionsideen öfters schief oder falsch interpretierend. Von hier aus läßt sich die Behauptung Stämpflis, die ersten Fremddienste hätten «idealen» Zwecken gedient, verstehen: Sie waren nach Stämpfli politischer Art, den Beitrag der Eidgenossenschaft zu bestimmten, von ihr gewünschten politischen Entwicklungen in Europa repräsentierend, sie waren nicht das reine «Geldgeschäft» der Aristokratien des 17. und 18. Jahrhunderts. Im Interesse eines beständigen Fortschrittes nicht nur der Sache der Völker, sondern auch der schweizerischen Nation, erachtete der Linksradikalismus die wohlwollende, befreundeten Nationen Werbungen gestattende Neutralität unter gewissen Voraussetzungen für notwendig. Nicht das Prinzip der individuellen Freiheit, sondern eine politisch-staatliche Idee, wie sie etwa der Gedanke der Völkersouveränität darstellte, fielen somit beim Radikalen in bezug auf die Fortsetzung der auswärtigen Dienste ins Gewicht. Die fremden Dienste waren nur so weit eine alte Unsitte, als sie für den einzelnen nicht das Bewußtsein einer Sendung, einer Mission, einer politischen Idee umschlossen, sondern nur Beruf, Gelderwerb, Fortkommen und Reisen bedeuteten.

³⁸⁶ Vogt, Zur Geschichte, p. 130.

III. DER BUNDESBESCHLUSS VON 1859 UND SEINE FOLGEN

1. Die italienische Erregung und die schweizerische Öffentlichkeit

Der Sommer des Jahres 1859 ist nicht dadurch bedeutsam geworden, daß er dem fremden Kriegsdienst der Schweizer ein endgültiges Ziel setzte, sondern durch den Beschluß und die Folgen eines Bundesgesetzes, das dem Schweizerbürger unter Androhung gewichtiger Strafen verbot, ohne Erlaubnis des Bundesrates, der eine solche Bewilligung nur zum Zweck der militärischen Ausbildung erteilen durfte, *in andere als die nationalen Truppen eines Fremdstaates* einzutreten¹. Obgleich die Wirkung des Gesetzes hinsichtlich der tatsächlichen Verminderung der Zahl der auswärts Dienenden nicht unterschätzt werden darf, liegt doch die Bedeutung des neuen Dekretes vorwiegend in der Preisgabe des bisher noch aufrecht erhaltenen Grundsatzes, daß wohl der Werber, nicht aber der Angeworbene einer strafbaren Handlung zu zeihen sei.

Der Sturm, der dem Bundesbeschluß vorausging, sah seiner Entstehung und Entwicklung nach demjenigen von 1848/1849 sehr ähnlich. Wie damals stand das erneute Aufflackern der Opposition mit den Vorgängen in ganz Europa in engem Zusammenhang, so daß sich füglich behaupten läßt, auch das Jahr 1859 hätte den ungeklärten Zustand im Werbungswesen und in den Auslandsdiensten fort dauern lassen, wäre nicht ein Anstoß zur Revision von außen gekommen. Wie zehn Jahre früher kam die Polemik aus Italien, entfachte im Tessin und im Lager der schweizerischen Radikalen das Feuer, wurde genährt durch die Bedrohungen der Italienschweizer und entzündete durch Petitionen und Pressekampagnen einen Sturm, dem die Mehrheit des Parlamentes nicht zu widerstehen vermochte. Wieder bildete

¹ Der Inhalt dieses Bundesgesetzes wird manchenorts falsch wiedergegeben. So im Hist.-biogr. Lexikon, Bd. III, p. 320 und in Bauer, Marianne: Die italienische Einigung . . . Basel, 1944, p. 118/119. – Vgl. Schneider, H.: Gesch. des schweizer. B. Staates. 1931, p. 535–545.

die Revolution und die Einigung Italiens den großen, die entschlossene Bewältigung einer aufrührerischen Stadt den kleinen Rahmen. Ausschlaggebend wurde allerdings ein Ereignis, das in Ausmaß und Wirkung seltene, ähnliche Begebenheiten in der Geschichte des schweizerischen Solddienstes in den Schatten stellte: Der Zerfall der Eintracht der letzten neapolitanischen Schweizerregimenter.

Zu Beginn des Jahres hätte niemand vermutet, daß die Diskussion um die Söldnerdienste so rasch wieder die Spalten der Presse füllen und die Gemüter neuerdings in Wallung versetzen könnte. Die politische Aufmerksamkeit der Behörden und der Öffentlichkeit beschäftigte sich mit Frankreich und Österreich, mit der tessinischen Bistumsfrage, mit Savoyen und dem Dappental^{1a}. Verhalten, zunächst beobachtend richtete sich der Blick auf das drohende Treffen des westlichen und des östlichen Nachbars; die schweizerische Wirtschaft widmete ihre Aufmerksamkeit allerhand Verkehrsproblemen² und der mächtig aufblühenden Industrie³. Noch am 26. Januar bezeichnete die «Neue Zürcher Zeitung» den Schwalbenschwanz (Kleidungsstück des schweizerischen Soldatenrockes), das Dappental und die Säuberung der Presse, nicht aber die fremden Kriegsdienste als «große Fragen der Gegenwart⁴», und in seiner Schlußrede kennzeichnete Nationalratspräsident Stehlin aus Basel die verflossene Wintersession mit der Bemerkung, sie habe sich ungeteilt der Sorge für die gedeihliche Entwicklung innerer Zustände widmen können, da keine außerordentlichen Ereignisse ihre Aufmerksamkeit anderswie in Anspruch genommen⁵. Auch der Pressebericht über eine Sondersitzung zur politischen Lage wie das dazugehörige Protokoll enthalten keinerlei Anhaltspunkte, daß anfangs März die Frage der fremden Dienste im Schoß des Bundesrates diskutiert worden wäre⁶, vielmehr bezog sich die Diskussion um die Neutralität bei den Behörden und in der Presse auf die Stellung der Schweiz gegenüber Nordsavoyen für den Fall eines österreichisch-französischen Konfliktes⁷. Das Schicksal der italienischen Einigung erregte das Interesse zunächst nicht bis zur Leidenschaft, da es durch den Zwist zweier Großmächte beschattet wurde⁸,

^{1a} BZ, April-Nummern.

² NZZ, 1859 – Januar – 9., p. 35, und Januar – 14., p. 55.

³ op. cit., erste Hälfte Januar, Nr. 1–15.

⁴ Nr. 26, p. 101.

⁵ op. cit., Nr. 32, p. 123.

⁶ op. cit., März – 8., Nr. 67, p. 267, Berner Korr. vom 5. März.

⁷ Bauer, Marianne: Die italienische Einigung im Spiegel der schweizerischen Öffentlichkeit, 1859–1861. Basel, 1944, p. 11 ff.

⁸ vgl. dazu Bauer, op. cit., p. 25.

angesichts dessen die schweizerische Öffentlichkeit wie der Bundesrat im Gedanken an die strikte Wahrung der Neutralität durch das Mittel der eigenen Bewaffnung sich einig fanden. Auch die gelegentlichen Meldungen aus dem Gebiet des Werbewesens erschienen zuerst nichts anderes als kleine Grenzzwischenfälle, die sich seit der elastischen Interpretation des Werbverbotes immer wieder zwischen den verschiedenen Ansichten abgespielt hatten⁹. Dennoch gab es schon frühzeitig Symptome dafür, daß ein fruchtbarer Boden neuer revolutionärer Saat harnte, und es nur einer Regung brauchte, um die radikale Opposition wiederum zum Leben zu erwecken: «Die Jahre dumpfer Ruhe, welche auf die europäische Reaktion gefolgt und von Absolutisten, Ultramontanen, Orthodoxen, Pietisten, und wie sie alle heißen mögen die Sünder gegen den heiligen Geist der Freiheit, für ihre selbstsüchtigen und engherzigen Pläne ausgebeutet worden sind, scheinen vorüberzugehen, und bald dürfte zur Wahrheit werden das Dichterwort:

«Wenn es oben faul geworden,
Wo die Krone blühen soll,
Greift hinab die Weltgeschichte
In die Erde tief und voll,
Und sie formt in frischem Schachte,
Wo der Geist des Volkes schafft
Aus dem Mark granitner Stärke
Eine grosse Menschenkraft¹⁰»,

hieß es im Leitartikel der «Berner Zeitung» vom 6. Februar, betitelt «Aristokraten und Demokraten». Noch unmißverständlicher klang es aus Genf, dem von gouvernementalen Kreisen der Deutschschweiz früher und später der Vorwurf gemacht wurde, es lasse es an aufrichtiger Zuneigung zur Eidgenossenschaft und der Bundesverfassung fehlen (lockere Handhabung des Werbverbotes zugunsten der Piemontesen): «Das wäre ein sonderbarer Patriotismus, welcher darin bestände, selbst mitzuschlafen, nur um den Schlummer des Nachbarn nicht zu stören!... Was wir wollen, ist der immerwährende, nie rastende Fortschritt, die beständigen Verbesserungen... Wir wollen besonders nicht jenen übersättigten und mit Gütern vollgestopften Menschen gleichen, welche nicht begreifen, wie ihre Nebenmenschen Hunger und Frost empfinden können, sondern im Gegenteil allen Völkern Unterstützung leihen, welche nach jenem heiligen Rechte sich sehnen, nach der Freiheit, ohne uns hinter politischer und lokaler

⁹ NZZ, 1859 – Januar – 23., Nr. 23, p. 91. – op. cit., Februar – 13., Nr. 44, p. 173. – Februar – 27., Nr. 58, p. 230.

¹⁰ Nr. 31, p. 1.

Selbstsucht zu verschanzen ¹¹.» Mit der Zuspitzung der Lage im April vollzog sich die Scheidung deutlicher. Im Tessin überflutete die Begeisterung für die Sache Italiens das übliche Neutralitätsbewußtsein dermaßen, daß der Bundesrat im Mai veranlaßt wurde, die Kontrolle der sardinischen Dampfer (auf allfällig mit Ausfuhrverbot belegte Waffen) und die Internierung der Flüchtlinge von Bundes wegen vornehmen zu lassen ¹². Immerhin, es unterstützte nur die «Revue de Genève» die temperamentvolle Verteidigung der «Democrazia» ¹³. Am frühesten machte sich das Wetterleuchten um die fremden Dienste in der sardinischen Presse bemerkbar, indem der Turiner «Independent» am 8. März in seiner Besprechung der bundesrätlichen Neutralitätsbeschlüsse die Bemerkung mitlaufen ließ, man hätte erwarten können, der Bundesrat hätte die Rückberufung der Schweizer in Rom und Neapel für den Fall der Teilnahme dieser Staaten am Krieg auf österreichischer Seite vorgesehen ¹⁴. Aber noch die am 5. Mai im Ständerat behandelte Botschaft des Bundesrates betreffend die Stellung der Eidgenossenschaft bei der gegenwärtigen Lage Europas befaßte sich mit den Werbungen auf herkömmliche Art, indem sie wieder einmal darauf hinwies, daß dem Werbverbot von einigen Ständen ungenügende Beachtung geschenkt werde ¹⁵. Auch der Kommissionsreferent, Ständerat Dubs, betrachtete die Frage abgelöst von den Korps in Neapel und im Kirchenstaat und nur von ihrer allgemeinen Bedeutung für die schweizerische Neutralität aus. «Ist auch anzunehmen, daß vaterländische Wehrmänner in einer Zeit, wo das eigene Vaterland in Gefahr kommen kann, die Verleitung in Söldnerdienste verächtlich zurückweisen werden, so wird gegenüber den verstärkten Reizmitteln verschärfte Wachsamkeit der Behörden doch Not tun.» Falls die jetzt stärker zu beanspruchende Rücksicht auf Gesamtinteressen jenen Kantonen keine «ernste Mahnung zur Pflichterfüllung» wären, sollte der Bundesrat kräftigere Maßregeln einführen, um die Handhabung des Verbotes «nach allen Seiten hin» durchzusetzen ¹⁶. Polemisch wertete dagegen die «Democrazia» die sardinischen Pressebemerkungen aus, indem sie den Vorwürfen diesseits der Alpen, die Tessiner dächten nicht als Schweizer, entgegenhielt: «Mit viel mehr Recht könnten wir unsern Anklägern sagen: Ihr seid keine Schweizer, ... denn ... ihr gefährdet die Sicherheit der Eidgenossenschaft und zer-

¹¹ Der Ausschuß der Helvetia (Komitee der Genfer Sektion) an die Mitglieder dieses patriotischen Vereins in der Schweiz. Genf, 1. März 1859, p. 11, 14.

¹² Bauer, op. cit., p. 15.

¹³ Bauer, op. cit., p. 17.

¹⁴ NZZ, 1859 – März – 14., Nr. 73, p. 290.

¹⁵ NZZ, 1859 – Mai – 7., Nr. 127, p. 507.

¹⁶ NZZ, 1859 – Mai – 9., Nr. 129. Abdruck des Berichtes im Wortlaut.

nichtet auf immer deren Ehre, indem ihr eine Menge Soldaten des Bundeskontingents gleich Ochsen an die abscheulichen Höfe von Rom und Neapel verkauft ¹⁷!» Mit weitem Artikeln dieser Art lud sie einen Teil der Verantwortung für das italienische Mißverständnis hinsichtlich der Zusammensetzung der päpstlichen Schweizerregimenter und deren Stellung zur Schweiz auf ihre Schultern ¹⁸. Da die fremden Truppen seit zehn Jahren einer antineutralen Gruppe zur taktischen Argumentation gedient, bemerkte die «Neue Zürcher Zeitung» nur, sie betrachte den Ausbruch der «Democrazia» lediglich als Beweis dafür, daß es Oberst Bontems mit seiner Mission zur Handhabung der Neutralität im Tessin ernst meine ¹⁹. Sie konnte nicht wissen, daß schon zwei Tage vor dieser kühlen Entgegnung der zündende Funke ins Pulverfaß geschlagen. Am 12. Mai hatte sich, römischen Berichten zufolge, durch die Aggressivität einiger Bürger gegen eine Gruppe von Unteroffizieren der päpstlichen Fremdstuppen hervorgerufen, in Cesena ein blutiges Treffen zwischen diesen und den revoltierenden Bürgern abgespielt, die mit der Wiederherstellung der Ruhe durch die Truppe endete ²⁰. Dieser Vorfall, der mit der Schweiz nicht das geringste zu tun hatte, da die päpstlichen Fremdenregimenter aus Angehörigen mehrerer Nationen und nicht nur aus Schweizern bestanden, diente nun der sardinischen Presse (die Regierung muß davon Kenntnis gehabt haben) zum Vorwand, ihrer Entrüstung über die schweizerische Neutralitätspolitik in ganz besonderer Weise Luft zu verschaffen ²¹. Sie fand in Oberitalien dazu die höchste psychologische Bereitschaft, da aus Schweizer Zeitungen angebliche Bemühungen des römischen Schweizerobersten Schmid, aus Innerschweizern ein drittes päpstliches Fremdenregiment zu bilden, bekannt geworden waren ²², während die aus Neapel und Mittelitalien zurückkehrenden Schweizerringelndner sich nur zögernd um großzügiges Handgeld für die Sache Sardiniens gewinnen ließen ²³. Selbst der offizielle «Monitore Toscano» benützte die Berichte über jenen Vorfall zur Eröffnung einer allgemein gehaltenen Schweizerhetze ²⁴. Ähnlich wie 1849, womöglich mit noch weniger Berechtigung, war die Schweiz dazu aus-

¹⁷ NZZ, 1859 – Mai – 14., Nr. 134, p. 533.

¹⁸ NZZ, 1859 – Juli – 3., Nr. 184, p. 735.

¹⁹ NZZ, 1859 – Mai – 14., Nr. 134, p. 533.

²⁰ NZZ, 1859 – Mai – 23., p. 571.

Maag, op. cit., p. 409.

²¹ Bauer, op. cit., p. 55. Pressezensur in Sardinien!

²² NZZ, 1859 – April – 15., Nr. 105, p. 418. – April – 27., Nr. 117, p. 467.

Maag, op. cit., p. 409.

²³ NZZ, 1859 – März – 24., Nr. 83, p. 331. – NZZ, 1859 – Mai – 31., Nr. 151, p. 603.

Eine anderslautende Meldung im Journal de Genève, laut NZZ, 1859 – Juni – 14., Nr. 165, p. 659.

²⁴ Maag, op. cit., p. 409.

ersehen, der Aufregung über die Schwierigkeiten, welche die italienische Revolution zu bemeistern hatte, als Blitzableiter zu dienen. Wie nach dem 15. Mai 1848 wurde die Schweizer Presse anfänglich über-rumpelt (obschon frühzeitig eine römische, wesentlich günstigere Version nach der Schweiz gedrungen war). «Des Ruhmes, mittelst einer rohen Soldateska das Leben unglücklicher, nach Freiheit dürstender Italiener gemordet zu haben, sind leider nur zu viele Schweizer-Republikaner!! – teilhaftig geworden», schrieb sogar der Einsiedler Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» am 23. Mai ²⁵. Besonders heftig breitete sich die Erregung naturgemäß im Kanton Tessin aus. «Je verschlossener und abstoßender die hiesige Bevölkerung sich gegen uns verhält, desto enger schließen wir ‚Schweizer‘ uns aneinander», wußte daraufhin ein Angehöriger des Zürcher Bataillons aus Lugano zu melden ²⁶. Die Presseagitation versetzte Mittel- und Norditalien in eine so große Leidenschaftlichkeit ²⁷, daß am 26. Mai hundertvierunddreissig Schweizer aus Florenz in einer Eingabe den Bundesrat baten, er möchte für eine entsprechende Aufklärung, vor allem in bezug auf die Verwechslung der Papst- und Neapelregimenter mit schweizerischen Kapitulationskorps, besorgt sein, da infolge des Irrtums die ganze schweizerische Nation beschuldigt werde, und die zivilen Schweizer in Italien um Leben und Gut bangen müßten ²⁸. Damit war die Öffentlichkeit wiederum äußerst empfänglich für die Diskussion der Fremddienste, der Bundesrat aber zu Maßnahmen angeregt worden, welche sich andernfalls wohl kaum aufgedrängt hätten.

Mitten in diese Spannungen hinein platzte Ende Juni die Nachricht von der Erstürmung der aufständischen Stadt Perugia durch das erste päpstliche Fremdenregiment, dessen Kommandant der schon erwähnte Oberst Schmid von Uri war ²⁹. Am darauffolgenden Tag erschien in Turin ein offizielles Bulletin, das die Nachricht in doppelter Hinsicht falsch verbreitete. Mit der Behauptung, die Schweizer hätten geplündert, Frauen, Kinder und Unschuldige ermordet, erweckte es den Eindruck, als ob eine friedliche Bürgerschaft entsetzlichen, durch Schweizertruppen vollzogenen Mißhandlungen ausgesetzt worden sei ³⁰. Das eine wie das andere stimmte mit der Wahrheit nicht überein ³¹, erzeugte aber in Piemont, in der Toscana, in Modena und in der Lombardei, wo man vergeblich eine elastische, schweizeri-

²⁵ NZZ, 1859 – Mai – 27., Nr. 147, p. 586.

²⁶ NZZ, 1859 – Mai – 29., Nr. 149, p. 593.

²⁷ NZZ, 1859 – Juni – 11., Nr. 162, p. 645.

²⁸ Maag, op. cit., p. 408.

²⁹ Die Einnahme von Perugia geschah am 20. Juni.

³⁰ NZZ, 1859 – Juni – 24., Nr. 175, p. 699.

³¹ vgl. JdG, 1859, Nr. 154 und JdG, 1859, Juli – 22., Nr. 171, p. 3.

sche Neutralität erwartet hatte ^{31a}, eine so gefährliche Lage für die dort angesiedelten Schweizer, daß der Bundesrat, am 24. Juni vom Konsulat in Livorno über die Empörung benachrichtigt, sich bei der sardinischen Regierung zu beschweren beschloß ³². Mit einer einzigen Ausnahme aber drangen die Berichtigungen der Schweizerkonsuln in der aufgeregten Presse der Städte und Dorfschaften Oberitaliens nicht durch ³³, so daß die Schweizer in großen Teilen Italiens von da an bis zur neapolitanischen Fahnenmeuterei in Handel und Wandel, auf Steg und Weg geächtet, bedroht, ja selbst überfallen und mißhandelt wurden ³⁴. Dies neue Italien, dessen Leitung nicht nur gegen besseres Wissen die Hetzereien schürte ³⁵, sondern sich auch von der Mailänderproklamation, welche die Tessiner zum Anschluß an Italien aufforderte (27. Juni), nicht genügend zu distanzieren vermochte ³⁶, konnte den schweizerischen Liberalismus um so weniger begeistern, als den selbstbewußten, schweizerischen Aufbau das zerfahrene Revolutionswesen der Italiener schon hie und da eigenartig berührt hatte: «Die beste Lebensversicherung der fremden Soldtruppen in Italien waren bis dahin jene Freiheitshelden, welche . . . die Faust im Sacke machen und ihre Tapferkeit in Briefen und Zeitungsartikeln bekunden. Der Himmel mag Italien vor solchem Schutz behüten», schrieb die «Neue Zürcher Zeitung» am 1. Heumonat ³⁷. Allbereits aber ertönte aus Schweizerkreisen in Italien der Ruf, jeden Angehörigen, der in ausländische Militärdienste trete, des Bürgerrechts verlustig zu erklären, indem das das einzige Mittel sei, das der Schweiz übrig bleibe, dieser Schmach ein Ende zu setzen, da die italienische Bevölkerung allen Berichtigungen gegenüber taub bleibe ³⁸. Die italienische Pressepolemik, deren Folgen sich durch keine wahrheitsgetreuen Korrekturen ausmerzen ließen, bestärkte den Bundesrat in seiner Absicht, beim Parlament eine demonstrative Geste zu erwirken, deren Billigung infolge der Fahnenmeuterei in Neapel entschiedener und leichter verlangt werden sollte, als man erwartet hatte.

^{31a} BBl 1859 – II, p. 469: Bericht der ständerätlichen Kommissionsmehrheit.

³² Maag, op. cit., p. 412.

³³ Maag, op. cit., p. 413.

³⁴ Maag, op. cit., p. 413 f. – NZZ, 1859 – Juli – 3., Nr. 184, p. 735 bzw. 731. Die Zeitung «Galignani» veröffentlichte eine Mitteilung aus Genua, wonach die dortige Presse melde, daß die Frage, ob die Schweizer als vogelfrei zu behandeln seien, debattiert worden sei (NZZ, 1859 – Juli – 1., Nr. 182, p. 727).

³⁵ Maag, op. cit., p. 413. – Nach den Richtigstellungen des Bundesrates erschien in Turin ein weiteres Bulletin, das gegen die «Schweizersöldner» hetzte.

³⁶ Bauer, op. cit., p. 54 f.

³⁷ Nr. 182, p. 726. Entgegnung auf einen anonymen Brief aus Florenz, der ironisch in Zürich anfrag, ob die schweizerische Lebensversicherung für Militärpersonen auch auf die italienischen Schweizersoldaten Anwendung finde.

³⁸ NZZ, 1859 – Juli – 1., Nr. 182, p. 735, bzw. 731, Korr. aus Turin vom 28. Juni.

Da die italienischen Angriffe sich nicht nur gegen die päpstlichen, sondern auch gegen die neapolitanischen Fremdenregimenter richteten, diente bereits die erste Reaktion in der Schweiz anfangs Juni der Abklärung, wie weit die Schweiz für die Existenz und die Tätigkeit jener Truppen verantwortlich gemacht werden könne. Mit wenigen Ausnahmen lehnte die schweizerische Presse speziell die anstoß-erregende Bezeichnung als unbegründet ab. Die neapolitanischen Regimenter, wie die päpstlichen Einheiten, ließen sich auf keine Staatsverträge mehr zurückführen; lediglich die neapolitanischen Kapitulationen Uri, Unterwaldens und Appenzell-Innerrhodens gingen erst am 15. Juni zu Ende³⁹. Der Bundesrat war daher in der Lage, eine gesamtschweizerische Verantwortung noch eindeutiger als 1849 zu verneinen und erließ am 6. Juni ein zur Aufklärung dienendes Schreiben an die Italienkonsulate der Schweiz⁴⁰. Darin wurde auch auf das Werbverbot verwiesen, das infolge ungenügender Unterstützung durch die Nachbarstaaten allerdings nicht hinlänglich wirksam sei⁴¹. Dann gab der Bundesrat bekannt, daß den Gerüchten über neuere Werbungen in der Innerschweiz volle Beachtung zuteil werde und eine Übertretung des Werbverbotes niemals geduldet würde. Schließlich teilte er mit, daß einzelne freiwillige Übertritte in fremde Dienste nicht geahndet werden könnten, «da es nicht in der Macht der schweizerischen Behörden liegt, den freien Willen der einzelnen Individuen in der Weise zu beschränken⁴²». Auch die Befugnis anderer Staaten erstreckte sich nicht so weit; «denn es ist unwiderleglich, daß gerade bei den jetzt in Italien sich feindlich gegenüber stehenden Nationen hüben und drüben zahlreiche Parteigänger sich befinden, welche nicht den kriegführenden Völkern angehören⁴³». Diese Anschauung fand bei der «Neuen Zürcher Zeitung» entschiedene Unterstützung. Am 9. Juni vertrat sie in einem Leitartikel «Der fremde Dienst in Italien» ebenfalls die Meinung, die Schweiz habe zur Behinderung des Söldnerwesens getan, was sie als Staat leisten konnte, die fortgesetzten Beschuldigungen trafen sie nicht. Die Antipathien der italienischen Nationalpartei ließen sich zwar wohl begreifen. Die fremden Kriegsdienste widersprächen in der Tat der ganzen Zeitrichtung und unterlägen dem Haß, der das System verfolge, zu dessen Schutz sie organisiert worden. Doch erscheine es nicht ganz ausgeschlossen, daß eine erfolgreiche italienische Union über kurz oder

³⁹ Maag, *op. cit.*, p. 409.

⁴⁰ Maag, *op. cit.*, p. 11, teilweise im Wortlaut. – NZZ, 1859 – Juni – 30., Nr. 181, p. 720, im Wortlaut.

⁴¹ NZZ, 1859 – Juni – 30., Nr. 181, p. 720.

⁴² v. Anm. 41.

⁴³ v. Anm. 41.

lang die Verteidigung ihrer Grenzen ebenfalls fremden Truppen anzuvertrauen im Fall wäre, und die Wahrscheinlichkeit, daß auch die Fremdenregimenter zu Neapel in den Dienst der Nation berufen werden könnten, sei groß. Unversehens könnten die Antipathien wiederum in Sympathien umschlagen, und das Söldnerhandwerk als solches zu Ehren kommen. Damit solle keineswegs den früheren schweizerischen Kapitulationen das Wort gesprochen werden, aber «das Dienstnehmen ist für den Schweizer ein Akt der persönlichen Freiheit, das sollten die Italiener nicht übersehen und nicht den Behörden auf Rechnung schreiben, was in der Natur der Dinge liegt⁴⁴». Gleicher Meinung war auch der konservative «Oberländer Anzeiger», doch wies er die Verantwortung der Eidgenossenschaft noch mit einem weiteren Argument ab, dessen Spitze weniger gegen Italien, als gegen die Bundesbehörden gerichtet war: Er bestritt der Schweiz nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Kompetenz, sich auf die Frage der Regimenter weiter einzulassen, da sie durch ihre frühere Einmischung das Möglichste getan und damit das Recht eingebüßt habe, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Habe sie durch den Bruch des Vertrages deren Rechte mißachtet, dürfe sie die Regimenter konsequenterweise auch in andern Fällen nicht mehr ernst nehmen. Noch viel kräftiger wandte sich das Blatt gegen eine allfällige Beschneidung der individuellen Dienstnahme: «Zwar sucht der Bund durch Werbverbote einen möglichst hemmenden Einfluß auszuüben, allein vergeblich; die Werber darf man wohl strafen, aber nimmermehr die sich werben Lassenden, so lange wenigstens dem Schweizer noch das Recht der Selbstbestimmung, seine persönliche Freiheit, bleibt, d. h. so lange der Schweizer kein *Sklave* ist⁴⁵!» Eigentlich hätte die italienische Revolution vor der eigenen Türe zu scheuern; denn Italien laborierte mit Hilfe eines fremden Despoten, der die Freiheit «in seinem eigenen Lande von den Kanonen wegblasen» ließ, an seiner Befreiung, während es die Fremdenregimenter Neapels und Roms als unbequeme Stützen der legitimen Ordnung angreife. – Differenzierter reagierte die schweizerische Presse auf die italienischen Vorgänge nach der Einnahme von Perugia. Diese wurde gewissermaßen zum Prüfstein, wie weit die schweizerische Öffentlichkeit den Ratschlag der «Neuen Zürcher Zeitung», die italienische Frage mit kaltem Blut zu behandeln, zu befolgen geneigt war. Während der radikale «Handelskurier» Repressivmaßnahmen gegen die Angeworbenen verlangte⁴⁶ und einstweilen hoffte, «daß die Horde von Perugia . . . der aufwogenden

⁴⁴ NZZ, 1859 – Juni – 9., Nr. 160, p. 663.

⁴⁵ OA, 1859 – Juni – 15., Nr. 71, p. 1.

⁴⁶ Nr. 171, und zwar laut OA, 1859 – Juli – 3., Nr. 79, p. 1.

Volkserbitterung erliege und kaum ein Bote mehr nach Rom, der Babelstadt, kehre, um zu verkündigen, wo seine Spießgesellen den Lohn ihrer Taten empfangen haben», war das ebenfalls radikale «Seeländer Blatt» der Meinung, daß es für jene Truppen keinen ehrenhafteren Ausweg gebe, als unter allen Umständen ihrem Fahneneid treu zu bleiben⁴⁷. Entgegen ihrer zu Beginn des Jahres vertretenen Haltung rückte die «Berner Zeitung» nun, scheinbar unter dem Eindruck der Mailänder Proklamation vom 27. Juni, ihre Abneigung gegen die Auswüchse der italienischen Hetze in den Vordergrund: «Natürlich müssen wir den Italienern so gut wie jedem andern Volke das Recht einräumen, im glücklichen Besitze gründlicher Krakehler sein zu dürfen . . . Mehrere italienische Blätter schlagen den giftigsten Ton gegen die Schweiz an, wobei man nicht weiss, was mehr anzustaunen ist, die knabenhafte Ignoranz oder die raffiniert berechnende Böswilligkeit⁴⁸.» Bis zum 28. Juli enthielt sich diese Zeitung jeder polemischen Äusserung gegenüber dem italienischen Dienst, und nicht einmal Perugia vermochte sie aus der Ruhe aufzuscheuchen.

Ließ sich schon die radikale Presse nicht durchwegs erschrecken, so machte sich in der liberalen die Vorsicht gegenüber den italienischen Behauptungen noch vollends breit. Der «Bund» gab zu, daß die unglückselige Stellung jener Fremdenregimenter, welche die Erbschaft der ehemaligen Schweizertruppen angetreten, infolge des Krieges manche Verlegenheit für die Schweiz habe erwarten lassen, da in der Tat ein wesentlicher Teil jener Mannschaften, vor allem aber die Kommandanten, Schweizer seien. Trotzdem hätte man es zur Ehre des italienischen Namens und der schönen Sache, für welche augenblicklich auf der lombardischen Ebene so viel kostbares Blut vergossen werde, nicht vorauszusetzen gewagt, daß der «vornehme und niedere Pöbel» der toskanischen und lombardischen Städte sich dadurch zu Ausschreitungen gegen die dort niedergelassenen Schweizer würde verleiten lassen. Zur einzigen Entschuldigung diene, daß sie von Menschen herrührten, «welche es vorziehen, bei Sorbet und Kaffee zu radomontiren, statt auf dem Felde der Ehre neben Franzosen und Piemontesen für die heilige Sache der Freiheit einzustehen⁴⁹.» Lebhaft wirkten die Erinnerungen an 1848 nach, wenn der «Bund» zu den Vorfällen seine Bedenken anmeldet: «Wir sind schon so sehr an italienische Übertreibungen gewöhnt, uns sind ganz gleiche Einstellungen, welche man 1848 über die Schweizerregimenter in Neapel, in leidenschaftlicher Verkennung der bei Strassenkämpfen unver-

⁴⁷ OA, 1859 – Juli – 3., Nr. 79, p. 1.

⁴⁸ BZ, 1859 – Juni – 29., Nr. 152, p. 3.

⁴⁹ Bund, 1859 – Juni – 30., Nr. 178, p. 509.

meidlichen Zufällen, ausbreitete, noch in zu lebhafter Erinnerung, als daß wir nicht das Recht hätten zu sagen: es müssen ganz andere Beweise vorliegen, ehe wir jene barbarischen Blutszenen für etwas anderes als für Erzeugnisse einer aufgeregten Phantasie halten sollen⁵⁰.» In einer Nachschrift bricht das Temperament des selbst in fremden Diensten geschulten Redaktors vollends durch: «Richtig erfährt man auch seither, daß aus den Häusern siedendes Öl auf die Soldaten gegossen wurde. Welche Armee der Welt hätte da nicht geputzt⁵¹?» In einer spätern Nummer verdeutlichte dieselbe Zeitung nochmals die schweizerischen Sympathien für die italienische Sache, die aber nichts daran zu ändern vermöge, daß die italienische Erregung gegen die Schweiz wegen Perugia auf falschen Voraussetzungen beruhe⁵².

Mit noch größerer Gründlichkeit ging die «Neue Zürcher Zeitung» zu Werk, indem sie außer den sachlichen Berichtigungen auch den Hintergründen der Hetze ihre Aufmerksamkeit schenkte. «Man haßt die Schweiz, daß sie ihre eigenen Wege geht und mit der Revolution eben so wenig anbändeln will, als mit der Legitimität⁵³.» Ihre Ansicht, lieber falsche Beschuldigungen einzustecken, lieber für österreichisch zu gelten, als vom Prinzip strikter Neutralität abzuweichen, stärkte um diese Zeit das Vertrauen der Konservativen in die großen Linien des Liberalismus. Zu verschiedenen Malen wurde die Zürcher Zeitung damals vom «Oberländer Anzeiger» zitiert. Dieses Bernerblatt war auch den Vorwürfen um Perugia unzugänglich geblieben. Während radikale und liberale Blätter die Beteiligung von Schweizern nach Möglichkeit in Abrede stellten, war dem konservativen Blatt verhaltener Stolz, daß trotz allem Schweizer an der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung in Italien mitwirkten, gut anzumerken⁵⁴. Das Gerücht, die radikale Vereinigung «Helvetia» sei zum Leben gegen die fremden Truppen erwacht und wirke darauf hin, daß neue Maßregeln getroffen würden, ließ es frühzeitig das Panier gegen die nahenden Stürme entfalten. War etwa zu leugnen, daß die neue Agitation sich nicht gegen die Fremddienste als solche, sondern sichtlich gegen diejenigen in Rom und Neapel richtete, weil diese der Revolution augenblicklich am meisten im Wege standen? War der Radikalismus wirklich berechtigt, die Wünsche eines Volkes vorzuschützen, er der jahrelang im Tessin und in Freiburg die Mehrheit des Volkswil-

⁵⁰ Bund, 1859 – Juni – 30., Nr. 178, p. 509.

⁵¹ v. Anm. 50.

⁵² Bund, 1859 – Juli – 4., Nr. 182, p. 527.

⁵³ NZZ, 1859 – Juni – 27., Nr. 178, p. 709.

⁵⁴ OA, 1859 – Juli – 3., Nr. 79, p. 1.

lens willkürlich unterdrückt hatte⁵⁵? Die «Schwyzer-Zeitung» unterstützte dieses Argument, indem sie darauf hinwies, daß der österreichische Revolutionär Klapka, der als General zur Bildung einer ungarischen Legion gegen Österreich aufrufe, von Genf das Schweizerbürgerrecht und eine behördliche Stellung erhalten, so daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, ein schweizerischer Großrat werde zum Haupt einer Verschwörung gegen eine Nachbarregierung⁵⁶. Perugia betrachtete das schwyzerische Blatt als Schulbeispiel für das Schicksal einer revolutionären Minderheit, die von demjenigen, der sie zum Aufstand anspornt, im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen wird. Diesmal falle das vergossene Blut der «strafbaren Doppelzüngigkeit» zur Last, die vom franco-sardinischen Lager aus zur Revolution aufreize, ohne sie wirksam zu unterstützen⁵⁷. Dem Vorwurf aus Italien, in der Schweiz gebe es viele «Österreicher», wich es nicht aus, sondern begründete dies mit dem Interesse der Schweiz am Gleichgewicht unter den Großmächten. Dort, wo die eigene Haut bedroht werde, höre bei denkenden Menschen die lyrische Stimmung auf, bei der lebhaftesten Sympathie für Freiheit und Unabhängigkeit. Mit der liberalen «Neuen Zürcher Zeitung» war es der Ansicht, daß in einem solchen Augenblick das Losungswort einer gesunden und praktischen Politik sei, an sich selbst zuerst, und dann an Italien zu denken⁵⁸. Wie diejenigen des «Oberländer Anzeiger», suchten auch seine Kommentare die Beteiligung einzelner Schweizer an den Kämpfen des Fremdenregimentes nicht zu verheimlichen. Es stieß sich nicht an der Haltung eines seiner Korrespondenten aus Perugia, der am Feldzug als Söldner teilgenommen und im Gefühl der Pflichterfüllung ruhig schrieb: «Wenn auch das Vaterland nichts von uns wissen will, wir wollen ihm doch angehören und fortfahren, für Ordnung und Recht zu kämpfen⁵⁹.»

Zur Hauptsache verbrauchte sich aber die konservative Kampfkraft nicht in der Verteidigung des Perugia-Regimentes, sondern richtete sich vor allem gegen die Bestrebungen, jenes als Argument zu benutzen, um durch ein Verbot der passiven Werbung die Schweizer «inbezug auf bürgerliche Freiheit um eine Stufe tiefer als Rußland herabzudrücken⁶⁰». Trotz der Unhaltbarkeit der Anklagen mußte sich ein nüchterner Beobachter Ende Juni darüber Rechenschaft geben, daß unangenehme Folgen des Konflikts der Schweiz nicht er-

⁵⁵ OA, 1859 – Juli – 10., Nr. 82, p. 1.

⁵⁶ Schw. Z., 1859 – Juli – 8., Nr. 151, p. 602.

⁵⁷ op. cit., Juli – 2., Nr. 146, p. 581.

⁵⁸ 1859 – Juni – 28., Nr. 143, p. 570.

⁵⁹ Schw. Z., 1859 – Juli – 5., Nr. 148, p. 589.

⁶⁰ OA, 1859 – Juli – 10., Nr. 82, p. 1.

spart blieben, da auch ein Vorurteil eine Macht ausübe, wenn ihm die öffentliche Meinung angehöre⁶¹. Bestimmt nicht nur aus Sympathie für Italien, sondern auch im Bangen um die eigene Ökonomie kamen Kreise, deren Handelsinteressen sich über die schweizerischen Grenzen ausstreckten, neuerdings beim Bundesrat um völlige Aufhebung des neapolitanischen und römischen Dienstes ein⁶². Das anfangs Juli in Zürich eröffnete schweizerische Schützenfest gab manchem Gegner Gelegenheit, den Ausdruck seiner Begeisterung für Italien (oder geschäftliche Interessen) mit einem Hieb auf den Solddienst zu begleiten. Wiederum bildeten die «mahnenden und hoffenden Stimmen unserer Brüder draußen» (gemeint sind die Schweizer in Italien) ein Hauptargument, und ähnlich wie 1849 wurde zum Presse- und Petitionssturm aufgerufen: «Man muß aus dem Volk und vor dem Volk manifestieren, protestieren, energischen Maßregeln rufen, um dieser Schmach des Vaterlandes ein Ende zu machen⁶³.» Der Redner, Nationalrat Fuog aus Schaffhausen, war sich wohl nicht bewußt, daß solche Berufungen auch ihre Kehrseiten haben konnten. So hatte sich die ähnlich vorgehende «Berner Zeitung» 1849 einmal der ungewohnten Tatsache gegenüber gesehen, daß dreihundert Schweizerkaufleute in Neapel angesichts der Repressaliendrohungen für die Aufhebung des Werbverbotes petitioniert hatten. Die Zeitung rettete sich damals durch einen salto mortale, indem sie den «bedrohten Brüdern» in diesem Fall die Etikette «reiche, schweizerische Fabrikanten in Neapel, welche um ein paar Batzen Vorteile betteln», anheftete⁶⁴. Unterschied sich auch die Argumentation bei den Reden an jenem Schützenfest vom Stil der doktrinären, unpraktischen Leidenschaft um 1849 wenig, so war doch ihr Boden fester als das antineutrale, schwankende Gelände der früheren Opposition. Was der Linksradikalismus um 1848/1849 als faule, sich das eigene Grab schaufelnde Selbstsucht hingestellt, war nun vielfach auch in seinem Gedankengut heimisch geworden: «Gestattet uns die Neutralität nicht tatsächliches Eingreifen und kein Mitwirken, so dürfen wir doch wenigstens von dieser Tribüne unsere Sympathie aussprechen⁶⁵.» Gegen eine solche Einstellung durften selbst die Katholisch-Konservativen nichts einwenden. Sie äußerten lediglich den Wunsch, es möchte Gegenrecht gehalten und die «wohlbekannte Unduldsamkeit eines Teils der Presse gegen die katholischen Kantone und die Katholiken» zum Verschwin-

⁶¹ NZZ, 1859 – Juni – 27., Nr. 178, p. 709.

⁶² Laut Votum von Bundesrat Knüsel am 5. Juli im NR, s. NZZ, 1859 – Juli – 7., Nr. 188, p. 746.

⁶³ NZZ, 1859 – Juli – 10., Nr. 191, p. 762.

⁶⁴ BZ, 1849 – Juni – 30., Nr. 181, p. 3.

⁶⁵ NZZ, 1859 – Juli – 6., Nr. 187, p. 738. – Vgl. auch Bauer, op. cit., p. 11 ff.

den gebracht werden, im Bewußtsein, «daß nicht eine Partei allein alles nach ihrem Schritt modeln soll und kann; nicht sie allein zum Herrscher und zum Träger von nationalen Ideen berufen; nicht sie allein den Patriotismus absorbiere und in irgendetwas privilegiert sei. . . . daß Recht und Gerechtigkeit selbst den ‚Ultramontanen und Römlingen‘ gehalten werden müssen» usw.⁶⁶

Beinahe stärker als die schweizerische fiel diesmal die ausländische Presse auf die falschen Meldungen aus Italien herein. Besonders heftige Ausfälle erlaubten sich die Zeitungen Englands, dessen Stimmung gegen Neapel seit der Weigerung Franz II., als Nachfolger des im Mai verstorbenen Ferdinands II. das Königreich auf liberale Art umzugestalten, sich verschlechtert hatte⁶⁷. Durch manche angesehene Zeitung Englands brauste ein Entrüstungsturm, welcher auf der vereinfachenden Überzeugung beruhte, daß das italienische Volk das Gute, der Papst und der neapolitanische Fürst aber das Böse schlechthin verkörperten. «Tyrants, misgovernment, Princes, who need foreigners to trample down their own subjects, to commit murder, to crush freedom», wurden zu geläufigen Ausdrücken. Aber nicht um sie ging es bei diesen Äußerungen, sondern um «the countrymen of William Tell (who) have stooped to become the hired bravoes of Pio Nono and Ferdinand of Naples»⁶⁸ und vor allem um die Regierung und die Bevölkerung eines Staates, der der schlecht orientierten Presse nach die Verantwortung für all dies trug. Die Antworten der Schweizer, die bei den Redaktionen einliefen, konzentrierten sich daher nicht auf die Verteidigung des Solddienstes, sondern wehrten sich gegen die Beschuldigung, daß die liberalisierte Schweiz das Werbungswesen tatenlos oder sogar begünstigend hätte treiben lassen, und daß englische Touristen, «who associate Swiss scenery with all the primitive virtues of an earlier age, need to be reminded that the brothers and the sons of these pastoral and romantic innocence bare the full-fed *sbirri* of a Bamba and the congenial braves of an Antonelli⁶⁹». Es war in der Tat eine groteske Situation: Seit Jahren hatte die neue Schweiz sich bemüht, das unbequeme Erbe vergangener Zeiten und Geschlechter loszuwerden, und nun, da unter Millionen von Bewaffneten auf der ganzen Erde zehntausend ausgewanderte Schweizer sich unter die nationalitätenreichen Verbände mischten, da die päpstlichen Regimenter bereits zu zwei Dritteln aus Nichtschweizern bestanden,

⁶⁶ Schw. Z., 1859 – Juli – 9., Nr. 152, p. 604.

⁶⁷ NZZ, 1859 – April – 4., p. 374. – NZZ, 1859 – Mai – 29., Nr. 149, p. 593: Überblick über die englischen Zeitungen. Standpunkt der Times.

⁶⁸ The Economist, vol. XVII, 1859 – July – 2, No. 827, p. 728 f.: «Swiss dishonour-Mercenary butchers.»

⁶⁹ The Daily News, 1859 – June – 28, p. 4.

da es überhaupt keinen schweizerischerseits geduldeten oder geförderten Söldnerdienst mehr gab, hieß es: «The Swiss, who used to be the glory, have now become the opprobrium of Europe⁷⁰ . . . The Swiss guards butchered their antagonists with savage ferocity⁷¹ . . . Switzerland, the nursing mother of these gangs of cut-throats⁷² . . . Swiss citizens are ever ready to sell their lives to the highest bidder for the sake of a contemptible livelihood⁷³ . . . The Swiss nation is to be made responsible for these dastardly and ferocious outrages, perpetrated wantonly and boatsfully in the face of Europe⁷⁴.» Es gab englische Zeitungen, die von einem Rassenwahnsinn befallen schienen und überdies glaubten, eine Nation für sämtliche Handlungen ihrer einzelnen Angehörigen verantwortlich machen zu können: «Helvetia feels a common pride in the patriotic exploits of a *William Tell*, and even supposing that William Tell never lived except in story, the Swiss people does well to cultivate the legend of a hero of its own creation, and to revere the memory of so exalted and inspiring an example. But if Switzerland is to be honoured for her heroes, she must be content also to be disgraced by the prostituted valour of her pirates, who lower the noble profession of arms to a trade of slaughter, and who, in the lust of murder and pillage, lay down their lives like wolves⁷⁵.» Bedeutsam antwortete ein Schweizer hierauf, kein Engländer brauche sich deshalb seine Schweizer Ferien vergällen zu lassen, so wenig der Schreibende englische Ideen, Künste und Institute weniger bewundere, weil einige Engländer in der österreichischen, türkischen und russischen Armee dienten, und weil es in England wie anderswo «a certain proportion of scamps and vagabonds» gebe⁷⁶.

Die englische Presse hätte außerdem nur einen Blick auf die Kolonialpolitik ihres Landes zu werfen brauchen, um mit ihren Anklagen und Identifikationen etwas zurückhaltender vorzugehen. Obgleich ihre Artikel hinsichtlich des schweizerisch-italienischen Verhältnisses demagogisch und schulmeisterlich anmuten, darf sie nicht ohne weiteres der Heuchelei bezichtigt werden. Die anklagenden Zeitungen veröffentlichten zum mindesten viele berichtigende Entgegnungen, obschon sie sich nicht versagen konnten, daran festzuhalten, daß die schweizerischen Gesetze eben doch entweder zu duldsam und nachsichtig oder dann zu schwach seien und der vorbildlichen eng-

⁷⁰ v. Anm. 68.

⁷¹ v. Anm. 68.

⁷² The Daily News, 1859 – June – 24.

⁷³ The Daily News, 1859 – June – 28, p. 4.

⁷⁴ v. Anm. 73.

⁷⁵ v. Anm. 73.

⁷⁶ The Daily News, 1859 – June – 30, p. 2.

lischen Gesetzgebung erstaunlich nachständen. Der Hinweis auf die englischen Werbungen während des Krimkrieges verlockte eine englische Zeitung zu der falschen Behauptung, England habe ja gar keine Schweizersöldner gewünscht. Außerdem verbitte sich die Zeitung Vergleiche dieser Art, da zwischen den päpstlich-neapolitanischen Regimentern und denen Großbritanniens ein himmelweiter Unterschied sei ⁷⁷.

Jedes Jahrhundert und jede Zeitung hat ihre Vorurteile, ihre Gemeinplätze, ihre Phrasen. Daß sich in jenen Tagen der gefährliche Hang zur Popularisierung und zum leeren Schlagwort gegen die Schweiz richtete, war wesentlich eine Wirkung des offiziellen sardinischen Bulletins vom 24. Juni. Da die Fremdenregimenter den Einfluß der jungitalienischen Politik so entscheidend beeinträchtigten, und es für den Schwächern oft leichter ist, auf dem Weg der Verleumdung als in ehrlichem Kampf zum Ziel zu gelangen, mag die sardinische Doppellüge über Perugia bewußt verbreitet worden sein, in der Hoffnung, die öffentliche Meinung der Welt und die politischen Sympathien auf wohlfeilere Art zu gewinnen. Vielleicht war die Verleumdung auch teilweise als Rache für das abgeschlagene Bündnisangebot Sardiniens (1848) gedacht. Was auch hinter der englischen Pressepolemik stecken mochte, sie musste die Schweiz insofern herausfordern, als tatsächlich Großbritannien vor vier Jahren in der Schweiz dem Hang zum Kriegsdienst einen mächtigen Auftrieb verliehen, und die «verworfenen Subjekte» entgegen dem bundesrätlichen Wunsch seinen eigenen Zwecken dienstbar gemacht hatte. «Es scheint wirklich», meinte die «Berner Zeitung» ironisch, «daß die ‚Daily News‘ das Gurgelabschneiden nicht für schimpflich hält, wenn es im Interesse Englands geschieht ⁷⁸.» Außer den Konsuln versuchten auch schweizerische Privatleute die «englischen Ignoranten» ⁷⁹ über das Verhältnis der Fremdenregimenter zu der Eidgenossenschaft aufzuklären. Die «Neue Zürcher Zeitung» war in der Lage, eine im «Morning Advertiser» veröffentlichte, derartige Berichtigung in deutscher Übersetzung wiederzugeben. Sie enthielt die hübsche Einzelheit, daß im Heere des Heiligen Vaters auch «England ein Kontingent von sieben Engländern, siebzehn Iren und zwei Schotten» besitze ⁸⁰.

Während die Verantwortung für die Existenz der päpstlichen Regimenter nur aus offenkundiger Böswilligkeit oder aus Unkenntnis der

⁷⁷ v. Anm. 73. (Dieses wie weiteres ausländisches Pressematerial v. BA, Fremde Dienste, Schachtel 610.)

⁷⁸ NZZ, 1859 – Juli – 5., Nr. 186, p. 739.

⁷⁹ NZZ, 1859 – Juli – 5., Nr. 186, p. 739.

⁸⁰ NZZ, 1859 – Juli – 15., Nr. 196, p. 782.

Schweiz überbürdet werden konnte, mochte bei den neapolitanischen Regimentern allerdings ein Umstand dazu beitragen, einen Unbefangenen zur Annahme zu verleiten, die Eidgenossenschaft oder wenigstens ein paar Kantone unterhielten oder unterstützten dort willentlich die Monarchie. Es betraf dies die Fahnen der vier neapolitanischen Fremdenregimenter. Diese bestanden aus den Resten der ehemaligen Schweizertruppen, deren Kantonswappen die neuen Formationen geerbt hatten. Diese Tatsache, sowie die Gefahr ihrer Mißdeutung hatte am 18. Mai der neuenburgische Kaufmann Jeanrenaud kurz nach den Vorfällen in Cesena dem Bundesrat mitgeteilt ⁸¹. Ausschlaggebend für einen klärenden Beschluß des Bundesrates wurde aber erst die Petition der florentinischen Zivilschweizer, die den Bundesrat unter anderm ersuchten, das Nötige vorzukehren, damit die Fremdenregimenter in Neapel sich nicht länger als Schweizertruppen ausgeben könnten ⁸². Schon am 27. Mai faßte der Bundesrat den Beschluß, sofort zur Beseitigung der heimatlichen Feldzeichen zu schreiten ⁸³. In der Wahl der Mittel, die infolge ihrer Doppelspurigkeit Verwirrung stifteten, unglücklich, gestaltete sich das Vorgehen bei der Entfernung der Insignien psychologisch so ungeschickt, daß am 7. und 8. Juli die in den Regimentern teilweise schon vorhandene, durch andere Motive bedingte Mißstimmung sich in einer Revolte Luft machte, die in einem heftigen Kampf zwischen den Meuterern und den übrigen, diszipliniert gebliebenen Regimentern unter Leitung der Offiziere blutig niedergeschlagen wurde ⁸⁴. Die «Neue Zürcher Zeitung», die die Beziehungslosigkeit der Regimenter zur Schweiz von Anfang an entschieden hervorgehoben, hatte jenen daher die Berechtigung zur öffentlichen Bezeichnung als Schweizertruppen abgesprochen, und die Hoffnung ausgedrückt, «daß auch das Offizierskorps... einen Ehrenpunkt dareinsetzen würde, sich nicht ein Wappen anzumaßen, das ihnen nach der Verfassung ihres Heimatlandes» nicht gehöre. Die Schweiz werde ihre Söhne nie verleugnen, am wenigsten, wenn diese sich selbst nicht verleugneten; sie sollten den Mut haben, den Italienern zu sagen, daß sie die ganze Verantwortlichkeit des fremden Dienstes übernähmen und ihrem Vaterland daraus in keiner Weise Verlegenheiten erwachsen lassen wollten ⁸⁵. Demgegenüber wertete der «Oberländer Anzeiger» die Anhänglichkeit an die kantonalen Insignien als ein Zeichen des Mutes von Söldnern, die ihre Herkunft

⁸¹ Maag, op. cit., p. 408.

⁸² BA, Fremde Kriegsdienste, Schachtel 610.

⁸³ Maag, op. cit., p. 409.

⁸⁴ Maag, op. cit., p. 409 ff.

⁸⁵ NZZ, 1859 – Juni – 13., Nr. 164, p. 653.

nicht abzustreiten wünschen. Nichts könne aber auch geeigneter sein, die Landsleute stets an alles zu erinnern, was sie der Ehre ihres Vaterlandes schuldeten⁸⁶. Außerdem hätten Wappen ja in «unserm neuen demokratischen Staate» als «Merkmale adeliger Eigenschaft» seit der verfassungsrechtlichen Auflösung des Adels keine rechtliche Bedeutung mehr⁸⁷. Diese Argumentation verfiel aber nicht einmal beim «Bund», der ja den Anliegen der Neapolitaner stets ein offenes Ohr bewahrte⁸⁸, weil die Fahnen, Verfassung hin oder her, nun einmal als nationale Wahrzeichen empfunden würden, so daß die Interessen der Schweiz wie die der Italienschweizer zu dem für die Truppe gewiß nicht leichten Opfer nötigten⁸⁹. Die Berechtigung war auch durch den Umstand zweifelhaft geworden, daß sich die neapolitanischen Regimenter wie die des Papstes in den letzten Jahren stark aus Zuzügern anderer Nationen ergänzt hatten.

Am 5. Juli hatte der Nationalrat anläßlich der Behandlung des bundesrätlichen Geschäftsberichtes, einen Gegenantrag Segessers übergehend, beschlossen, dem Bundesrat die strengere Durchführung des Werbverbotes in den Kantonen anzubefehlen. Den im Frühjahr und Sommer entstandenen Konflikten setzte zwei Tage später die Fahnenmeuterei die Krone auf. Der Bundesrat sah voraus, daß der Augenblick für einen neuen Vorstoß im Parlament gekommen war. Am 12. Juli legten der Bundespräsident Jakob Stämpfli, zugleich Chef des politischen Departementes, und der Justiz- und Polizeidirektor Furrer ihren Kollegen schriftlich ausgearbeitete Gutachten vor, wie den Anwerbungen für die Fremddienste zwecks allmählicher Unterdrückung des Söldnerwesens im Auslande in Abänderung und Ergänzung der hierauf bezüglichen Strafbestimmungen beizukommen sei⁹⁰. Unter dem Eindruck der aus Frankreich und Italien eintreffenden Depeschen, welche seit zwei Tagen die Katastrophe in Neapel meldeten, faßte der Bundesrat den grundsätzlichen Beschluß, «es sei in die Angelegenheit in dem Sinne näher einzutreten, daß nicht nur gegen die Werber, sondern auch gegen die Angeworbenen Strafbestimmungen aufzustellen seien⁹¹».

Überblickt man die Entwicklung von Anfang des Jahres 1859 bis zu diesem Zeitpunkt, so ragen mithin aus den Ereignissen folgende Phasen hervor: Noch bevor der letzte Kantonalvertrag mit Neapel abgelaufen ist, verschafft der franko-sardinische/österreichische Kon-

⁸⁶ OA, 1859 – Juni – 17., Nr. 72, p 2. f.

⁸⁷ op. cit., Nr. 72.

⁸⁸ vgl. p. 193.

⁸⁹ Bund, Juli – 25., p. 609.

⁹⁰ Protokoll des Bundesrates, 1859, Bd. 38, Nr. 2982.

⁹¹ op. cit., Nr. 2982.

flikt der allgemeinen Werbetätigkeit einen neuen Aufschwung. Angesichts des Konflikts zwischen zwei benachbarten Großmächten, der die eigenen Interessen bedrohen kann, kommt es in der Schweiz nur zu unwesentlichen Antineutralitätskundgebungen, obschon die liberalen und radikalen Sympathien vorwiegend, die konservativen teilweise der italienischen Einigung zugewandt sind. Die strikte Neutralität und einzelne daraus sich ergebende Maßnahmen des Bundesrates erzeugen in Sardinien eine gegen die Schweiz gerichtete Mißstimmung, die mit offiziellem Einverständnis anlässlich der Besiegung einer vom leitenden Revolutionsstaat schlecht unterstützten Erhebung in eine Schweizerhetze ausartet, die, obwohl die Schweiz mit den Vorfällen nichts zu tun hat, in eine Bedrohung der in Italien lebenden Zivilschweizer einmündet und in den Versuch, den Kanton Tessin der Eidgenossenschaft abspenstig zu machen. Die Hetze breitet sich von Mittel- und Norditalien in den Tessin und nach Frankreich und insbesondere auch nach England aus. Die Neutralitätsstimmung der radikalen Presse wird nicht wesentlich erschüttert, wohl aber erhebt diese den Ruf nach schärferen Maßnahmen zwecks gründlicher Unterbindung der Werbungen. Die Veröffentlichungen der liberalen Presse halten an der gouvernementalen Linie fest und stützen vorerst die Ansicht des Bundesrates, wonach die neue Schweiz das Mögliche zur Verhütung der fremden Dienste getan und für die italienischen Fremdenregimenter nicht mehr verantwortlich sei. Führende konservative Blätter schließen sich ihnen an, heben aber zusätzlich hervor, daß das Bestehen und Vorgehen der Regimenter idealiter und realiter nur dem Zweck diene, die bestehende Ordnung und das überlieferte Recht zu schützen. Während der Liberalismus den individuellen Söldnerdienst als eine Folge des freien Selbstbestimmungsrechtes dulden will, möchte der Konservatismus ihn schon aus dem Grund nicht missen, weil er in Rom und Neapel die Beteiligung an der Lösung sinnvoller Aufgaben ermöglicht. Die Entfernung der kantonalen Insignien stößt nur bei ihm auf grundsätzlichen Widerspruch. Im Zusammenhang mit diesem Ereignis erfolgt in den ehemaligen Schweizerregimentern in Neapel ein Zusammenbruch der Disziplin. Der Vorfall beschleunigt und verschärft die bundesrätlichen Pläne, wie in Ausführung eines Parlamentsbeschlusses die Bundeskontrolle hinsichtlich von Werbungen in den Kantonen ergänzt werden könnte. Anregend wirken weiter die aus persönlichen Besprechungen Stämpflis mit dem englischen Gesandten gewonnene Erkenntnis, daß Großbritannien die Aufhebung der neapolitanischen Regimenter dringend wünscht, sowie der Druck seitens der schweizerischen Industrie und Wirtschaft.

2. Die bundesrätliche Werbvorlage vom 13. Juli 1859

Das Schwergewicht des fünf Artikel umfassenden Vorschlages lag in dessen Einleitung und dem ersten Artikel, sowie in den daraus abgeleiteten Strafbestimmungen:

«Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, in der Erwägung, daß zu wirksamer Verhinderung der Anwerbungen für fremden Kriegsdienst und allmählicher Unterdrückung des schweizerischen Söldnerdienstes im Auslande eine Ergänzung der hierauf bezüglichen Strafbestimmungen notwendig erscheint; nach Einsicht eines Berichtes und Antrages des Bundesrates, beschließt:

1. Der Eintritt eines Schweizers in fremden Militärdienst, ohne Bewilligung der kompetenten Behörden, ist verboten. Die Erteilung der Bewilligung steht der Regierung desjenigen Kantons zu, dessen Mannschaftskontingent der Betreffende zugeteilt ist, oder dem er bei wirklicher Militärpflicht zugeteilt würde; die erteilte Bewilligung darf jedoch, um wirksam zu sein, der Bestätigung des Bundesrates. Für Offiziere des eidgenössischen Stabes ist nur die Bewilligung des Bundesrates erforderlich.

Der Artikel 2 sah als Strafe den Entzug des Aktivbürgerrechtes auf zehn Jahre und Gefängnis von einem Monat vor, der dritte bezog in das Verbot die bereits in auswärtigen Diensten stehenden Schweizer soweit ein, als sie sich später neu anwerben lassen sollten, der vierte enthielt eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die Werber, und der fünfte erklärte die sofortige Inkraftsetzung des Gesetzes mit Ausnahme des Artikels 3, der erst drei Monate nach der Beschlußfassung durch das Parlament wirksam werden sollte⁹².

Bei der Betrachtung des materiellen Umfangs der Vorlage fällt zunächst auf, daß er nicht nur die vom Nationalrat am 5. Juli⁹³ gesteckten Ziele mißachtet, sondern auch der bisherigen bundesrätlichen Auffassung, soweit sie wenigstens in der Öffentlichkeit bekannt wurde, widerspricht.

In seinem Schreiben an die italienischen Schweizerkonsuln⁹⁴ hatte der Bundesrat erklärt, daß schweizerischerseits alle Mittel erschöpft seien, die im gegenwärtigen Stand des Söldnerwesens eine Änderung herbeiführen könnten. Ausdrücklich hatte der Bundesrat jede schweizerische Verantwortung für einzelne Reisläufer mit dem Hinweis auf

⁹² BBl. 1859 – II, p. 220 f.

⁹³ v. NZZ, 1859 – Juli – 7., Nr. 188, p. 746.

⁹⁴ Maag, op. cit., p. 411 f.

die bei andern Staaten in ähnlicher Art geltenden Auffassungen abgelehnt. Der vom 1. Juli stammende Bericht des Bundesrates über die im Interesse der Neutralität getroffenen Maßregeln, von Stämpfli unterzeichnet und wohl auch von ihm redigiert, gab den Inhalt jenes Kreisschreibens zusammenfassend wieder, nochmals die Meinung vertretend, daß die «Soldateska» der italienischen Fremdenregimenter die Schweiz nichts angehe, da diese in neuerer Zeit das «Unwesen der kapitulierten Militärdienste» beseitigt habe⁹⁵. Zugleich drückte er die Hoffnung aus, daß die bei den Konsulaten und bei der Turiner Regierung unternommenen Schritte die Mißstimmung der italienischen Öffentlichkeit bald behebe. Dagegen unterließ Stämpfli in diesem Rechenschaftsbericht, anzudeuten, daß der Bundesrat, entgegen seiner vor der Öffentlichkeit vertretenen Meinung von der Beziehungslosigkeit der neapolitanischen Vorgänge zur Schweiz, zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes die Rückberufung der Schweizertruppen in Neapel bereits erwog⁹⁶. Mit keiner Silbe deutete er an, daß er gleichentags in diesem Sinn beim englischen Gesandten vorgesprochen und ihn gebeten hatte, durch seine Regierung die Folgen einer solchen Rückberufung auf die politischen Verhältnisse des Königreiches beider Sizilien eruieren zu lassen⁹⁷. Anderseits übergang der nun vorliegende Bericht, ob ungewollt oder absichtlich, den letzten Passus des Kreisschreibens, der den Eintritt eines schweizerischen Individuums in fremde Dienste als internationalen, unstrafbaren Brauch bezeichnet hatte, doch wurde gerade diese Bemerkung von Ständeratspräsident Niggeler, einem intimen Freund Stämpflis während der Radikalisierung Berns und der Eidgenossenschaft, in seiner Eröffnungsansprache vom 4. Juli aufgegriffen⁹⁸. Noch mehr: Niggeler, dessen Sprache an Leidenschaft und Polemik gegebenenfalls nichts zu wünschen übrig ließ, erwähnte in dieser Rede die Mißstim-

⁹⁵ BBl. 1859 – II, p. 171.

⁹⁶ Bundesarchiv, F. O. London – Switzerland – 1857/1889, 100/121, Nr. 4. Bericht des englischen Gesandten Harris in Bern an das Foreign O. Der Gesandte berichtet, wie er einige Tage nicht die üblichen Konferenzen mit dem Bundespräsidenten Stämpfli hatte. «But this morning he called upon me by appointment (1. Juli), being anxious he said to converse with me on two matters which at present engaged the earnest attention of the Federal Council...» Darunter befand sich der italienische Söldnerdienst. «Your Lordship is doubtless aware of the events described as having taken place in Perugia, which have made a deep impression here, though it is only fair to say that but a small portion of the Foreign Legion alluded to were Swiss. The President said that there was a mob prevailing amongst the Public which would probably demonstrate itself on the meeting of the Federal Assembly next week that the Swiss serving abroad should be recalled, and that the Federal Council were contemplating such a measure...»

⁹⁷ Im gleichen Bericht (v. Anm. 96).

⁹⁸ BBl. 1859 – II, p. 150.

mung eines *Teils* des italienischen Volkes, bezeichnete sie als auf einem *Mißverständnis* beruhend und war der Überzeugung, daß dessen Behebung die Ruhe wiederherstellen werde: «... die Schweiz hat zudem überhaupt keine Truppen mehr in fremden Diensten; im Gegenteil sind alle Werbungen für solche Dienste seitens der neuen Bundesbehörden verboten worden; und wenn daher, in Befolgung der von frühern Regierungen gepflegten Unsitte des Reislaufens Einzelne sich dennoch, entgegen diesem Verbote, in ausländische Kriegsdienste begeben, so tun sie dies auf ihre eigene Verantwortlichkeit, und ungerecht wäre es, die Schweiz hiefür verantwortlich zu machen⁹⁹.» Auch der Nationalratsbeschluß vom folgenden Tag, der dem Antrag der geschäftsprüfenden Kommission zustimmte, bezweckte keine grundsätzlich neue Regelung des fremden Dienstes¹⁰⁰. Aus dem Kommentar zum Kommissionsantrag erfährt man, daß gewisse Ergänzungen gewünscht wurden, um von Bundes wegen den schleppenden Gang der Anklagen, Untersuchungen und Verurteilungen von Werbern in einzelnen Kantonen zu beschleunigen, weil der Geschäftsbericht des Bundesrates bisher jedes Jahr die lässige Handhabung des Werbverbotes in diesem oder jenem Kanton hatte rügen müssen¹⁰¹. Wenn daher der Bundesrat am 12. Juli auf Grund der Gutachten Stämpfli und Furrers den Beschluß faßte, «daß nicht nur gegen die Werber, sondern auch gegen die Angeworbenen Strafbestimmungen aufzustellen seien¹⁰²», so überschritt er die vom Parlament gesteckten Ziele und strafte seine bisherigen Vernehmlassungen Lügen. Das Wichtige an seinen Vorschlägen war nämlich nicht eine ergänzende Strafbestimmung, sondern die Postulierung eines neuen Delikts.

Worin sollte nun nach der bundesrätlichen Auffassung die neue Verfehlung bestehen? Nach den Mühsalen, die das halbgeduldete, halbgepriesene Reislaufen und Söldnerwesen dem neuen Bund schon verursacht hatte, hätte erwartet werden können, daß eine grundsätzliche Neuerung dem Übel gleich an die Wurzel gegangen wäre und von vornherein und unbedingt jeden Schweizer, der in Zukunft einer ausländischen Armee beitrug, schuldig vor dem Gesetz erklärt hätte. Der Staat hätte damit sein absolutes Nein zum Fremddienst ausgesprochen und wäre damit auf eine zwar harte, aber unzweideutige Weise vom Söldnerwesen distanziert worden. Nun aber schloß ja der erste Artikel der bundesrätlichen Vorlage nicht den Söldnerdienst, sondern nur den *unbewilligten* Eintritt in diesen aus dem unabhän-

⁹⁹ op. cit., p. 150.

¹⁰⁰ BBl. 1859 – II, p. 14.

¹⁰¹ op. cit., p. 13 und 14.

¹⁰² BR-Protokoll, 1859, Bd. 38, 12. Juli.

gigen Verfügungsrecht des Schweizerbürgers aus, da der fremde Militärdienst, wie die bundesrätliche Botschaft sagte, «nicht ganz abgeschlossen» werden sollte¹⁰³. Mit andern Worten: Der Bundesrat schlug vor, eine zweifelhaft gewordene Sitte oder Unsitte zu verstaatlichen, um jeden, der ihr ohne behördliche Erlaubnis huldigte, bestrafen zu können. Damit reduzierte sich das neue Delikt auf einen harmlosen Verstoß gegen eine administrative Verfügung.

Drängten sich schon zur Entstehungsgeschichte der bundesrätlichen Vorlage einige Fragen auf, so gibt auch die sie begleitende Botschaft zu allerhand Überlegungen Anlaß. Was sie vor allem kennzeichnet, ist ihre widersprüchliche Redaktion.

So behauptet sie einerseits, daß das Verbot des Abschlusses neuer Militärkapitulationen in der Bundesverfassung «der endliche Sieg des seit Jahrhunderten gegen das Söldnerunwesen geführten Kampfes» gewesen sei¹⁰⁴, um gleich darauf zu erklären, daß die neuesten Erscheinungen in Italien es der Schweiz zur Pflicht machten, «zu wirklichen Maßnahmen» zu greifen¹⁰⁵.

Die Vollziehung des neuen Gesetzes soll den Kantonen übertragen werden, obgleich in demselben Abschnitt das Versagen der bisherigen Gesetzgebung als eine Folge der lässigen Handhabung durch eben diese Kantone bezeichnet wird.

Den Verzicht auf eine Abänderung der bisherigen Gerichtspraxis begründet die Botschaft mit dem Hinweis, daß eine solche ohne Umgestaltung der ganzen eidgenössischen Jurisdiktion nicht wohl als «ratsam oder zulässig» erscheine¹⁰⁶. Trotz dieser «Unzulänglichkeit» sollte der Bundesrat aber einzelne Fälle der Bundesjustiz überweisen dürfen, sofern er dies für «angemessen» erachte, und es nicht «vorziehe», dafür die Kantonsgerichte in Anspruch zu nehmen.

Als Kriterium einer Bewilligung für ausländischen Kriegsdienst erwähnt die Botschaft die «Ausbildung von Führern und Offizieren für die eigene Armee¹⁰⁷», während dieser wichtige Grundsatz im Vorschlag selbst fehlt.

Schließlich ist noch eine Formulierung zu beachten, die den Eindruck erweckt, Stämpfli sei der Meinung gewesen, nur eine republikanische, nicht aber eine fürstliche Armee könne einem Schweizeroffizier eine gründliche Ausbildung vermitteln¹⁰⁸, was, auch wenn

¹⁰³ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung, betr. die Anwerbungen für fremden Kriegsdienst, vom 13. Juli 1859, v. BBl. 59 – II, p. 218.

¹⁰⁴ op. cit., p. 217.

¹⁰⁵ op. cit., p. 218.

¹⁰⁶ op. cit., p. 218.

¹⁰⁷ op. cit., p. 219.

¹⁰⁸ op. cit., p. 219.

man Stämpflis Abneigung gegen stehende Heere berücksichtigt, nicht in dieser allgemeinen Form seiner Ansicht entsprochen hat.

Aber auch die Vorlage selbst war alles andere als ein Meisterstück. Wie stark an ihrer Fassung die redaktionellen Änderungen im Schoße des Bundesrates beteiligt gewesen sind, läßt sich infolge der Quellenlücken nicht mehr feststellen.

Nicht ganz überraschen konnte der Antrag auf *Bürgerrechtsverlust*, da von einer solchen Maßnahme etwa schon die Rede gewesen war.

Am 13. August 1849 hatte die radikale Berner Regierung, der auch Stämpfli angehörte, dem Bundesrat empfohlen, das noch keine Strafdrohungen enthaltende Werbverbot vom 20. Juni mittels Anordnung von Repressivbestimmungen zu ergänzen¹⁰⁹. Als schwerste Exekutivmaßregel war der Entzug des politischen Stimm- und Wahlrechts gegen jene vorgeschlagen worden, die weiterhin an fremden Kriegsdiensten unter Fahne und Farbe der Eidgenossenschaft oder eines Kantons teilnahmen. Als das Werbverbot 1851 und 1853 tatsächlich durch Strafbestimmungen ergänzt wurde, sahen diese jedoch lediglich Geld-, Gefängnis- oder Zuchthausstrafen vor¹¹⁰. Mit den Vorgängen in Italien tauchte im Sommer 1859 der Gedanke des Bürgerrechtsentzuges neuerdings auf, am frühesten in der linksradikalen Presse, die das Postulat vom Ausland und teilweise aus den dort befindlichen Schweizerkolonien bezogen hatte¹¹¹. Die vorliegende Botschaft des Bundesrates wies aber ausdrücklich darauf hin, daß auf den Bürgerrechtsverlust, wie Frankreich sie jedem seiner Bürger androhe, der sich ohne Einwilligung der Regierung in fremde Dienste begeben, zugunsten des englischen Systems, das nur den Verlust des Aktivbürgerrechts und des Schutzanspruchs, nicht aber die Entbindung eines Straffälligen von den Pflichten gegen seinen Staat vorschreibe, verzichtet werde¹¹². So verständlich der Vorschlag auf eine harte Bestimmung für eine Zeit erscheint, deren führende Gestalten kaum noch anders als politisch zu denken vermochten, so ungerechtfertigt nimmt er sich im Hinblick auf die Größe des Vergehens aus, das wir an anderer Stelle bereits charakterisiert haben¹¹³. Der Täter war doch

¹⁰⁹ BBl. 1851 – I, p. 156.

¹¹⁰ vgl. den Überblick, den das Schreiben des BR an die schweizerischen Konsulate in Italien vom 6. Juni 1859 gibt, abgedruckt in der NZZ, 1859 – Juni – 30., Nr. 181, p. 720.

¹¹¹ Handels-Courier, Nr. 171 (Juni 1859); BR-Protokoll 1859, Bd. 38, Juli – 1., Nr. 2798: Telegramm des Konsuls von Livorno über die Wünsche der Toscaner und vieler Schweizer daselbst. – Diskussion des Bürgerrechtsverlustes in NZZ, 1859 – Juni – 9., Nr. 160, p. 633. – Ablehnender Standpunkt. Außerdem: OA, 1859 – Juni – 15., Nr. 71, p. 1.

¹¹² BBl. 1859 – II, p. 219.

¹¹³ v. p. 165.

kein Mörder, kein Schwerverbrecher, kein gemeingefährlicher Mensch – sein Delikt bestand dem Gesetzesvorschlag nach darin, daß er, wie der «Oberländer Anzeiger» sich ausdrückte, das Vaterland verlassen hatte, ohne zuerst «s'Müeti» zu fragen¹¹⁴. Immerhin, die politische Erregung mochte auch dies noch einigermaßen entschuldigen.

Rechtlich besonders fragwürdig aber erschien die weitere Bestimmung, daß der Aktivbürgerrechtsverlust und die Einbuße jeden Anspruchs auf Schutz und Recht, der einem Schweizer im Ausland gegenüber den offiziellen Vertretern der Heimat zustand, «von rechteswegen» einzutreten hatten, «ohne daß es eines gerichtlichen Urteils dazu» bedurfte¹¹⁵.

Die Tatsache, daß die bundesrätliche Vorlage nicht das Produkt einer reiflichen Prüfung der gesamten Angelegenheit, sondern dasjenige einer etwas überstürzten Meinungsänderung war, erklärt vieles, entschuldigt alle die Widersprüche aber nicht ganz.

Wann hatte sich denn der Bundesrat entschlossen, diese Vorlage zu schaffen?

Man darf annehmen, daß, falls der Plan zu einer derartigen Neuregelung schon im Juni gefaßt worden wäre, sich dies in einem besonderen Artikel der parlamentarischen Traktandenliste gezeigt hätte. Obschon die Äußerungen des Bundesrates und die seiner Gesinnungsfreunde und persönlichen Verwandten¹¹⁶ den Meinungswandel für die ersten Julitage noch auszuschließen scheinen, sind doch Anhaltspunkte zu finden, daß Stämpfli und seine Kollegen bereits um den ersten Juli grundsätzlich neue Maßnahmen erwogen¹¹⁷. Trotzdem läßt sich kaum bestreiten, daß in dieser Entwicklung die Fahnenmeuterei vom 8. Juli eine bedeutsame Rolle spielte¹¹⁸. Ursprünglich hatte nämlich der Bundesrat beabsichtigt, erst auf Grund eines Situationsberichtes des Generalkonsuls in Rom (betr. Perugia) weitere Entschlüsse zu fassen, aber mit dem Eintreffen der Nachrichten aus Neapel scheint dieser Entschluß fallengelassen worden zu sein, so daß die

¹¹⁴ OA, 1859 – Juli – 20., Nr. 86, p. 1.

¹¹⁵ BBL., 1859 – II, p. 219.

¹¹⁶ v. p. 163 f.

¹¹⁷ vgl. BR-Protokoll 1859, Juli – 1., Bd. 38, Nr. 2798, Beschluß der Antwort auf das Telegramm des Konsuls in Livorno (vgl. Anm. 111): «Was den fremden Militärdienst betreffe, so beschäftigte sich der Bundesrat ernstlich mit der Frage über allfällige dagegen zu ergreifende Maßregeln.» –

vgl. auch Anm. 96.

Zur weiteren Entwicklung vgl. BA-Sch. 610, fremde Dienste, handschriftliche Bemerkung Stämpflis zum Bericht des schweizerischen Handelsagenten in Palermo vom 6. Juli über Verwendung der dortigen Schweizertruppen zur Plage friedlicher Bürger: «Dieser Bericht, verbunden mit demjenigen von Neapel ist ein Grund mehr zu energischen Schritten gegen Söldnerwesen.»

¹¹⁸ v. Anm. 117.

Vorlage fix und fertig vor dem Parlament lag, als der gewünschte Bericht endlich eintraf ¹¹⁹.

Mag daher die Meinung, der Bundesrat habe seine Vorschläge nur auf Grund der Fahnenmeuterei gefaßt, und die daraus hervorgehende Bezeichnung des Gesetzes vom 30. Juli als eines «Gelegenheitsgesetzes» nicht vollkommen ins Schwarze treffen, so kann dem Bundesrat doch der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er durch sein Verhalten und seine öffentlichen Äußerungen die Entstehung einer solchen Auffassung mitverschuldet hat, ganz abgesehen von den Widersprüchen der Botschaft und des vorgeschlagenen Dekretes.

3. Die Verhandlungen im Parlament

Am 16. Juli teilten die Präsidenten den Kammern mit, daß der Bundesrat einen Gesetzesentwurf zur Verhinderung der Anwerbung angekündigt und der Ständeratspräsident mit seinem Kollegen die Priorität des Nationalrates vereinbart habe. Gleichen Tages noch bezeichnete dessen Bureau eine vorberatende Kommission, deren Präsidium vier Tage später im Namen der Mehrheit die Verschiebung des Gegenstandes auf die Traktanden der Wintersession beantragte, da die Angelegenheit nicht mehr dringlicher Art, der Entwurf aber erst vor zwei Tagen den Räten ausgeteilt worden, die Kommission mit dem Studium der Akten noch nicht durchgekommen, die Meinung der Öffentlichkeit unbekannt und die Session schon zu weit fortgeschritten sei, als daß sich neben einer gründlichen Kundgabe aller Aspekte gleichzeitig eine Einigung mit dem Ständerat finden ließe. Auch der Minderheitsvertreter habe eine Verschiebung ursprünglich für wünschbar gehalten, trage nun aber angesichts der eingekommenen bundesrätlichen Vorschläge doch auf Eintreten an. Das im Verlaufe der anderntags fortgesetzten Eintretensdebatte seitens des Bundespräsidenten, Bundesrat Furrers, Nationalrat Eschers und vieler anderer erhobene Sperrfeuer hatte jedoch zur Folge, daß die Kommissionsmehrheit ihren Antrag zurückzog und die überwältigende Mehrheit

¹¹⁹ BR-Protokoll 1859, Bd. 38, 29. Juni: Beschluß, abzuwarten. – Trotz des gefaßten Beschlusses, nun doch unverzüglich ein Gesetz einzubringen, wird am 12. Juli beschlossen, den römischen Generalkonsul zu mahnen, seinen Bericht über Perugia beförderlich einzusenden. – BR-Protokoll 1859, Bd. 38, Nr. 3093 (20. Juli): Vermerkung der Versicherung des schweizerischen Generalkonsuls in Rom, daß die Stimmung der dortigen Bevölkerung sich für die Schweizer günstig gewendet habe.

der Versammlung die Behandlung des Gegenstandes während der laufenden Session guthieß. Am zweiten großen Verhandlungstag widmete sich der Nationalrat der Frage, ob die bundesrätliche oder die Fassungen der Kommission als Grundlage der Detailberatung vorzuziehen seien, oder ob allenfalls der Antrag Segessers auf Verwerfung aller drei Fassungen in Frage käme. Da die Rednerliste sich noch nicht erschöpft hatte, wurde die Debatte am andern Tag – es war der 26. Juli – fortgesetzt, wobei der Zürcher Alfred Escher und der St. Galler Weder mit zwei weiteren Fassungen aufrückten. Nachdem der Nationalrat den Rückweisungsantrag Sprechers und Carlins abgewiesen, Stämpfli und die Kommissionsmehrheit aber ihre Fassungen zugunsten des Escherschen Entwurfes zurückgezogen hatten, verwarf der Rat mit großer Mehrheit gegen zehn Stimmen zunächst den Antrag Segessers, um sodann mit 59 gegen 6 Stimmen für die Wedersche und 2 für die Hofmannsche der Fassung Eschers als Grundlage für die weitere Beratung zuzustimmen. Nach verschiedenen Modifikationen, die sich aus vielen Detailanträgen ergaben, konnte der erste Entwurf am 27. Juli an den Ständerat weitergeleitet werden. Auch hier lag seitens der Kommission ein Antrag auf Verschiebung vor, doch war es, im Gegensatz zur nationalrätlichen, die Minderheit, die dies befürwortete und begründete. Beinahe wäre der Rat ihr gefolgt: Bei der Abstimmung über Eintreten oder Verschiebung standen sich je neunzehn bejahende und verneinende Räte gegenüber. Der Zufall wollte es, daß der präsidiale Stichentscheid einem Radikalen, dem Waadtländer Briatte, zustand. Seine Zustimmung gab den Ausschlag, und damit konnte anderntags, es war der 30. Juli und der letzte Tag der Session, auf die nationalrätliche Fassung eingegangen werden. Nach den ständerätlichen Abänderungen gelangte die Vorlage noch am gleichen Vormittag vor den mittlerweile stark gelichteten Nationalrat, dessen Entgegenkommen es der Ständekammer ermöglichte, kurz vor Mittag durch eine letzte Zustimmung der modifizierten Fassung die bundesgesetzliche Rechtskraft zu verleihen.

Trotz des neuerlichen Akutwerdens der Söldnerfrage bedeutete das Zustandekommen dieses Bundesbeschlusses keine Selbstverständlichkeit. Die retardierenden Momente, an sich vorhanden, waren durch die scharfe Form der bundesrätlichen Vorlage in ihrer Bedeutung gestiegen. Obschon der Wortlaut der ersten Fassung – mit Ausnahme der Einleitung – das neue Vergehen als die Übertretung einer administrativen Verfügung erscheinen ließ, wußte man doch allgemein, daß das Gesetz dem *Sinn* nach die politische, nationale und moralische Verurteilung eines alten Herkommens bezweckte. Wenn man aber in Betracht zog, daß der Söldnerdienst, verglichen mit früheren Jahr-

hundertten, eine verschwindend kleine Zahl von Schweizern beschäftigte, daß er die politischen und sozialen Verhältnisse der Eidgenossenschaft kaum mehr beeinflusste, und daß die Gefahr eines feindlichen Treffens eigener Staatsangehöriger auf fremder Erde sich ziemlich verzogen hatte, so schien es «befremdend, daß der Soldatenberuf auf einmal eine Schmach, ein Verbrechen, und der unternehmende Militär, der in fremden Dienst tritt, wie ein Dieb mit Gefängnis und Entzug der bürgerlichen Ehre bestraft» werden sollte¹²⁰. Die neue Schweiz tat sich viel zugute auf das von ihr zum Staatsgedanken erhobene Prinzip der Volkssouveränität. Hatte sich dieses, so lautete die Frage, in der kurzen Zeitspanne seit dem Bekanntwerden der Vorlage genügend manifestieren können? War nicht erst *eine* Ansicht zu Wort gekommen¹²¹? Vertrug es sich mit den Grundsätzen einer Demokratie, ohne eingehende Berücksichtigung der öffentlichen Meinung einer alten Tradition so nahe zu treten¹²²? Schüttelten denn nicht sogar Gegner der Söldnerdienste zu diesem bürokratischen Vorschlag den Kopf¹²³? Ging es an, um jeden Preis noch in der Sommersession ein Gesetz zu beschließen, das das Fortkommen und die wirtschaftliche Existenz einer Minderheit aufs Spiel setzte, ohne daß im Volksbewußtsein die lebendige Überzeugung von der Unehrenhaftigkeit dieses Berufes, dem sich hochverdiente Männer wie General Dufour und Oberst Ziegler gewidmet, völlig durchgedrungen wäre¹²⁴? Schien es nicht angezeigt, die Beratung einer Maßnahme, die «die Neigung unserer Jugend zum Waffenhandwerk» und die Erwerbsverhältnisse in den Gebirgskantonen so tief betraf, für einen Zeitpunkt vorzusehen, wo sie in einer sachlicheren, politisch entspannteren Atmosphäre vor sich gehen konnte? Sollte das Risiko eingegangen werden, ein Zufallsgesetz zu produzieren, das in seiner Härte und Unpopularität die Züge der «schreiendsten bürokratischen Bemaßregelung» tragen konnte¹²⁵? War das bisherige Verbot schon lax vollzogen worden, so durfte dies bei dem geplanten «Gelegenheitsgesetz» noch mehr befürchtet werden; denn «selbst die Kantone, die bisher das Werbverbot handhaben, werden sich ungern zum Schergen des Bundes hergeben und ihre Landeskinder für etwas strafen, worin das Volksbewußtsein kein Vergehen sieht. Lieber gar kein Gesetz als

¹²⁰ Ba.-Z., 1859 – Juli – 26., Nr. 174, p. 757.

¹²¹ Bericht der Minderheit der ständerätlichen Kommission, BBl – 1859 – II, p. 477.

¹²² op. cit., p. 477.

¹²³ NZZ, 1859 – Juli – 20., Nr. 201, p. 801.

¹²⁴ op. cit., p. 477. – Schw.-Z., 1859 – August – 29., Nr. 194, p. 773.

¹²⁵ Ba.-Z., 1859 – Juli – 26., Nr. 174, p. 757. – Bericht der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission, Nationalratsprotokoll 1859 – p. 375.

ein unausführbares ¹²⁶». Wenn selbst die oberste Landesbehörde noch kurz vor ihrer Meinungsänderung den individuellen Kriegsdienst für unantastbar erklärt hatte, so schien es angezeigt, alle die, die schon in auswärtigen Diensten weilten, und die Kriegslustigen, die ihm zustrebten, zunächst mit dem Vorhaben einer Neuregelung vertraut zu machen, und sie vor einem Eintritt in einen ausländischen Truppenkörper zu warnen ¹²⁷. – Ein weiteres retardierendes Moment bildete auch die Kompetenzfrage. War die Bundesversammlung zu einer so weitgehenden Beschränkung der individuellen Freiheit befugt ¹²⁸? Zwangen sie ihr wichtige, außenpolitische Gründe etwa auf? «Der gegenwärtige Zustand hat niemals, auch während des letzten Krieges nicht, zu Reklamationen seitens der europäischen Mächte Veranlassung geboten; er hat unserer neutralen Haltung durchaus keinen Eintrag getan, und dieser Gesichtspunkt bedingt daher um so weniger *Urgenz* in der Behandlung der Werbungsfrage, als seither die friedlichen Beziehungen zwischen den kriegführenden Mächten wieder hergestellt worden sind. Die Schweiz als solche hat die Militärkapitulationen verboten; sie hat die Werbungen für den fremden Kriegsdienst untersagt, sie hat durchaus keine offiziellen Beziehungen zu den Fremdenregimentern in Italien und in Frankreich. Damit hat sie alles getan, was das internationale Recht von ihr als selbständigem Gemeinwesen zu fordern berechtigt ist ¹²⁹.»

Die Großmächte würden auch fernerhin keine Zumutungen machen; sie hatten diesen Dienst mehr befördert als die Schweiz ¹³⁰. In Italien war die Erregung im Abflauen, die Frage in den Hintergrund getreten ¹³¹. Außerdem bemühte sich ein Spezialgesandter der Schweiz beim neapolitanischen Hof um die gütliche Entlassung der schweizerischen Söldner aus den Fremdenregimentern des königlich-sizilianischen Reiches. Konnte eine rigorose Geste zum jetzigen Zeitpunkt seinen Bestrebungen nicht undienlich sein ¹³²? Auch mochte das Ergebnis der Verhandlungen für die Gestalt des künftigen Gesetzes

¹²⁶ Ba.-Z., 1859 – Juli – 26., Nr. 174, p. 757.

¹²⁷ Bericht der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission, Nationalratsprotokoll 1859, p. 376. – Bericht der Minderheit der ständerätlichen Kommission, BBl. 1859 – II, p. 478.

¹²⁸ Bericht der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission, Nationalratsprotokoll 1859, p. 375. – Bericht der Minderheit der ständerätlichen Kommission, BBl. 1859 – II, p. 477.

¹²⁹ Bericht der Minderheit der ständerätlichen Kommission, BBl. 1859 – II, p. 478.

¹³⁰ NZZ, 1859 – Juli – 23., Nr. 204, p. 814: Votum Nationalrat Sulzberger.

¹³¹ Bericht der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission, Nationalratsprotokoll 1859, p. 375.

¹³² Bericht der ständerätlichen Kommissionsminderheit, BBl. 1859 – II, p. 479.

bestimmte Richtlinien vermitteln. – Schließlich erhob sich noch die Frage, ob die Verstaatlichung der militärischen Auslandsbildung im Interesse des schweizerischen Wehrwesens lag. Der allgemein anerkannten Notwendigkeit, dem schweizerischen Generalstab die Kenntnis des ausländischen Heerwesens und der Führung größerer Verbände zu vermitteln¹³³, stand als Erfahrung gegenüber, daß dieser Gesichtspunkt beim Entschluß des Einzelnen, in auswärtige Dienste zu treten, bisher kaum eine Rolle gespielt hatte, und die dafür vom Bund ausgesetzten Subventionen wenig in Anspruch genommen worden waren¹³⁴. Die Schweiz bot außer einigen Instruktorstellen nichts zu einer Militärkarriere, so daß jeder Offizier auf einen kriegserischen Aufenthalt im Ausland gleichermaßen Anrecht gehabt hätte. Das hieß wiederum nichts anderes als Privilegierung, Bevorzugung einer bestimmten Gruppe Schweizerbürger, der Offiziere vor den Soldaten nämlich, ein Grundsatz, den die Zeit mit Entrüstung den politischen Zuständen der Schweiz vor der Regeneration ankreidete¹³⁵.

So sehr diese allgemeinen Bedenken als retardierende Momente berücksichtigt werden müssen, so entsprang die Gefährdung der Vorlage doch einem Element, das in erster Linie durch die bundesrätliche Fassung bedingt war. Es handelte sich um den massiven Etatismus, der in allen Lagern Befremden erweckte. Aus verschiedenen Gründen zwar, aber vereinigt im Zögern, reagierten einige Radikale, viele Liberale und die meisten Konservativen skeptisch, abweisend, oder ablehnend militant¹³⁶. Immerhin war vorauszusehen, daß es um die Möglichkeit einer Verwerfung schlecht stehen mußte, wenn die extreme Gruppe der Radikalen mit einer gewandteren Fassung zunächst die eigenen Reihen schließen und sodann auch die vorsichtigen Liberalen gewinnen konnten. Dann vermochten die befördernden Momente mit ihrer vollen Wucht zu wirken. Sie waren so reichlich vorhanden, sie hatten dermaßen die Zeit für sich, daß dann um

¹³³ vgl. NZZ, 1859 – Juli – 15., Nr. 176, p. 782: Votum Kappeler im Ständerat bei der Behandlung des bundesrätlichen Geschäftsberichtes. Gegenstand: Ausbau des Militärwesens, Bildung eines tüchtigen Generalstabes.

¹³⁴ BBl., 1859 – II, p. 8: Aus dem Bericht der Kommission des NR über die Geschäftsprüfung des BR während 1858 (v. 4. Juni 1859).

¹³⁵ Ba.-Z., 1859 – Juli – 26., Nr. 174, p. 757.

¹³⁶ vgl. die Berichterstattung der NZZ von der Aufnahme des Gesetzesvorschlages in den Nummern 1859 – Juli – 24., Nr. 205, p. 819 und 1859 – Juli – 28., Nr. 209, p. 835.

Beispiele ablehnender Stimmen:

Liberale: NZZ, 1859 – Juli – 20., Nr. 201, p. 801 (Leitartikel).

Radikal: Votum Dr. Schneider im Nationalrat am 25. Juli: NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830.

Konservativ: O. A., 1859 – Juli – 24., Nr. 88, p. 1.

das Schicksal der Vorlage keine Bangigkeit mehr zu herrschen brauchte.

Allein die Einhelligkeit, mit der drei Bundesräte während den nationalrätlichen Verhandlungen abwechselnd das Feuer schürten¹³⁷, bildete während der Meinungsbildung kein unwichtiges Moment. Ihre Stimme, diejenige der Liberalen und Radikalen überhaupt, mußte um so größeres Gewicht haben, als sie von der Gruppe stammte, die die Schweiz seit zehn Jahren geschickt und erfolgreich geleitet hatte. War auch viel Glück neben der begabten Hand mit im Spiel gewesen, so war doch der Leitung in denjenigen Punkten, die den Bedürfnissen und den Wünschen der Mehrheit der damaligen Bevölkerung entsprachen, in bezug auf den äußern Erfolg wenig vorzuwerfen. Man konnte bedauern, daß der Radikalismus die materielle, auf dem Naturrecht beruhende politische Wohlfahrt des Bürgers gelegentlich mit dessen tieferem Glück verwechselte, daß er aus diesem Grunde für viele Probleme des menschlichen Lebens, wie etwa für die religiösen, wenig offenen Sinn zeigte, aber es ließ sich nicht bestreiten, daß das materielle Wohl der Eidgenossenschaft, das ökonomische Gedeihen unter der neuen Ägide viele beachtenswerte Vorzüge gegenüber früher aufwies. Was den Bevölkerungsüberschuß betraf, nahm die zivile Auswanderung sprunghafte Fortschritte¹³⁸; in bezug auf die Neutralität zog die Schweiz, teilweise aus Gründen, die mit der politischen Entwicklung ganz Europas zusammenhingen, teilweise aber infolge eigner, hauptsächlich wirtschaftlich bedingter Interessen, einen viel deutlicheren und begrenzteren Kreis, ganz abgesehen davon, daß die alten Bündniskonzeptionen auch durch die Bemühungen des Linksradikalismus nicht hatten zu neuem Leben erweckt werden können. Die Interessen der aufblühenden Handels- und Industriekreise sprachen hier ein stets gewichtigeres Wort, und insofern gewisse Söldnerdienste in der letzten Zeit die Außenpolitik der Schweiz belastet

¹³⁷ Votum Stämpfli am 21. Juli: NZZ, 1859 – Juli – 23., Nr. 204, p. 814 f.

Votum Stämpfli am 25. Juli: NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 829.

Votum Jonas Furrer am 21. Juli: NZZ, 1859 – Juli – 23., Nr. 204, p. 815.

Votum Frei-Herosé am 25. Juli: NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830.

¹³⁸ In *Brasilien* allein hatte sich die Zahl der schweizerischen Ansiedler seit 1850 (ca. 235 Schweizer) verzehnfacht: Botschaft des Bundesrates an die h. Bundesversammlung, betreffend die Auswanderung nach Brasilien, 11. Juli 1859, in BBl., 1859 – II, p. 194. Derselbe Bericht sucht anhand der folgenden Tabelle, die die Guthaben mitteilt, die infolge Vorschusses einzelne Orte an Auswanderungsbüros zu stellen haben, zu zeigen, wo die Auswanderung in der Schweiz besonders stark betrieben wurde (op. cit., p. 197 f.):

Thurgau	Fr. 700.—	Aargau	Fr. 32 802.52
Zürich	Fr. 2 818.38	Obwalden	Fr. 36 175.55
Bern	Fr. 9 352.10	Glarus	Fr. 68 798.04
Schaffhausen	Fr. 10 903.15	Graubünden	Fr. 87 974.66

hatten, war in bezug auf eine schärfere Bundesgesetzgebung auf die volle Zustimmung dieser Gruppen zu hoffen. Die Verhandlungen im Parlament zeigten tatsächlich auch, daß dies der Punkt war, wo man bei dem nicht extrem etatistisch eingestellten Zürcher Liberalismus den Hebel ansetzen konnte¹³⁹. Mit den schweizerischen Handelsvergünstigungen in Neapel, die als Gegenargument hätten zitiert werden können, stand es gar nicht glänzend, indem der schweizerische Import dort seit 1856 ein Stiefdasein fristete, das den Bundesrat zu wiederholten und erfolglosen Unterhandlungen gezwungen hatte¹⁴⁰. Der Druck der Entschädigungspflicht, der 1848/1849 die Halbheit der Maßnahmen mitgefördert und ihnen den Stempel des Provisorischen aufgedrückt hatte, fiel diesmal weg. Auch hatte die Denkweise einer bürgerlichen, das Abenteuerliche, Außergewöhnliche, Nicht-Uniformierte ablehnenden Schicht sich weiter ausgebreitet, das Interesse an einer soliden, nüchternen und praktischen Arbeitsweise sich verstärkt¹⁴¹. An die Seite des allgemeinen, traditionellen Clichés der «enfants perdus de la Suisse»¹⁴² war speziell und aufs neue das

¹³⁹ NZZ, 1859 – Juli – 23., Nr. 204, p. 815: Votum Dr. Escher vom 21. Juli im Nationalrat.

Von dieser praktisch-ökonomischen Seite aus muß der Druck der schweizerischen Wirtschaft auf Beendigung des Söldnerwesens, sowie die Petition der italienischen Schweizerkaufleute zunächst betrachtet werden. Was die ersterwähnte Seite betrifft, so weichen die Berichterstattungen der Neuen Zürcher Zeitung und der Basler Nachrichten insofern voneinander ab, als laut jener Bundesrat Knüsel am 5. Juli im Nationalrat bei der Behandlung des das Werbverbot besprechenden bundesrätlichen Geschäftsberichtes aussagte, u. a. «habe sich neustens der ganze Handelsstand der Schweiz um Aufhören dieses Dienstes an den Bundesrat gewandt» (NZZ, 1859 – Juli – 7., Nr. 188, p. 746), während die Basler Nachrichten dieses Votum dahin spezifizierten, schweizerische Handelsleute im Ausland seien beim Bundesrat um Einhaltung der fremden Dienste eingekommen. Offenbar waltete die Tendenz ob, die Petition der 134 Schweizer aus Florenz aufzubauschen, denn die ständerätliche Kommissionsmehrheit, die das Gesetz befürwortete, ließ es sich in ihrem Bericht angelegen sein, hervorzuheben, daß diese 134 Schweizerbürger aus sechs verschiedenen Kantonen stammten (BBl. 1859 – II, p. 468).

¹⁴⁰ vgl. BBl. 1859 – II, p. 19: Bericht der nationalrätlichen Kommission über die Geschäftsführung des Bundesrates während des Jahres 1858, vom 4. Juni 1859: Die Schweiz bezahlte in Neapel die höchsten Importzölle und war der einzige bedeutende Handelsstaat, der bisher zu keinem Handelsvertrag mit dem Königreich beider Sizilien hatte gelangen können, trotzdem sie seit 1856 mit allem Ernst auf eine Verbesserung hingewirkt hatte.

¹⁴¹ So zählt der Bericht der nationalrätlichen Kommission zur Geschäftsführung des Bundesrates pro 1858 unter «eine schöne Zahl wertvoller Werke» der Bundesbibliothek hauptsächlich solche aus dem Gebiete der Statistik, während er unter anderem medizinische und *theologische* (!) Abhandlungen aus dem 17. und 18. Jahrhundert unter die «Masse ziemlich unbedeutender Bücher» rechnet (BBl., 1859 – II, p. 27).

¹⁴² NZZ, 1859 – Juli – 15., Nr. 196, p. 782: Übersetzung eines von C. A. Caspar verfaßten Verteidigungsartikels, der in der englischen Zeitung «Morning Advertiser» erschienen und am 4. Juli verfaßt worden war. Der Verfasser hatte hierin die Verantwortung der Schweiz für die noch besteh. Fremdenregimenter abgelehnt.

«Odium»¹⁴³ des neapolitanischen Dienstes selbst in konservativen Kreisen getreten¹⁴⁴. Die radikale Tendenz, die Schweizergeschichte von der Gegenwart aus zu messen und zu bewerten, ließ die schweizerische Historiographie das Reisläufertum der italienischen Feldzüge um 1500 grell und abstoßend ausmalen¹⁴⁵, und von hier aus konnte der Schritt der Verallgemeinerung, die Tendenz, die Pflichten der Gegenwart anhand geschichtlicher Zitate zu erläutern, nicht mehr schwer fallen¹⁴⁶. Wem die langsame Domestizierung¹⁴⁷, die Verstaatlichung und der Verlust der alten Freiheiten nichts ausmachte, dem mochte, im Bewußtsein der Höhepunkte, der Fortschritte, der Bildung¹⁴⁸ und der Güte seiner Zeit das Söldnertum als alter Zopf, ja als unvereinbar mit den Prinzipien der neuen Schweiz erscheinen¹⁴⁹. Warum sollte daher die Beratung einer Angelegenheit verschoben werden, die jedem «denkenden» Menschen nicht nur jetzt, sondern immer tadelnswert erscheinen mußte? Im Gegenteil, es war eine Ehrensache, hier einmal Remedur zu schaffen, und als Ehrensache durfte sie nicht verschoben werden¹⁵⁰, wenigstens in diesem Falle nicht¹⁵¹. Die üblen Erfahrungen mit der bisherigen Gesetzgebung, die in gewissen konservativen und je nach Konvenienz auch in radikalen Kantonen die Werbungen nur ungenügend zu verhindern vermocht hatte, und die Nachrichten von Cesena, aber insbesondere diejenigen von Perugia und Neapel fielen um so mehr ins Gewicht, als die Sympathien mehrheitlich dem nationalen Italien zugetan

¹⁴³ Ba.-Z., 1859 – Juli – 26., Nr. 174, p. 757.

¹⁴⁴ v. p. 225 f. Wandlung von Gonzenbach.

¹⁴⁵ Glutz-Blotzheim, Robert: «Vom Tode des Bürgermeisters Waldmann bis zum ewigen Frieden mit Frankreich» in «Joh. von Müller: Geschichte der Eidgenossen»; Zürich, 1816, 5. Teil, 2. Abtlg.

¹⁴⁶ Votum Augustin Keller am 26. Juli, NZZ, 1859 – Juli – 28., Nr. 209, p. 834.

Vgl. dazu B. N., 1859 – Juli – 28., Nr. 176, p. 1110, Kellern ironisierend: «Keller liest ein förmliches Kollegium über schändliche Geschichten des schweizerischen Söldnerwesens und ruft es laut aus, daß die Schweizer den Herzog von Mailand vor so und so viel hundert Jahren verraten haben.» (Der moderne Geschichtsbetrachter stellt allerdings fest, daß Nationalrat Keller der letzte seiner Zeit war, der sonst einem Fürsten gegenüber das Wort zu halten empfohlen hätte.)

¹⁴⁷ Dieser Ausdruck begegnet bei Bonjour, Edgar: Geschichte der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert, p. 195.

¹⁴⁸ Votum Stämpfli im Nationalrat am 21. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 23.

¹⁴⁹ v. Kapitel «Jakob Stämpfli».

¹⁵⁰ Voten Stämpfli und Furrer am 21. Juli im Nationalrat, v. Ba.-Z., 1859 – Juli – 22., p. 745.

Votum Escher am 21. Juli im Nationalrat, v. NZZ, 1859 – Juli – 23., Nr. 204, p. 815.

¹⁵¹ Dazu die Ba.-Z., 1859 – Juli – 26., Nr. 174, p. 757: «Wenn die Schweiz so empfindlich ist für ihre Ehre, so gibt es bei ihr zu Hause noch genug Mist zu beiseitigen; wir zählen z. B. das Überhandnehmen der Spielhöllen dazu. ... derlei ist aber natürlich gleichgültig» (Zürcher Korrespondenz).

waren. Den Beweis, daß das Söldnerwesen, daß Vicenza, Magenta und Messina ¹⁵² dem militärischen Ruf, der ausländischen Einschätzung der schweizerischen Feldtüchtigkeit wesentlichen Nutzen gebracht, konnten die Gegner des Gesetzes weniger einleuchtend erbringen ¹⁵³, als die Freunde denjenigen der Unpopularität der neapolitanischen oder römischen Dienste bei den Auslandschweizern und der englischen Regierung. Man konnte Bedauern empfinden, wenn England vergessen hatte, «daß vor zwei Jahren, zur Zeit des Krimfeldzuges, das Gesandtschaftshotel in Bern das erste Werbbureau war, und daß dort zu jeder Stunde Ober- und Unterwerber freien Zutritt hatten ¹⁵⁴», aber was wog diese gegen die andere Tatsache, daß England im Sommer 1859 anderer Meinung war? Die ganze Tätigkeit des englischen Gesandten in Bern war in jenen Tagen hinsichtlich der neapolitanischen Dienste auf das Ziel gerichtet gewesen, wie es das Telegramm des Foreign Office vom 17. Juli umschrieb: «Take advantage of the events of Perugia and Naples to urge on the Swiss the recall of all their countrymen in the service of Rome and Naples ¹⁵⁵.»

In einer solchen Situation mußte es der Kommissionsmehrheit nicht schwer fallen, auf ihren Verschiebungsantrag zu verzichten, als der Zürcher Alfred Escher mit einer selbständigen Fassung aufrückte, für die sich die extreme und die gemäßigte Gruppe gewinnen ließ. Der neue Vorschlag sollte das Hauptärgernis, die neapolitanischen und römischen Dienste (wenigstens scheinbar), aus der Welt schaffen, ohne die gesamte Reisläuferei auf eidgenössischer Basis zu verstaatlichen und zu monopolisieren. Es zeigte sich nun deutlich, daß das anfängliche Sträuben nicht so sehr gegen eine neue Regelung überhaupt, als einfach gegen die Schärfe der bundesrätlichen Vorlage gerichtet gewesen war ¹⁵⁶.

Damit waren aber noch lange nicht alle Schwierigkeiten behoben. Die Vielschichtigkeit der Frage gab dem Nationalrat noch sehr viel zu schaffen.

Das eigentliche Vergehen, das Delikt zu bestimmen, war hier beinahe unlösbar schwierig; denn es konnten hier keine natürlichen Moralgesetze wegleitend wirken, wie dies bei Mord oder Diebstahl etwa der Fall ist. Die Begründungen des Verbotes klangen oft sehr zeitbedingt, besonders wenn sie politischer Art waren. Für Stämpfli machten es «die neuesten Erscheinungen in Italien zur Pflicht, zu

¹⁵² Maag, Albert, pp. 146–223.

¹⁵³ vgl. den Versuch dazu auch in der liberal-konservativen «Basler Zeitung», 1859 – Juli – 26., Nr. 174, p. 757.

¹⁵⁴ BN, 1859 – Juli – 7., Nr. 158, p. 1014.

¹⁵⁵ Bundesarchiv, F. O. London, Switzerland, 1857–1889, 100/119, July 19.

¹⁵⁶ JdG, 1859 – August – 16., Nr. 192, p. 1.

wirksamen Maßnahmen zu schreiten¹⁵⁷». Er und seine Freunde drängten vor allem auf das Ende der bedauerlichen Erscheinung, «daß schweizerische Soldtruppen im Dienste von fremden Fürsten gegen die Sache des Volkes dienen¹⁵⁸» und daß die «Unnatur des päpstlichen Dienstes» noch immer andauerte¹⁵⁹.

Nach anderer Ansicht lag eine neue Regelung vor allem im Interesse des *Staatsschutzes*. Sie hatte zu verhüten, daß die schweizerische Neutralität durch den, «wenn auch nicht unmittelbaren, doch wirk-samen, oft gar überragenden Einfluß auf die Geschicke der Nationen, in deren Mitte die kapitulierten Regimenter stehen», tangiert werde¹⁶⁰, da die Schweiz, als sie frei und unabhängig die Neutralität zum außenpolitischen Grundsatz erhob, ihren festen Entschluß ausgesprochen habe, sich in keiner Weise in die innern Angelegenheiten ihrer Nachbarn zu mischen. Seit langem aber hätten die fremden Dienste, so wurde argumentiert, die Neutralität und Unabhängigkeit gefährdet und die äußern Beziehungen erschwert¹⁶¹.

Ferner sollte das Gesetz mit einer Institution aufräumen, die von der «Mehrzahl der Menschen als ein Übel betrachtet» würde¹⁶², sollte den Rest einer Zivilisation wegschaffen, «die uns noch gebunden hält, welche aber einer andern Platz machen wird, wo die großen Fragen durch vernunftgemäße Anwendung von Recht und Gerechtigkeit statt durch brutale Gewalt werden gelöst werden¹⁶³», sollte demnach zur sukzessiven Ausmerzung «der alten Unsitte des Reislaufens Hand bieten¹⁶⁴», sollte den schmählichen Verkauf der Tapferkeit verhindern¹⁶⁵ und die Verwendung von Schweiz ersöldnern zwecks Schonung eigener Truppen unterbinden¹⁶⁶.

¹⁵⁷ BBl. 1859 – II, p. 218: Botschaft des Bundesrates an die hohe Bundesversammlung, betr. die Anwerbungen für fremden Kriegsdienst, vom 13. Juli 1859.

¹⁵⁸ BBl. 1859 – II, p. 219, Botschaft des Bundesrates. – BBl. 1859 – II, p. 461, Bericht der Minderheit der nationalrätlichen Kommission. – Votum Bundesrat Frey-Hérosé, 25. Juli im NR, v. NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830. – V. Treichler, Nationalrat, 25. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830. – V. Weder im NR vom 26. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 28., Nr. 209, p. 834. – V. Bundesrat Stämpfli am 27. Juli im NR, v. NZZ, 1859 – Juli – 29., Nr. 210, p. 838. – BBl. 1859 – II, p. 450 f. Bericht der Mehrheit der Nationalratskommission.

¹⁵⁹ Nationalrat Hofmann, Vertreter der Minderheit der nationalrätlichen Kommission, in seinem Bericht. BBl. 1859 – II, p. 461.

¹⁶⁰ Bericht der nationalrätlichen Kommissionsmehrheit, v. BBl. 1859 – II, p. 452.

¹⁶¹ Bericht der nationalrätlichen Kommissionsmehrheit, v. BBl. 1859 – II, p. 458. Bericht der ständerätlichen Kommissionsmehrheit, BBl. 1859 – II, p. 471.

¹⁶² Bericht der nationalrätlichen Kommissionsmehrheit, v. BBl. 1859 – II, p. 452.

¹⁶³ op. cit., p. 453.

¹⁶⁴ Botschaft des Bundesrates vom 13. Juli 1859, BBl. 1859 – II, p. 219.

¹⁶⁵ Votum Bundespräsident Stämpfli am 25. Juli im NR, v. NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 829.

¹⁶⁶ Votum Bundesrat Frei-Hérosé am 25. Juli 1859 im NR, v. NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830.

Endlich hatte man genug von dem bösen Wort «kein Geld, keine Schweizer» und verlangte im «Interesse der Würde und Moral der Schweizernation», daß jene bedauerlichen Vorkommnisse früherer Zeiten, wie der Kampf von Schweizern gegen Schweizern, sich niemals wiederholten ¹⁶⁷.

Alle diese Argumente gipfelten in der Behauptung, die schweizerische Nation schulde es ihrer «Ehre», die bisherigen fremden Dienste zu untersagen ¹⁶⁸.

Aber lange nicht alle der Ratsmitglieder waren der Meinung, daß diese außenpolitischen, ideologischen, nationalen, ethischen, moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Begründungen zutrafen. Besonders im konservativen Lager herrschten andere Anschauungen vor. Der Walliser Courten war zwar im Nationalrat der einzige, der unmißverständlich erklärte, die Aufgabe der Schweizertruppen habe zu allen Zeiten in der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung bestanden ¹⁶⁹. Die übrigen konservativen Redner beschränkten sich auf eine mittelbare Kritik, die nicht nur bittern Parteihader, sondern auch ernste Besorgnisse offenbarte. Beißend klang Segessers Hinweis, die neue Schweiz habe dem «Schallerregiment in Freiburg» den gleichen Dienst erwiesen, den sie Österreich gegenüber Modena und Toscana vorwerfe ¹⁷⁰. Stärker rückte Gonzenbach das Zeitbedingte der allgemeinen Argumentation in den Vordergrund seiner Betrachtung. Das gleiche Regiment, das Perugia bezwungen, habe 1849 nach der Schlacht von Vicenza unter dem stürmischen Beifall der italienischen Patrioten das römische Bürgerrecht bekommen. Die Schweiz könnte vielleicht später wiederum im Fall sein, von liberalen oder nationalen Staaten um Söldner angegangen zu werden. Ob es nicht klüger wäre, sich für diesen Fall nicht schon jetzt und für alle Zeiten die Hände zu binden ¹⁷¹? Die Behauptung, die Schweiz verschulde die Niederlage der italienischen Revolution, erklärte Segesser als lächerlich und

¹⁶⁷ Votum Nationalrat Augustin Keller am 26. Juli 1859 im NR, v. NZZ, 1859 – Juli – 28., Nr. 209, p. 834. – BBl. 1859 – II, p. 218, Botschaft des BR – p. 452: Mehrheit der nationalrätlichen Kommission – Bericht.

¹⁶⁸ Votum NR Augustin Keller am 21. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 23., Nr. 204, p. 814. Votum Treichler im NR am 25. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830. – Votum Fuog im NR am 25. Juli, op. cit., p. 830. – Votum Heer im NR am 26. Juli, v. op. cit., Nr. 209, p. 833. – Votum Ständerat Vogt am 29. Juli im StR, v. NZZ, 1859 – Juli – 31., Nr. 212, p. 846. – Bericht der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission, v. BBl. 1859 – II, p. 450 und 458. – Bericht der Minderheit der nationalrätlichen Kommission, v. BBl. 1859 – II, p. 463. – Bericht der ständerätlichen Kommissionsmehrheit, v. BBl. 1859 – II, p. 469.

¹⁶⁹ Votum im NR am 25. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830.

¹⁷⁰ Rede des Herrn Nationalrat Ph. A. Segesser gegen das Verbot fremder Kriegsdienste. Schwyz, s. a., p. 15.

¹⁷¹ Votum vom 25. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830.

für das italienische Volk beleidigend¹⁷². Wenn zehn Millionen Italiener nicht imstande seien, für eine angebliche Notfrage sich vom Joch von vier- bis fünftausend Schweizern zu befreien, so ergebe sich daraus, daß die Phrase, die Schweizer müßten für *die Fürsten gegen die Völker kämpfen*, ohne Bedeutung sei, und daß die große Mehrzahl der Bevölkerung die Monarchie der Mazzinistischen Republik vorziehe¹⁷³. Der fragwürdige Dienst aber, den die Schweiz einem für die Freiheit noch nicht reifen oder sie nicht wünschenden Volk zu leisten im Begriff stehe, solle durch den Verzicht auf eines der ältesten und zentralsten Rechte des Schweizers erkaufte werden: Das Recht der persönlichen Freiheit¹⁷⁴. Um andern Völkern die Freiheit zu bringen, die sie augenscheinlich gar nicht wünschten, sei man daran, den Vorzug des freien Schweizers vor den Bürgern anderer Staaten, frei hinzugehen nach jedem Lande, frei sich seinen Beruf zu wählen, frei jeder Fahne zu folgen, sei sie die der offiziellen Schweiz oder nicht, zu vernichten¹⁷⁵. «Um die Italiener zu befreien, treten wir in den Zustand der Leute in den ehemaligen gemeinen Herrschaften, oder geben wir unsere uralte Schweizerfreiheit auf, um so frei zu werden, wie die Untertanen der französischen Monarchie oder der englischen Aristokratie¹⁷⁶.» – Im Ständerat legte die Minderheit mit dem Hinweis auf den die Befugnis des Bundes klar umschreibenden Artikel 11 der Bundesverfassung Verwahrung gegen die drohende *Kompetenzüberschreitung* ein¹⁷⁷. Auch sie bezeichnete die Aufhebung individueller Rechte als das Schlimmste an der neuen Vorlage¹⁷⁸. – Das Bedauerliche, das in einem Kampf von Schweizern gegen Schweizer liege, wurde allseits zugestanden. Man suchte es jedoch mit der Tatsache zu entschuldigen, daß jedes Land, jede menschliche Institution, jedes Geschlecht in seiner Geschichte auch Schattenseiten aufweise. In unvergleichlicher Art aber überstrahle beim schweizerischen Fremden dienst die Ehre und der Ruhm den Schatten¹⁷⁹. Man spreche mit Abscheu von dem Schweizerblute, das durch Schweizerregimenter vergossen werde. Habe man es nicht im Vaterland fließen gesehen, in

¹⁷² Segesser, op. cit., p. 11. – Ferner dort: «Man behauptet, die paar Tausend Schweizer in Rom und Neapel verhindern das italienische Volk, seine Freiheit zu erringen. Ich sage nein, und sage, eine solche Behauptung, wenn sie wahr wäre, wäre die größte Schmach, die man dem italienischen Volk antun kann.»

¹⁷³ Segesser, op. cit., p. 11.

¹⁷⁴ Segesser, op. cit., p. 8.

¹⁷⁵ Segesser, op. cit., p. 4.

¹⁷⁶ Segesser, op. cit., p. 8.

¹⁷⁷ Ständerat Christen, Uri, am 30. Juli, v. NZZ, August – 1., Nr. 213, p. 849. – Ebenso die Ständeräte Baumgartner, St. Gallen, und Steinegger.

¹⁷⁸ Minderheit der ständerätlichen Kommission, v. BBL. 1859 – II, p. 476.

¹⁷⁹ Segesser, op. cit., p. 14 f.

zahlreichern Fällen sogar, als im Ausland? «Häufiger als durch den Zusammenstoß von Schweizern in auswärtigen Diensten, ist im Inland in den bürgerlichen Kriegen alter und neuer Zeit Schweizerblut durch Schweizer vergossen worden¹⁸⁰.» – Den *Neutralitätsbedenken* gegenüber hielt Segesser, der sich von allen Oppositionsrednern durch die umfassendste Grundsätzlichkeit im Gedankengang auszeichnete, das Argument bereit, daß die Schweiz es selbst sei, die sich engere Fesseln anzulegen im Begriff stehe. Niemals, auch heute nicht, habe eine auswärtige Macht der Schweiz das Recht bestritten, ihren Bewohnern freie Ausübung eines Berufes zu gestatten¹⁸¹. Warum augenblicklicher Sympathien wegen bindende Rechtssätze, die einer Selbstverstümmelung gleichkämen, aufstellen¹⁸²? Warum eine Verantwortung übernehmen, die das historische Völkerrecht nicht verlange¹⁸³? Die Treue zu den eigenen Landeskindern habe allen ängstlichen Neutralitätserwägungen vorzuziehen¹⁸⁴. – Nicht nur für Segesser, sondern auch für andere Konservative schien das Neutralitätsprinzip den Frieden und die Sicherheit der Schweiz weniger zu gewährleisten, als die «Achtung, die die Welt einem Staat zollt¹⁸⁵». Diese Achtung werde kaum dadurch erworben, daß eine ausländische Zeitungspolemik eine politische Behörde veranlasse, ihre Landsleute in der Fremde preiszugeben¹⁸⁶. Eine große Stütze der schweizerischen Sicherheit und Unabhängigkeit sei der kriegerische *Ruhm*. Bis in die neueste Zeit verdanke die Schweiz diesen und dessen stete Erhaltung dem fremden Dienst¹⁸⁷. Nun aber werde «unser Heer und unser Ruf als militärisches Volk schlafen gehen», da die Schweiz selbst keinen Krieg beginnen könne. Außerdem gehe die Schweiz damit eines ihrer wichtigsten politischen Einflußmittel verlustig¹⁸⁸. Wäre die Sache wirklich so gefährlich und dringend, so würden die hauptbeteiligten Kantone, die doch dazu kompetent und souverän seien, den Dienst von sich aus verbieten oder sogar die Truppen heimberufen¹⁸⁹. Jedenfalls sei eine Verschiebung der Beratung zulässig, ohne die staatliche Stellung der Schweiz nach außen zu gefährden, um so mehr, als die Bevölkerung Italiens einzusehen beginne, daß sie auf «unrichtige Voraussetzungen

¹⁸⁰ Segesser, op. cit., p. 15.

¹⁸¹ Segesser, op. cit., p. 13.

¹⁸² Segesser, op. cit., p. 13.

¹⁸³ Segesser, op. cit., p. 13.

¹⁸⁴ Segesser, op. cit., p. 12.

¹⁸⁵ Segesser, op. cit., p. 12.

¹⁸⁶ Segesser, op. cit., p. 12.

¹⁸⁷ Segesser, p. 14.

¹⁸⁸ Votum Gonzenbach im NR, v. NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830.

¹⁸⁹ Freunde des Verschiebungsantrages im Ständerat am 29. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 31., Nr. 212, p. 846.

gestützt und von der Aufregung des Augenblicks hingerissen, einem Teil der schweizerischen Bevölkerung die Verantwortung für allerdings traurige Ereignisse aufzubürden im Begriffe stand¹⁹⁰. – Der These, die Lage von 80 000 Auslandschweizern erfordere sofortiges Handeln, wurde entgegengehalten, daß die Unterschriften in den Eingaben einiger Konsuln nicht alle im Ausland domizilierten Schweizer repräsentierten¹⁹¹, und daß, falls dies wirklich der Fall gewesen wäre, diese doch hinter einer andern Mehrheit zahlenmäßig zurückständen, der Mehrheit von über zwei Millionen Schweizern nämlich, deren persönliche Freiheit auf dem Spiel stehe¹⁹². Lasse auch der Handelsvertrag auf sich warten, die Interessen der schweizerischen Handelsleute in Neapel seien jedenfalls durch die Kapitulation nur gefördert worden. Überdies werde die Stellung der Schweizer in Italien nur so lange eine befriedigende sein, als der Schweizernamen dort gefürchtet werde. «Wenn der dreihundertjährige Nimbus zerstört ist, der in diesem Lande den Schweizernamen umgibt, so hört alle Sicherheit für sie auf¹⁹³.» Bitter klagen sowohl Segesser wie Courten über den Dolchstoß der schweizerischen Händler. «Sie (die jetzt gescholtenen Soldtruppen) haben es unsern Krämern ermöglicht, ihren Handel und ihre Waren ruhig verkaufen zu können¹⁹⁴.» Selbstverständlich sollten Klagen und Beschwerden «einer Anzahl» in Italien niedergelassener Schweizer seitens der Bundesbehörden die vollste Aufmerksamkeit gewidmet, gegenseitige Interessen unparteiisch abgewogen und Abhilfe zu schaffen ernstlich versucht werden. «Aber gerade in dieser Beziehung halten wir abermals dafür, daß wir noch zu sehr unter dem Eindrucke der letzten Ereignisse stehen, und daß wir auf Berichte hin, die jedenfalls nur *eine* Richtung vertreten, in zu befangener Stimmung sind, um die Sachlage ruhig und unparteiisch nach allen Seiten würdigen zu können¹⁹⁵.» Auch der moderne *Bildungsbegriff*, das geistige Niveau der Zeit, vermochte nicht durchwegs das Gefühl von der Unzeitgemäßheit der Dienste zu erwecken. Noch lebte im Konservatismus das Bewußtsein jener Bildungstradition, die durch den Söldnerdienst in hohem Maße geweckt, befruchtet und gefördert worden war¹⁹⁶. Dem moralisierenden Zug des Radikalismus, hinter dem man ein neues Gottesgnadentum witterte, das von oben herab die

¹⁹⁰ Minderheit der ständerätlichen Kommission, v. BBl. 1859 – II, p. 478 f.

¹⁹¹ Segesser, op. cit., p. 12.

¹⁹² Segesser, op. cit., p. 12.

¹⁹³ Segesser, op. cit., p. 12.

¹⁹⁴ So von Courten am 25. Juli im NR, v. NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830.

¹⁹⁵ Bericht der ständerätlichen Kommissionsminderheit, BBl. 1859 – II, p. 477.

¹⁹⁶ Votum Gonzenbach im NR am 25. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830.

Untertanen über Wert und Unwert der Dinge, über Gut und Böse aufklärt, wurde die mächtige Verpflichtung der Sitte und des Herkommens entgegengehalten¹⁹⁷. Eine weise Gesetzgebung halte sich an die Grenze des Erreichbaren, und diese werde durch das Urteil der öffentlichen Meinung bestimmt. Die fremden Dienste seien mit den Anschauungen, den Sitten und dem ganzen Leben des Volkes seit Jahrhunderten aufs innigste so verflochten, daß sie als ein Verhältnis von einigem Gewicht mit Vorsicht behandelt, aufs reichlichste geprüft und überdacht werden müßten¹⁹⁸. – Wer sich diesen Argumenten anschloß, dem mußte auch der Appell an die *Ehre der Nation* als ein Wort voll Schall und Rauch erscheinen. So Segessers Ironie: «Finstere Zeiten, wird man sagen, diese Zeiten, wo Mailand vor den Schweizern zitterte, die burgundische Macht durch sie gebrochen war, die Häuser von Österreich und Frankreich um ihre Freundschaft warben, die Reichsstädte in Schwaben und am Rhein nicht minder als die Fürsten ihr Bündnis suchten – finstere, trübselige Zeiten: Die pädagogische Zeitschrift erschien noch nicht, das Volk war ununterrichtet, die Magistraten verdorben¹⁹⁹!» Recht groß war der Kreis jener, die vor allem den Übertreibungen mißtrauten. Die Zitate, welche die Schändlichkeit des Schweizerdienstes aus Geschichtswerken belegten, konnten natürlich mit Leichtigkeit durch ebenso eindruckliche wie zahlreiche andere, die die Pflichterfüllung und den Ruf der Schweizer priesen, aufgewogen werden²⁰⁰. In Graubünden, so berichtete Nationalrat Sprecher, seien die meisten und die tüchtigsten Gemeinde- und Kreisvorsteher in fremden Diensten gewesen, namentlich in Holland, wo sie gute Schulen und Disziplin gefunden²⁰¹. Selbst der freisinnige Oberst Sulzberger vereinigte sich mit dem Walliser Konservativen Courten zum Appell, nicht überstürzt zu handeln, wolle das Parlament sich nicht selbst in der augenblicklichen Erregung beschimpfen, in dem es viele seiner eigenen Mitglieder, die in fremden Diensten gewesen, der Unehrenhaftigkeit bezichtige. Die Art und Weise der Hetze mahne weniger zur Eile als zur Vorsicht und zu einer vorurteilsfreien Prüfung der ganzen Frage²⁰².

Außer diesem mehr das Allgemeine betreffenden Pro und Contra der Diskussion, in dem all das, was schon seit Jahrhunderten zur Verteidigung und zur Verwerfung der Söldnerdienste gesprochen worden

¹⁹⁷ Votum Gonzenbach, op. cit., p. 830.

¹⁹⁸ Bericht der ständerätlichen Kommissionsminderheit, BBl. 59 – II, p. 477.

¹⁹⁹ Segesser, Rede, p. 4 f.

²⁰⁰ Votum Gonzenbach am 21. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 23., Nr. 204, p. 815.

²⁰¹ Votum Sprecher im NR am 26. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 28., Nr. 209, p. 834.

²⁰² NR, 21. Juli, v. NZZ, 1859 – Juli – 23., Nr. 204, p. 815.

war, durchgangen wurde, beschäftigten sich die Debatten eingehend mit der Frage, was das neue Gesetz nun im besondern bezwecken solle.

Faßt man die aus der Diskussion sich ergebenden besondern Wünsche ins Auge, so zeigt sich eine solche Fülle an teilweise sich widersprechenden Zielen, daß die unklare Lösung, die schließlich getroffen wurde, einigermaßen verständlich wird.

Für den Bundesrat, der die ganze Frage aufgerollt hatte, bildete die *Abschwächung des gesamten Reisläuferwesens* eines der Hauptziele. Im Interesse der eigenen Armee aber verzichtete er auf ein generelles Verbot und wollte durch die bloße Verstaatlichung dem Bund die Möglichkeit bewahren, ein den Zwecken des Staates dienliches Reislaufen fortbestehen zu lassen. Die nationalrätliche Kommission beanstandete an diesem Entwurf, daß er dem Hauptproblem, der Existenz geschlossener Schweizerregimenter, die allein die italienische Erregung hervorgerufen hatte, auswich²⁰³. Nach ihrer Ansicht hatte das Dekret zwischen richtigen Schweizerkorps, solchen, die als schweizerisch galten und regulären, nationalen Truppen des Auslandes zu unterscheiden. Außerdem rügte sie, daß die bundesrätliche Fassung gegen schweizerische Kommandanten im Ausland, «welche mit dem Blute der Schweizer Handel treiben²⁰⁴», und anstelle von Bund und Kantonen immer noch Korps, die vornehmlich aus Schweizern bestanden, organisierten²⁰⁵, nichts vorsah. Aus diesem Grunde schlug sie in ihrem Gegenentwurf anfänglich vor, die Beteiligung eines Schweizerbürgers an der Organisation und der Leitung auswärtiger Fremdenregimenter, sowie den Eintritt in irgendeine ausländische Formation, die nach Zusammensetzung, Abzeichen, Name oder Kommandantur als «schweizerisch» hätte angesehen werden können, zum Kern des Verbotes zu machen²⁰⁶.

Dieser Ansicht der Kommission wurde in beiden Räten mannigfach beigepflichtet. Sowohl radikale wie konservative Redner stellten in ruhigeren Augenblicken der Diskussion fest, daß nicht eigentlich der fremde Dienst, sondern der Dienst, der als «schweizerisch» gelten mochte, odios geworden²⁰⁷, daß man die Sonnseiten der auswärtigen Heeresfolge gelten lassen könne, ohne die Schattenseiten der Kapitulationen und ihrer Abarten zu verneinen²⁰⁸, daß es die Schweiz

²⁰³ BBl., 1859 – II, p. 454 .

²⁰⁴ v. Anm. 203.

²⁰⁵ Nachwirkung der Tatsache, daß 1855 die schweizerischen Regimentskommandanten in Neapel die Kapitulationen auf eigene Faust erneuert hatten.

²⁰⁶ NR-Protokoll, 1859, Juli – 25., p. 405.

²⁰⁷ Votum Gonzenbach, NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830.

²⁰⁸ NR Dr. Schneider, NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 830.

eigentlich nichts angehe, wenn ein einzelner ihrer Bürger einer ausländischen Kompagnie oder gar Armee vorstehe²⁰⁹, und daß der Sinn des ersten Artikels darin gesucht werden müsse, den Dienst eines Schweizers in jenen ausländischen Korps zu verhüten, die aus irgendeinem Grund, sei es durch Zusammensetzung, Recht, Fahne, Name oder Uniform, an die Schweiz erinnern könnten²¹⁰.

Demgegenüber ging der Konservative von Sprecher aus Graubünden in seinem Votum zum Zweckartikel von der «unausweichlichen Assoziation» der Schweizer aus. Er hielt dafür, daß ein so tief verankertes Bedürfnis sich durch staatliche Maßnahmen nie unterdrücken lasse und verwies auf die Vorgänge in Neapel, wo sich schweizerische Bataillone ohne schweizerische Abzeichen gebildet hatten. Darüber hinaus aber stellte er die Frage der Kompetenz. Wenn in der Schweiz das freie Assoziationsrecht gewährleistet war, warum sollte es für das Ausland in Fällen, wo Zweck und Aufgabe einer solchen Verbindung an sich nicht verboten war, untersagt werden dürfen²¹¹?

Hatte dieser Konservative mehr die rechtliche Seite eines Assoziationsverbotes ins Auge gefaßt, so gründete sich die Ablehnung Segessers gegen das Bestreben, die Schweizersöldner im Ausland sich ja nicht in gemeinschaftlichem Dienste zusammenschließen zu lassen, auf umfassenderen Erwägungen. Er wußte, daß der Zusammenschluß der Schweizer im Ausland zu kriegerischen Zwecken nicht nur den Hauptgrund für ihren großen militärischen Ruf gebildet hatte, sondern seiner Ursache nach geradezu begrüßenswert war²¹². Der Hang zur Assoziation allgemein war eine der größten Voraussetzungen zu der Besonderheit der schweizerischen Geschichte gewesen. Ob sich dieser Trieb im gemeinschaftlichen Alpbesitz, im gemeinschaftlichen Häuserbau, in gemeinsamen Weg- und Räumungsarbeiten oder in der vereinigten Abwehr aller zentralistischen Unterdrückungsversuche von außen geäußert hatte, ohne das genossenschaftliche Element wäre die eidgenössische Entwicklung, wie sie sich ergeben hatte, kaum erfolgt.

Als die Debatte bereits soweit fortgeschritten war, daß am Zustandekommen eines Gesetzes niemand mehr zweifelte, trieb jene Geschichtstatsache Segesser zum äußersten Schritt an, der überhaupt

²⁰⁹ Votum NR Heer, NZZ, 1859 – Juli – 28., Nr. 209, p. 833.

²¹⁰ Votum NR Weder, NZZ, 1859 – Juli – 29., Nr. 210, p. 837.

²¹¹ NZZ, 1859 – Juli – 28., Nr. 209, p. 834.

²¹² Als Hauptgrund für den militärischen Ruf vgl. p. 217, Urteil eines Franzosen. Aus diesem Grund galten die Schweizertruppen auch als Rückzugsspezialisten. Da sie sich nur durch den Tod voneinander trennen ließen, bewiesen sie noch im Untergang und in der Auflösung kämpferischen Wert (Marignano, Meaux, Tuilerien, Beresina u. a.).

noch möglich war: Er schlug vor, jeden Schweizer, der im Ausland Dienste leiste, seines Aktivbürgerrechtes und seines Anspruches auf den Schutz des Vaterlandes verlustig zu erklären, und alle fremden Korps, die einen schweizerischen Namen oder ein in der Schweiz gebräuchliches Abzeichen trügen, zu verbieten. Auf alle Fälle aber sollte die *Vereinigung* dieser Verbannten vom Verbote ausgenommen bleiben²¹³.

Wohl sprach es Segesser nicht aus, aber aus dem Antrag geht es deutlich hervor: Das «Schweizerische» erblickt Segesser nicht in der donnernden Rede am Schützenfest, nicht in Wappen und Fahnen, nicht in Äußerlichkeiten. Schweizerisches Wesen und schweizerisches Tun ist von sichtbaren Dingen unabhängig. Sie gedeihen auch dort, wo die Nation durch ihre Führer das Verdammungsurteil fällt. Im uralten Hang des Eidgenossen zum Eidgenossen sieht Segesser einen Grundzug des Schweizertums. Darum mag er sich vom Wesen des Schweizerregiments nicht trennen, das im äußersten Fall auch ohne äußere Kennzeichnung, ohne den offiziellen Schutz und *mit* dem offiziellen Fluche beladen auskommen kann.

Wenn die Liberalen und Radikalen dem bundesrätlichen Vorschlag vorwarfen, er diffamiere zu wenig deutlich das eigentlich Anstößige, nämlich den Eintritt eines Schweizers in ein Schweizerkorps, so hätte dieser Umstand die Konservativen eigentlich zur Unterstützung dieser umstrittenen Fassung anregen dürfen; denn gerade dadurch, daß diese die Art der Truppe nicht als Kriterium einer Bewilligung erklärte, wurde der Dienst in einem Fremdenregiment, wurde der Eintritt in ein neapolitanisches oder römisches Fremdenregiment vor allem, nicht von vornherein aufgehoben. Nun wußte aber jedermann, daß ein freisinniger Bundesrat die Bewilligung für eine solche Dienstannahme eben nie gegeben hätte. So ragten denn aus den Verhandlungen, die vor der Annahme der Kompromißfassung Eschers vor sich gingen, drei Hauptbestrebungen hervor: Die Verstaatlichung des fremden Dienstes, ausgedrückt durch die vorgeschlagene Bewilligungsklausel, das absolute Verbot des Eintritts in Einheiten, die aus irgendeinem Grunde die Bezeichnung «Schweizerkorps» auf sich zu ziehen vermocht hätten und die Duldung schweizerischer Assoziationen im Ausland, sofern diese nicht durch äußere Zeichen ihre Herkunft verrieten.

Daneben zeigten sich noch weitere Unterschiede in der Zielgebung, doch kam diesen nur eine untergeordnete Bedeutung zu²¹⁴. Einiges

²¹³ NZZ, 1859 – Juli – 29., Nr. 210, p. 837.

²¹⁴ vgl. Bericht und Antrag der ständerätlichen Kommissionsmehrheit, BBl. 1859 – II, Nr. 46, p. 467–475 u. a.: Es sei ein Akt der Humanität, die Soldaten von dem meist traurigen Los der Angehörigen internationaler Fremdenregimenter zurückzuhalten.

Interesse boten lediglich jene Vorschläge, die die Bewilligungspflicht deshalb einführen wollten, da sie in ihr das einzige Mittel erblickten, um die Bildung von schweizerischen Einheiten, die doch von vielen als Kardinalfrage betrachtet wurde, zu verhindern²¹⁵.

So verschieden auch der Zweckparagraph eines jeden Antragstellers ausfiel, so wurde doch fast ausnahmslos die Grundtendenz des bundesrätlichen Vorschlages, die Abschwächung der Reisläuferei, nicht angefochten. Fast ebenso einig aber zeigte sich die Versammlung in der Überzeugung, daß die *Ausbildung von schweizerischen Offizieren im Ausland* nach wie vor ihren Sinn haben könne. Diese Möglichkeit irgendwie in das Verbot einzubeziehen, war infolge des sachlichen Widerspruches fast ausgeschlossen, ganz abgesehen davon, daß eine solche Ausnahme vom Prinzip in der Praxis hätte dazu führen können, schweizerische Staatsangehörige unter dem Vorwand militärischer Ausbildung weiterhin gegen revolutionäre Völker kämpfen zu sehen²¹⁶.

Umstrittener jedoch war die weitere Frage, ob dieser oder jener Zweckparagraph mit dem Grundrecht des Schweizerbürgers, mit der durch die Verfassung gewährten *persönlichen Freiheit* zu konfrontieren sei oder nicht. Dieses Problem gab der extremen Gruppe am wenigsten zu schaffen, um so mehr aber den Konservativen und den Liberalen. Es handelte sich, wie das «Journal de Genève» sich ausdrückte, darum, «de ne pas dépasser le but en confondant avec une institution dangereuse désormais pour nos rapports internationaux et en contradiction avec nos principes républicains, la faculté pour chaque citoyen de suivre au dehors une carrière militaire que ne lui offre pas son pays, et qui ne pouvait lui être enlevée sans porter l'attente la plus grave à la liberté individuelle²¹⁷».

Der Kompromißvorschlag Eschers, auf den der Nationalrat sich schließlich einigte, bildete das Höchstmaß dessen, was sich von den zahlreich genannten Zielen unter einen Hut bringen ließ.

Er lautete dahin, die Dienste in den nationalen Truppen weiterhin frei zu gewähren, die in den Fremdenregimentern jedoch von einer Bewilligung des Bundesrates abhängig zu machen. Die Grundauffassung, die dieser Form des Dekretes zu Gvatter stand, beruhte wohl auf der Ansicht, daß, wenn ein Auslandsdienst zu Ausbildungszwecken überhaupt als notwendig erachtet würde, die Möglichkeit eines solchen in einem Fremdenregiment gewahrt bleiben müßte, da

²¹⁵ BBl., 1859 – II, p. 463: Bericht der Minderheit der nationalrätlichen Kommission (Hofmann).

²¹⁶ NZZ, 1859 – Juli – 29., Nr. 201 (210!), p. 837, Votum Hofmann.

²¹⁷ JdG, 1859 – August – 16., Nr. 192, p. 1.

die nationalen Heere des Auslandes im großen und ganzen nur noch Einheimische als Angehörige duldeten²¹⁸. Nach Eschers Überzeugung lag ein sinnvoller Auslandsdienst, der nichts mit einem individuellen Reislaufen zu tun hatte, im Interesse der schweizerischen Landesverteidigung; doch sollte die Bewilligungsklausel dafür sorgen, daß er weder das Neutralitätsprinzip, noch das schweizerische Prestige im Ausland belaste.

Eines hatte diese Fassung auch nicht zu bewältigen vermocht: eine überzeugende Postulierung und Formulierung des Delikts.

Schon zur bundesrätlichen Fassung hatte die Nationalratskommissionsmehrheit bemerken müssen, wie merkwürdig es sei, daß kraft eines Gesetzes ein Kanton oder die Eidgenossenschaft die Bewilligung zum Eintritt in einen fremden Kriegsdienst sollte erteilen dürfen, wenn dieses Gesetz den wesentlichen Zweck habe, den Dienst abzuschaffen. «Mit der einen Hand verhindert man die Möglichkeit des gesetzlichen Bestandes eines derartigen Dienstes und mit der andern gibt man die Erlaubnis, in denselben einzutreten²¹⁹.» Auch Eschers Delikt beschränkte sich im Grunde auf die Verletzung einer rein administrativen Verfügung; denn es konnte doch niemandem einfallen, irgendein Fremdenregiment dann für weniger verdammungswürdig zu halten, wenn der Bundesrat es mit einer Bewilligung bedachte.

So wurden denn auch die Artikel, die sich mit den *Strafen* befaßten, zu einer ausgesprochenen Knacknuß. Der Eintritt in einen ausländischen Fremdstuppenkörper konnte je nachdem, ob man diesen gerade als Nationalist oder als Anhänger der Souveränität und Solidarität der Völker, als Fürstenfeind oder als Handelsmann, als Individualist oder als Staatsbürger, als Utilitarist oder als Idealist beurteilte und prüfte, zu den verwerflichsten, den notwendigen oder den verteidigungswertesten Dingen gezählt werden. Vor allem konnten die Konservativen, die soldatisch Denkenden und die Gemäßigten es nicht recht verstehen, warum dieselbe Handlung, für die der Bundesrat gegebenenfalls Subvention und volle Unterstützung in Aussicht stelle, dann mit dem Bürgerrechtsverlust geahndet werden sollte, wenn sie aus eigenem Entschluß und ohne besondere Zustimmung erfolgt war. Der Bürgerrechtsentzug wurde allgemein als eine entehrende Strafe betrachtet. Es nahm sich beinahe grotesk aus, wie ein Rat, der seine Existenz der Tüchtigkeit eines Dufours und eines Zieglers so wesentlich verdankte, nun um die Bestrafung dessen feilschte,

²¹⁸ vgl. NZZ, 1859 – Juli – 29., Nr. 210, p. 837, Voten Delarageaz und Benz.

²¹⁹ BBL., 1859 – II, p. 454.

was diese Männer und zahlreiche, anwesende Ratsmitglieder in hohen Ehren und mit Zustimmung aller geleistet hatten.

Schließlich erhob sich noch die Frage, wie weit man überhaupt damit rechnen durfte, daß die angedrohten Strafen von den Kantonsgerichten auch wirklich verhängt würden. Hatte sich in der bisherigen Praxis bereits gezeigt, daß die Bestrafungen der *Werber* nur zögernd erfolgten, so mußte für die Zukunft, wo nun auch *Angeworbene* sich schuldbar machten, noch Schlimmeres befürchtet werden. Manch einem der Räte ging es wie dem «Journal de Genève», das sich fragte, ob man denn im Ernst an die Ausführbarkeit der Strafbestimmungen denke, selbst wenn nach dem Gesetz im Notfall die eidgenössischen Gerichte für die kantonalen einspringen dürften. «Lorsque devant ces jurés fédéraux il viendra à comparaître un vieux soldat, ayant vingt ans de services honorables à l'étranger, portant des médailles ou des décorations gagnées par son courage, pouvant montrer peut-être des blessures reçues sur plus d'un champ de bataille, croit-on que ces jurés condamneront froidement cet homme à plusieurs mois de prison, à quelques centaines de francs d'amende et à la perte de ces droits de citoyen dont il vient, après une longue absence, reprendre l'usage dans son pays? Non: personne ne saurait s'y attendre sérieusement ²²⁰ ...» Immer bleibe die Rechtsprechung ein Ausdruck der öffentlichen Meinung, die sich in bezug auf das Urteil nicht nur an tote Vorschriften, sondern an die allgemeine Überzeugung, an das allgemeine Empfinden vor der Schwere der Verfehlung halte.

Umgekehrt leitete doch viele der Räte auch der Gedanke, daß eine angemessene, in gewissem Sinn harte Strafe angedroht werden müsse, solle das leidige Reislafen mit seinen übeln Nebenerscheinungen einmal gründlich apostrophiert werden. Stieß auch der Bürgerrechtsverlust auf eine heftige Opposition, so setzte sich diese Bestimmung schließlich trotzdem durch, da sie gegenüber dem Ausland am deutlichsten die demonstrative Wirkung zu erzielen vermochte, die doch als eine Grundidee die Verhandlungen beherrschte.

Die schwierige Behandlung des Gegenstandes führte mannigfache Überraschungen herbei. Je nach diesem oder jenem Element, das gerade im Vordergrund stand, konnte sich der feurigste Eiferer gegen die alte Unsitte als entschlossener Lanzenbrecher für die militärische Anlage des Schweizers entpuppen und dann dafür eintreten, daß dieser militärische Hang nicht einschlafe, sondern durch einen völkerrechtlich und moralisch begründbaren Kriegsdienst weiter gepflegt werde. Konservative, die gegen die Beschränkung der individuellen Freiheit gewettert hatten und diese bei andern Gegenständen in der

²²⁰ JdG, 1859 – August – 20., Nr. 196, p. 1.

Obhut der Kantone besser verwahrt glaubten, zogen hier die bundesrätliche Bewilligung den kantonalen Gutachten vor, sprachen sich also für den Zentralismus aus. So kam es, daß bei der Lösung einer Frage, die nach Stämpfli und vielen Ratsmitgliedern vom Schweizervolk, von der fortschrittlichen Zeit, von der Bildung, vom Ausland und von der Ethik her längst entschieden und gelöst hätte sein dürfen, in den beiden Räten *über* acht verschiedene Gesetzesfassungen und mehr als fünfundvierzig Detailanträge diskutiert und erledigt werden mußten, bis am letzten Tag der Session, als die Reihen sich schon merklich gelichtet hatten, das endgültige Dekret endlich geformt worden war.

Manchem der Räte war es ergangen, wie dem «Anzeiger von Horgen», der sich wiederholt als abgesagten Feind des Söldnerwesens bezeichnete, zugleich aber äußerte, daß er nicht von Herzen zu diesem Gesetz stimmen könne²²¹. Wohl war es gelungen, auf Grund einer Kompromißlösung ein Delikt zu bestimmen, mit der sich die Mehrheit der Räte einigermaßen abfinden konnte. Bei der Berücksichtigung aller Aspekte mußte sich jedoch zeigen, daß dieser erste Artikel der wunde Punkt geblieben war. Was der Zeit so sehr am Herzen lag, das Ende des neapolitanischen und des römischen Dienstes, war infolge der Bewilligungsklausel nicht grundsätzlich, sondern bestenfalls praktisch in die Wege geleitet worden. Theoretisch war der Eintritt in diese Regimenter immer noch möglich. Darüber hinaus jedoch erhob sich die Frage, ob es nicht kurzschlüssig gewesen sei, die Tatsache, daß die Volkskundgebungen in Italien auf den Widerstand von Fremdtruppen stießen, der Annahme gleichzusetzen, Fremdtruppen seien an sich gegen das Volk gerichtet, während nationale Truppen grundsätzlich nur in der Hand demokratischer Regierungen und nur für erlaubte, dem Sinn der Revolutionstheorien nicht widersprechende Zwecke verwendet würden. Nicht die Frage, ob eine Truppe zu den regulären oder zu den Soldtruppen eines Staates gehöre, sei eigentlich maßgebend, sondern diejenige, ob ein Staat die Sache der Freiheit vertrete. Man ahnte bereits, daß eine Volksbedrückung auch durch nationale Truppen, ein Befreiungskrieg auch durch Fremdtruppen möglich war. Diese Gedanken, vertreten durch den St. Galler Radikalen Hofmann²²², sowie dessen Vorschlag, eine Bewilligung vom Wesen und von der Politik eines Staates abhängig zu machen, vermochten sich aber keine Gefolgschaft in den Räten zu sichern, da sie zu den letzten Ausläufern der Auffassung gehörten, daß die Schweiz einen praktischen Beitrag an die Revolution der Welt zu leisten habe.

²²¹ NZZ, 1859 – Juli – 28., Nr. 209, p. 835.

²²² v. Ann. 215.

In diesem Zusammenhang erschien mit einemmal auch das Kriterium einer Bewilligung, die auswärtige Schulung der schweizerischen Armee, recht problematisch. Das Gesetz schrieb ja nicht vor, daß ein Eintritt in ein Fremdenregiment im Interesse des eigenen Heeres nur in Frage komme, wenn eine solche Fremdtruppe den Freiheitsbestrebungen nicht widerspreche. Darum hatte das Projekt Eschers, das in seinen Grundzügen zum Vorbild des Gesetzes wurde, gerade nach Ansicht der linksradikalen Presse «mal défini ce qui doit être licite et non licite dans le service militaire étranger²²³», und der «Schweizer Handels-Courier» erklärte, «que le but du service devrait être le seul critère du délit, et que ceux qui serviraient pour l'indépendance de l'Italie devraient être mis dans une toute autre catégorie aux yeux de la loi que ceux qui serviraient dans les régiments du roi de Naples²²⁴». Auch der Korrespondent der «Revue de Genève» erkannte die schwache Stelle im Zweckparagraphen. Ihm schienen die Debatten allzusehr nur nach den italienischen Verhältnissen ausgerichtet gewesen zu sein. Er zitierte als ein Beispiel für die die ganze Welt umspannende Frage des Fremddienstes die Kämpfe im schwarzen Erdteil, von denen im Parlament nicht gesprochen worden sei, die offenbar von der Regelung weder im Guten noch im Bösen betroffen würden. «... mais, dans le fond, le service pris en Afrique, au point de vue démocratique suisse, ne se justifie pas plus que tout autre service à l'étranger, et si l'on veut empêcher les soldats suisses de combattre contre l'indépendance des nationalités, les Indiens et les Arabes qui luttent pour leur liberté contre l'Angleterre et la France n'ont-ils pas aussi les mêmes droits à nos sympathies, et autoriserons-nous nos ressortissants à prendre part aux guerres qui se poursuivent dans les Indes et dans l'Algérie²²⁵?»

Unter den Magistraten, die für das Gesetz vom 30. Juli 1859 in erster Linie verantwortlich sind, ragen der Berner Bundesrat und damalige Bundespräsident Stämpfli sowie der Zürcher Nationalrat Escher besonders hervor. Als Chef des politischen Departementes hatte Stämpfli die ganze italienisch-schweizerische Auseinandersetzung des Jahres 1859 unter seine Obhut genommen, die sofortige Postulierung eines neuen Dekretes angeregt, ausgeführt und vor dem Parlament vertreten, während es Eschern vorbehalten geblieben war, durch eine Kompromißfassung den Skeptizismus des Nationalrates im allerletzten noch dienlichen Moment zu zerstreuen, und das große Aber, das

²²³ JdG, 1859 – August – 21., Nr. 197, p. 1.

²²⁴ v. Anm. 223.

²²⁵ JdG, 1859 – August – 16., Nr. 192, p. 1.

die Mehrheit zwei Tage lang ihren den Söldnerdienst verurteilenden Voten jeweils angefügt hatte, in ein Ja zur Detailberatung zu verwandeln.

Daß das Söldnergesetz allen Schwierigkeiten zum Trotz Wirklichkeit wurde, beruht auf der denkwürdigen Tatsache, daß sich Escher und Stämpfli auf eine gemeinsame Basis zu einigen vermochten, was in andern wichtigen Fragen jener Jahre nicht immer der Fall gewesen ist.

Stämpfli durfte es sich erlauben, seine Vorlage zugunsten der Fassung Eschers zurückzuziehen, weil der Unterschied in bezug auf das, was ihm bei der ganzen Angelegenheit das Wesentlichste schien, bei den beiden Fassungen nicht grundsätzlicher, sondern lediglich gradueller Art war. Aus seinen Voten läßt sich herauslesen, daß er mit Segesser in *einem* Punkt vollständig einig war: Der schweizerische Fremddienst stand und fiel seinen innersten Bedingungen nach mit den schweizerischen *Fremdenregimentern*, und deren Existenz hing davon ab, ob ein ausländischer Staat in neuzeitlichem Sinne regiert wurde oder nicht. Aus diesem Grund schien ihm eine Drosselung der Rekrutennachschübe in Fremdtruppen das allerwichtigste, alle übrigen Bestrebungen, die er mit seiner Fassung auch noch vertreten hatte, höchstens wünschenswert zu sein. Schon zum Antrag der Nationalratskommissionsmehrheit hatte er erklärt, daß er mit dem bloßen Verbot des Eintritts in abgesonderte Korps einverstanden sei, und daß er gegen einen Dienst in nationalen Truppen nichts einzuwenden habe, so lange die fremden Armeen nicht darnach trachteten, sich durch Nachschub aus der Schweiz wesentlich zu verstärken, da das Neutralitätsprinzip, das auch berücksichtigt werden müßte, nur gefährdet werde, wenn zu *Eroberungskriegen* geworben werde²²⁶. Dieses Zugeständnis bedeutete, daß er die bundesrätliche Fassung, die, nur für sich selbst betrachtet, die geradlinigste und einfachste von allen war, nicht als die allein richtige und allein vertretbare betrachtete. Andererseits konnte sich Escher mit ihm einverstanden erklären, daß «das individuelle Recht dem Gemeinwohl weichen» müsse²²⁷ und mit seinem Kompromißvorschlag das brennendste Anliegen Stämpflis befriedigen. So kam es, daß Stämpfli, trotz seinem persönlichen Mißerfolg, im Ständerat mit ebenso großem Einsatz und erfolgreich die Formulierungen des Nationalrates verteidigte, wie er sich einige Tage zuvor für den eigenen Vorschlag eingesetzt hatte.

²²⁶ NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 829, Votum Stämpfli.

²²⁷ NZZ, 1859 – Juli – 28., Nr. 209, p. 834, Votum Escher.

4. Werbvorlage und Bundesbeschluß im Lichte der Presse

Prüft man die Rolle der Presse während den Hauptverhandlungen, so stellt sich heraus, daß die schweizerischen Zeitungen sich an der Gestaltung des Gesetzes nicht in dem Maß beteiligten, wie man dies in Bern gewünscht hätte. Nur einige Linkszeitungen unterstützten den ausländischen Wunsch nach Bestrafung der militärischen Auswanderung, während die übrigen Blätter sich meist breiten Schilderungen der Vor- und Nachteile der Dienste zuwandten und sich gegenüber den Verhandlungen abwartend verhielten. Bei den konservativen Zeitungen äußerte sich hauptsächlich das Bedauern über den zunehmenden Etatismus, die Furcht vor dem Zentralismus, die Abneigung gegen eine Bürokratie und der Protest gegen eine neue Nivellierung zum Wort. Oft verwandelte sich die sachliche Diskussion in eine Parteipolemik, obschon gerade die liberalen Blätter durch ihre zögernde Begutachtung den Streit mäßigten. Die Befriedigung, die diese nach dem endgültigen Bundesbeschluß zur Schau trugen, galt weniger dem Gesetz, als der Tatsache, daß dieses den guten Willen der Schweiz gegenüber den ausländischen Wünschen ausdrückte, ohne die individuellen Kriegsdienste mit einem Schlag ganz zu unterdrücken. So schlossen manche über Stämpflis Eifer bedachtsam den Kopf schüttelnde Redaktoren nach dem Eintreten auf die mildere Fassung Eschers mit der gouvernementalen Politik wieder Frieden. Als gar noch der Vertreter der offiziellen Schweiz, Minister Latour, die Auflösung der Regimenter in Neapel erwirken konnte, ohne daß der König seine Verpflichtungen für Re traitegehalte und Pensionen widerrufen hätte, vermehrten sich Zustimmung, Lob und Danksagung an den Bundesrat in einer ansehnlichen Fülle, wobei allerdings die Überzeugung, daß weniger Gesetze, als Belehrung und Erziehung die alte Sitte oder Unsitte zu dämpfen vermöchten, nach wie vor durchdrang.

Die Haupttriebfedern und die wichtigsten Bahnen der Pressekussion bildeten auf liberal-radikaler Seite die Gedanken der Völkersolidarität, denen bei den Konservativen das Legitimitätsprinzip gegenüberstand. Verglichen mit den Jahren der Bundesreform waren die Positionen jedoch in beiden Lagern schwächer geworden. Auf der konservativen Seite sympathisierten nun viele mit der italienischen Einigung, im freisinnigen Lager hatte die Erkenntnis von den realen Kräften eines Kleinstaates und die wirtschaftliche Entwicklung den gedanklichen Höhenflug gebremst. Lauter und ungetrübt brach auf radikaler Seite das frühere revolutionäre Sendungsbewußtsein kaum mehr durch, und wo es der Fall war, erfolgten die Angriffe dann weni-

ger gegen die Fremddienste, als insbesondere gegen die neuere bundesstaatliche Leitung, die sich für das Fortbestehen der Kapitulationen verantwortlich gemacht hatte. Daß der Bund die italienischen Fremddienste in den Kreis seiner Verantwortung aufgenommen hatte, ohne ihnen ein Ende zu bereiten, erbrachte manchem Linksextremisten den Beweis, daß der Radikalismus unter dem Stichwort «Neutralität» einen reaktionären Kurs eingeschlagen und die Revolution als europäische Erscheinung, als Lebensproblem aller Völker, verraten habe.

Es ist denn in der Tat auch so, daß das Freiheits- und Revolutionsvokabular, wie es in vielen mäßig-radikalen Äußerungen des Sommers 1859 Verwendung findet, etwas verstaubt anmutet. Man spürt, daß die Redaktoren nicht mehr hungernd und frierend, vielleicht von Spitzeln belauert, in einer versteckten Dachkammer die Glut ihres Herzens in prophetische Worte ergießen, sondern daß die zündenden Worte vielfach als Schablonen verwendet und oft nur deshalb benutzt werden, weil ein Leitartikel oder eine kleine parteipolitische Polemik fällig ist.

Doch führte die Söldnerdienstdiskussion auch zur Behandlung von Fragen, die die Zeit noch echt und stark beschäftigten. Erwähnt sei darunter nur die grundsätzliche Diskussion zum Thema Krieg, in der sich Gedanken verbreiteten, die im 20. Jahrhundert die feste Überzeugung von der Friedensmission der Schweiz geschaffen haben.

Erstaunlich schwach belebten hingegen die neuen sozialistischen Lehren die gesamte Diskussion. Wo von Berufsarmeen und Söldnerdiensten die Rede war, geschah es noch in der Art der Aufklärung, wie sie auf den Höhepunkten der schweizerischen Regeneration sich ausgedrückt hatte, ohne daß der Gesichtspunkt des Klassenkampfes häufiger als in Einzelfällen miteinbezogen worden wäre.

Für größere Spekulationen war wohl zunächst auch kein besonderes Bedürfnis da, da der Aufstand vom 7. und 8. Juli eine Reihe von praktischen Fragen in den Vordergrund schob.

Wie im Parlament, machten sich die Folgen des Schocks, den die Meuterei in Neapel hervorgerufen hatte, auch in der schweizerischen Presse bemerkbar. Gleichgültig, ob Freund oder Gegner der Söldnerdienste, man schien zu empfinden, daß eine in dieser Art bisher unbekannte Katastrophe zum geschichtlichen Faktum der schweizerischen Fremddienste geworden war. Der «*Bund*», dessen Chefredaktor Tschanner selbst gedienter Neapolitaner war und aus seinem Verständniswillen für die fernen Söhne während der bisherigen Diskussion kein Hehl gemacht²²⁸, fragte erschüttert nach den Ursachen und

²²⁸ Bauer, op. cit., p. 118.

den wahrhaft Schuldigen ²²⁹. Mehr als je empfand er nun das Bedürfnis nach einer gründlichen neuen Regelung. Daß bei der Schlußabstimmung in beiden Räten so viele Mitglieder gefehlt hatten, bemerkte er daher übel ²³⁰. Statt des großen Redeschwalls hätte er eine eingehende Auseinandersetzung mit der ganzen Frage gewünscht, und es erschien ihm zweifelhaft, «ob man mit den im Sturm eroberten Beschlüssen auf eine gesündere Position gelangt sei, als die Kriegsmächte zu Villafranca, nämlich zum Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit, statt zum Frieden ²³¹». Ihn vor allem bedrückte die Tatsache, daß in ganz Europa die Eidgenossenschaft und der Schweizername dafür verantwortlich gemacht wurden, wenn in Italien «bis zur Verworfenheit absurde Regierungssysteme» sich auf schweizerische Bajonette stützen konnten ²³². Noch im Juni hatte er alle Verantwortung der Schweiz für die Existenz italienischer Fremdenregimenter abgestritten, doch mit der Beruhigung der italienischen Gemüter brach nun der Ärger über die eigene Schwäche durch: Es stehe fest, daß mit dem Werbverbot von 1849 die Eidgenossenschaft einen Vertragsbruch begangen und mit dieser und weitem Einmischungen sich indirekt für die Regimenter in Neapel verantwortlich gemacht habe. Wenn man die Fruchtlosigkeit jener Gesetze betrachte, wenn man sich vor Augen halte, daß es Italien gleichgültig sein müsse, ob Gesetze beständen oder nicht, solange diese ihren Zweck nicht erfüllten, frage es sich, «was für das Ansehen eines Staates nach außen schädlicher sei, ob der schlimme Wille oder die notorische Impotenz ²³³». Die wirksamste Maßnahme hätte er in der bundesrätlichen Fassung erblickt, deren vorgesehene Ausdehnung der Bestrafung auf jede Art passiver Werbung ihm durch die Fruchtlosigkeit der früheren Werbverbote gerechtfertigt erschien. Der Art. 1, der schließlich angenommen worden sei, stehe mit den praktischen Verhältnissen auf so gespanntem Fuß, daß er wohl nutzlos sein dürfte. Ihn habe die Fassung der Nationalratskommissionsmehrheit, sowie diejenige Ständerat Häberlins vermeiden wollen. Die endgültige Formulierung schließe nun die Existenz und den Eintritt für durch und durch schweizerische Korps, wie etwa das völlig neapolitanisch eingekleidete und dem Nationalheer angegliederte Bataillon Mechel in Neapel, nicht aus. All die Redaktionsversuche und der Umstand, daß nicht die beste Fassung beschlossen worden sei, beweiße, «daß das schwerverdauliche Gericht noch nicht gar und die beinahe zum Beschluß gediehene Ver-

²²⁹ Bund, 1859 – Juli – 25., p. 609.

²³⁰ Bund, 1859 – August – 4., Nr. 213, p. 650.

²³¹ 1859 – August – 7., Nr. 216, p. 662.

²³² v. Anm. 231.

²³³ v. Anm. 231.

schiebung bis zur besseren Abklärung der Geister keineswegs unge-
rechtfertigt» gewesen sei. Das beste am Gesetz sei, daß es in Zukunft
einen wirksameren Bundesdruck auf säumige Kantone gestatte. – End-
lich findet auch der «Bund» keinen bessern Ausweg, sich mit der Sach-
lage abzufinden, als sich den Stimmen anzuschließen, welche im Par-
lament und in der Presse erklärten, eine aufklärende, läuternde,
nationale Erziehung dürfte bessere Früchte tragen als alle Werbge-
setze. Das eindrucklichste Beispiel, daß mit Dekreten nicht viel zu
erreichen sei, entnimmt er dem Umstand, daß die Angehörigen der
alten Schweiz zu allen Zeiten durch das Kriegswesen mehr angelockt
als durch Strafen davon abgeschreckt wurden. – Mit der erfolgreichen
Mission Latours bricht aber beim Bund die Selbstsicherheit und das
Vertrauen in die moderne Staatsführung wieder durch. Mit der Be-
merkung, für die Schweiz sei es ein wahres Glück, «daß dieser letzte
Rest der jahrhundertealten Krankheit» erlösche, weicht er dem wahren
Sachverhalt aus ²³⁴. Doch begab er sich hier keiner absichtlichen
Verschleierung – es entsprach diese Interpretation ganz der oben de-
schilderten, allgemeinen Tendenz, die fremden Dienste dort zu be-
kämpfen, wo sie der Schweiz Unruhen verursachten, und sie dort zu
übersehen oder gar zu rühmen, wo kein ausländischer Protest vorlag. –
Für das traurige Ende des neapolitanischen Fremddienstes machte
er die dortige Regierung verantwortlich, die durch den Mißbrauch
von Bravour und Heldentum einer disziplinierten Truppe am 15. Mai
1848 deren innersten Kern verdorben habe: «Wie anders und wie
fester aber ständen diese Regimenter heute da, wenn es der neapoli-
tanischen Politik gefallen hätte, beim letzten Kriege die Fahne Ita-
tiens aufzurollen und ihrer kräftigsten Stütze ein zweites, vielleicht
glücklicheres Vicenza zu bereiten, wo diese Truppe nicht Lorbeeren
gepfückt haben würde, die mit Verwünschungen eines unterdrückten
Volkes durchtränkt gewesen wären, sondern wo sie ihr tapferes Blut
für eine Sache verspritzen konnte, welche die Sympathien der ge-
bildeten Welt für sich gehabt und das Glück einer intelligenten Nation
begründet hätte ²³⁵!» In einer noch späteren Nummer scheint der
«Bund» sogar grundsätzliche Einwände gegen das Söldnerwesen als
solches zugunsten der Befriedigung, daß der Erreger des öffentlichen
Ärgernisses, der neapolitanische Schweizerdienst, verschwunden, ver-
gessen zu haben; denn er zitiert die «Herzensergießung» eines Leber-
bergers im «Solothurner Landboten», «da sie ihm den Nagel auf den
Kopf zu treffen scheint»: «So ein erschreckendes Unglück sehe ich
auch nicht darin, daß die Kapitulationen aufhören. Ja, der Schweizer

²³⁴ 1859 – August – 23., Nr. 232, p. 917.

²³⁵ v. Anm. 234.

muß ein Loch haben, weil er eine kriegerische Natur ist, sagen sie im Städtchen drinnen. Das ist aber Larifari; es wird mir doch keiner angeben, daß einer wegen seiner unbändigen Kriegslust nach Neapel laufe, wo sie ja, mit Ausnahme des Jahres 1848, nichts tun mußten, als Wacht stehen... *Wenn es einem nur um Kriegen zu tun ist, so kann er nach Afrika fahren; da hat er Gelegenheit und es hindert ihn niemand daran* ²³⁶...

Ähnlich wie der *Bund* sprechen auch der radikale «*Schweizerische Handels-Courier*» und die «*Revue de Genève*» einer gründlichen Regelung der Angelegenheit von staateswegen das Wort. Daraus folgt, daß sich die Beurteilungen der radikalen Blätter zunächst weniger im Inhalt als vielmehr in der Sprache unterscheiden. So begegnen wir etwa im Handels-Courier jenem Schönheitsfehler der Fortschrittspartei wieder, den schon Gotthelf erbarmungslos aufs Korn genommen hatte. Mit frappanter Unbekümmertheit konnte der «*Courier*» die Beurteilung des Tagesgeschehens nach den jeweiligen Erfordernissen der Parteipolitik richten, so daß er sich gelegentlich in widersprüchliche Aussagen verwickelte. Er scheute sich auch nicht, den Wahrheitsgehalt seiner Berichterstattung den Bedürfnissen der Polemik frischweg unterzuordnen ²³⁷. Mit dem «*Grütlianer*» zusammen gehörte er zu jenen wenigen radikalen Blättern, die das schweizerische Element in den päpstlichen Fremdtruppen bewußt betonten oder übertrieben und damit der italienischen Presse Gelegenheit verschafften, den anderslautenden Beteuerungen des Bundesrates zu mißtrauen ²³⁸. Frühzeitig hielt er die Entfernung der Wappen für ungenügend, denn wenn das «schwarze Tier» (gemeint ist der Bernermutz) von der Fahne wegfalle, so sei damit der «schwarze Fleck» auf dem eidgenössischen Kreuz und der Schandfleck mitten auf dem «blanken, schweizerischen Ehrenschild» noch nicht ausgelöscht ²³⁹. Warm unterstützte er die ausländischen Schweizerstimmen, die Repressivmaßnahmen gegen die Angeworbenen verlangten und tröstete die «Schwyzer-Zeitung» in bezug auf ihre Befürchtungen über das Los der Zurückgekehrten mit frevelndem Spott: «Nein, Gute, der, der die Raben speiset, der denkt auch unserer zurückgekehrten Brüder... wir sind überzeugt, die Sache wird sich auf eine Art machen, daß unsere geliebte ‚Schwyzerin‘ später die Wege des Himmels bewundern wird. Nur Geduld ²⁴⁰!» Über den endgültigen Bundesbeschluß zeigt sich

²³⁶ 1859 – September – 1., Nr. 241.

²³⁷ 1859 – Juni – 28., Nr. 174, p. 1. – 1859 – August – 29., Nr. 236, p. 1.

²³⁸ BA, Protokoll des Bundesrates, 1859, 4. Juli, Nr. 2820: Telegramm des schweizerischen Konsuls in Rom.

²³⁹ Schweizerischer Handels-Courier, 1859 – Juni – 28., Nr. 174, p. 1.

²⁴⁰ op. cit., 1859 – Juli – 29., Nr. 205, p. 2.

die Zeitung allerdings wenig erfreut. Sie bedauert, daß er zwischen gemeinem Söldnerdienst und demjenigen, in dem sich der Waffentragende «einer von ihm für edel und rein erkannten, bestimmten und speziellen Sache weihet», nicht unterscheidet²⁴¹. Warum sollte ein solcher Dienst nicht im Verein mit edeln, gleichgesinnten Landsleuten geschehen dürfen? Daß der bisher übliche Fremddienst als Handwerk infolge seiner Tradition sich seinen Platz im damaligen Staatsrecht noch einigermaßen behauptete, ohne daß die Neutralität tangiert wurde, während dies bei einem ideologisch bedingten Reislaufen in revolutionäre Fremdenregimenter weniger hätte der Fall sein können, übergeht die Zeitung mit Stillschweigen.

Der Befürwortung eines völkersolidarisch aufgefaßten Fremddienstes, der in seinem reinsten Glanz sich nur bei Pestalozzi²⁴² zeigte, widmete sich auch die «*Revue de Genève*». Aber noch viel mehr als der «*Handels-Courier*» scheint sie von echtem, radikalem Idealismus beseelt gewesen zu sein. Aus diesem Grunde pries sie die Rede Gonzenbachs, die in wohlwollender Gestattung des Dienstes schweizerischer Einheiten in freisinnigen Staaten einer Transformation der früheren Kapitulationen das Wort gesprochen. Dem mittel- und ostschweizerischen Wirtschaftshunger gegenüber, der die Neutralitätsgedanken um ihre ökonomisch-utilitaristischen Züge zu bereichern schien, versuchte das Genfer Blatt hingegen den Geist der Regenerationszeit heraufzubeschwören, einer Zeit, in der die Schweiz an der Spitze der neuen europäischen Revolutionsbewegung gestanden. Das Fortdauern der alten Söldnerdienste über den Zeitraum von 1848 hinaus habe bewirkt, daß die älteste Republik im Ausland verachtet und den Despotien gleichgestellt werde. «En un mot, nous devons être les porte-drapeaux de la civilisation libérale, et l'on nous met à la tête de ses plus grands adversaires, en généralisant pour nous la honte que quelques-uns de nos compatriotes se sont attiré²⁴³.»

Neuartiger als diese schon früher empfohlene Verpflichtung der Söldnerdienste auf den Gedanken der Völkerbefreiung wirken aber zu jener Zeit die Überlegungen der radikalen Blätter «*Berner Zeitung*» und «*Tagblatt von Schaffhausen*», die sich vor allem mit dem wirtschaftlichen Hintergrund der Dienste befassen. So scheint dem Berner Blatt eine dauerhafte Lösung nur dann möglich, wenn man im gegenwärtig schwierigen Zeitpunkt der Beschäftigungssuche dem Söldner behilflich sei, nach seiner Rückkehr einen günstigen Arbeits-

²⁴¹ op. cit., 1859 – August – 5., Nr. 212, p. 1.

²⁴² 1798, Beilage zu Nr. 9 des «*Volksblatt*» und Flugblatt: «Ein Wort über die angetragene französische Werbung. An Helvetiens Volk, von Pestalozzi.»

²⁴³ RdG., 1859 – Juli – 8., Nr. 158, p. 1.

platz zu finden. Hier habe sich nun der echte Patriotismus vom Phrasenrittertum zu unterscheiden. Der Winter stehe vor der Tür, Tausende von gedienten Soldaten seien noch arbeitslos. «Jetzt oder niemals ist es uns gegeben, die Reisläuferei mit Stumpf und Stiel auszurotten, und der Heimat alle diejenigen Kräfte zu erhalten, welche ihr wirklich von Nutzen sein können²⁴⁴.» Nun erfolgt der Vorschlag auf Bildung von Hilfs- und Arbeitskomitees, auf Ausarbeitung behördlicher Projekte und auf Koordination der verschiedenen Tätigkeiten, um die Schweiz für immer des Vorwurfs zu entheben, sie vermöge ihre Kinder nicht zu ernähren. Für allfällige Stellengesuche ehemaliger Söldner stellt die «Berner Zeitung» ihre Spalten gratis zur Verfügung. So viel bekannt ist, wurde dies Anerbieten jedoch nur von einem einzigen Neapolitaner benutzt.

Noch schärfer als die «Berner Zeitung» entkleidete das radikale «Tagblatt von Schaffhausen» die Fremddienste aller parteipolitischen und ideellen Hüllen, um sie auf rein wirtschaftliche Gründe zurückzuführen. Wie jeder andre Broterwerb beruhe die militärische Auswanderung auf Motiven, die in sich nichts Anstößiges hätten. Umgekehrt bilde er nicht die einzige schweizerische Erwerbsart des In- und Auslandes, die nicht gerade zu den ehrenvollen gehörten. Mit Befremden stellte das Blatt fest, daß das neue Gesetz den sich mit dem Ende der Kapitulationen von selbst reduzierenden Kriegsdienst unter gewissen Bedingungen gestatte, ja, anerkenne. Der faule Flecken des Gesetzes und der ganzen Politik liege darin, daß sie sich nicht bemühten, der Sache auf den Grund zu gehen, sondern sich begnügten, bestenfalls gewisse Erscheinungen an ihr zu dämpfen. «Nicht der Kriegsdienst in Neapel und Rom ist ein Übel, dagegen der in Österreich oder Frankreich ein Vorteil für uns und unser Volk, sondern der fremde Kriegsdienst an und für sich ist vom Bösen, und zwar nicht aus diesen oder jenen politischen und ästhetischen Gründen, sondern eben aus sozialen Gründen²⁴⁵.» Natürlich hat das Blatt mit dieser Bemerkung nicht die schweizerischen Verhältnisse vor Augen, sondern es spricht von den wirtschaftlichen Zuständen der Staaten mit stehenden Heeren. Jeder stehende Dienst verdamme die besten Kräfte eines Landes zur Arbeitslosigkeit undbürde dem übrigen, schwächern Teil die ungeheure Last der Erhaltung dieser arbeitslosen Gruppe auf. Der eigentliche Nutznießer dieser Ausbeutung sei jedoch nicht der Soldat, sondern der Offizier der stehenden Armee, je nach Alter und Grad in steigendem Maß. Wenn die neuen Staatskünstler erwiderten,

²⁴⁴ 1859 – September – 15., Nr. 219, p. 1.

²⁴⁵ Abdruck eines größern Artikels des Tagblattes in LZ, 1859 – August – 26., Nr. 102, p. 413.

auf dem Prinzip der Ausbeutung beruhe ja der ganze Handel, die ganze Industrie und alle Spekulation, und diese Grundlage des sozialen Lebens wolle man doch nicht umstürzen, so dürften sie beruhigt sein: Das neue Gesetz habe das liberale Wirtschaftsprinzip nicht angetastet. Es erlaube den Offizieren unter einem bestimmten Vorwand ihr unsoziales Geschäft weiter zu betreiben, während es den Gemeinen, der keine Vorwände ins Feld führen könne, mit Strafe bedrohe.

In dieser Weise entsprangen auf radikaler Seite die Bedenken gegen das neue Gesetz hauptsächlich der Kritik an Gegenstand, Umfang und Anwendung des Gesetzes; die grundsätzliche Frage, wie weit der Bund überhaupt zum Eingriff in uralte, kantonale Privilegien berechtigt sei, schien man hier schon längst als veraltet zu empfinden.

Wie anders lagen die Dinge bei der immer noch wachen Gruppe der liberalen und konservativen Organe! Ebenso stark, ja vielleicht heftiger noch als das eigentliche Solddienstproblem bestimmte hier die Abneigung gegen ein neues Bundesmonopol den Unterton der Abwehr. So fanden sich auch in Kantonen, wo die unmittelbare Beziehung mit Söldnerdiensten nie stark vorhanden gewesen oder schon lange erloschen war, Stimmen genug, die den beschwörenden Ablehnungsvoten einer «Luzerner Zeitung», einer «Schwyzer Zeitung» oder eines «Oberländer Anzeiger» beipflichteten. In betonter Ruhe nehmen vor allem die Blätter der Rheinstadt die italienischen Greuelmeldungen auf. Entschieden wehren sich die «*Basler Nachrichten*» gegen eine Auffassung, die der Gesamtschweiz die Verantwortung für die Vorfälle in die Schuhe schieben will, und skeptisch empfangen sie den Bundesbeschluß vom 30. Juli. Ihn als ein «Gelegenheitsgesetz», als eine «Bombe zur Beruhigung Europas» glossierend, glauben sie, niemand, nicht einmal die Gesetzgeber, wären überzeugt, daß es vollzogen werde²⁴⁶. Erfrischend verbinden sich in ihren Söldnerspalten souveräne Betrachtung und scharfer Baslerwitz. Segesser vertrat «wieder einmal die Rolle des Meerrettigs oder der Zwiebelsauce an der Bundestafel²⁴⁷»; Keller hielt «ein förmliches Kollegium über schändliche Geschichten des Söldnerwesens und rief es laut aus, daß die Schweizer den Herzog Sforza von Mailand vor so und so viel hundert Jahren verraten haben²⁴⁸». Den Gipfel der Ironie erreichte sie in einer ihrer letzten Betrachtungen der kurz vorher zu Ende gegangenen Fremddienstdebatte, indem sie ihren Berner Korrespondenten feststellen ließ: «Interessant waren die Gesichter eini-

²⁴⁶ Basler Nachrichten, 1859 – August – 1., Nr. 179, p. 1125.

²⁴⁷ op. cit., 1859 – Juli – 21., Nr. 170, p. 1082. Betrifft Segessers Votum während der Eintretensdebatte, nicht seine bekannte Rede.

²⁴⁸ op. cit., 1859 – Juli – 28., Nr. 176, p. 1110.

ger Falschwerber auf der Tribüne der Bundesversammlung. Sie waren auch nicht sehr niedergeschlagen²⁴⁹.» Diese ruhig-ironische Betrachtungsweise machte sich auch die konservative «*Basler Zeitung*» zu eigen. Zwar verhehlte das Blatt seinen Lesern nicht, daß es das «Odium» gegen den neapolitanischen Söldnerdienst nicht ganz für unbegründet halte. In seiner Stellungnahme zum Ausmaß der bundesrätlichen Regulierungspläne erläuterte es jedoch, daß es in erster Linie die «vertierten Söldlinge» gewesen seien, die den Ruf schweizerischer Tapferkeit und Treue dem Vaterland erhalten hätten²⁵⁰. Wenn die Schweiz so empfindlich sei für ihre Ehre, so gebe es bei ihr zu Hause noch genug «Mist» zu beseitigen²⁵¹. Wie die «*Basler Nachrichten*» gewinnt sie aus den «zerrissenen» Debatten die Überzeugung, daß das Gesetz im ganzen nicht oft zur Anwendung kommen werde²⁵². Auch die «*Basler Zeitung*» kann sich der erfrischend spitzen Zunge ihrer Heimatstadt nicht ganz ent schlagen; so etwa, wenn sie das polemische, Keller-ähnliche Votum eines ausländischen Genfer Ständerrates charakterisiert²⁵³.

Ähnlich wie Basel hatte auch Genf nie zu den eigentlichen Söldnerdienstskantonen gezählt. Und doch erschien gerade im «*Journal de Genève*» in der zweiten Augushälfte des Jahres 1859 eine der gründlichsten von allen sich mit dem neuen Gesetz befassenden Besprechungen. Offenbar wirkten hier westschweizerische Beziehungslosigkeit zur angegriffenen Tradition des Reislau fens und französisch-rationale, gedankenscharfe Beurteilung eines Gesetzes nach Form und Inhalt in einer Homogenität, die von den eruptiven und teilweise kurzschlüssigen Äußerungen in der übrigen Schweizer Presse durch ihre Gelassenheit vornehm abstach. Gegen eine nachhaltige Durchführung der vorhandenen Werbverbote hätte die Zeitung nichts einzuwenden gehabt. Anfangs Juli, als die Öffentlichkeit über die bundesrätlichen Erwägungen strengerer Deliktsbestimmungen noch nicht im Bilde war, hatte das Blatt den nationalrätlichen Beschluß auf eine kräftigere Durchsetzung der Bestimmungen in den Kantonen als eine natürliche Folge bisheriger Mängel empfunden²⁵⁴. Der endgültige Bundesbeschluß veranlaßte sie jedoch, ihren Standpunkt ausführlicher zu umschreiben. Gleich zu Beginn ihrer Artikelserie ließ sie ihrem Hang zur Grundsätzlichkeit freien Lauf, indem sie neben den neapolitanischen auch die übrigen fremden Dienste ins Auge faßte. Nicht ein

²⁴⁹ op. cit., 1859 – August – 3., Nr. 181, p. 1136.

²⁵⁰ *Basler Zeitung*, 1859 – Juli – 26., Nr. 174, p. 757.

²⁵¹ Anspielung auf die sog. Spielhöllen.

²⁵² op. cit., 1859 – August – 2., Nr. 180, p. 781.

²⁵³ op. cit., 1859 – Juli – 30., Nr. 178, p. 773. Betr. Votum Vogts.

²⁵⁴ *JdG*, 1859 – Juli – 7., Nr. 158, p. 1.

Dienst allein, sondern alle zusammen bildeten die Grundlage des Artikels 11 der Bundesverfassung, sowie aller folgenden Gesetzestätigkeit, soweit diese die Kapitulationen und das Wehrwesen betroffen habe. Die einzige Konsequenz dieser Maßnahmen – wie weit der Zankapfel des neapolitanischen Dienstes eine ausgewogene Lösung vereitelt habe, interessierte die Zeitung zunächst nicht – habe einerseits in einer Vermehrung statt in einer Verminderung der in Italien dienenden Schweizer, andererseits nicht in einer Unterdrückung, sondern in einer Transformation der früheren Kapitulationen bestanden. Nur so habe es geschehen können, daß ein ehemaliger Chef des Militärdepartementes und einer der Schöpfer der Bundesverfassung sich ohne Skrupeln an die Spitze eines dieser Korps habe begeben und in einem französischen Fremdenregiment die Generalität übernehmen können. Die neueste Schweizerhetze in Italien habe den Bundesrat wieder um einen Schritt vorwärtsgetrieben und ihn einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten lassen, der nach Bundesrat Furrer eine «loi de circonstance» gewesen sei. – Nach dieser Einleitung wandte sich die Zeitung der Parlamentsdebatte zu. Dort habe, wie in der Presse, in zwei Punkten Einstimmigkeit geherrscht. Einmal habe die Härte, d. h. die Spannweite des Verbotes Scham und Erstaunen erzeugt, eine Reaktion, die vor allem in der Opposition gegen die Straftat zum Ausdruck gekommen sei. Gleichzeitig sei einmütig erkannt und gefühlt worden, «que le service capitulé avait vécu . . . En face de nos mœurs, de notre civilisation, de nos habitudes modernes, chacun, à peu d'exceptions près, se montrait d'accord pour y voir un débris d'un autre âge, désormais inconciliable avec l'esprit qui anime notre époque²⁵⁵». – Nachdem die Zeitung den allgemeinen Zweck des Gesetzes und die reale Deliktbestimmung diskutiert hatte, kam sie zum Schluß, daß weder die Befürworter noch die Bekämpfer des neuen Dekretes einen erschöpfenden Sieg errungen²⁵⁶. Wie der «Bund», die «Schwyzer Zeitung» und der «Oberländer Anzeiger» zeigte sie sich überzeugt, daß die Mittel zur endgültigen Unterdrückung des Söldnerdienstes nicht in den Paragraphen eines Bundesgesetzes lägen. – Darüberhinaus jedoch stellte sich die Genfer Zeitung die Frage, wie weit ein Gesetz von solcher Tragweite uneinheitlich sein dürfe. Der erste Artikel schließe nämlich den Einfluß politischer Umstände, bestimmter Epochen oder Tendenzen auf die bundesrätliche Bewilligungserteilung nicht aus und beschränke den Spielraum der individuellen Freiheit in Wirklichkeit mehr, als dies dem Wortlaut nach zu vermuten sei. Andererseits hange es von den Nachbarn ab, was als Nationaltruppe zu gelten habe.

²⁵⁵ JdG, 1859 – August – 16., Nr. 192, p. 1.

²⁵⁶ v. Anm. 255.

Besitze man aber eine Tür, so sei es unklug, den Schlüssel dazu den Nachbarn anzuvertrauen²⁵⁷. In richtiger Voraussicht der Entwicklung erblickt die Zeitung in Amerika den Erben des kriegerischen Auslandschweizertums (Sezessionskrieg). – Schließlich ist sie der Meinung, daß ein Gesetzgeber auch unter dem Druck des Zeitgeschehens und der Leidenschaft keine unanwendbaren, unpraktischen Bestimmungen promulgieren dürfe. – Die Unzeitgemäßheit der Kapitulationen hindert sie nicht, deren positive Seiten auszusprechen²⁵⁸. Umgekehrt ist sie über die Unzeitgemäßheit froh, da diese verhindert habe, daß die ultraradikalen Tendenzen auf Ersetzung der Militärabkommen mit «legitimen» Mächten durch solche mit «revolutionären» sich durchzusetzen vermocht hätten²⁵⁹. Erst gegen den Schluß ihrer Artikelfolge brechen bei der Genfer Zeitung zeitbedingte Meinungen ungehindert durch: Mit vielen andern Stimmen zusammen überschätzt sie den Auslandsdienst in bezug auf die Hebung des Wehrwillens und der militärischen Ausbildung: «... l'esprit militaire en Suisse n'est autre que le résultat des habitudes militaires des siècles passés, et ce n'est pas une disposition qui puisse s'improviser... Serait-il prudent pour la Suisse de vouloir anéantir entièrement ces habitudes et de courir le risque que ce nivellement violent vînt à entraîner, avec ces habitudes, cet esprit militaire dont la Confédération ne peut se passer et qui peut-être tend déjà à diminuer²⁶⁰?»

Mit dem Hinweis, daß die neue Werbvorlage den Niederschlag einer Welle bilde, die, von Südtalien herkommend, über den Bundespalast hinweggegangen sei, und daß man diese Sturzwelle der öffentlichen Meinung kenne, hält es die «*Neue Zürcher Zeitung*», dieses gemäßigt freisinnige Blatt, für ihre Pflicht, «auf einer hochgehenden Woge den Standpunkt einer ruhigen Betrachtung zu behaupten», und gerade hier aufs gewissenhafteste zu untersuchen, inwieweit man sich mit dem neuen Reisläufergesetz «auf solidem, praktischem Schweizerboden befinde oder nicht²⁶¹».

Ganz nüchtern stellt sich die Zeitung die Frage, ob die angedrohten Strafen den Vergehen entsprächen, und ob das Ende der römischen

²⁵⁷ JdG, August – 18., Nr. 194, p. 1.

²⁵⁸ JdG, 1859 – August – 20., Nr. 196, p. 1. Begründung: die übliche, Regelung der Reisläuferei, donnant «quelques satisfactions aux sentiments nationaux des soldats», Schutz ihres Rechtes und ihrer Ansprüche.

²⁵⁹ JdG, 1859 – August – 21., Nr. 197, p. 1: «... il eut été très agréable à certains pourfendeurs des capitulations, de pouvoir trouver une définition *ad hoc* à mettre en tête de l'article 1er du projet de loi.» Diese Anspielung richtet sich gegen die in der «*Revue de Genève*» vertretene Ansicht der Genfer Gruppe der Vereinigung «*Helvetia*», die im Interesse der Völkersolidarität die Neutralität in ihrer strikten Form bekämpfte (vgl. p. 145).

²⁶⁰ v. Anm. 259.

²⁶¹ NZZ, 1859 – Juli – 20., Nr. 201, p. 801.

und neapolitanischen Dienste auf dem vorgeschlagenen Wege erreicht werden könne. Geschickt weicht das Blatt einer grundsätzlichen Besprechung des Söldnerwesens aus, indem es lediglich die Geschichte der öffentlichen Meinung zu diesem Problem registriert, deren Widersprüche die Frage erlaube, wie weit eine prinzipielle Erörterung überhaupt möglich sei. Ob eine solche statthaben könne, solange kein Schweizer, der am Löwendenkmal vorübergehe, eine Schmach empfinde? Komme dies den Italienern zu, die anno 1848 den Schweizern von Vicenza Lorbeerkränze geflochten? Die öffentliche Meinung zeige sich wetterwendisch, die alte, eingewurzelte Übung der fremden Dienste aber konstant. In einzelnen Kantonen handle es sich um eine Familientradition, und eine drakonische Maßnahme der vorgeschlagenen Art werde sich für die eidgenössischen Räte bald zu einer Quelle der mißlichsten Verwicklungen und Streitigkeiten gestalten. Sei der scharfe Schnitt in die persönliche Freiheit jetzt nicht noch zu groß, zu schmerzhaft? Warum gerade jetzt der Keulenschlag bürgerlicher Entehrung, wo alles darauf deute, daß die traurigen Szenen in Neapel von selbst zum Ende des Dramas führten? Man solle die Fahnen nehmen, alle Werbversuche bestrafen, alle Helfershelfer fassen und täglich vor dem unseligen Reislaufen warnen. Daneben aber seien *alle* Gründe abzuwägen. «Der Fremddienst hat nie unsere Sympathie besessen, doch der Gesetzesvorschlag mit seiner Kantonalbewilligung und seiner zehnjährigen Einstellung im Bürgerrecht scheint uns gefährlich und scharf²⁶².» Während den Verhandlungen im Parlament bezog die «Neue Zürcher Zeitung» vorübergehend nicht mehr Stellung. Sie beschränkte sich darauf, ab und zu eine Übersicht über die in den Zeitungen geäußerten Pro- und Contra-Ansichten zu vermitteln. Erst mit dem vollendeten Bundesbeschluß gab sie ihre neue Stellungnahme bekannt, nachdem sie auf die allgemeine Zustimmung in der liberalen Presse verwiesen: «Auch wir haben mit steigender Beruhigung den Gang der Diskussion verfolgt und wollen von Herzen hoffen, daß das Gesetz den Zweck erreiche²⁶³...» Fest vertraue sie darauf, daß das Volk die neue Regelung nicht als Befehl von oben, sondern in tieferem Verständnis richtig auffasse, während der Presse die Aufgabe zufalle, das Gesetz zu erklären und seine Notwendigkeit zu bezeugen. – Dieses neue Urteil der Zeitung hing mit der Reaktion der übrigen Presse zusammen: Wenn in der liberalen Presse die im wesentlichen befriedigten Stimmen auf einmal «wie die Frösche nach dem Regen» auftauchten, so bedeute dies, daß der Nationalrat mit seinem Beschluß so ziemlich das Rechte getroffen und die dreitägige

²⁶² v. Anm. 261.

²⁶³ 1859 – Juli – 30., Nr. 211, p. 843.

parlamentarische Redeschlacht doch keine «Mißgeburt» an den Tag gefördert habe. – Ähnlich wie beim «Bund» trat bei der Zürcher Zeitung später immer mehr die Überzeugung von der Tüchtigkeit der neuen Verwaltung in Erscheinung. Sie verglich etwa die strengen, unbarmherzigen Strafen, die ein Luzerner Gesetz um 1814 gegen alle, die ohne Ratsbewilligung Handgeld nahmen, dekretierte, mit der Milde und Mäßigung des neuen Bundesbeschlusses und fügte dann bei: «Die Politik des heutigen und damaligen Gesetzgebers ist freilich himmelweit verschieden ²⁶⁴,» Die Ursache dieser steigenden Selbstzufriedenheit bildete wie beim «Bund» die erfolgreiche Mission des bundesrätlichen Gesandten Latour ²⁶⁵.

Auf entschiedene Ablehnung stießen die neuen etatischen Ansprüche vor allem beim konservativen «Oberländer Anzeiger» und den innerschweizerischen Zeitungen, wie etwa bei der «Schwyzer Zeitung» und der «Luzerner Zeitung». Zwar hatte gerade diese anfangs eine der «Neuen Zürcher Zeitung» ähnliche, referierende Haltung eingenommen, aber ungleich dieser unterschied sie später die endgültige Fassung nicht in lobendem Ton von der allerersten Werbvorgabe. Die Opposition gegen die bundesrätliche Fassung legte sie dahin aus, daß die öffentliche Meinung ein neues Werb- oder Kriegsdienstverbot überhaupt ablehne. Nach dem Tadel der «Sentimentalitätschwärmerei für ausländische Freiheit», die vorzeitig Existenz und Leben einer großen Anzahl Landsleute schutzlos preisgegeben habe, erhebt sie ihre kritische Stimme gegen den Zentralismus, der ihr in der Annahme der nationalrätlichen Fassung und der Behandlungsweise der Tessiner Bistumsfrage zu liegen scheint: «Es kann nicht geleugnet werden, wir steuern mit vollen Segeln dem Unitarismus entgegen. Vom morschen Gebäude der Kantonsouveränität werden immer mehr und mehr Stücke losgeschlagen, bis es zuletzt zusammenbricht, nachdem es nachgerade ganz unwohnlich geworden ist und auch von denen nicht mehr gestützt wird, welche doch ‚die Träume alter Freiheit‘ mit Glaube und Liebe hinüber getragen haben in die neuen Zustände ²⁶⁶,» Diese Entwicklung flößt ihr auch deshalb Bedenken ein, weil sie, wie dies in der Natur des ersten Artikels des neuen Bundesbeschlusses liegt, praktisch nicht jedermann das gleiche Recht zugesteht, sondern den wirtschaftlich Starken gegenüber dem Schwächeren begünstigt. In der Aufdeckung dieses Aspekts fühlt sie sich mit dem radikalen «Tagblatt» von Schaffhausen einig ²⁶⁷, obschon sie

²⁶⁴ 1859 – August – 10., Nr. 222, p. 887.

²⁶⁵ 1859 – August – 22., Nr. 234, p. 934.

²⁶⁶ L.-Z., 1859 – August – 13., Nr. 92, p. 373.

²⁶⁷ 1859 – August – 26., Nr. 102, p. 413.

wohl in erster Linie durch den etatistischen Zug des neuen Dekretes abgestoßen wird. Wie weit der Gedanke, der im Reisläufergesetz dem Söldnerwesen offengelassene Türspalt begünstige in erster Linie schweizerische Auslandsdienste unter den liberalen Fahnen, auch noch mitspielte, ist schwer zu sagen²⁶⁸. Sachlich gesehen, brauchte dies nicht der Fall zu sein. Die soeben in Neapel vor sich gehende Heeresreform bewies ja, daß die sogenannte «Reaktion» ihren auswärtigen Korps auch einen nationalen Mantel umzulegen verstand.

Selbstverständlich ist es, daß die katholisch-konservative «*Schwyzer Zeitung*» mit ganzer Seele auf der Seite der Opposition gegen das in Vorschlag gebrachte Solddienstgesetz steht, obschon sich ihre Argumente zunächst in keine klar gefaßte Linie einschieben. Im Krieg erblickt auch sie grundsätzlich eine Geisel der Völker, aber ebenso ein Heilmittel, eine Strafe, eine Läuterung. In der Praxis bedeute der Krieg gleichsam die «öffentliche, allgemeine Schule, in der alle Nationen zur Verbesserung oder Bereicherung ihres *Wehrwesens*, in dem schließlich doch allein die wahre Volkskraft und damit die ganze Existenz eines *freien* Staates beruht, direkt und indirekt Anteil nehmen und die schätzbarsten Erfahrungen sammeln» könnten²⁶⁹. Von der Schärfe der bundesrätlichen Fassung ist sie so überrascht, daß sie zunächst nur ihren vorläufigen Protest ankündigt und die Stellungnahme des «*Oberländer Anzeiger*» abdruckt²⁷⁰. Dem Unehrenhaften der Söldnerdienste stellt sie den Sklavenbesitz von Schweizern in Amerika, der rigorosen Drosselung der Bewegungsfreiheit die Seitensprünge Stämpflis um 1848 sowie die feste Verwurzelung der auswärtigen Kriegsdienste in vielen Teilen der Schweiz gegenüber. Sie verweist auf die gedienten Offiziere, die den Haupttharst des schweizerischen Generalstabes und des gesamten Instruktionspersonals stellen, verweist daneben auf schweizerische Professoren im Ausland, die unangefochten von Monarchen entlohnt werden, und versucht, die «ungleiche Behandlung gleicher Verhältnisse» in den Vordergrund zu rücken²⁷¹. Schließlich wirft sie noch einen Blick auf den großen Entzug an Arbeit und Geld, der mit der zivilen Auswanderung verbunden sei und protestiert gegen einen einseitig wirkenden Etatismus um so mehr, weil der Anstoß dazu von einer Behörde ausgehe, die am 13. November 1850 das soeben in Vorschlag gebrachte am schneidend-

²⁶⁸ Bauer, op. cit., p. 119. Mitteilung dieser Annahme.

²⁶⁹ Schw.-Z., 1859 – Juli – 11., Nr. 153, p. 609.

²⁷⁰ O.-A., 1859, Nr. 86, p. 1. – Schw.-Z., 1859 – Juli – 21., Nr. 162, p. 647.

²⁷¹ Schw.-Z., 1859 – Juli – 25., Nr. 165, p. 657. – Namentliche Erwähnung von Keller, der auf dem Katheder und im Abgeordnetenhaus auf der äußersten Rechten der Monarchie seine Dienste weihe, und zwar oft *gegen* sein Vaterland.

sten verurteilte²⁷². Über das Zustandekommen des Bundesbeschlusses zeigt sie sich nicht erbaut, verhehlt dennoch ihre Befriedigung über die Austilgung der «drakonischen» Grundlagen der bundesrätlichen Fassung nicht. – Im Verlaufe des Augusts beginnt sie, wie übrigens die gesamte Presse, das Thema parteipolitisch auszuwerten. «*Spes ultima miles*» – dies sei viel älter als das neue Gesetz. Unter dem Einfluß politischer Leidenschaft sei diese Tatsache oft übersehen worden, so daß sich zwischen den radikalen Theorien und der Praxis verschiedener ihrer Vertreter oft ein Zwiespalt geöffnet habe. «Nach dem ganz alltäglichen Grundsatz: ‚Arbeiten mag ich nicht, und zu betteln schäm ich mich‘ ging ein schweizerischer Bundespräsident in französischen Sold und sandte seine Werber aus, um seine Legion zu füllen. Wo ist da das liberale Prinzip, wo die Festigkeit eines hochgebildeten, freisinnigen Mannes? Wir rufen nicht ‚Schande und Schmach‘, sondern *spes ultima miles*. . . Radikale Taugenichtse von oben bis unten haben hier (1855 in Bern) englische Legionen organisiert. Die Berner Regierung mußte es wissen; denn Herr Stämpfli hat im Bundesrat gesessen, als dort Reklamationen beschlossen wurden. Die Berner Regierung hat aber nichts dagegen getan. Wir rufen nicht mit Keller Schande und Schmach, sondern ‚*spes ultima miles*‘ . . .» – Die schweizerischen Kaufleute in England kamen der Zeitung gerade recht, um die für die Schweizerehre Eifernden an die Betrügereien zu erinnern, die sie sich laut den Berichten schweizerischer England-offiziere vor einigen Jahren gegenüber den Legionären, ihren eigenen Stammesbrüdern, erlaubt. Trotzdem sei man der Ansicht geworden, daß nur die Industrie und ihre Geldsache die Ehre eines Landes repräsentierten. «‚Schande und Schmach‘ riefen Herr Keller, Vogt und Feer-Herzog über die Schweizer im fremden Kriegsdienst. Von den Industriellen, den 80 000, sagt schon der weise Sirach im Cap. 27, Vers 28: ‚Ein Kaufmann kann sich schwerlich hüten vor Unrecht und ein Krämer vor Sünden‘²⁷³.» – Neben der Brandmarkung der Inkonsequenz der Gesetzgebung – für die Schweizertruppen in Frankreich wurde keine Mission Latour inszeniert – beschäftigte sich die «Schwyzer Zeitung» in den folgenden Monaten hauptsächlich damit, die persönliche Ehre der angefochtenen Schweizergeldner in Italien zu verteidigen. Zuschriften von dort kamen ihr zu Hilfe, so etwa diese: «Wenn je, was Gott verhüten möge, die schweizerische Unabhängigkeit bedroht sein sollte, so werden wir, die ‚*parias*‘ des Tages, zu beweisen

²⁷² 1859 – Juli – 26., Nr. 166, p. 661. – Das zitierte bundesrätliche Gutachten findet sich in der «Botschaft des Bundesrates betreffend die Militärkapitulationen», BBl. 1850, III, Nr. 54.

²⁷³ Schw.-Z., 1859 – August – 9., Nr. 178, p. 709.

wissen, daß wir Schweizer geblieben in unsern Herzen²⁷⁴.» Den Schande- und Schmachruf des Schulmeisters aus der Freischarenzeit verwindet sie nicht so leicht. Zuguterletzt tröstet sie sich aber, daß, Gesetze hin oder her, der fremde Dienst so lange nicht erlöschen werde, als der dem Schweizer eigene Hang zum Kriebsleben im Inland keine Betätigung finde. Sie glaubt, daß auch in künftigen Kriegen die Schweiz das stärkste Kontingent an Fremdruppen liefern werde²⁷⁵.

Am widerspenstigsten gebärdete sich jedoch auf der konservativen Seite der immerdar rauflustige «*Oberländer Anzeiger*». Bei den Radikalen als Publikationsorgan aristokratischer Prägung verschrien, war er doch damals insofern nützlich, als er im Verein mit den übrigen konservativen Blättern die allzu stürmischen, unreinen und ungerechten Tendenzen der fortschrittlichen Bewegung kontrollieren, zügeln und ausschließen half. Seine Einstellung war parteipolitisch, sein Ton polemisch gestimmt. Ohne zu zögern, bezeichnete er als einzigen Grund der Fahnenmeuterei die bundesrätliche Verfügung auf Entfernung der Wappen und bestritt, daß der Bundesrat zu einer solchen Verfügung die Befugnis gehabt habe, weil «Wappen... als Merkmale adeliger Eigenschaft mit der in der Bundesverfassung ausgesprochenen Nichtanerkennung des Adels» eo ipso keine offizielle Bedeutung mehr hätten²⁷⁶. Ein teilweises Verschulden der neapolitanischen Regierung und der vier Schweizerobersten während den kritischen Tagen vor der Meuterei schien ihm nur in dem Sinne vorzuliegen, als diese dem ungerechtfertigten Ansinnen des Bundesrates sich unterworfen hätten²⁷⁷. Deutlicher als bei andern konservativen Blättern bricht bei ihm die Sympathie für die Legitimitätsansprüche und gegen die italienische Revolution durch. Er erinnert die Leser daran, daß die erste Anregung zur Wappenentfernung aus dem «Herde der italienischen Revolution», aus Florenz, gekommen, wo auch der Aufstand von Perugia angezettelt worden sei²⁷⁸. – Einen Sturm in seinen Spalten beschwört vollends die bundesrätliche Vorlage herauf²⁷⁹. Aber auch die mildere, endgültige Fassung erscheint ihm als eine «häßliche Abnormität»²⁸⁰, obschon er befriedigt registriert, daß das neue Gesetz auf die vor dem Erlaß in Dienst getretenen Schweizer-söldner keine Anwendung findet. Von nun an betritt er im großen und ganzen die Bahnen der «Schwyzer Zeitung», indem er seine Auf-

²⁷⁴ 1859 – August – 16., Nr. 183, p. 723.

²⁷⁵ Nr. 194, p. 773.

²⁷⁶ O.-A., 1859 – Juli – 27., Nr. 89, p. 1.

²⁷⁷ v. Anm. 276.

²⁷⁸ 1859 – Juli – 17., Nr. 85, p. 1.

²⁷⁹ OA, 1859 – Juli – 20., Nr. 86, p. 1; Juli – 24., Nr. 88, Beilage.

²⁸⁰ 1859 – August – 5., Nr. 93, p. 1.

merksamkeit dem ehrenrührigen Votum Augustin Kellers und dessen Aufnahme in den Kreisen der ehemaligen Schweizeroffiziere zuwendet²⁸¹. Die erfolgreiche Mission Latours bezeichnet er als Sieg der «revolutionären Intrigue» und die Aufrufe des «Handels-Kuriers» zu einem wohlwollenden Empfang der rückkehrenden Söldner als Heuchelei²⁸². Das Ende der halboffiziellen Schweizerregimenter in Neapel schreibt er der Verbindung «unschweizerischer Sympathien» des Bundesrates mit «italienischer Falschheit und Perfidie» zu²⁸³.

Zusammenfassend beurteilt, muß die Rolle der Presse bei der Entstehung des Söldnerdienstgesetzes, dem auf weite Sicht gesehen eine symptomatische Bedeutung nicht bestritten werden kann, als unwichtig bezeichnet werden. Die parlamentarische Entwicklung vollzog sich im Bundeshaus schon recht reibungslos. Es zeigte sich, daß die Regierung keine Pressestürme mehr zu befürchten brauchte, falls sie sich gegenüber Kompromißvorschlägen nicht allzu ablehnend verhielt und die Rednerschlachten zunächst einmal ruhig schlagen ließ. Die Eini-gung Stämpfli mit Escher hatte ihren Erfolg auch im Blätterwald zu verbuchen: Die anfänglichen Bedenken der regierungsfreundlichen Zeitungen milderten oder lösten sich zusehends, die übliche Polemik der grundsätzlichen Oppositionsblätter verwandelte sich bald in trauernde Klagerufe oder verstrickte sich im Gewirr fruchtloser Einzelkritik. Das allein bedeutende und bleibende Abschiedswort an die uralte eidgenössische Freiheit der Fremdenregimenter, die einmal das Symbol schweizerischer Kraft und Treue gewesen waren, stand nicht in der Presse zu lesen, sondern wurde vom Luzerner Philipp Anton von Segesser vor den in ergriffener Stille lauschenden Repräsentanten der neuen Nation ausgesprochen.

²⁸¹ August – 31., Nr. 104, p. 2. – September – 7., Nr. 107, p. 1 f. – September – 16., Nr. 111, p. 2. – August – 5., Nr. 93, p. 1. – August – 19., Nr. 99, p. 4. – August – 21./26./28., Nr. 100, Nr. 102, Nr. 103, pp. 4, 2, 4.

²⁸² 1859 – August – 21., Nr. 100, p. 1; 1859 – September – 4., Nr. 106, p. 1, Leitartikel: «Der Handelskurier macht die Sammetpfote.»

²⁸³ OA, 1859 – August – 26., Nr. 102, p. 1.

5. Gesetzgebung, Söldnerdienste und Diskussion um und nach 1859

a) Hauptzüge der Entwicklung

Freunde wie Gegner des Söldnerwesens waren selbst unter sich geteilter Meinung, ob den im Bundesgesetz von 1859 erlassenen Einschränkungen die Bedeutung eines beförderlichen Abschlusses der schweizerischen Auslandsdienste zukomme oder nicht. Mitten in den Auseinandersetzungen begriffen, bangten die einen vor einem neuerlichen Aufflackern der Reisläuferei, die andern wandten ihren Blick rückwärts und gaben, im Schmerz über den Verlust alter Freiheiten und Gewohnheiten einsichtigen Erwägungen selten zugänglich, den Glauben an die Lebenskraft früherer militärischer Impulse wie deren Formen nicht auf. In Wirklichkeit hatte nicht das Parlament, sondern die Zeit das Urteil gefällt. Unaufhaltsam war die Verwirtschafterung der Schweiz vorwärtsgeschritten²⁸⁴, die zivile Auswanderung angestiegen, die nationalistische Politik im Ausland populär geworden. So mangelhaft das Gesetz von 1859 auch sein mochte, so fiel es zeitlich doch mit dem Ende des offiziellen Schweizerdienstes zusammen; denn soweit Neapels Truppen noch aus Schweizern bestanden, galten sie nun wirklich nur noch als «Fremdenbataillone» und zeichneten sich in ihrer Nationalität nicht mehr aus. Was die Zuzüge in die Garibaldinischen Korps betraf, so stand hier einer nachsichtigen Gewährung durch die schweizerischen Behörden nichts im Wege, da der italienische Revolutionär nicht nur das Wohlwollen vieler europäischen Kabinette und Presseleute, sondern auch die Huld der Geschichte genoß, indem die italienische Einigung, für die Garibaldi sein Leben wagte, ihrer Vollendung näherrückte. Doch – die Erfüllung der Hoffnung vieler, der Schweizername möchte nie mehr in einem Atemzuge mit europäischen Fürstenhäusern zitiert werden, war mehr das Ergebnis der erfolgreichen Mission Latours gewesen, denn eine Folge des Bundesgesetzes. Dieser Verhandlungskünstler, der durch seine offenen und geheimen Interventionen eines der letzten Bollwerke im Süden der Zerstörung preisgegeben hatte, verdankte seinerseits den Erfolg den besondern Zeitumständen. Der neapolitanische Kriegsdienst war von Anfang an nie dermaßen mit der schweizerischen Politik und dem

²⁸⁴ vgl. den bezeichnenden Untertitel folgender Untersuchung: Dürr, Emil: Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik. Basel, 1928, Eine historisch-politische Betrachtung über die Verwirtschafterung der politischen Motive und Parteien.

Volksleben verflochten gewesen wie etwa der französische oder der niederländische. Im Grunde hatte ihm von Beginn an ein anachronistischer Zug angehaftet. Nur eine Minderheit von Kantonen hatte ihm ihr Interesse geschenkt, während der Kreis der Unzufriedenen sich unaufhaltsam ausgebreitet hatte. Gleichermäßen stetig war in den Regimentern selbst ein Auflösungsprozeß vor sich gegangen.

Frühzeitig hatte sich die Verbindung der Offiziere mit der Mannschaft aufgelockert, die aus den großen historischen Diensten bekannte Einheit abgeschwächt. Es fehlten die imposanten Heerzüge, die den französischen Schweizern oder den Kämpfern in Spanien in den großen Zusammenhang einer stolzen Aufgabe gestellt hatten. Die Würde des neapolitanischen Herrscherhauses ließ sich mit derjenigen der französischen Bourbonen nicht vergleichen. Das berstende Gefüge Italiens brachte verführerische Stimmen zum Erklingen, die den schweizerischen Neapolitaner unter die verschiedensten Fahnen wegzuziehen versuchten. Die italienische Revolution entfachte einen Sturmwind, der bis in die steinernen Kasernen Neapels oder Palermos drang, den Soldaten die Köpfe verwirrend, eine schwellende Gärung erzeugend. In jenem Augenblick der innern Bedrängung wandte die Heimat ihren stützenden Arm ab, indem sie dem fernen Sohn, statt ihm den Rücken zu decken, die moralische und politische Hilfe entzog. Schweizerische Zeitungen flatterten bis in die Wachtstuben, verkündeten dort den Ruf, den die Regimenter genossen, die Verschärfung der Maßnahmen gegen die Unterdrücker der «Freiheit», die Ermunterungen zur Fahnenflucht, die Theorien über einen neuen Ehrbegriff²⁸⁵. Alle diese Voraussetzungen der innern Auflösung waren schließlich in der großen Meuterei öffentlich erkennbar geworden.

Die kriegerische Atmosphäre zu Anfang der sechziger Jahre hielt das Mißtrauen der offiziellen Schweiz gegenüber der Lebenskraft der alten Bräuche noch eine Zeitlang wach. Die Situation verwirrte sich reichlich, denn die ganze Welt war erfüllt von Konflikten, die in der Tat das Söldnerwesen noch einmal aufleben ließen, aber nicht mehr in der straffen Form der alten Militärkapitulationen, sondern als ein buntes Gewimmel von Angehörigen verschiedenster Nationen an italienischen, französisch-marokkanischen, holländisch-indonesischen und amerikanischen Fronten. Trotz dem besten Willen war es Latour mißglückt, die Bildung der drei von Schweizern kommandierten Fremdenbataillone zu Neapel im August 1859 zu verhindern. Das kürzlich erlassene Gesetz versprach gegen die Berufung von Schweizern zu Oberoffizieren einer außerstaatlichen Fremdruppe keine große Wirksamkeit. Aus undurchsichtigen Gründen – man kann die Möglichkeit

²⁸⁵ Maag, p. 451 (und 405).

einer bewußten Schonung schweizerischer Heerführer im Ausland nicht ganz verneinen – war der Entwurf der nationalrätlichen Kommissionsmehrheit, der die Kommandoverhältnisse in einem besondern Artikel bekämpft hatte, fallengelassen, weitere, einzelne Pressestimmen überhört worden. Dem Neapel treugebliebenen Rest des schweizerischen Offizierskorps war es ohne Behinderung möglich gewesen, die letzten Schweizertruppen im August 1859 in neutraleren Einheiten zusammenzufassen, und sie von einer Rückkehr in die Heimat oder vom Übertritt in eine anderweitige Dienstverpflichtung abzuhalten. Er bildete in der Folge den Kern jener Truppe, die 1860 dem Siegeszug Garibaldis nochmals standhielt, diesen in Palermo besiegend. Durch die Lässigkeit des Oberkommandierenden, eines neapolitanischen Generals, wurde der junge König allerdings um die Früchte des Sieges betrogen; die drei Fremdenbataillone zogen sich, gleich andern Getreuen, zur letzten Verteidigung bei Gaeta zurück, wo ihnen im darauffolgenden Winter die endgültige Niederlage harrte. Um diese Zeit war das neue Solddienstgesetz bereits verschiedentlich in Wirksamkeit getreten. Mit dem Untergang Neapels stieg die Zahl jener Rückkehrenden, die nach dem 30. Juli 1859 sich in eine Fremdruppe hatten anwerben lassen, merklich an. Lange nicht alle wurden von der Bundeskontrolle erfaßt; denn die Kantone zeigten sich in ihrer stellvertretenden Funktion meistens lässig²⁸⁶. Da die Zahl der bekannten Straffälligen immerhin fast tausend betrug, fand der in konservativen und alten Offizierskreisen zuerst lautgewordene Gedanke einer allgemeinen Amnestie immer stärkere Verbreitung. Justizabteilungen gewisser kantonaler Verwaltungen richteten an die Eidgenossenschaft den Wunsch, es möchten die schon eingewurzelten und friedlicher Beschäftigung nachgehenden Verfehlten, die vielfach aus armen Schichten stammten und keine Verwandte besäßen, nicht neuerdings durch ein Strafurteil und den bürgerlichen Ausschluß entehrt, ja vielleicht ins moralische Elend gestoßen werden²⁸⁷. – So sehr gewisse Zeitungen und auch die offizielle Schweiz auf die nationale Ehre und Würde drangen und eine allgemeine Amnestie einer Aufhebung des Verbotes oder einer Einladung zu dessen Umgehung gleichsetzten, so lagen doch sachliche Gründe vor, die in einer entspannteren Zeit das Amnestiebegehren im Nationalrat wohl durchgesetzt hätten. Einmal hatte sich die Interpretation des ersten Artikels der politischen Sympathie fügen müssen. Beim piemontesisch eingestellten Bundesrat galt Garibaldi bunt zusammengewürfeltes Korps als eine nationale, die Fremden-

²⁸⁶ Maag, p. 616.

²⁸⁷ BA-Rückkehr 1858/1863. Polizeidir. des Kt. Thurgau an das eidgen. Justiz- und Polizeidepartement. 1860 – Dezember – 5.

bataillone der legitimen bourbonischen Dynastie in Neapel als nicht nationale Formation²⁸⁸. Zudem hatte die Art der Rückkehr es jedem vor dem Gesetz Schuldigen, der über etwas Geld und eine gute Spürnase verfügt hatte, erlaubt, sich mittels eines Umwegbillets oder unwahrer Angaben der eidgenössischen Kontrolle zu entziehen²⁸⁹. Was dem Kommissar in Locarno in die Hände gelaufen war, bestand aus den ehrlicheren, argloseren Angehörigen der ärmsten Schichten²⁹⁰. Angesichts dieser Tatsachen nahm sich das Pathos der Prinzipientreuen recht übel aus. Aber die Stimmung in den Sälen des Bundeshauses gegenüber Italien und dem daselbst noch fortflackernden Dienst bei den konservativen Fürsten war von derjenigen vor zwei Jahren noch zu wenig verschieden, als daß die Bundesversammlung sich hätte entschließen können, dem Antrag auf eine Generalamnestie Anerkennung zu zollen. Da die Räte in personeller Hinsicht von denjenigen des Jahres 1859 kaum verschieden waren, wiederholte sich in den Debatten teilweise wörtlich das alte Pro und Contra zum Söldnerdienst. Noch einmal erhoben Stämpfli und Segesser, Courten und Keller, Kurz und Escher ihre Stimmen, entweder zum Lobpreis der individuellen Freiheit und der herkömmlichen Bräuche, oder zur Schmähung einer alten Volksunsitte. Die Begnadigung kam nicht zustande, wohl aber bedeutete diese Session den Abschluß jener Periode, in der die italienische Frage das Vorzeichen der schweizerischen Soldatendiskussion gebildet hatte. Wie neun Jahre später anläßlich der Rückkehr jener Truppen, die in den päpstlichen Einheiten Dienst geleistet, wiederum die Amnestiefrage sich erhob, gingen die Beratungen unter anderer Voraussetzung vor sich. Das Gefühl, daß der schweizerische Fremddienst in seinen für die Schweiz unangenehmen Formen wirklich sein Ende gefunden habe, war nun bei Freunden wie Gegnern das vorherrschende geworden. Die Zeit hatte gehalten, was von ihr verlangt worden war: In der Welt nach 1861 konnte das Horn von Uri nur noch am historischen Umzug oder am Schützenfest, nicht mehr zur Verkündigung einer Söldnerfahrt nach Italien benutzt werden²⁹¹. Der Schweizer, der seither in ausländischen Diensten stand,

²⁸⁸ JdG, 1861 – Juli – 26., Nr. 175, p. 1.

²⁸⁹ Maag, p. 611. – BA-Rückkehr 1858/1863, Eidgenössischer Kommissär Trachsler an Justiz- und Polizeidepartement Bern. 1860 – Dezember – 7.

²⁹⁰ Diese Verfolgung armer Soldaten hatte etwas Peinliches, wenn gleichzeitig ein General Schumacher am eidgenössischen Schützenfest in Luzern triumphal empfangen wurde (JdG, 1861 – Juli – 9., Nr. 160, p. 1) und verschiedene, diese Strafbaren kommandierende Offiziere in den eidgenössischen Generalstab ernannt wurden (Maag, p. 617).

²⁹¹ Ph. A. von Segesser, Sammlung kleiner Schriften III, Nationalratsrede zur Amnestiefrage, p. 172. «Wenn in alter Zeit das Urihorn auf der Höhe des Gotthard erklang, so erzitterten die Italiener bis in den Stiefel hinab. Ist es soweit gekommen

zeichnete sich äußerlich von andern Söldnern nicht mehr aus. Als der Papst sich zum Gefangenen des Vatikans erklärte, wurden seine schweizerischen Verteidiger auf bundesrätlichen Antrag hin ihrer Gefängnisstrafe durch eine Generalamnestie enthoben.

Für die Diskussion in der Öffentlichkeit war nunmehr der Söldnerdienst der Vergangenheit als Gesprächsgegenstand übriggeblieben, da die vielen kleinen Broschüren und Zeitungsberichte, die die Kämpfe eines Schweizer in Afrika, in Amerika oder in Holländisch-Indonesien schilderten, lediglich Einzelschicksale betrafen. Auch die Beteiligung Tausender von Schweizern am deutsch-französischen, wie auch am ersten Weltkrieg, bildeten kein Problem im Sinne der alten Schweizerdienste mehr. Wohl verhehlte man sich nicht, daß durch das Ende des schweizerischen Söldnerdienstes nicht auch der Schluß des privaten Söldnerdienstes einzelner Schweizer gewährleistet war. Der Artikel aber, der im neuen eidgenössischen Militärstrafgesetzbuch von 1927 dem Schweizer den Eintritt auch in nationale Truppen untersagte, entsprang weniger politischen oder sozialen Gedanken, als einfach einer modernen etatistischen Konsequenz: Der Bund wollte es nicht mehr dulden, daß einer seiner Angehörigen an einem andern Feldzug als dem, der der Verteidigung der Schweizergrenzen galt, teilnähme. Schritte, die von dieser Regelung abwichen, galten in Zukunft als Schwächung der Wehrkraft²⁹².

b) Besonderheiten der Diskussion um und nach 1859 und die Amnestiefrage von 1861

Unmittelbar nach 1859 bildete die italienische Einigung, wie schon erwähnt wurde, weiterhin den Hauptanstoß zur Diskussion der fremden Dienste der Schweizer. Aus den Vorgängen in Italien formte sich der Hintergrund der sachlichen wie der polemischen Auseinandersetzung um so mehr, als die Schweiz durch beiderseitige Parteigänger

mit uns, dass wir unsere Leute verurteilen müssen, um als Gnade in dem Vorzimmer eines italienischen Ministers zu erbitten, was uns als vertragsmäßiges Recht gebührt?»

²⁹² Im Sommer 1927 wird das Bundesgesetz von 1859 aufgehoben und an seine Stelle tritt der Art. 94 des Eidgen. Militärstrafgesetzbuches, der im fünften Abschnitt des II. Teils «Verbrechen oder Vergehen gegen die Landesverteidigung und gegen die Wehrkraft des Landes» unter 3., Schwächung der Wehrkraft, also lautet: «Der Schweizer, der ohne Erlaubnis des Bundesrates in fremden Militärdienst eintritt, wird mit Gefängnis bestraft. – Wer einen Schweizer für fremden Militärdienst anwirbt oder der Anwerbung Vorschub leistet, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Buße bestraft. – In Kriegszeiten kann auf Zuchthaus erkannt werden» (BBl. 1927, Bd. 43).

und Mitkämpfer einen gewissen Anteil zu der Entwicklung beitrug. Außerdem schuf das stets lebendige Empfinden, in Italien sei ein Kampf im Gang, den die neue Schweiz ihrerseits vor kurzer Zeit habe austragen müssen, ein Solidaritätsempfinden, das auf radikal-liberaler Seite den Hang zur einseitigen Betrachtung des Reislauferns naturgemäß schürte. Das tiefe Ressentiment gegen den neapolitanischen Dienst ließ dessen Angehörigen eine Beengung zuteil werden, die die neue Schweiz anderwärts als Behinderung der Freiheit verdammt. Die Gesetze und Verordnungen wurden als eine im Hinblick auf Rom und Neapel getroffene Regelung, weniger dagegen als eine grundsätzliche Lösung aufgefaßt, und die souveräne Betrachtung der fremden Dienste als eines Problems, dessen Lösung nicht nur von seinem politischen Aspekt her versucht werden konnte, fehlte nach wie vor ganz. So war es in der Hitze des Gefechtes z. B. jenen, die sich als besonders gute «Republikaner» empfanden, fast unmöglich, zuzugeben, daß schweizerische Einheiten die Schläge eines Herrscherhauses gegen einen Aufstand, die nun einmal, Wünsche hin oder her, fallen mußten, milderten und humanisierten²⁹³. Jeder Unzufriedene in Italien konnte sich nämlich glücklich schätzen, wenn er gegen die Schweizer, und nicht gegen eigene Landesgenossen oder unschweizerische Fremdstuppen in den Kampf geschickt wurde. Gnade und Milde, Schutz seiner unbewaffneten Angehörigen, kurz, die volle disziplinierte Haltung einer unter strengem Kriegsrecht stehenden Truppe durfte ihm dann gewiß sein. Rasches und entschlossenes Zupacken unter gleichzeitiger Vermeidung jedes unnötigen Blutvergießens verband sich bei den Schweizern mit dem Schutz revoltierender Städte vor den jedem Kampf nachfolgenden Aasgeiern, die das Chaos zu verlängern und für ihre beutelustigen Triebe auszunützen suchten. Wiederholt trifft man Zeugnisse wie dasjenige des preussischen Konsuls Jäger, der 1848 seinem Schwiegersohn in Neapel schrieb: «Was in Messina gerettet worden, haben wir einzig den Schweizern zu verdanken²⁹⁴»,

²⁹³ vgl. gegen diese disziplinierte Truppe den Bericht eines schweizerischen Reisläufers, der kein Zeitgenosse der Alten Eidgenossenschaft, sondern der der freisinnigen Ära ist, über die Einnahme von Bac-Ninh am 12. März 1884 (Tonkin), p. 14: «Diesen Anlaß benutzten wir und erstürmten nun mit aufgefplantem Bajonette die Festungen. Wie wahnsinnig kämpften sie, sie konnten aber unsern Waffen nicht mehr widerstehen. Die Eingänge waren bereits von uns besetzt und ein Entweichen somit unmöglich. Sie baten um Pardon, allein kein Pardon, nieder mit den Christenmördern, schrie unser Oberst. Alles, was in unsere Hände fiel, wurde niedergestochen. Ein entsetzliches Blutbad war es. Haufenweise lagen sie auf dem Boden» usw. (in «Kaufmann, Robert: Feldzug in Afrika, Tonkin und China... Aarau 1888»).

²⁹⁴ (Major August von Stürler), Die Ereignisse in Messina am 6. und 7. September 1848, p. 17.

und auch die bis in die modernsten Geschichtswerke²⁹⁵ sich fort-pflanzende Verleumdung des Perugiaregimentes findet ihren Gegenzugegen in dem Schutzdienst, den gerade die schweizerischen Offiziere und Soldaten noch während der Erstürmung und unter Gefährdung ihres eigenen Lebens aufbauten.

Die Mängel der ad-hoc-Gesetzgebung von 1859 machten sich bald bemerkbar. So begreiflich es ist, daß die Sympathien für Garibaldi in der Schweiz einen hohen Grad erreichten, so bedenklich erscheint es doch anderseits, daß sie in eine bewußte, geduldete, ja geförderte Umgehung des Werbverbotes im einen, in eine kleinliche Verfolgungssucht im andern Fall ausmündeten. Die Heftigkeit, mit der diese verschiedenen Ellen verteidigt wurden, war umso weniger gerechtfertigt, als sich hinter dem Jubel für Garibaldi nicht nur idealistische, sondern auch rein utilitaristische Motive versteckten: Der neapolitanische Dienst war nicht etwa nur als Fürstendienst anrühlich geworden, sondern wohl ebensosehr, weil er die Öffentlichkeit Italiens, Englands und Amerikas gegen die Schweiz aufgebracht hatte. So kamen die Wächter der Gesetze leicht in den Fall, ernsthaft gegen Werber und Angeworbene einzuschreiten, wenn es um die Dienste in Rom und Neapel ging, während etwa die französische Fremdenlegion, eine typische Fremdruppe, oder die Scharen Garibaldi's, die unzweideutig unter die Bestimmungen des Gesetzes von 1859 fielen, an ihrem Nachschub aus der Schweiz kaum behelligt wurden.

Schließlich barg die politische Leidenschaft auch die Gefahr der Kritiklosigkeit sich selbst gegenüber. Die Entrüstung über die Schergen in Italien vergrößerte den radikal-liberalen Hang zur satten Selbstgefälligkeit, der ja unabhängig von Zeit und Ort jeder herrschenden Schicht droht, und bereicherte die Sammlung der Clichés um ein weiteres Stück. So mag es als bezeichnend gelten, daß die Ära nach 1860 die Vernichtung der Indianer Amerikas im Interesse des Fortschritts preist²⁹⁶ und dabei vergißt, «daß mancher Fabrikkönig, dessen Arbeiter schlimmer daran sind als Negersklaven», als «Wohltäter der Menschheit» betrachtet wird²⁹⁷.

Viel deutlicher äußerte sich der latente Gegensatz zwischen dem nationalen und dem völkersolidarischen oder sozialen Prinzip, wenn sich die Diskussion von der Gegenwart weg der Vergangenheit zu-

²⁹⁵ Omodeo, Adolfo: Die Erneuerung Italiens und die Geschichte Europas, 1700–1920. Zürich, 1951, p. 570.

²⁹⁶ (Huber, J.), Erlebnisse zweier Luzerner als Bürger und Soldaten in den Vereinigten Staaten und Indianer-Territorien von Nord-Amerika, 1865–1869. Luzern, 1888. Vorwort.

²⁹⁷ Segesser, Ph. A. von: Das Ende des Kaiserreichs in «Studien und Glossen zur Tagesgeschichte», p. 71.

wandte. Wie weit konnte der radikale oder liberale Schweizer, dem der nationale Ruhm gewiß nicht weniger teuer war als dem konservativen, in den Preis der Schweizertreue einstimmen, ohne sich ideenmäßig etwas zu vergeben? Wo durfte er die Tapferkeit der Väter preisen, wo war er aus modernen Anschauungen heraus gezwungen, sie zu brandmarken, zu bedauern oder zu verschweigen? Gerade beim vorwärtstrebenden, die Revolution der Schweiz vollziehenden Bürgertum der Jahrhundertmitte hatte sich das Wehrdenken fruchtbar ausgewirkt. Wie weit durfte ihm aber das Löwendenkmal noch als volles Symbol gelten? Da stand es in Luzern als Ausdruck eines nationalen Gefühls, den Glauben an helvetische Treue und Tapferkeit verkörpernd, im besondern aber das Andenken der auswärts Gefallenen ehrend. Jedes abschätzige Urteil über die Söldnerdienste konnte indirekt auch dieses Symbol treffen, das trotz allen neuzeitlichen Entfremdungen seine nationale Anziehungskraft bewahrt hatte²⁹⁸. Einer solchen Gefahr versuchten die Söldnergegner dadurch zu begegnen, daß sie betonten, daß nicht der tapfere Kämpfer, nicht die Leistung an sich, sondern die Umstände, die dazugeführt hatten, zu rügen seien. Sehr beliebt war aber auch der Satz vom Geld, für das jene Schweizer ihre tapfern Fäuste ja verkauft hätten, und der Hinweis, wieviel edler und rühmlicher es sei, für das Vaterland und für die Freiheit, statt für bare Münze zu fallen. Im Konflikt um die italienische Einigung wurde dieses böse Wort sogar auf die Kämpfer von Gaeta bezogen, während sich das freisinnige Gefühl kaum gegen die Beschimpfungen auflehnte, die den Besiegten auf ihrer Rückreise in die Heimat durch Italien zuteil wurden²⁹⁹. Wo es aber um den alten Ehrbegriff der Schweizer ging, verspürten die Konservativen eine starke Seite ihrer Position. So prangerten sie das unwürdige Schauspiel an, daß schweizerische Pressestimmen die Söldner in Gaeta zum Verlassen ihres im tiefsten Unglück stehenden Herrn und zum Übertritt in das Korps Garibaldi aufgefordert hatten, und bestreben sich, die Tadler der Solddienste als Verächtlichmacher altschweizerischer, unzweifelhafter Tugenden auszurufen. Die Helden von St. Jakob, die Bezwungenen von Gaeta, beide Gruppen hätten gleichermaßen den militärischen Ruf der Schweiz erhöht. Die von St. Jakob in Folge einer Meuterei, die von Gaeta in Folge Ausführung eines gegebenen Worts. Auch er, sagte Segesser während den Amnestieverhandlungen von 1861, preise mit dem Berner Radikalen Niggeler die Toten von St. Jakob glücklich;

²⁹⁸ In der «Schwyzer Zeitung», die im übrigen kaum je Verse bringt, findet sich am 10. August 1859 unter dem Titel «Motto auf den Folioband der Schande» ein Gedicht über das Löwendenkmal in Luzern.

²⁹⁹ JdG, 1861 – Juli – 26., Nr. 175, p. 1.

denn ihnen sei eine doppelte Gnade zuteil geworden, der Tod auf dem Felde der Ehre und der Tod im fünfzehnten statt im neunzehnten Jahrhundert. Heute müßten sie wegen Insubordination bestraft werden, und die größte Tat der Schweizergeschichte gäbe Anlaß zu einem eidgenössischen Strafprozeß³⁰⁰.

Befangen urteilten aber nicht nur die Gegner, sondern oft auch die Freunde der Söldnerdienste. Ihre Blicke richteten sich immer wieder nach rückwärts, und sie neigten dazu, den Wegfall jener Verhältnisse und Umstände zu vergessen, die dem Schweizerdienst seine volle historische Bedeutung geschenkt hatten. Indem sie die Söldnerfrage rein militärisch zu beantworten und aller politischen Aspekte zu entkleiden trachteten, bewiesen sie dem Zeitgeschehen gegenüber eine offensichtliche Ignoranz. Zweifellos standen die militärischen Leistungen geschlossener schweizerischer Einheiten an der Spitze dessen, was im allgemeinen über Unerschrockenheit im Feuer bekannt war. Die sprichwörtlich gewordene Tapferkeit der Eidgenossen bestand einfach darin, daß sie sich im Kugelregen nicht auflösten, sondern Schulter an Schulter weiter vorrückten. Nach den neuesten Kriegsforschungen ist dies allerdings eine ganz seltene, heutzutage kaum mehr anzutreffende Eigenschaft³⁰¹. Was die Schweizertruppen dazu befähigte, ist nicht ganz erforscht, aber es gibt zu viele objektive Schlachtberichte, als daß dieses eigenartige Verhalten als ein bloßes Märchen abgetan werden könnte. So schreibt ein Franzose, der den Aufstand von 1848 in Neapel mitgemacht und gegen die königlichen Truppen gekämpft hatte: «Der König von Neapel hatte den unschätzbaren Vorteil, Truppen zu besitzen, welche ins Feuer gingen, ohne sich je aufzulösen. Wenn man diese kompakten Massen ruhig im feindlichen Kugelregen vorrücken und in geschlossenen Reihen feuern sah, so konnte denselben keine Barrikade Stand halten³⁰².» Daß nun mit dem Söldnergesetz von 1859 gerade die wichtigste Voraussetzung für den militärischen Ruf, die Hervorhebung, das Bewußtsein eines besonderen Korps, zerschlagen wurde, war dem Konservativismus sehr schmerzlich und verschloß ihm zugleich die Augen für den höhern Zweck der Regelung. Ein weiteres Symptom der Befangenheit zeigte sich in der hartnäckigen Ignorierung der geistigen, politischen und sozialen Wandlungen, die dem ehemaligen Ehrbegriff seine militäri-

³⁰⁰ Segesser, Ph. A. von: Nationalratsrede zur Amnestiefrage von 1861 in «Sammlung kleiner Schriften» III, p. 170.

³⁰¹ Marshall, S. L. A.: Soldaten im Feuer, Frauenfeld, 1951. (Übersetzung von: Men against fire. New York, 1947.)

³⁰² OA – Juni – 3., Nr. 67, p. 2 (Zitat aus dem Genfer Journal, das seinerseits durch Vermittlung seines Pariser Korrespondenten die Angaben eines französischen Insurgenten von 1849 benützt). 1860.

sche Basis entzogen und ihn im Zusammenhang mit politischen Urteilen nun meist zur Unzeitgemäßheit verdammt hatten. Ein Versuch, die Schweizerregimenter als einen außenpolitischen Trumpf neu herzustellen, hätte jeder sachlichen Begründung entbehrt, und wo solche Anregungen fielen, wirkten sie anachronistisch. Deshalb sind, nach Bundesrat Pioda, die Minderheitsredner bei der Debatte von 1861 weit rückwärts in der Vergangenheit, statt in der wirklichen Welt zu Hause: Sie vergessen, daß das Gesetz keine Stimmungssache ist, sondern das Resultat einer jahrhundertealten Anstrengung, das krönende Werk der progressiven Regeneration³⁰³. Und auch in der Meinung des Aargauers Keller, «Uri (et toute la Confédération avec lui) se rendrait aujourd'hui parfaitement ridicule aux yeux de l'Europe s'il voulait souffler dans sa corne sur le Saint-Gotthard . . . Les circonstances ne sont plus les mêmes que dans les siècles passés, et nous ne devons pas pour nous faire respecter, être réduits à crier bien haut la gloire militaire de nos ancêtres³⁰⁴». Dem Geschlecht von 1861 waren andere Dinge wichtiger geworden. Wohl hangte auch es um die Ehre der Schweiz, aber es ergriff zu ihrer Erhaltung nicht die traditionellen, mit dem Patriziat außer Kurs gesetzten Mittel. Sie, die Aristokratie, bildete ja den Rückzugsherd der alten Dienste. Ging es ihr denn nicht in erster Linie um die Rettung einer Karriere, die ihren Angehörigen je und je im Ausland zu hohen Ehren, zur sozialen Festigung verholfen hatte? Klang nicht noch etwas von dieser ständisch bedingten Auffassung nach in der Aufzählung der Gaetakämpfer durch den Walliser Nationalrat Courten, die sich auf patrizische Namen beschränkte³⁰⁵?

Auch das alte Argument von der Stärkung der schweizerischen Wehrhaftigkeit durch die Beteiligung an auswärtigen Schlachten büßte um diese Zeit, soweit es wenigstens zugunsten eines freien Söldnerwesens angeführt wurde, weiter an Boden ein. Dies wohl um so mehr, als die eidgenössische Armee ihre Feuerprobe bestanden hatte und daher scheinbar genügte. Zusehends veränderte sich die Zusammensetzung des schweizerischen Kaders zuungunsten der Zahl der ehemals Gedienten. Der Typus des Milizoffiziers, der auf der Thuner Allmend seine militärischen Gehversuche absolvierte, wurde immer häufiger. Zwar bildete das Wehrdenken immer noch jenen Nenner, auf den sich die Vertreter der alten und der neuen Schweiz am besten zu einigen vermochten³⁰⁶. Das Wehrkleid band den kantonalen Patrizierooffizier an den neuwirtschaftlich angehauchten, in einheimischen

³⁰³ JdG, 1861 – Juli – 26., Nr. 175, p. 1.

³⁰⁴ v. Anm. 303.

³⁰⁵ v. Anm. 303.

³⁰⁶ In Personalunion anzutreffen bei Oberst Eduard Ziegler, v. p. 226 f.

Stabsschulen erzogenen Offizier des Bundesheeres. Am eindrucklichsten äußert sich dies bindende Moment in jener Begeisterung, mit der sich 1860 die ehemaligen Neapolitaner – es waren zur Hauptsache Unteroffiziere und Gemeine – zu Freikompagnien vereinigten, um dem Vorsteher des Militärdepartementes, also ausgerechnet Stämpfli, ihre Hilfe bei einer allfälligen Verwicklung mit Frankreich anzubieten. Das Gegenstück dazu bildete eine entgegenkommende Antwort, die diese patriotische Gesinnung verdankte³⁰⁷. – Die neue Schweiz verschloß sich der Bereicherung ihres Kadern durch den Zustrom an auswärts gedienten Offizieren vorläufig noch nicht. Während dieser Übergangszeit konnte der im Ausland erworbene Grad im Bundesheer beibehalten werden. Dennoch gab es auch in diesen rein militärischen Bezirken Auseinandersetzungen. So rief die Bestimmung, daß die in die Bundesarmee eintretenden Offiziere aus Neapel dies ohne Anrechnung ihrer bisherigen Dienstzeit tun sollten, den Protest Oberst Zieglers von Zürich hervor, der hinter der Verfügung eine Spitze gegen die Söldnerdienste witterte³⁰⁸. Er stellte der Öffentlichkeit im «Bund» vor, wie eigentümlich es anmute, einen feuererprobten Führer in der Anciennetät gegenüber Leuten benachteiligt zu sehen, die noch nie Pulver gerochen und mehr auf der Allmende als in der Schlacht zu Hause seien. Carl Wieland, dessen Gutachten den Entschlüssen des Militärdepartementes zu Grunde gelegen hatte, bestritt in einer Entgegnung, daß die Verfügung mit politischen Dingen etwas zu tun gehabt habe und rückte die wohlerworbenen Rechte der Einheimischen in den Vordergrund³⁰⁹. Es war klar, daß auch hier das Selbstvertrauen der Gegenwart die neue bürgerliche Leitung auf eigenen Füßen zu stehen befähigte.

Der offensichtliche Zusammenhang der neapolitanischen Regimenter mit den sachlich wie persönlich bedingten Bestrebungen des Patriziates bildete für die Verteidigung der bisher üblichen Solddienstformen keinen geringen Hemmschuh. Die bürgerliche Neuwelt entdeckte bald, wie stark die alten Formen und Bindungen von den überwundenen Gegnern als letzte Zuflucht einer ehrenvollen und vom Ehrgeiz der Liberalen nicht berührten Betätigung geschätzt wurden. Wo dieses sozial bedingte Element der Fremddienste aufs Korn genommen wurde, da klangen die Äußerungen am schärfsten und giftigsten. Für die Freunde des Alten dagegen bildete die Verwirtschaftlichung des einzelnen wie des staatlichen Lebens das populärste

³⁰⁷ Maag, p. 619 f.

³⁰⁸ Bund, 1860 – Januar – 21., Nr. 20, p. 1 f.

³⁰⁹ Bund, 1860 – Januar – 25., Nr. 24, p. 1 f.

Angriffsziel. So sind die Verteidiger der Dienste «Militaristen, feile Fürstenknechte, Schergen, Blutmenschen», die Gegner anderseits «Stockjobber und Kattundrucker». Am stärksten machte sich diese Kontroverse im Spätsommer und im Herbst des Jahres 1859 bemerkbar. – Der Berner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» meldet, daß die Offiziere, die dem Protest Zieglers gegen den Mißbrauch der parlamentarischen Immunität folgten, größtenteils dem bernischen Patriziate angehören³¹⁰. In den «Basler Nachrichten» teilt ein Einsender mit, daß gewisse neapolitanische Offiziere sich zuungunsten der Soldaten unrechtmäßig bereichert hätten, und dass unter den Heimkehrern eine wohlbegründete Erbitterung über «Stolz und rohe Behandlung von Seiten dieser Herren» herrsche³¹¹. Diese Offiziere verteidigen auch die Ansprüche der entlassenen Soldaten zu wenig energisch³¹², sie konvertieren, um gute Partien zu machen³¹³, sie können bei der Regulierung der Pensionen «ihren aristokratischen Malcontentismus nicht beherrschen³¹⁴». 1861 müssen die Rückkehrer bestraft werden, weil sie sich an jenen fremden Diensten beteiligten, die als Stütze der aristokratischen Offiziere dienten³¹⁵. – Aber nicht nur in den Zeitungen, auch in Broschüren pflanzen sich fortan die Clichés aller Sorten in diesem Ton weiter. – Wohl hätten die Söldnerdienste, so führt ein schweizerischer Artillerieoffizier 1860 aus, auch eine positive Rückwirkung auf das schweizerische Heerwesen ausgeübt, aber im ganzen hätten sie im Schweizerheer die Haltung fürstlicher Berufsmilitärs, die sich in Hochmut gegen Bürger ausdrücke, befördert, und jenem einen «monarchischen und daher schädlichen Geist eingeprägt³¹⁶». Dieser wirke bis auf den heutigen Tag noch darin fort und unterdrücke jede selbständige Regung. – Die in Schweben stehende Kleiderreform des Bundesheeres regt 1865 Carl Bürkli von Zürich zu einer regelrechten Schmähschrift auf die auswärtigen Dienste an, die seiner Ansicht nach alles in der schweizerischen Armee Verdammungswürdige auf dem Gewissen haben³¹⁷. In diesen Diensten habe der patrizische Salonoffizier die pompöse Uniform der stehenden Heere dem biedern, vor den Türen des liederlichen «Hof-

³¹⁰ NZZ, 1859 – August – 22., Nr. 234, p. 935.

³¹¹ NZZ, 1859 – September – 2., Nr. 245, p. 979.

³¹² NZZ, 1859 – September – 14., Nr. 257, p. 1027.

³¹³ NZZ, 1859 – September – 15., Nr. 258, p. 1031.

³¹⁴ NZZ, 1859 – September – 21., Nr. 264, p. 1055.

³¹⁵ JdG, 1861 – Juli – 26., Nr. 175, p. 1.

³¹⁶ Ideen für eine rationelle Militärorganisation in der Schweiz. Von einem schweizerischen Artillerieoffizier. Winterthur, 1860, p. 11.

³¹⁷ Bürkli, Carl: Der monarchische Paradiesapfel oder der Sündenfall des schweizerischen Wehrwesens. Offenes Wort an die Herren Militärdirektoren Obersten Ziegler und Stämpfli. 3. Auflage, Zürich 1865.

gestüts» Wache haltenden Schweizerburschen angepaßt und diesem die «bekannte Söldner- und Garnisonsregel» eingeprägt:

«Verschlaf die Zeit, verlern das Denken,
Verändere nie dein Schafsgesicht,
Laß dich von jedem Ochsen lenken,
Und wenn er stößt, dann murre nicht ³¹⁸.»

«Auf diese und ähnliche Weise», schreibt Bürkli weiter, «wurde unser einst so urwüchsiges Heerwesen von dem Gifte der Hoftruppen und der Seuche der Monarchenheere nach und nach bis aufs Mark angesteckt, und wir werden wohl noch lange doktern müssen, bis die letzte Spur dieses Siechtums in uns verschwunden ist, und wir wieder in unserer frühern Wehrkraft dastehen ³¹⁹.» Aber der Verfasser weiß Rat, wie insbesondere dem Kleiderübel am besten beizukommen ist: «Werft doch diese Hundsdressur aus der Söldner- und Sünderzeit einmal auf den Mist, wo sie allein hingehört! Wenn nicht, so er stirbt in diesem ‚glänzenden Elend‘ noch all unser Wehrsinn. Zur Zeit der aargauischen Klosteraufhebung hieß es: wo ein Mönch steht, wächst kein Gras mehr. Der Militärmönch oder Kamaschenfuxer wirkt nicht minder erstarrend; wo der monarchische Paradezopf ausgepudert wird, da lastet dieser Mehltau vernichtend auf dem republikanischen Wehrgeist ³²⁰.»

Die Gegenseite beklagt ihrerseits die zunehmende Geldgier und den Verlust der militärischen Ambition in den Kreisen der neuen, politisch tragenden Schicht. Der schweizerische Offiziersnachwuchs sei behindert, Söhne reicher Fabrikanten zögen aus Geschäftsgründen niedere Grade oder gar den Soldatenstand einer Zeit und Geld raubenden Beförderung vor. In Basel komme es vor, daß der Sohn des Hauses unter dem Kommando seines Bedienten Dienst leiste ³²¹. Während jeder schweizerische Lakai, Schuhputzer und Kesselflicker, aber auch jeder Schwindler, Abenteurer, Landstreicher, Bettler oder Bordellhalter im Ausland den diplomatischen Schutz seines Staates genieße, solle der Militär «politisch rechtlos sein, gleich einem Geltstager ³²²». In den Sommertagen des Jahres 1859 habe man erleben können, wie gewisse «eidgenössische, nicht vom Fremdendienst zum Luxus, Wohleben und Genußsucht usw. angesteckte Oberoffiziere nicht einmal um Geld – und zwar um täglich 20 Franken eidgenössischer Besoldung

³¹⁸ Bürkli, p. 17.

³¹⁹ Bürkli, p. 5.

³²⁰ Bürkli, p. 20.

³²¹ OA, 1859 – Oktober – 5., Nr. 119, p. 2.

³²² OA, 1859 – Juli – 24., Nr. 88.

im Dienst – ihren Truppen treu und tapfer» waren – im Inland ³²³. Was solle man sagen, wenn Offiziere dieser Art, die zudem wegen Trunksucht zur Disposition gestellt werden müßten, dem gleichen Kanton wie der bekannte Kloster- und Söldnergegner Keller entstammten? Und ob etwa die militärischen Artikel im «Bund» die Mutprobe der wirklichen Schlacht ersetzen könnten ³²⁴? Ob man denn glaube, die Schweiz wäre so unendlich viel glücklicher und größer, wenn der Kriegsmut der Vorfahren vernichtet, der Schweizercharakter verstümmelt, und das ganze Land «mit Krämern und Schreibern» besiedelt wäre ³²⁵? Das neue *Werbgesetz* sei aristokratisch; denn es lasse nur den Bemittelten den Weg offen, in Kriegsdienste zu gehen, während es dem gemeinen Soldaten praktisch diesen Weg verschließe. Damit sei es zum typischen Standesgesetz geworden ³²⁶.

Es ist klar, daß die Petitionen aus den Kreisen der handeltreibenden Schweizer im Ausland diese Berufsgegensätze noch verstärkten. So erhob sich der Vorwurf, jene gäben aus Angst vor dem Schweizerhaß des Pöbels die Neutralität heimlicherweise preis und liebäugelten mit der Revolution ³²⁷. «Es dürfte auch eine Zeit kommen», schrieb der «Oberländer Anzeiger», «wo die Herren vom Comptoir ihre der Revolution geschenkte Sympathien bitter bereuen dürften, sei es, daß ihnen durch die eintretende Störung der bürgerlichen Ordnung die Boutique nolens volens geschlossen wird oder sie gar der beim italienischen Pöbel sehr beliebten Plünderung preisgegeben wird, in welchem Fall der Schutz des Landmannes mit der Muskete vielleicht noch gut genug gewesen wäre ³²⁸!»

Bereits erheben sich aber auch schon Stimmen, die weder der einen noch der andern Seite zuzubeln. Das Donnerrollen der sozialen Kämpfe des zwanzigsten Jahrhunderts kündet sich, wohl unbeabsichtigt, von ferne an in einer Betrachtung, die ausgerechnet in der gemäßigten «Neuen Zürcher Zeitung» erscheint. In diesem Zusammenhang wird der Typus eines schweizerischen Offiziers geschildert, der neben seiner braven Stabsschulgradierung noch eine Fabrik besitzt. Überdies berührt die Besprechung, die sich, vom Geist der demokra-

³²³ Schw.-Z., 1859 – August – 23., Nr. 189, p. 754. (Es handelt sich um Oberleutnant Finsterwald.)

³²⁴ BAZ, 1859 – Juli – 26., p. 174 ff.

³²⁵ OA, 1859 – Juli – 24., Nr. 88 (Beilage).

³²⁶ OA, 1859 – August – 12., Nr. 96.

³²⁷ Im Bundesarchiv, Fremde Dienste, Mission Latour (III) findet sich in der Tat folgende Adresse der Schweizer in Turin an König Emanuel: «Eure Excellenz mag indessen erlauben, wie sehr sie (die Schweizer in Turin) bedauern, ihr Vaterland in den Kreis enger und strenger Neutralität gebannt zu sehen, während die tapfern Franco-Sarden auf den nahen Ebenen für unterdrückte Völker kämpfen.»

³²⁸ OA, 1859 – August – 28., Nr. 103.

tischen Bewegung der Nachjahrhundertmitte getragen, vor allem gegen die «Bundesbarone» richtet, an einer Stelle auch das Problem der völligen Besitzlosigkeit, allerdings nur andeutungsweise³²⁹. Aber im großen und ganzen sind Töne dieser Art noch selten. Noch hallt das Erlebnis von 1847 nach und bestimmt die Fixpunkte der politischen Konstellation.

Wenn im vorhergehenden Abschnitt etwa die Rede war von den Gegensätzen zwischen der «alten» und der «neuen» Schweiz, zwischen dem Patriziat historischer Prägung und der neuen Geldaristokratie, zwischen dem Konservatismus und dem Freisinn, so geschah dies zur behelfsmäßigen Gruppierung, die selbstverständlich für den Einzelfall nicht immer zutrifft. Wohl kann man ganz allgemein erkennen, daß die reformierten, industrialisierten und urbanen Kantone den einen, die katholischen, landwirtschaftlichen und bergwärts gerichteten den andern Hauptbeitrag zu den Fronten leisteten; aber daneben treffen wir, den verschiedenen Aspekten und Motiven des Söldnerdienstes entsprechend, ebensoviele Ausnahmen und Vertauschungen der Rollen an. Mitten in den Kerngebieten der Industrie finden sich Söldnergruppen und vehemente Verteidiger der Dienste, während andererseits alte Quellgebiete der Regimenter versiegen, Verteidiger aus jenen Gegenden seltener werden³³⁰. Von den 134 Unterzeichnern der bekannten florentinischen Petition sind ungefähr 85 Graubündner, d. h. Angehörige eines alten Solddienstkantons. In Schwyz, dem uralten Rekrutierungsgebiet, blühen Baumwollspinnereien auf, das Hotelgewerbe entwickelt sich, die Axenstraße entsteht. «Sollen wir nicht auch anfangen, Industrie, Fabriken zu betreiben? Die und die, die ich auf Verlangen nennen kann, sind reich geworden, zu 4, zu 5 Millionen. Wir aber greifen nicht recht an, wir könnten's sonst auch werden», stellt die «Schwyzer Zeitung» als Motto vor einen Leitartikel, in dem sie zur Industrialisierung der Urkantone Stellung nimmt, und, wenn auch mit Bedauern das «kräftige Jodeln des Berglers dem Dämmern des bleichen Fabrikarbeiters» weichen sehend, die Industrie als Bedürfnis und als Voraussetzung von Wohlstand und Blüte eines Landes anerkennt³³¹. Andererseits verläßt zwölf Jahre, nachdem ein bündnerischer Herrensohn der Salis-Soglio als Arbeiterführer in Berlin monarchische Barrikaden berannte³³², ausgerechnet ein freisinni-

³²⁹ NZZ, 1859 – Dezember – 9., Nr. 343, p. 1364 (Aus der Artikelserie: «Die Reform des eidgenössischen Generalstabes.» VI. Fortsetzung).

³³⁰ Der Thurgauer Bundesrichter Häberlin, nach 1858 Direktor der Nordwestbahn, gehörte 1859 zu den Freunden des Verschiebungsantrages, der St. Galler Gallus Jakob Baumgartner ist gegen das Solddienstgesetz.

³³¹ Schw.-Z., 1859 – Oktober – 10., Nr. 229, p. 912.

³³² Salis-Soglio sprach 1859 im Ständerat jedoch gegen das Bundesgesetz.

ger Basler Europa, um, teilweise auch in der Aussicht auf einen «fri-schen, fröhlichen Krieg», in der Neuen Welt seine Feuertaufe zu er-leben³³³. Bedurfte es einer Rechtfertigung? Selbst der Schwager des Bundespräsidenten und der Bruder des bernischen Regierungspräsi-denten dienten ja auf fremder Erde³³⁴! Immer noch befanden sich unter den aus Italien und den sogenannten fürstlichen Diensten Zu-rückkehrenden Angehörige aller Kantone. Zürich, das 1830 als erstes Ort die Werbungen verboten hatte, stand dem Rückkehrerverzeichnis nach mit seinen Ziffern ständig an der Spitze der Solddienstfreudigen. Mühsam nahmen auch in freisinnigen Kantonen die Untersuchungen und Gerichtsverhandlungen ihren Gang. Ausgerechnet Bern und Genf gehörten 1861 zu den Kantonen, in denen nach vorausgegangener Untersuchung dem Gesetz von 1859 keine Vollziehung gegeben wurde. St. Gallen, dessen Nationalräte im Sommer 1861 das Amnestiebegeh-ren verwarfen, hatte sich zur gleichen Zeit auf einen Rechtsgang gegen seine Übeltäter nicht einmal eingelassen. Umgekehrt verwahrte sich gerade Uri 1860 gegen den Vorwurf, es gebe dem Bundesgesetz keine Folge, und erklärte, «daß es das Treiben der Werbung in dasiegem Kanton durchaus nicht» dulde³³⁵. Ähnliche Vermischungen waren noch 1861 in voller Tätigkeit. Als die Begnadigung der nach 1859 An-geworbenen diskutiert wurde, repräsentierte kein einziger Kanton im Parlament durch seine Vertreter *eine* geschlossene Ansicht. Es gab wohl Kantone, deren Angehörige im Parlament mehrheitlich für oder gegen Amnestie waren, aber daneben zeigte sich eine dritte Gruppe, deren Ratsmitglieder von Abstimmung zu Abstimmung ihre Meinung änderten³³⁶. Es ist kein Zufall, daß Graubünden, Luzern und Unter-walden zu ihnen gehörten; denn diese Kantone befanden sich beson-ders stark in der Umwandlung. Bei den Eintretensdebatten zunächst skeptisch und ablehnend, stellten sich ihre Vertreter in den Schluß-abstimmungen meist positiv zum Gesetz und negativ zum Amnestie-begehren ein.

³³³ Oberst Frey, Emil: Aus den Erlebnissen eines Schweizers im Sezessions-kriege. (Sep.abdruck aus der «Confidentia». Übersetzung aus der New Yorker «North-American-Review»), Bern, 1895, p. 7.

³³⁴ JdG, 1861 – Juli – 9., Nr. 160, p. 1.

³³⁵ BA-Rückkehr 1858/1863. – Pol.-Dir. des Kantons Uri an das Schweiz. Justiz-und Pol.-Dep., 1860 – Oktober – 9.

³³⁶ Nur Annahme: Nationalräte Uris, Freiburgs, des Wallis, Obwaldens, Appen-zells i. Rh., Nidwaldens.

Nur Ablehnung: Nationalräte Schaffhausens, St. Gallens, Baselstadts, Basel-lands, Solothurns, Genfs, Neuenburgs, Appenzell a. Rh.

Relativ eindeutige Ablehnung: Nationalräte Berns (11:2), Zürichs (10:2), Luzerns (3:2).

Relativ eindeutige Annahme: Nationalräte Waadts (6:4). (Im Ständerat ge-staltete sich die Verteilung jedoch nicht gleich.)

Eines der anschaulichsten Beispiele für die Macht der Zeitgedanken, die in Verbindung mit ältern Komponenten oft wunderliche Formen prägen konnten, bietet der in Bern wohnhaft gewesene St. Galler Patrizier Nationalrat *August von Gonzenbach*. 1851 hatte Gonzenbach in einer großbrütlichen Debatte in Bern eine Rede gegen Stämpfli gehalten, die nach Gehalt und Form an die bekannte Rede Segessers vom 25. Juli 1859 heranreichte³³⁷. Es ging um die Aufhebung des kürzlich erlassenen Werbverbotes, dem Stämpfli durch Angliederung von Strafbestimmungen schärferen Rückhalt zu verleihen trachtete, während die Konservativen den Antrag auf Aufhebung des bernischen Verbotes stellten. Punkt für Punkt war Gonzenbach auf die Argumentation seines Gegners eingegangen und hatte ihn soweit zu widerlegen vermocht, als dies bei einer Frage, die in guten Treuen verschiedene Auffassungen zuließ, überhaupt möglich war. So hatte er die Zurechtstufung geschichtlicher Fakten infolge präziserer Detailkenntnisse zu brandmarken, tendenziöse Kostenvergleiche richtigzustellen und den Mangel an realen Motiven zur vorzeitigen Kündigung des Soldabkommens mit Neapel aufzudecken vermocht. Seine Absicht war dabei nicht etwa die Eindämmung des Eifers wider die Söldnerdienste, sondern die Verteidigung der Kapitulation gewesen, die seiner Ansicht nach den Einzelnen vor Ausbeutung schützte und dem Kanton die Möglichkeit schenkte, den Söldnerdienst zu lenken, zu mildern und zu ordnen. Seine Ansprache hatte mit der späteren von Segesser gemein, daß sie den radikalen Begriffen eine klare, konservative Auffassung von der Ehre, Würde, den nationalen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Staates gegenüberstellte, der eine abgerundete innen- und außenpolitische Konzeption zu Gevatter stand. Die sichere Konzeption des Redners trug damals ihre Früchte; der Große Rat erklärte seinen Anzug mit überwältigendem Mehr erheblich und beschloß am 22. Mai 1851, das kantonale Verbot der Werbungen für den Militärdienst in Neapel zu annullieren³³⁸. Das Abgerundete, in sich Ruhende seiner Auffassung ist bei ihm um 1859 nicht mehr so eindeutig anzutreffen. Er muß jetzt zu seinem Leidwesen gegen Segesser sprechen, ja, ihn teilweise zu widerlegen versuchen. Deutlich erblickt er nun in den bisherigen italienischen Diensten einen Schaden und glaubt, daß der Staat heute so gut wie vor alters berechtigt sei, das Individuum daran zu verhindern, durch seine Handlungen der Gemeinschaft zu

³³⁷ Rede des Herrn Dr. A. von Gonzenbach über die Aufhebung des cantonalen Werbverbots für den capitulirten Militärdienst in Neapel. Gehalten im Großen Rat des Cantons Bern am 8. März 1851. Bern, 1851.

³³⁸ vgl. Dreyer, Rudolf: August von Gonzenbach 1808–1887. Diss. Phil. Bern, 1940.

schaden³³⁹. Er möchte nur dem Bundesrat freie Hand bewahren, den fremden Dienst unter Umständen zu ermöglichen. Segessers Ablehnung jeglicher Einmischung sagt ihm nicht zu; er stimmt teilweise zum Antrag der Minorität. «Je me suis dit: Si les Suisses qui servent à l'étranger sont reniés par leur pays, ils feraient mieux de quitter un état que leur patrie ne veut plus avouer³⁴⁰...» Da die neapolitanische Kapitulation dem nationalen Willen entgegensteht, warum kann nicht eine neue mit Frankreich oder Holland abgeschlossen werden?

Trotz dem umiverstndlichen kapitulationsfreundlichen Hintergrund seiner Rede kam diese jedermann, nicht zuletzt seinen Freunden, völlig überraschend. «Les bruits d'une conversion politique de M. Gonzenbach seraient-ils donc vrais³⁴¹?» fragt einer von ihnen, und der im ganzen konservativ eingestellte Bundeshauskorrespondent des «Journal de Genève», dessen freie Einstellung zum neapolitanischen Dienst wir bereits kennen lernten, meldet: «... mon sens le discours le plus intéressant de cette séance a été celui de M. de Gonzenbach³⁴²...» Gonzenbachs Entwicklung ist ein Beispiel für den fortschreitenden Terrainverlust, dem der viel umstrittene Söldnerdienst in Neapel auch im konservativen Lager ausgesetzt war³⁴³.

Schließlich muß noch der Zürcher *Oberst Eduard Ziegler* als Beispiel für die uneinheitliche Zusammensetzung der beiden Hauptlager während der Diskussion hier seinen Platz finden.

Nachdem Ziegler aus holländischen Diensten zurückgekehrt war, wurde er zum Platzkommandanten seiner Heimatstadt ernannt, was eine Pressepolemik hervorrief, da ein in eidgenössischen Diensten Ausgebildeter dabei hatte übergangen werden müssen. Im Feldzug von 1847 stand er ganz auf der Seite der Mehrheit und nahm am erfolgreichen Abschluß des Bürgerkrieges entscheidenden Anteil. Mit derselben Energie, mit der er sich für die Angelegenheiten der Regenerationskantone eingesetzt hatte, arbeitete er als Nationalratsmitglied jeder geringschtzigen Behandlung der auswärts Gedienten entgegen. 1849 verließ er im Anschluß an ein die Söldner beleidigendes Votum Stämpflis protestartig den Saal und ließ sich erst wieder beruhigen, als Stämpfli in einer Erklärung seine Vorwürfe präzisierte und milderte³⁴⁴. Unerwartet sah sich Segesser 1859 und 1861 so in einer Front

³³⁹ JdG, 1859 – Juli – 29., Nr. 177, p. 1.

³⁴⁰ JdG, 1859 – Juli – 29., Nr. 177, p. 1.

³⁴¹ RdG, 1859 – Juli 28., Nr. 175, p. 2.

³⁴² JdG, 1859 – Juli – 27., Nr. 175, p. 1.

³⁴³ Bei Gonzenbach kam allerdings noch dazu, daß das Jahr 1859 ihn in eine schwere, seelische Krise stürzte, die seinen innersten Kern zutiefst erschütterte; vgl. Dreyer, Rudolf: August von Gonzenbach, p. 132.

³⁴⁴ BZ, 1849 – Mai – 25., Nr. 145, p. 1 f. – Nat. Prot. 1849, 23.-25. Mai.

mit einem Mann, mit dem er 1847 bei Gisikon auf Leben und Tod zusammengestoßen war: Nach der Nationalratsdebatte im Sommer 1859 veröffentlichte Ziegler in der Presse eine Erklärung, in der er dagegen protestierte, daß Ratsmitglieder ihre parlamentarische Immunität mißbraucht hatten, um eine große Gruppe ehrenwerter Mitbürger zu besudeln. In vielen Kantonen griffen die ehemaligen Offiziere der Schweizertruppen verschiedenster Länder den Protest auf, schlossen sich ihm an und anerkannten dankbar die unbeirrbare Haltung des Generalstabschefs der freisinnigen Schweiz. Ziegler, der von seinen Untergebenen im Schweizerheer außerordentlich geschätzt wurde³⁴⁵, trat 1861 mit seinen Amnestieanträgen nochmals für die Söldner in die Schranken. Da seinem militärischen Geschick neben demjenigen Dufours der Hauptanteil am Sieg über die Sonderbundsarmee zugekommen war, bedeutete es für die radikal-liberale Welt einen schweren Schlag, daß einer ihrer besten und tüchtigsten Mitarbeiter in dieser Frage seine eigenen Wege ging³⁴⁶.

Das Abflauen der Söldnerdienste nach 1859 war weniger eine Folge der Gesetzgebung, als vielmehr die konsequente Entwicklung einer Epoche, die dem Söldnerwesen zunehmend entfremdet war. Im besondern wurde das Urteil über diese uralte Institution nicht am Ratsisch oder in der Presse gesprochen, sondern war schon 1847 auf den Feldern bei Gisikon und vor den Toren Luzerns gefallen. Obgleich der Meinungskampf noch eine Zeitlang andauerte, konnte doch über den Stand der auswärtigen Kriegsdienste für die Zukunft kein Zweifel mehr herrschen. Es lassen sich denn auch bei den beiden Hauptgruppen Unterschiede in der Art der Stimmung deutlich aufzeigen.

Daß die eine in froher Erwartung, angriffslustig und selbstbewußt vorwärtsblickte, selbst nach dem savoyischen Dämpfer, die andere beschwert und abseits über die vergangene Zeit zu meditieren neigte, war dem Tonfall der verschiedenen Stimmen und Schriften deutlich anzuspüren. Wie bescheiden waren die Konservativen nach 1859 in ihren Forderungen geworden! Kaum sechs Jahre vorher hatten sie gegenüber den Krimkriegern eine schärfere Handhabung des Werb-

³⁴⁵ vgl. Schw.-Z., 1855 – August – 13., Nr. 184: Adresse des schweizerischen Offiziersvereins an Herrn Oberst Ziegler. Vgl. die kritische Schrift «Das schweizerische Heerwesen», p. 30: Die Ostschweiz besitze *einen* auswärts gedienten Offizier, der das Wesen der Miliztruppe von innen heraus hervorragend erfasse. – Gemeint ist bestimmt Ziegler. – Zu Ziegler vgl. Aversano, P.: Oberst E. Ziegler. 1951.

³⁴⁶ vgl. NZZ, 1859 – August – 28., Nr. 240, p. 959: Louis von Kalbermatten, Kavallerieoberst in *piemontesischen* (!) Diensten tritt der Erklärung Zieglers in einem offenen Brief an diesen bei. Keiner, sagte er, sei geeigneter gewesen, die Beleidigungen gegen den Fremddienst zurückzuweisen, als Ziegler, der, nachdem er ehrenvoll in der Fremde gedient, bewiesen habe, daß dasselbe Schwert auch dem Vaterland nützlich sein könne.

verbotes gewünscht. Nun verlangten sie lediglich noch eine gerechte Vollziehung nach allen Seiten oder aber eine allgemeine Amnestie. Dem optimistischen Ton der Tatkraft in den Äußerungen der Mehrheit entsprach auf der Gegenseite ein gewisser philosophierender Zug. Während dem Radikalismus und Liberalismus die italienische Einigung einfach den Sieg des Rechts über das Unrecht bedeutete, wurde sie den Konservativen zum Anlaß, über die große Wandlung der historischen Rechtsbegriffe nachzudenken. Eindrücklich zeichnet sich hier die Gestalt des alten Generals Henri Victor Gingins – Baron de la Sarraz ab, der schon 1860 die Initiative ergreift, um dem Amnestiebegehren von 1861 die Wege zu ebnen. Die Anregung dieses Offiziers ist umso denkwürdiger, als der ehemalige Chef der schweizerisch-neapolitanischen Truppen hier nicht für das Kader, sondern für die kleinen Leute in die Bresche springt. Der General, das darf nicht vergessen werden, hatte noch die Französische Revolution, die Helvetik, die napoleonische Epoche erlebt. Er, der so vielen Konflikten beige- wohnt hatte, bezeichnete in seinem Zeitungsartikel doch das Jahr 1859 als das Jahr des Beginns einer sozialen Verwirrung! Alte Gewalten werden gestürzt, neue bilden sich in kurzer Zeit. Die Begriffe von Recht und Unrecht haben sich umgekehrt: «*Les passions et les instincts, vivement surexcités, font tous les jours bon marché de la règle et du droit écrit*»³⁴⁷. Mit scharfem Blick erfaßt er die Kehrseite der neuen Souveränitätstheorie. Wenn nicht mehr die bestehende Ordnung, sondern die Mehrheitswünsche die Rechtsgrundlage bilden, so ist damit dem konstanten Wechsel, der ewigen Revision, der beständigen Unsicherheit Tür und Tor offen³⁴⁸. Diesen Spannungen erliege auch die Solddienstfrage. Die gleichen Leute, die gestern noch den Söldner beschimpften, höben ihn morgen aus politischen Gründen in den Himmel. Das Gesetz von 1859 habe daher nicht die Solddienste geregelt, sondern lediglich einer politischen Parteinahme auf einem Nebensektor Ausdruck gegeben. Es stehe auf dem Boden politischer Verfolgung; denn es treffe nur *eine* Gruppe unter den vielen auswärts Dienenden. Dürfe sich aber eine Behörde hergeben, die gleiche Haltung im einen Fall zu bestrafen, im andern nicht? «*Il n'est pas probable qu'on veuille m'objecter la différence des causes, reconnaître le droit chez celui qui sert Garibaldi ou Victor-Emmanuel, et le dénier à celui qui sert le pape ou le roi de Naples. Tous ont suivi dans leurs choix leurs préférences individuelles, mais ni l'équité ni le droit n'ad-*

³⁴⁷ Démocrate, 1860 – Dezember – 4., Nr. 69.

³⁴⁸ v. p. 132 und 132, Anm. 352. – Dieser Gedanke findet sich auch bei Burckhardt, Jacob. Histor. Fragmente, in der Gesamtausgabe Bd. 7, p. 431 (IV: 6. November 1871).

mettent deux poids et deux mesures, conséquemment la condamnation des militaires revenus de service pontifical entraînerait nécessairement celle des soldats au service de Garibaldi. Ai-je besoin d'ajouter que chez nous ce sont les actes et non pas les opinions qui sont justifiabiles des tribunaux ³⁴⁹?» Ein noch höheres Interesse aber läßt die Verfolgung einiger tausend kampferprobter Truppen fragwürdig erscheinen. Europa bewegt sich einer allgemeinen Verwicklung zu, und die Schweiz wird ihre Unabhängigkeit darin nur sehr schwer behaupten können. Die Gefahr ist so augenscheinlich, daß Behörden und Volk sich lebhaft zu wappnen beginnen. Ist jetzt der Augenblick, jene ihres Bürgerrechts und ihrer Freiheit zu berauben, die auf dem Schlachtfeld bereits die Feuertaufe erhielten und den Kern der schweizerischen Verteidigung bilden könnten? Sie haben sich gegen das Gesetz vergangen, sagt man. Vielleicht auch gegen das Gewissen? «Quant à moi, Monsieur, je vous répondrai franchement que je ne le crois point. Ceux de nos compatriotes qui sont revenus de Rome, aussi bien que ceux qui reviendront encore en grand nombre d'Italie ou d'ailleurs, n'ont pas démérité dans l'opinion de leurs concitoyens par le fait de leur engagement dans un service étranger. Ils ont usé d'un droit inviolable, c'est à dire de leur liberté individuelle, et s'ils étaient condamnés en vertu d'une loi de circonstance, la conscience publique ne ratifierait pas le jugement ³⁵⁰.»

Die Vergänglichkeit der Dinge in dieser Art zu empfinden, lag der Fortschrittspartei damals noch recht fern. Die Angehörigen der konservativen Schicht hatten sie zu sehr am eigenen Leibe erfahren, als daß sich dies nicht in ihren Äußerungen zum Söldnerdienst, der sich nach jahrhundertelanger Blüte langsam zum Todesschlaf neigte, hätte bemerkbar machen müssen.

³⁴⁹ v. Anm. 347.

³⁵⁰ v. Anm. 347.

IV. EINZELBETRACHTUNGEN

1. Philipp Anton von Segesser

«Ich bin ein warmer und entschiedener Anhänger der fremden Kriegsdienste¹ . . .» So lautete das Wort, das der konservative Luzerner Nationalrat Segesser am 25. Juli 1859 seiner vielbeachteten Rede gegen die bundesrätliche Söldnervorlage voranstellte, um sich dadurch von vornherein gegen eine falsche Deutung seines Standpunktes zu wappnen. Schon waren mehrere vor ihm zur Verteidigung aufgestanden, aber noch keiner hatte seine Stellungnahme mit einem so unmißverständlichen Bekenntnis eingeleitet.

Philipp Anton von Segesser zählt unter die seltenen schweizerischen Konservativen des vergangenen Jahrhunderts, die den lebendigen Impulsen der neuen Schweiz eine durchaus vertretbare, klare und eigenkräftige Meinung entgegenzuhalten verstanden. Sowohl als Rechtshistoriker wie als Politiker besaß er jene Eigenschaft, deren Wirkung man gemeinhin mit dem Begriff «Format» auszudrücken pflegt. Er war kein Reaktionär, sondern ein behutsamer Wächter jener Kostbarkeiten, für die die neue Garde trotz ihrer Vorzüge kein Verständnis aufbrachte. Sein Platz war daher bei der Opposition. Ging die Bewegungspartei von zündenden Ideen aus, so drang Segesser auf eine angemessene Berücksichtigung historischer Gegebenheiten. Schloß die Entwicklung eine freie Gestaltung von Sonderregungen aus, so hielt Segesser an der Überzeugung fest, daß nur die gegenseitige Achtung eine gesunde Spannung unter Gegensätzen und damit eine lebendige Quelle des Staatslebens gewährleiste. Tendierte die Regeneration zur Atomisierung historischer Gruppen und zu deren Überführung in eine rational begründete und organisierte Gesellschaft, so betonte Segesser den Wert jener Kräfte, die nicht die Gesellschafts-, sondern vor allem die Gemeinschaftsformen fördern. Was Segesser zur Verfolgung einer klaren und imposanten politischen Linie befähigte, war die tiefe Verwurzelung in seinem Heimatkanton, seine lebensnahe

¹ Rede des Herrn Nationalrath Ph. A. Segesser gegen das Verbot fremder Kriegsdienste. Schwyz, s. a., p. 3.

juristische Schulung, seine Begabung, sich die politische, soziale und rechtliche Struktur der alten Eidgenossenschaft unmittelbar vorstellen zu können, sein ausgeprägter Sinn für das Konkrete und Wesentliche und sein über die Parteien und Konfessionen hinausweisender weiter Horizont, der ihn trotz allem nicht aus dem Kreis festumrissener Grundsätze ausschloß. Als Vertreter einer nationalrätlichen Minderheit fiel ihm weniger die unmittelbare Beeinflussung der Parlamentsentscheide zu, als vielmehr die Aufgabe, der Mehrheit beständig vor Augen zu halten, daß nicht alle Besiegten des Sonderbundes ins Ausland geflohen waren, nicht alle sich unversöhnlich weiterer Verantwortung am Schicksal der Schweiz ent schlagen hatten, und nicht alle Konservativen an ihren Grundsätzen verzweifelten, auch nachdem diesen auf dem Schlachtfeld zunächst eine Niederlage zugefügt worden war.

Bis in den Kern seines Wesens Luzerner und unbedingter Anhänger des korporativen Systems mußte ihn das Jahr 1847, das die politische Führerrolle seiner Vaterstadt und die föderativen Grundlagen der Eidgenossenschaft im Prinzip aufhob, tief erschüttern; doch bezwang er seine bitteren Gefühle und setzte sich auf seine Weise für die Angelegenheiten des ihm anfänglich fremd gewordenen Vaterlandes ein. Es ist bezeichnend für diesen bei aller Festigkeit anpassungsfähigen Politiker, daß er aus dem Söldnergesetz von 1859 keine Prestigefrage machte, sondern nach der Verwerfung seines Antrags, auf die Frage nicht einzutreten, einen eigenen Gesetzesentwurf einbrachte, der beiden Hauptströmungen gerecht zu werden trachtete². Nur seine privaten Äußerungen verraten das Ausmaß an innerem Widerstreben, das er überwinden mußte, um in der recht eingengten Stellung eines zur Opposition Verurteilten nicht zu verzweifeln³. Vierzig Jahre machte er sich so für die Geschicke eines Staates mitverantwortlich, dessen Konstituierung Begebnisse vorausgeeilt waren, die der Inner-schweizer, der Jurist und der Katholik Segesser zeitlebens ablehnen musste. Nur seltene Gestalten besitzen das Rüstzeug, im Kreise von Siegern als Exponenten einer verfehmten Minderheit ungelähmt, arbeitsfroh und angriffslustig zu bleiben. Erst die Nachwelt vermag ihre volle Bedeutung zu würdigen, sie, die nicht nach dem äußern Erfolg allein, sondern auch nach den innern Voraussetzungen und Absichten fragt.

Die soeben zitierte Einleitung hatte keineswegs die Bedeutung einer rhetorischen Floskel, sondern drückte aus manchen Gründen

² v. Diss. p. 185.

³ Briefwechsel zwischen Anton Philipp von Segesser und Andreas Heusler-Ryhiner, 1842–1867, hrg. von Eduard His. Basel, 1932.

die wirkliche Überzeugung Segessers unverhüllt aus. Nicht nur im Hinblick auf verschiedene seiner Vorfahren, mehrere geschätzte Landsleute und viele persönliche Freunde, die auf fremder Erde Dienste geleistet hatten oder noch leisteten, sondern vor allem aus dem Boden fester Anschauungen heraus kam er zu dieser unzweideutigen Bejahung des schweizerischen Söldnertums. Das Versagen des neuen Bundes, diese Angelegenheit würdig und sachlich zu ordnen, kam ihm dabei um so mehr zu Hilfe, als er selbst weder parteiischer noch engherziger Einstellung geziehen werden konnte. Seine Auffassung von den Fremddiensten hatte sich nie nach seinen außenpolitischen Sympathien gerichtet, wie etwa die Stämpflis und Ochsenbeins. Seit 1848, als die Frage im Schoß der neuen Leitung zum erstenmal diskutiert worden war, hatte er stets für die Verteidiger seine Lanze gebrochen, ob es nun die Dienste in Neapel oder bei Garibaldi, diejenigen für oder gegen Österreich betroffen hatte. Als 1855 seitens der Konservativen eine straffere Handhabung des bestehenden Werbverbotes gewünscht worden war, hatte er einen einfachen Antrag auf Aufhebung des Verbotes und Einstellung der Strafverfahren gestellt. In der entscheidenden Sitzung vom Jahr 1859 nun entfaltete sich die volle Kraft seines einheitlichen Gedankenganges besonders eindrucklich, so daß sein Votum mit lautloser Stille angehört und selbst von den Gegnern als ein Meisterstück bezeichnet wurde ⁴. Scharf unterschied er zwischen den Kapitulationen, die, von jeher ein Herrenspiel, von der Bundesverfassung verboten worden waren, und dem auswärtigen Kriegsdienst des einzelnen Bürgers, als zwischen zwei völlig verschiedenen Angelegenheiten ⁵. Wie jeder andere Beruf, so sollte auch das Kriegshandwerk, so weit es auf dem freien, individuellen und vom Staat unabhängigen Entschlußrecht des Bürgers beruhte, vor der zupackenden Hand des Staates geschützt bleiben. Nicht nur deshalb, weil die Erhaltung der individuellen Freiheit eine besondere Aufgabe des Staates hätte bilden können, sondern weil jene ein Grund- und Unrecht sei, «das keine Verfassung zu garantieren braucht und keine aufheben kann ⁶». Man stand, wie Segesser sich ausdrückte, vor der Preisgabe einer Sonderheit, die den Schweizer bisher von dem Angehörigen eines «wohlorganisierten Polizeistaates» unterschieden hatte ⁷. Es ging um die Frage, wie weit der Wille des Einzelnen noch als Eigenwert und wie weit er als rein staatliche Angelegenheit zu gelten habe. Was das Verhältnis der Kantone zum Bund betraf, so

⁴ LZ, 1859 – Heumonats – 29., Nr. 90, p. 365.

⁵ Rede, p. 3.

⁶ Rede, p. 15.

⁷ Rede, p. 4.

betrachtete Segesser die Vorlage als einen Versuch, das bisherige Verhältnis zwischen Kanton und Kantonsbürger zu durchstoßen, und den Luzerner, den Zürcher, den Berner gleichsam durch die Hintertüre zum «eidgenössischen Untertan» zu machen⁸. Nach seiner Meinung bot die Bundesverfassung zu einer solchen Verschweizerung keine rechtliche Handhabe. Wohl verbot sie den Abschluß neuer Militärkapitulationen, aber gerade dadurch schloß sie die Hoheit des Bundes über die nun zur Diskussion stehende Seite des Söldnerwesens aus. Segesser mußte den für ihn im Gang befindlichen Verfassungsbruch umso entschiedener bekämpfen, als er – wenigstens nach der bundesrätlichen Vorlage zu urteilen – die Möglichkeit eines nach offiziellen Sympathien gelenkten Söldnerdienstes schuf. Die 1848 erfolgte, endliche Verabschiedung der staatlichen Verantwortung sollte also wiederum rückgängig gemacht werden. Es war ja in der Tat so, dass die neue Verfügung zu jenen Erlassen von «Bundesgesetzen und -beschlüssen ohne ausdrückliche verfassungsmäßige Grundlage» fallen mußte, die es nun einmal gab, weil der zweite Artikel der Bundesverfassung keine genaue Wegleitung darüber erteilte, was in den Kompetenzkreis des Bundes und was in denjenigen der Kantone fallen solle⁹.

Nichts wäre irriger, als die Vermutung, Segesser sei auf Grund prinzipieller Ablehnung aller freisinnigen Vorschläge zum Gegner der bundesrätlichen Vorlage geworden. Ein krampfhaftes Festhalten am Alten entsprach weder seinem Wesen noch seiner Auffassung vom konservativen Prinzip¹⁰. Hinter dem neuen Gesetz verspürte er das Wirken von Kräften, die er nicht aus der Parteiperspektive, sondern aus breitem Erwägungen heraus ablehnen mußte. Seine Rede entrückte denn auch die Söldnerfrage weitgehend ihrer durch die italienische Einigung aufgezwungenen Enge und versuchte ihre Lösung auf einer grundsätzlicheren Basis. Der Tatsache einer dreihundertjährigen Regung, die sich gegen alle obrigkeitlichen Verfügungen immer wieder durchgesetzt hatte, entnahm er mit Stolz, daß das dem Republikaner «immanente Recht, über seinen freien Leib frei zu verfügen», im Schweizervolk tief verwurzelt gewesen war¹¹. Andererseits ließ sich die Theorie von den Menschenrechten in der Praxis nicht schematisch anwenden, da in den verschiedenen Völkern verschiedene Bedürfnisse nach verschiedenen Freiheiten wirkten, so daß die Erfüllung der

⁸ Rede, p. 8.

⁹ Lauber, Otto: Der Bundesstaatsbegriff in der schweizerischen Publizistik und Praxis. – Diss. iur. Zürich, 1911, p. 181.

¹⁰ LZ, 1859 – Heumonat – 18., Nr. 85, p. 345 (mit Quellenangabe: «Schweizerblätter für Wissenschaft und Kunst», 10. Heft).

¹¹ Rede, p. 4.

naturrechtlichen Postulate nicht einfach der Aufrichtung des «Goldenen Zeitalters» auf der Erde gleichgesetzt werden konnte¹². Wäre das Gefühl der Unterdrückung, so glaubte Segesser, in Italien, in Neapel vor allem, ein so allgemeines und tiefes gewesen, so hätte dort die kleine absolutistische Minderheit längst weggeschwemmt werden müssen. Die Hilfe, die man Italien durch die Entlassung der sechstausend Söldner zu bringen gedachte, war daher unnötig und gleichzeitig dem Schweizervolk gegenüber unverantwortlich, mußte dies doch um den Preis einer der Freiheiten, die den Schweizer bisher vor andern Staatsangehörigen ausgezeichnet hatte, geschehen. Die staatsfreie Sphäre, so schien es ihm, bildete für die eidgenössischen Bürger eine nach wie vor primäre Lebensbedingung. Alle so tief ins persönliche Leben vorgreifenden staatlichen Regulierungen mußten ihr schaden, selbst wenn sie im Namen der Freiheit oder der Demokratie geschehen sollten. Überdies waren Gesetzgebungen immer zeitbedingt, während das Leben von Generation zu Generation seinen Lauf nahm, voll von Erscheinungen und Schicksalen, die sich in keinen Paragraphenkreis pressen ließen, weil dieser das richtige Maß nie für jeden Fall und in absoluter Gültigkeit zu treffen vermochte. «Wie mancher junge Mann, der in den Händen der Justiz unfehlbar zu Grunde gegangen wäre, hat im auswärtigen Kriegsdienst sich zu einem wackern geehrten Mann emporgeschwungen¹³.» Dieser auf der Höhe der Rede erklingende Satz, der seinem grundsätzlichen Gehalt nach jedem Gerichtsweibel hassenswert eigenwillig, ja bedenklich erscheinen muß, offenbart wie kaum etwas anderes das Wesen Segessers: Eine großzügige, über die unmittelbaren staatlichen Einfriedungen hinaus zum Individuumweisende, sichere Schau des menschlichen Daseins in seinen souveränen, papierene Sätze sprengenden Bahnen.

Segesser, so sehen wir weiter, weiß um die Bedeutung seiner Stellungnahme. Er, der selbst für sich das härtere Los gewählt, springt in seiner Ansprache für die in früheren und gegenwärtigen Partiekämpfen Unterlegenen, die «dem langen Ringen nach Rache in der Heimat» eine Betätigung in der Fremde vorzogen, in die Bresche. Er weist darauf hin, daß in den fremden Diensten den heimlich und offen Geächteten der Weg offen war, für das Land, dem ihre Sehnsucht und ihr Schmerz galt, Ehre einzulegen, und er möchte, daß das Vaterland weiterhin so großzügig wäre, die Lebensgestaltung dieser Leute nicht bis in die fernsten Erdteile bestimmen zu wollen¹⁴. Die Anhänglich-

¹² «Das Ende des Kaiserreichs». Schwyz, 1870, in «Studien und Glossen zur Tagesgeschichte».

¹³ Rede, p. 9.

¹⁴ Rede, p. 9.

keit dieser Gruppe ist größer und uneigennütziger als die der zivilen Auslandschweizer, deren Lebensgehalt sich zuweilen im Auswägen von Kaffee erschöpft. Diese haben sich durch ihre Denunziationen das eigene Urteil gesprochen. Vielen von ihnen gilt der Kurszettel mehr als die Schweizerfahne, ja, sie schrecken auch nicht davor zurück, den Schweizernamen zu verleugnen, wenn geschäftliche Interessen dies erfordern. Segesser sticht damit in ein Wespennest, und seine Anspielungen bewirken, daß die Diskussion um die größere Heimatliebe der militärischen oder der zivilen Auswanderer noch einmal belebt wird. «Die Kattundrucker, Maler, Gipser, Zuckerbäcker, Maurer und ehrliche Arbeiter, die jährlich zu Hunderten aus den Kantonen Bünden, Tessin usw. in die Nachbarländer ziehen, dort durch Fleiß und Sparsamkeit etwas zu erwerben, und dann wieder heimkommen; ferner die Tausende von jungen Handwerkern, welche je und je für einige Jahre auf die Wanderschaft gehen, um auch etwas von der Welt zu sehen, hauptsächlich aber um sich in ihrem Beruf zu vervollkommen, – alle diese Glieder des achtbaren Nährstandes sind doch nur ‚Fötzeln‘ in den Augen des Junker von Segesser, gegenüber seinen Söldnern!» schreibt die «Berner Zeitung» und bedauert, daß die Jungherren sich nicht an gemeinnützige, ehrenhafte, bürgerliche Berufe anschließen können, sondern als Anführer von flüchtigen Kraftnaturen sich in fremde Handel mischen, wo oft Monarchentum, Bravour, Orden und Uniform das Unrecht decken müssen, das sie begingen. «Wenn unter diesen 80 000 auswärts lebenden Schweizern allerdings auch mindere, ja sogar auch schlechte sich finden, wie in jeder größern Masse, so geben wir ihm diese in den Kauf, und als Gegenwert für die Spitalsitzer, Vagabunden, Schnapser und Zuchthausgäste unter seinen heimgekehrten Kraftnaturen¹⁵ . . .» Die Zeitung gibt Segesser ferner zu bedenken, daß die Rougemont, Schnell, Grenus, Merian und hundert andere Wohltäter ihrer Heimat ebensolche Stockjobber, Krämer und Fabrikanten gewesen, und «daß wir die Mittel, unsern eidgenössischen Haushalt bei der Konkurrenz mit den Nachbarvölkern auf der nötigen Höhe zu halten, und somit auch die Mittel zur Behauptung unserer Freiheit, gewiß eben unsern Jobbern, Krämern, Fabrikanten usw. weit mehr verdanken, als jenen, die kaum am Schlepptau in die neue Zeit mit ihren Anforderungen hinüber zu bugsieren sind, und die fast keinen andern Zweig der Industrie noch Handel kennen, als den mit ihrem eigenen wohlfeilen Fleische.»

Es ist wohl so, daß Segesser tatsächlich übersah, wie die aus auswärtigen Schweizerkolonien stammenden Petitionen ihren Voraus-

¹⁵ BZ, 1859 – August – 6., Nr. 185, p. 1 f.

setzungen nach nicht ausschließlich das Ergebnis einer ungewöhnlichen Geldgier darstellten, sondern in einem weitem Zusammenhang ein folgerichtiges Resultat jener Entwicklung, die in materieller Hinsicht das bürgerliche Berufsleben gewaltig gestärkt, in geistiger Beziehung die Auffassung vom Kriegshandwerk als eines besonders ehrenvollen Berufes in ihr Gegenteil verwandelt hatte¹⁶. Was allerdings die innerschweizerischen Verhältnisse betraf, so anerkannte er, daß die neuere Wirtschaftsentwicklung das Schweizervolk mit einer erheblich verstärkten außenpolitischen Stellung beschenkt hatte; doch bedauerte er tief, daß sich jenes über die Höhe des Preises, den es dafür hatte entrichten müssen, keine Rechenschaft gab. Die Tatsache, daß der Bundesrat eine so beengende Vorlage überhaupt vor das Parlament bringen durfte, bewies ihm, daß «das starke, lebhafte Gefühl persönlicher und kantonaler Freiheit» dem Volk verlorengegangen war¹⁷. Es glich nun einem Mann, der, umfungen von Musik und lieblichen Träumen, in der Narkose liegt und nicht bemerkt, wie ihm Zahn um Zahn, Glied um Glied verloren geht: «Niemals würde das Schweizervolk, wenn seine Augen offen wären, in einer augenblicklichen Stimmung, alle die Rechte preisgeben, die ihm dieses Gesetz zu nehmen droht¹⁸.» Dies ist der schmerzliche Grundton, der durch seine Rede zittert: Das tiefe Bedauern über die Abstumpfung des altschweizerischen Freiheitsdranges.

2. Jakob Stämpfli

Wenn im Vorhergehenden öfters von einer «Neuen Schweiz» die Rede war, so nähern wir uns hier mit der Betrachtung Stämpflis einem Mann, der sehr geeignet ist, um jenem Begriff einen bestimmten Inhalt zu geben; denn wie kaum ein anderer steht Stämpfli mit dem Durchbruch von 1847 und der gesamten Neugestaltung in schicksalhaftem Zusammenhang. Allerdings muß man sich hüten, in ihm

¹⁶ v. BA, Fremde Kriegsdienste, Neapel – Rückkehr, 1858–1863, Brief der Schweizer in Florenz an den Bundespräsidenten vom 15. Oktober 1859 betr. die italienischen Meldungen über Neuformierung schweizerischer Truppen in Neapel: «Si le fait se trouve vrai, les Suisses unanimes établis en Italie, ne craignent plus pour les biens ou pour leurs vies, mais désireux de conserver partout où ils se trouvent l'honneur helvétique, vous prient M. le président d'éclairer le pays à ce sujet...»

¹⁷ Rede, p. 7.

¹⁸ Rede, p. 15.

den Typus des «neuen Schweizers» schlechthin erblicken zu wollen. Seine Qualitäten sprengen diesen Rahmen, und er trägt trotz aller Typik ein ganz persönliches Antlitz ¹⁹.

Rein oberflächlich betrachtet, haben Stämpfli und Segesser recht viel Gemeinsames. Aber alle Gemeinsamkeit lagert sich in der Tiefe anders, und den beiden Staatsmännern eignet eine ganz gegensätzliche Blickrichtung.

Stämpfli ist, wie Segesser, ursprünglich Jurist; aber seine Bildung fußt auf Wilhelm Snells rationalistischen Theorien und drängt spontan nach Formung des Staates auf den Grundlagen des Naturrechts ²⁰. So setzt er sich beispielsweise wie Segesser für die Gemeindeautonomie ein, aber nicht für diejenige der Bürger, sondern die der Einwohner, d. h. für eine alte Bindungen und Gruppierungen zersetzende Zoneneinteilung. Beide Männer sind von der neuen Bundesverfassung enttäuscht; der eine, weil sie zu viel zerbrochen, der andere, weil sie die schweizerische Nation nur gemäßigt vereinheitlicht und etatistisch organisiert. Beiden ist der erste Wirkungskreis in einem Kanton beschieden, der nicht das künstliche Produkt der Mediation ist, sondern von einer stolzen, ständischen Tradition zehrt. Aber während dem einen der Heimatkanton auch den Hauptgegenstand seines politischen Interesses bildet, bedeutet er dem andern nur den Probeplatz, den es zu gewinnen und zu formen gilt, um den Schlußpunkt, die Verschmelzung der Schweiz zum Einheitsstaat, zu erreichen. Beide stehen mit dem staatlichen Leben in enger Berührung, der eine, weil die Lenkung des Staates im Hinblick auf dessen Hauptaufgabe, den Schutz historischer Werte, seine große Bedeutung gewinnt, der andere, weil die Ziele und Bedürfnisse des Staates dem Leben und Treiben des einzelnen Bürgers erst seinen vollen Sinn verleihen ²¹. Selbst in bezug auf die Söldnerdienste gleichen sich die beiden Pole in einem Punkt: Beide repräsentieren nur unvollkommen das Zentrum ihrer Partei. Segesser hatte persönlich nie, wie viele Verteidiger der Dienste, im Ausland gedient, und Stämpfli gehörte nicht zu der großen Gruppe der Typischen, die dem Söldnerdienst ganz entfremdeten, sondern er anerkannte und begrüßte ihn lange soweit, als er der Unterstützung nationaler oder demokratischer Bestrebungen eines auswärtigen Staates galt. Die Bestrebungen beider werden von der Zeit mißachtet: Der eine kann die alte Form nicht

¹⁹ vgl. E. Bonjour: Jakob Stämpfli; in «Große Schweizer».

²⁰ Theodor Weiß: Jakob Stämpfli, Bd. 1, 1921, p. 6.

²¹ Körperliche Jugendübungen und Kadettenwesen. Vortrag von Nationalrat Stämpfli in der bernischen allgemeinen Militärgesellschaft im Winter 1865/1866, p. 71 ff.

retten, der andere die neue nicht zur allgemeinen Anerkennung bringen²². Schließlich besitzen beide ein großes Maß an idealistischem Schwung, in beiden Fällen verbunden mit einer vermittelnden Sachlichkeit. An Segesser sticht eine unvergleichliche Kenntnis der alten Schweiz nach deren Sinn und Form hervor, doch bilden seine Aussagen dazu keine langweiligen Aufhäufungen trockener Tatsachen, sondern erheben sich von Liebe beseelt zu einer organischen, geschlossenen, ins Erhabene sich steigernden Schau. Stämpflis Reden sind nüchtern, schmucklos und klärend²³, aber er ist vollkommen erfüllt von einem hohen Ziel: Die Bildung der Schweiz zur demokratischen Nation, die den Völkern auf ihrem dornenvollen Weg zur nationalen und republikanischen Erhebung vorangeht.

Wenn der Bundesreform von 1848 noch heute mehrheitlich lobende Kritik widerfährt, so hängt dies nicht zuletzt mit der Tatsache zusammen, daß einige außergewöhnliche Männer im richtigen Augenblick die Steuerruder ergriffen. An Stämpfli wird dies besonders eindrucklich. Er ist mehr als ein ausgezeichneter Verwaltungsbeamter. Er hauchte dem dünnen Gerippe eines schematisch ausgerichteten, nach Paragraphen und Artikeln geformten Staatsgebäudes den Geist des Selbstbewusstseins und der Daseinsberechtigung ein. Wohl fehlen ihm die üblichen Bindungen, die einen Menschen bereichern, wie die irrationale Verbundenheit mit der Jugendheimat, mit den Sitten und dem religiösen Bekenntnis. Dafür geht ihm auch deren Enge ab, und die Dämonie seines Verstandes sprengt viele kleine Fesseln, in die der gemütvoll Mensch, nicht immer zu seinem Besten, verstrickt bleibt. Er ist nicht Politiker aus Opportunität, sondern weil seine Natur und seine Begabung, seine rastlose Tatkraft, sein von aller Tradition befreites Wesen ihn zum Politiker der neuen Richtung geradezu prädestinieren.

Schon die Zeitgenossen rechneten Stämpflis Anteil am Ende der auswärtigen Dienste nicht zu seinen Hauptleistungen. Da unter seine Tätigkeit so manche originelle Schöpfung fiel, wurden die Aufräumarbeiten, denen er sich auch gewidmet hat, weniger beachtet. Mit dem 10. August 1792 war der Söldnerdienst eben doch von einem

²² vgl. die Dokumentensammlung «Die lombardischen Umtriebe im Jahr 1848», Bern, 1851.

Vgl. Wieland, Hans, Oberst: Die schweizerische Neutralität. Basel 1866 (1. Aufl.: 1861), p. 53: «Die Schweiz ist nicht zum Vorkämpfer anderer Völker bestimmt, sie ist zu klein und zu schwach, um in den großen politischen Fragen ein maßgebendes Wort zu haben. Die Gefühlsschwärmereien im Jahr 1848 haben sich wesentlich abgekühlt und eine nüchterne Auffassung der Verhältnisse ist an ihre Stelle getreten.»

²³ J. R.: Jakob Stämpfli; In «Illustrierte Zeitung», Leipzig, 1862 – Januar – 25., Nr. 969, p. 53 und 55.

primären Element der alten eidgenössischen Politik zu einem für die Gesamtentwicklung sekundären Requisit herabgesunken. Außerdem kann man Stämpfli in dieser Frage nicht jene Führerrolle zubilligen, die ihm anderswo nicht abgesprochen werden kann, da er sich durch seine Sympathie für Dienste im Solde der «Freiheit» einer eindeutigen Haltung in bezug auf die rechtliche Seite der Angelegenheit begab.

Doch zunächst tritt gerade an ihm die volle Wirkung des großen Erbgutes an negativer Kritik der Söldnerdienste sehr deutlich in Erscheinung. Abgelöst von alten Illusionen, befreit von herkömmlicher Befangenheit, erblickt er das alte Söldnerwesen ganz vom modernen Standpunkt aus: Es beruht auf dem sinn- und zwecklosen Verkauf der Tapferkeit, auf dem Einsatz brutaler Raufbolde für einen Höchstbietenden, auf der ideenlosen Hingabe an den Krieg um des Krieges willen²⁴. Die neapolitanischen Offiziere sind nicht um der Ehre oder um eines hohen Zieles willen, sondern meist infolge verkommener Verhältnisse in auswärtige Dienst getreten²⁵. Die Tapferkeit der Söldner von 1848 in Neapel mag anerkannt werden; aber es gibt eine Grenze der militärischen Ehre, auf die die Söldnerfreunde immer wieder pochen²⁶. Diese ist in der Schweizergeschichte «nicht im Schergendienst der Despoten, sondern auf den nationalen Schlachtfeldern bei Sempach etc. begründet worden. Die Salonehre (die in fremden Diensten erlangt wird) verschmäht ein freies Volk. Sie wird nur dann gespendet, wenn Völker gemordet, Städte geplündert und verbrannt werden²⁷.» Die Strassenkämpfe in Neapel bieten ihm daher das Bild einer rohen und brutalen Tapferkeit, die sich mit derjenigen vergleichen läßt, die ein Fleischerhund mit einem andern im Straßenkampf betätigt²⁸. Bindungen, die solche Früchte tragen, sind unstatthaft; denn sie beeinträchtigen die Ehre der Nation. Außerdem widersprechen sie dem modernen Bildungsbegriff, der Ansicht der euro-

²⁴ NZZ, 1859 – Juli – 27., Nr. 208, p. 829.

²⁵ NZZ, 1859 – Juli – 29., Nr. 201 (210), p. 838.

²⁶ Tagblatt des Großen Rates des Kantons Bern, 1848, Nr. 54, p. 7. Stämpfli: «... Was die weitere Bemerkung des Herrn Kurz betrifft, die Ehre der Schweizertruppen betreffend, so erkläre ich auch, daß durch den Antrag (sich von den Regimentsobersten und dem Konsul in Neapel genauen Bericht über die Vorfälle vom 15. Mai 1848 geben zu lassen) ihrer Ehre nicht im geringsten zu nahe getreten werden soll, im Gegenteil, ich muß, abgesehen von der Sache selbst, gestehen, daß es mir lieber ist, die Schweizer haben sich gewehrt, als wenn sie davongelaufen wären, obschon ich, wenn ich mich weiter frage, für welche Sache sie sich geschlagen haben, vielleicht auf ein anderes Resultat kommen würde. Ich erkläre ferner, daß ich diejenigen, welche gefallen sind, tief bedaure, aber ich bedaure noch viel mehr, daß sie für eine solche Sache gefallen sind.»

²⁷ BZ, 1849 – Mai – 25., Nr. 145, p. 1 f. Dieses Votum Stämpflis rief dem Protest Zieglers.

²⁸ v. Anm. 27.

päischen Mehrheit, den Begriffen der Zivilisation und des Fortschritts, den Forderungen «der Avantgarde» des Schweizervolkes und denjenigen des Gros der schweizerischen Armee²⁹. Übernommene Verträge dieser Art zu brechen gehört zu den Notwendigkeiten aufgeschlossener Staaten. «Verpflichtet sich jemand, sich jährlich 6000 Blutstropfen abzupfen, sich von jemand physisch und moralisch mißbrauchen zu lassen, so ist er nicht gebunden, wenn er später von seinem Wahn geheilt wird³⁰.» Dazu kommt, daß Stämpfli auf die Berufsheere ganz allgemein schlecht zu sprechen ist. Diese bilden seiner Ansicht nach eine folgenschwere ökonomische, volkswirtschaftliche und soziale Belastung eines Staates. Das Milizsystem gewährt eine weit höhere Garantie für den Völkerfrieden, da es auf der einen Seite nicht die nötige Spannkraft zum Angriffskrieg, auf der andern dagegen die höchste denkbare Kraft der Verteidigung verleiht. Deutlich schimmert die Auseinandersetzung mit den Söldnerdiensten in folgendem Passus durch: «Das Milizsystem schafft keinen Soldatenstand, keinen Gegensatz zwischen Bürgern und Militär, keine widersprechenden Interessen und Bestrebungen zwischen Volk und Armee, nicht jenen Ehrgeiz, der nach Schlachten dürstet, nur um in Sold und Grad zu avancieren. Das Milizsystem schont die Freiheit des Bürgers und zerstört nicht gewaltsam den Lebensberuf und die Lebensbestimmung eines Drittels der jungen männlichen Welt . . . Es schafft keine ausgedienten und ausrangierten Soldaten und keinen Pensioniertenstand. Die Zahl der Männer, die ihre besten Lebensjahre im Heere zugebracht haben und nachher kaum mehr im Stande sind, sich einer bürgerlichen Arbeit zu widmen, dürfte fast so groß sein, als das aktive Heer selbst. Das Milizsystem erschöpft die Staatskräfte nicht in dem Maße, daß für andere Zwecke und besonders für die allgemeine Volks-erziehung nichts mehr übrig bleibt³¹.» Hier wird der Unterschied zum alten Ideal deutlich: Es gibt für Stämpfli im Grunde kein Soldatentum an sich, dieses erhält seinen Sinn nur, wenn es als eine Bürgerpflicht aufgefaßt und ausgeführt wird. Der Soldat soll nur den Bürger repräsentieren, den Bürger, wie er sich geben muß, wenn seine sozialen, bürgerlichen Errungenschaften bedroht sind. Diese Repräsentation hat sich auf die Augenblicke höchster Gefahr zu beschränken und darf nie zum Selbstzweck oder Beruf werden. Das Zeitalter, in das man eintrat, hat für militärische Spielereien keine Zeit und

²⁹ NZZ, 1859 – Juli – 23., Nr. 204, p. 813 f. – v. Anm. 27.

³⁰ v. Anm. 27.

³¹ Das Milizsystem der Schweiz im Vergleich zu den stehenden Heeren. Rede, gehalten am internationalen Kongreß in Bern von Herrn Nationalrat Stämpfli im September 1865, p. 85.

keine Gunst mehr übrig. «Nur mit Abschaffung der stehenden Heere und der Einführung des Milizsystems vermag das alte Europa dem gewaltig aufstrebenden neuen Weltteile das Gleichgewicht zu halten. Ohne diese Radikalreform wird, bevor 50 Jahre vergehen, nicht Europa, sondern Amerika der volkswirtschaftlich vorgeschrittenste und politisch prädominierende Weltteil sein ³².»

Viel wichtiger als die mechanische Übung in den Waffen ist, daß der Bürger sich freier Institutionen erfreut, die ihn gegebenenfalls zum Kampf bis zum letzten beseelen. Der militärische Geist der Schweizer ist nicht an die Existenz auswärtiger Regimenter gebunden. «Denn gerade seit dem Aufhören des fremden Dienstes, d. h. seitdem die Nation diese als verwerflich verboten hat, hat der Aufschwung unserer innern Milizbildung begonnen, und die Initiative dazu geben zum geringsten Teil Männer, die aus fremden Diensten heimgekehrt sind. Gerade die Abschaffung des Söldnersystems wird in der Schweiz das Milizsystem zur vollen, ungekünstelten Ausbildung bringen ³³.»

Aus diesen Worten spricht ein Vertrauen in die neuesten militärischen Entwicklungen der Schweiz, das das jahrhundertlang in der Söldnerauseinandersetzung vorgebrachte Argument von der falsch inspirierten Schweizerarmee endgültig zu bekräftigen scheint ³⁴.

Neben dem Dienst im einheimischen Heer läßt Stämpfli nur noch den freiwilligen Zuzug in eine nationale, ausländische Befreiungsarmee gelten ³⁵. Doch geht er in diesem Punkt nicht so weit wie etwa Pestalozzi, der, ein entschiedener Gegner der früheren Militärkapitulationen, 1798 die Schweizer anläßlich der Forderung des französischen Direktoriums nach Hilfstruppen aufruft, «die Sache der Telle und Winkelriede gegen alle Geßler, die Sache der Völker gegen alle Unterdrücker, die Sache des alten, ewigen, göttlichen Rechts gegen die Anmaßung der unrechtmäßigen Gewalt und der allgemeinen Menschenverhöhnung» unter französischen Fahnen zu verteidigen ³⁶. Sowohl die Freunde wie die Gegner der Dienste sind schon um die Mitte des letzten Jahrhunderts einer Fortsetzung der Bündnispolitik und dem mit ihr verbundenen Kapitulationswesen abgeneigt. Bereits triumphiert die neutralistische Isolationspolitik in allen Lagern. Die bernische Verfassung von 1846, deren Grundzüge ja von Stämpfli

³² Das Milizsystem in der Schweiz, p. 85.

³³ Das Milizsystem, p. 87.

³⁴ vgl. dazu: de Perot, L., eidg. Major und Instruktor der Artillerie: Stehende Heere und Milizen. Basel, 1866, p. 11: «Wir leben also noch von Erinnerungen und unsere Armee ist eine Kopie fremder Heere.»

³⁵ v. Anm. 22.

³⁶ Rufer, Alfred: Pestalozzi, die Französische Revolution und die Helvetik. Bern, 1928, p. 155 f.

stammen, hat das Kapitulationsverbot ihrer Vorgängerin aufgenommen. Die im Geheimen vor sich gehenden Verhandlungen mit Sardinien über ein Hilfskorps, an denen auch Stämpfli beteiligt ist, führen zu nichts, da die Sache ruchbar und von den Konservativen und Rechtsradikalen (Ochsenbein) parteipolitisch ausgewertet wird³⁷. Diese verfassungsbedingte Behinderung zwingt Stämpfli hinfort, seine Sympathien für die italienische Sache zu zügeln. Deutlich genug wird er mit seinen Gesinnungsfreunden hier zur Defensive gedrängt, erkennbar am Wesen der Argumentation. Man unterscheidet dann etwa zwischen offenen Werbungen, die verboten sind, und freiwilligen Zuzügen Garibaldis, bauscht die Beteiligung von Schweizerkorps in Neapel und Rom auf, bagatellisiert diejenige an Sardinien, Frankreich und England oder schweigt sich über die Tatsache dieser neuen Solddienststart einfach aus.

Beginnt sich Stämpfli auch im Laufe der Zeit der Neutralitätspolitik zu fügen, so heißt das noch nicht, daß diese jemals zu einem Element seines geistig-politischen Besitzes wurde. Daß er 1848 anlässlich der Frage betreffend die Heimberufung des Berner Regimentes im Großen Rat auf die Erwähnung der Neutralität als eines wichtigen Argumentes verzichtet, ist noch leicht zu erklären. Aber auch später spielt es bei ihm keineswegs eine ausschlaggebende Rolle. 1849 bildet es in einer Nationalratsrede höchstens ein taktisches Moment, das ihn in seinem durch all die Jahre hindurch zu verfolgenden Bestreben unterstützt, die Solddienstfreunde durch den Vorwurf, sie seien unzeitgemäß, unmoralisch, ungebildet und antinational, zu isolieren und aus der Gesellschaft der fortschrittlichen und lebendigen Träger der Nation auszuschließen. Viel stärker zehrt er von seinem demokratisch-etatistischen Impuls, der ihn immer wieder dem Gedanken der Völkersolidarität nahebringt, auch wenn harte Realitäten die Schweiz tatsächlich nicht das für andere hergeben lassen, wie er sich dies einmal vorstellte. Er ist aber zu realistisch, um nicht zu erkennen, daß die Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit nach dem Zusammenbruch der europäischen Revolution von 1848 wenigstens äußerlich nicht zu umgehen ist. Schließlich kommt es sogar soweit, daß ihm die nationalistische Politik Gelegenheit zu seiner größten Entfaltung gibt: Stämpfli wird die Seele der nationalen Bewegung für die vollständige Inkorporation Neuenburgs und für die Wahrung der schweizerischen Ansprüche in Savoyen, ja, er hegt sogar den Gedanken, das Veltlin der Schweiz zurückgewinnen zu können.

Wenn Stämpfli während unheilsschwangeren Konflikten mit dem

³⁷ v. Anm. 22.

Ausland so wenig als Leisetreter handelt, so wird eines seiner Argumente gegen den Solddienst beinahe bedeutungslos: Das Argument nämlich, Europa verlange das Ende der auswärtigen Dienste. Die Berichte des englischen Gesandten von 1859 erwecken zwar den Eindruck, als ob Stämpfli in Angst und Bangen die europäische Reaktion auf die italienische Schweizerhetze erwartet habe und gleichsam aus einer Bedrängnis heraus bei der britischen Regierung um Rat und Tat nachgekommen sei³⁸. In Wirklichkeit geht es Stämpfli um nichts anderes, als um den Aufbau einer diplomatischen Aktion gegen die neapolitanische Regierung, um diese zu einer vorteilhaften Entlassung der Regimenter zu bewegen. Durch seinen engen Kontakt mit dem britischen Gesandten bereitet Stämpfli die so wichtige Unterstützung Englands vor und provoziert die besondere Hilfe, die dem außerordentlichen Gesandten Latour beim König beider Sizilien seitens der englischen Diplomatie zuteil wird³⁹.

Das primäre Element seiner Opposition gegen die herkömmlichen Söldnerdienste ist keine aus Überlegungen der Staatsklugheit herausgewachsene Erwägung, sondern die Überzeugung, daß eine Teilnahme von schweizerischen Söldnern auf Seite der historischen Gewalten gegen die Sache der «Völker» nicht angängig, der blosse, durch keinen allgemeinnützlichen Zweck geweihte Dienst etwas Unmoralisches, und ein Leben ohne rastlose Hingabe an einen zivilisatorischen Fortschritt etwas Anachronistisches sei. So tief ist dieser Glaube an den Wert und die Berechtigung der bürgerlichen Tätigkeit, daß er den Grenzkrieg der Amerikaner gegen die Indianer, die Unterwerfung Indiens durch die Engländer und die Zivilisierung der wilden Araber durch die Franzosen nicht von vornherein verwirft⁴⁰.

Obschon auch er die Söldnerdienste hauptsächlich in ihren zeitbedingten Aspekten sieht und das Problem nicht auf einer allgemeineren Ebene praktisch zu lösen versucht, erscheint seine Haltung im Ganzen genommen doch nicht so fragwürdig wie etwa diejenige Furrers oder Eschers. Furrer schreckt in den ersten Jahren nach 1848 immer wieder vor einer konsequenten Politik zurück, bestreitet sogar die Kompetenz des Bundes, sich in die noch bestehenden Kapitulationsverhältnisse einzumischen, wird aber trotzdem immer wieder in die Dinge verwickelt und trägt einen Teil der Verantwortung dafür, daß die Bundespolitik hinsichtlich der fremden Dienste bis 1859 einen schwankenden und für alle Beteiligten unrühmlichen Kurs fährt. Eschers Voten erwecken 1859 den Eindruck, daß ihm die Schweizer-

³⁸ BA, F. O. London-Switzerland, 1857/1889, 100/121.

³⁹ Maag, p. 456, p. 458.

⁴⁰ Das Milizsystem der Schweiz, p. 87 f.

regimenter hauptsächlich infolge der außenpolitischen Belastung, die ihre Bezeichnung hervorruft, widerstehen, und er jede Lösung gutheißt, die solche Störungen für die Zukunft vermeiden können. Während Stämpfli für die Zukunft den Fremdienst auf Gedeih und Verderb zur ausschließlichen Bundessache machen will, um damit die Teilnahme von Schweizern an Konflikten der Fürsten mit ihren Völkern auszuschalten, kümmert sich Escher kaum um die Umstände, unter denen Schweizer im Ausland dienen, solange sie nur nicht als Schweizer auffallen und dem Vaterland Schwierigkeiten bereiten.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Nachdem der junge Bundesstaat sich rasch die Herzen der Schweizer eroberte und sich auch die ehemaligen Gegner mit den neuen Verhältnissen vertraut zu machen versuchten, wurde der Schweizersöldner immer mehr zu einer gegenwartsfernen Figur, die sich der geistigen und materiellen Entwicklung der Zeit zusehends entfremdete. Man begann den Fremddienst als unzeitgemäß und überlebt zu empfinden, wenigstens dort, wo er als bloßes Handwerk betrieben wurde. Seine Existenzbedingungen waren dahin; er galt als Überbleibsel aus der aristokratischen Zeit und vertrug sich nicht mehr mit den herrschenden Begriffen von wahrer Bildung und nützlicher Arbeit. Dazu kam, daß ihn jetzt der Vorwurf immer stärker traf, außenpolitischen Konfliktstoff zu bergen, nicht zuletzt deshalb, weil der Neutralitätsbegriff durch die politisch tragende Schicht eigenmächtig verengert wurde. Ferner baten auch in Italien niedergelassene Schweizer Kaufleute um die Beendigung des Ärgernisses, das ihnen im Gastland Haß und Geschäftseinbuße zuzog. Schließlich hielt man die Fremddienste mit der Würde und Ehre der freisinnigen Schweiz nicht mehr für vereinbar, weil gewisse Fremdruppen, die ursprünglich schweizerischer Herkunft gewesen waren, bei den revolutionären Geschehnissen in der Hand historischer Gewalten als Polizei gegen das sogenannte Volk fungierten.

Schon die Zeitgenossen waren sich vielfach darüber einig, daß nicht so sehr die offiziellen und andern Proteste das Reislafen oder den Nachschub in die Fremdenregimenter entscheidend geschwächt hatten, als vielmehr das Schwinden bestimmter *Voraussetzungen*. Unter diese ist neben dem Rückgang des Bevölkerungsüberschusses und dem Wegfall des vielverzweigten Bündnissystems auch die Entstehung von Nationalheeren in Europa zu rechnen, welche die Nachfrage nach Schweizersöldnern zurückgehen ließ.⁴¹

Bei aller Bedeutung des Wandels, der sich in den Anschauungen über die Söldnerdienste vollzogen hatte, wirkte dieser auf die schließlich vollständige Aufhebung der Militärkapitulationen zwar nur sekundär ein. Die eigentliche Todesursache des fremden Dienstes lag

⁴¹ Bonjour, E.: Geschichte der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert. Zürich, 1938; p. 505.

im Umstand, daß sich der überschüssigen schweizerischen Volkskraft nun neue Erwerbsquellen öffneten. Im einzelnen aber haben die Dekrete, die literarischen und parlamentarischen Kontroversen ihren bestimmten Einfluß ausgeübt. Waren sie auch nicht die wichtigste Ursache für den Abschluß der säkularen Solddienste, so bildeten sie doch den Grund dafür, daß die alte Tradition nicht langsam verdorrte, sondern, im scharfen Sturmwind der öffentlichen Kritik entstellt und entehrt, sich rasch entblätterte.

BIBLIOGRAPHIE

I. Handschriftliche Quellen

1. Bundesarchiv

Tagsatzungsarchiv Bd. 2208, 2209, 2210, 2195.

D II aa Nr. 2173.

Kommissionsberichte und Beilagen zum Protokoll der Tagsatzung 1830, Bd. 57.

Tagsatzungsprotokoll 1846, Bd. 123 – 1847, Bd. 125, 126 – 1848, Bd. 132, 134, 135.

Politisches Departement:

Fremder Militärdienst, verschiedene Staaten, A III 10.

Fremder Militärdienst, Pensionen.

Fremder Militärdienst, Englische Dienste.

Fremder Militärdienst, Mission Latour.

Fremder Militärdienst, Rückkehr schweizerischer Söldner aus Neapel 1858/1863.

Fremder Militärdienst, Holland, Allgemeines und Verschiedenes.

F. O. London/Switzerland 1857–1859.

Fremde Dienste, Schachtel 610.

Justizdepartement:

Schutz der Bundesverfassung, Militärkapitulationen, Aufhebung, Bezügliche Petitionen 1849.

Schutz der Bundesverfassung, Militärkapitulationen, Aufhebung 1849–1853.

Protokoll des Nationalrates: 1848–1861. 1865. 1870/1871.

Protokoll des Ständerates: 1848–1861. 1865. 1870/1871.

Protokoll des Bundesrates: 1848–1861. 1865. 1870/1871.

2. Staatsarchiv Basel

Thesaurus diplomaticus Wettstenianus I und II.

Militäracten DD 1.

Frankreich F 9.

Bündnisse 1780–1821, Frankreich A 2.

Verfassung E 1.

Schweizer Militärdienst, Niederlande, C 1, 2, 3, 5.

Schweizer Militärdienst, Italienische Staaten, N 1–4.

Tagsatzungsabschiede 1813.

Tagsatzungsrelationen 1804–1813.

Protokoll des Kleinen Rates: 1813, 1814, 1815, 1816, 1817, 1823–1830.

Protokoll des Großen Rates: 1815, 1816, 1823, 1824.

Protokoll des Staatsrates: 1813, 1814–1816, 1826–1828.

Protokoll des Kriegsrates: 1814.

Protokoll des Handlungscomités: 1816 (Prot. N 2).

Protokoll der Werbungskommission: 1825–1827.

Protokoll des Kriegskommissariates: Prot. F 8/1.

Missivenbuch des Kleinen Rates: 1813, 1823, 1824.

Akten der Polizeidirektion: 1815, 1824.

3. Staatsarchiv Bern

Protokoll des Großen Rates des Kantons Bern, 1823/1824, Bd. 6.

Manual des Regierungsrates: 1846–1850, 1859.

Missivenbuch des bernischen Regierungsrates: 1848.

Tagblatt der Verhandlungen des Verfassungsrathes des Kantons Bern. Bern, 1831.

Tagblatt der Verhandlungen des Großen Rathes des Kantons Bern: 1848/1849.

Staatsverwaltungsbericht des Regierungsrates des Kantons Bern: 1845–1848, 1849.

II. Gedruckte Quellen

1. Zeitungen

Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BBl).

Der aufrichtige und wohlverfahrene Schweizerbote.

Appenzeller Zeitung (AZ).

Schweizerischer Beobachter (SchB).

Schweizerischer Republikaner (SR).

Allgemeiner Schweizerischer Korrespondent (AK).

Zürcher Freitagszeitung (ZFZ).

Der Erzähler (E).

Berner Volkszeitung (BVo).

Berner Zeitung (BZ).

Christlicher Volksbote (ChV).

Schwyzer Zeitung (SchwZ).

Oberländer Anzeiger (OA).

Bund (B).

Schweizerischer Handels-Courier (SchwHC).

Basler Zeitung (BaZ).

Luzerner Zeitung (LZ).

Basler Nachrichten (BN).

Gazette de Lausanne (GL).

Nouvelliste Vaudois (NV).

Journal de Genève (JdG).

Revue de Genève (RG).

2. Akten und Broschüren

a) Inland

Akten

Allgemeines Militär-Reglement für die Schweizerische Eidgenossenschaft von 1817. Zürich, 1818.

Conférence que les dix Députés Suisses, nommés par les deux partis, ont eue avec le Premier Consul le 29 Janvier 1803, depuis une heure après midi jusqu'à huit heures du soir.

Eingabe des den 15., 16., 17. Februar 1857 in Aarau stattgehabten Vereins eidgenössischer Stabsoffiziere an den h. Bundesrath schweizerischer Eidgenossenschaft. Aarau, 1857.

Einleitung zur Bildung eines eidgenössischen Schützen-Vereins. 1824.

Exercitium Militare der Bernerischen Land-Militz. Bern, 1735.

Flügel, C. W.: Bericht über den Gesundheitsdienst im 6. eidgenössischen Lager zu Bière im Augstmonat 1830, an den Tit. Herrn Oberst-Kriegscommissair Hirzel. Bern, 1831.

Gesetze und Statuten der Militairischen Gesellschaft in Bern. Bern, 1792.
 Instruction für die Herren Commissarien, welchen die Unterhandlung in Betreff
 des capitulationsmäßigen Schweizer Dienstes in Frankreich von der H. Tag-
 satzung übertragen worden ist. 7., 8. und 9. Oktober 1811.
 Le Secrétaire de Légation de la République Française en Suisse, au Citoyen Bégos,
 Ministre des Relations Extérieures de la République Helvétique.
 Militär-Etat der schweizerischen Eidgenossenschaft. Lichtensteig 1835 (von Johann
 Georg Giezendanner, Oberlieutenant).
 Militär-Gesetzbuch für die Schweizer-Regimenter im Dienste Seiner Allerchrist-
 lichsten Majestät. Bern, 1829.
 Militärische Organisation des Schweizerischen Schützenvereins. Solothurn, 17. Juli
 1840.
 Officiers-Etat der in königlich französischen und in königlich niederländischen
 Diensten stehenden Schweizerregimenter von Salis, von Besenval, von Bleuler
 und von Ziegler. Zürich, 1826.
 Protokoll des Gemeinderates von Habkern (B. O.) 1824–1852.
 Protokoll über die Verhandlungen der am 16. August 1847 durch die h. eidgenössi-
 sche Tagsatzung mit der Revision des Bundesvertrages vom 7. August 1815 beauf-
 tragten Kommission, s. a.
 Rapport du Département Militaire sur sa question pendant l'année 1866.
 Règlement für den Cantonal-Militair-Verein der Offiziere der Artillerie und Sap-
 peurs und des Eidgenössischen General-Stabs des Cantons Bern. 1828.
 Règlement de la Société Militaire Cantonale du Canton de Fribourg de l'état-major
 fédéral... Fribourg, 1827.
 Statuten des schweizerischen Schützenvereins. 1824.
 Statuten des Schweizerischen Schützenvereins und militärische Organisation des-
 selben. Solothurn, 1840.
 Statuten des Offiziers-Vereins des Seelandes. 1850.
 Statuten der eidgenössischen Militär-Gesellschaft. Basel, 1851.
 Strafgesetze für eidgenössische Truppen. 1812.
 Strickler, Johannes: Actensammlung aus der Zeit der Helvetischen Republik (1798
 bis 1803), Bd. I und II, 1836; 1887. Bern.
 Urkunden zum Repertorium der Abschiede der eidgenössischen Tagsatzungen vom
 Jahr 1813 bis Ende des Jahrs 1813. Bern, 1843.
 Verzeichnis der Mitglieder des Zentralkomités des schweizerischen Schützenvereins,
 1824–1840.

Broschüren

Anleitung für Offiziere und Unteroffiziere. Bern, 1850.
 Ansichten eines Eidsgenössischen Miliz-Offiziers über den fremden Kriegsdienst der
 Schweizer im Allgemeinen und insbesondere über die von der Krone Neapel den
 I. Ständen der Eidsgenossenschaft angetragene Militair-Capitulation. Zürich,
 1824.
 Ansichten eines gedienten Militairs über den Dienst der Schweizer im Auslande.
 Bern, 1824.
 Auch ein Wort über den ausländischen Kriegsdienst. Chur, 1829.
 Bähler, E., Nationalrat: Dem Andenken des hochverdienten seeländischen Patrioten
 Dr. Joh. Rud. Schneider (1804–1880) gewidmet von... Bern, 1902.
 Beiträge zur Geschichte der deutschen Sitte für fremde Staaten zu streiten. s. a. e. l.
 Bemerkungen über unsere militärische Einrichtung. Bern, 1797.
 Bestand und Geist des eidgenössischen Kriegswesens, wie sie es seyn sollten. Bern,
 1821.
 Betner, Ludwig: Das eidgenössische Übungslager bey Wohlen. Zürich, 1821.
 Betrachtungen über die in Vorschlag gebrachte Abänderung der Dienstordnung
 bei den Contingentstruppen des Kantons Basel. Basel, 1822, von einem Stabs-
 officier.

- Bonjour, Colonel: *Réflexions sur l'histoire de la morale et la guerre*... Lausanne, 1804.
- Bordier, F.: *Améliorations militaires et administratives ayant pour but d'augmenter les forces de la Suisse pour la défense de sa neutralité*. Genève, 1831.
- Bürki, Ratsherr: *Ansichten über Veränderungen in der Organisation des Wehrstandes des Cantons Bern*. Bern, 1823.
- Bürkli, Carl: *Der monarchische Paradisapfel oder der Sündenfall des schweizerischen Wehrwesens. Offenes Wort an die Herren Militärdirektoren Obersten Ziegler und Stämpfli*. 3. Aufl. Zürich, 1865.
- Businger, Franz: *Fantasien militärischen und politischen Inhaltes*. Luzern, 1837.
- Das schweizerische Heerwesen und der Soldatengeist. Ein Rückblick auf Erscheinungen aus jüngst vergangener Zeit. Von einem schweizerischen Wehrmann. Zürich, 1859.
- Debrunner, Hauptmann: *Erlebnisse der Schweizerkompagnie in Venedig*. Zürich, 1849.
- Der Ausschuß der Helvetia an die Mitglieder dieses patriotischen Vereins in der Schweiz. Genf, 1. März 1859.
- Die lombardischen Umtriebe im Jahr 1848. Bern, 1851.
- Diesbach, Max de: *Les dernières années du Régiment de Diesbach, 1789–1792*; Fribourg, 1890.
- Drey Lieder für die eidgenössischen Waffenbrüder, zum militärischen Feste in Langenthal. Bern, 1822.
- Du service militaire des Suisses en France. Genève, 1821.
- Ehrenrettung des Schweizer-Militärs während dessen Stand in Portugal im Jahr 1810. Aarau, 1825.
- Ein Wort an meine Mitlandleute im Kanton Schwyz wegen dem Kriegsdienst in Neapel. Schweiz, 1822.
- Ein Wort zur Beherzigung über die Grundbestimmungen einer künftigen Militär-Verfassung für den Kanton St. Gallen. 1829.
- Eine Denkschrift über das eidgenössische Kriegswesen. Chur, 1849.
- Einige Anmerkungen über den Bernerschen Militär- und Vertheidigungsstand. 1795. (J. Rud. von Graffenried.)
- Einige Worte über die Bildung der eidgenössischen Streitkräfte. Basel, 1821. (Elgger, Franz): *Considérations sur l'état militaire de la Suisse par un officier de l'armée fédérale*. Lucerne, 1834.
- Elgger, Oberst, Franz von: *Des Kantons Luzern und seiner Bundesgenossen Kampf gegen den Radikalismus*... Schaffhausen, 1850.
- Etwas aus dem Feldzug vom Jahr 1848 von einer Kolonne päpstlich-römischer Truppen... Basel, 1850.
- Finsterwald, Oberstleutnant: *Betrachtungen über die schweizerische Militärorganisation*. Bern, 1859.
- Frey-Hérosé: *Eröffnungsrede des Präsidenten der eidgenössischen Militärgesellschaft... an ihrer neunten Versammlung in Aarau den 22. Juli 1841*.
- Frey, Oberst Emil: *Aus den Erlebnissen eines Schweizer im Sezessionskriege*. Bern, 1895.
- Gonzenbach, August von: *Gedenblatt an Hr. Moritz von Stürler*. Bern, 1882.
- Gonzenbach, August von: *Rede über die Aufhebung des cantonalen Werbverbotes für den capitulierten Militärdienst in Neapel*. Bern, 1851.
- Gonzy, J. E., Capt. d'Art.: *Über den neapolitanischen Kriegsdienst*, Uri, 1824.
- Haller, Fr. Ludwig: *Leben des Herrn Robert Scipio von Lentulus, weiland Generalleutnant in Königl. Preussischen Diensten und der Bernerischen Völker*, etc. Bern, 1787.
- Heldensinn und Betragen der Schweizer-Regimenter. Basel, 1816.
- Hoffmayer, M. le colonel: *Recueil de pièces diverses, relatives à la révision de l'organisation militaire du canton de Berne, telle qu'elle a été proposée*. – Porrentruy, 1835.

- (Huber, J.): Erlebnisse zweier Luzerner als Bürger und Soldaten in den Vereinigten Staaten und Indianer Territorien von Nord-Amerika 1865–1869. Luzern, 1888.
- Huber, Wernhard: Drey Lieder ins Lustlager der Bürgerlichen Frey-Schaar zu Basel, auf den 8ten August im Jahr 1791, als dem fünfzigsten nach ihrer Errichtung.
- Ideen für eine rationelle Militärorganisation in der Schweiz. Von einem schweizerischen Artillerie-Offizier. Winterthur, 1860.
- Kaufmann, Robert: Feldzug in Afrika, Tonkin und China, nach eigenen Erlebnissen wahrheitsgetreu bearbeitet. Aarau, 1888.
- Koch, K.: Über die Kriegs-Verfassung des Cantons Bern. Bern, 1823.
- Krähenbühl, G. E.: Der Fluch der Militärcapitulationen oder Zustände und Lebewesen der Schweizer in königlich-sizilianischen Kriegsdiensten. Bern, 1851.
- Kuenzi, J. L.: Geheimnisse Berns mit Rücksicht auf bernische, schweizerische und europäische Zustände. Baden, 1849.
- L'armée Suisse et l'esprit militaire. Coup d'œil rétrospectif par un militaire Suisse. Zürich, 1859.
- Leemann, H.: Die Milizeinrichtungen der Schweiz als Vorbild der Volksbewaffnung mit besonderer Hinsicht auf Deutschland. Bern/Zürich, 1848.
- Lieder für eidgenössische Krieger, bei Veranlassung des ersten schweizerischen Übungslagers bei Wohlen im Kanton Aargau. 1820.
- (Manget, J. L.): Que doit faire la Suisse dans les circonstances actuelles? Genève, 1830.
- Marschlied der Zürcherschen Mannschaft nach Basel. 1792.
- Militär-Katechismus zum Selbstunterricht des Infanteristen... Sursee, 1836.
- Militärische Träumereien eines gewesenen Kavallerieoffiziers. Zürich, 1853.
- Milizen-Spiegel, worin zu sehen, was dem republikanischen Wehrmanne gut oder übel ansteht. Bern, 1842.
- Müller, Thaddäus, Stadtpfarrer in Luzern: Die schweizerischen Schlachtfelder. Luzern, 1825.
- Nachtgedanken eines Invaliden über schweizerische Kriegerei. Basel, 1841 (angeblich von Oberst Wurstemberger von Wittikofen).
- Observations sur le système militaire suisse. Lausanne, 1823.
- Perot, L. de: Stehende Heere und Milizen. Basel, 1866.
- Pfyffer d'Altishoffen, Colonel: Récit de la conduite du Régiment des Gardes Suisses à la journée du 10 août 1792. Lucerne, 1819.
- Petit-Senn, J.: Les Gardes Suisses. Ode allemande de M. Aug. Naeff. Imitation libre.
- Reinhard, Hans von, Landammann: Rede... bey Eröffnung der Tagsatzung in Zürich den 7. Brachmonat 1813. Zürich, s. a.
- Rilliet-Constant, col. féd.: Lettre à un confédéré sur nos institutions militaires... Genève, 1840. (In deutscher Übersetzung, Bern, 1840.)
- Rousseau, Jean-Jacques: Nouvelle Héloïse.
- Rüstow, W.: Die Reform des eidgenössischen Generalstabes. Zürich, 1859.
- Second Epître d'un Suisse à ses Concitoyens. Lausanne, 1822.
- Seglias, Tony: Erlebnisse eines Bündners in fremden Diensten. In: «Bündner Kalender für das Jahr 1948.» Chur.
- Souvenirs des révolutions de la Suisse pendant les 40 dernières années, de 1798 à 1838, par un ami de son pays. Lausanne, 1839.
- Schenkel, Johannes: Des Vaterlandes Erneuerung. Schaffhausen, 1824.
- Scherz, Samuel: Lebenserinnerungen im Alter von 86 Jahren. Bern, 1928.
- Schneider, Johann Jacob: Die beiden französischen Schweizergarderegimenter von Salis (Nr. 7) und von Besenval (Nr. 8) während der Julirevolution des Jahres 1830.
- Schutz-Rede für Herrn Emanuel von Fellenberg, oder: Ursprung und Veranlassung seiner Ansichten über den fremden Kriegsdienst. Luzern, 1831.
- Schweizerisches Museum, Jahrgang 1, Aarau 1816.
- Segesser, Philipp Anton von: Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern. Bd. III, Bd. IV. Luzern, 1857.

- Segesser, Philipp Anton von: Sammlung kleiner Schriften Bd. II und III.
 – Rede gegen das Verbot fremder Kriegsdienste. Schwyz. s. a.
 – Erinnerungen. Luzern, 1891.
 – Annahme oder Verwerfung der neuen Bundesverfassung? Luzern, 1872.
 – Neun Jahre im Großen Rathe des Kantons Luzern, 1851–1860. Schaffhausen, 1860.
 – Studien und Glossen zur Tagesgeschichte. Basel, 1869.
 – Studien und Glossen zur Tagesgeschichte. Schwyz, 1870.
 – Briefwechsel zwischen Anton Philipp von Segesser und Andreas Heusler-Ryhiner, 1842–1867. Basel, 1932.
- Stämpfli, Jakob: Körperliche Jugendübungen und Kadettenwesen. Vortrag in der bernischen allgemeinen Militärgesellschaft im Winter 1865/1866.
 – Das Milizsystem in der Schweiz im Vergleich zu den stehenden Heeren. Rede, gehalten am internationalen Kongreß in Bern. September 1865.
- Staffelbach, Ignaz: Die Waffenausrüstung des Schweizlers. Luzern, 1827.
- Steiger, R. de: Souvenirs de Abraham Rösselet. Neuchâtel, 1857.
- Steiger, Rudolf von: Die Schweizerregimenter in königl.-neapol. Diensten in den Jahren 1848 und 1849. 2. (dt.) Auflage, Bern, 1851.
- Stuber, Carl: Die Vortheile einer ... stehenden Armee ... Bern, 1826.
- (Stürler, Major August von): Die Ereignisse des 15. Mai 1848 zu Neapel von einem wahrheitsliebenden Augenzeugen des 4. Schweizerregiments.
- Thellung von Courtlary, V. E., Obristlieutenant in königlich-niederländischen Diensten: Versuch über die ehemalige und gegenwärtige Milizverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft. St. Gallen, 1826.
- Tuileriensturm 10. August 1792 (Stadtbibl. Bern, Lauterburgsammlung, Mil. w. 400). Über das moderne Reislaffen. (Bernhard Meyer von Schauensee.) 1796.
- Über die von Löb. Kriegsrathe in Vorschlag gebrachte Abänderung der Dienstordnung der beyden Auszügerbataillone. Basel, 1821.
- Über die Verwerflichkeit der fremden Kriegsdienste. Chur. 1828.
- Uffleger, Staatsrat: Rede des ... (Schweiz. Museum 1816).
- Versammlung der Eidgenössischen Militärgesellschaft in Chur, den 15. und 16. Juli 1847.
- Vogt, G.: Zur Geschichte der schweizerischen Neutralität. s. a.
- Vortheile der schweizerischen Militärkapitulationen im Allgemeinen, und der von S. M. dem König beyder Sizilien vorgeschlagenen insbesondere, sammt vorhergehender Beurtheilung einiger hierüber erschienenen Flugschriften, von einem Schweizer Officier, der in der Eidgenössischen Miliz, sowohl, als in auswärtigen Diensten stand. St. Gallen, 1824 (J. E. Gonzy, Cap. d'Art.)
- Vortrag des Comité über die von Seite der Eidgenossenschaft erforderlichen Maßregeln für die Verbesserung der Truppen-Instruktion. St. Gallen, 1840.
- Walther, Adolf: Bilder aus dem Soldatenleben in Neapel. – Nach dem Tagebuch eines Schweizlersoldaten dargestellt. Bern, 1867.
- Wieland, Oberstlieutenant: Die Schlacht bei Fere-Champenoise, in Verbindung mit dem Feldzug vom Jahr 1814 dargestellt. Aarau, 1822.
- Wieland, Oberstlieutenant: Einige Worte über die Bildung der eidgenössischen Streitkräfte. Basel, 1821.
- Wieland, Oberst: Geschichte der Kriegsbegebenheiten in Helvetien und Räthien als Handbuch zum Militairunterricht für Schweizeroffiziere aller Waffen. Basel, 1826.
- Wieland, Oberstlieutenant: Handbuch zum Militairunterricht für Schweizeroffiziere aller Waffen, als Versuch eines Vertheidigungssystems der schweizerischen Eidgenossenschaft. Basel, 1825.
- Wieland, Oberst: Mein Sommer 1826. Basel, 1827.
- Wieland, Oberstlieutenant: Skizze einer Reise durch das Schweizerland in militärischer Beziehung. Basel, 1822.
- Wieland, Carl: Über das baslerische Militärwesen in den letzten Jahrhunderten. (ca. 1886.)
- Zimmerli, O.: Blicke in das Bernersche Militärwesen. Bern, 1850.

- Zschokke, Forstrath: Über einige wesentliche Mängel und Verbesserlichkeiten des eidgenössischen Heer- und Kriegswesens. (Schweizerisches Museum 1816.)
 Zschokke, Heinrich: Betrachtung einer großen Angelegenheit des eidgenössischen Vaterlandes. Aarau, 1824.

b) Ausland

- Allgemeiner deutscher und schweizerischer Soldatenkalender auf das Jahr 1847. Ulm, 1847.
 A Messieurs les Rédacteurs de la Bibliothèque Universelle, par un Abonné. Paris, 30 octobre 1822.
 Décret de la Convention Nationale, du 29 Germinal an 2.
 De la neutralité de la Suisse et des moyens de la maintenir, traduit de l'allemand. Genève et Paris, 1823.
 De la Suisse dans l'intérêt de l'Europe ou examen d'une opinion énoncé à la tribune par le général Sébastiani. Paris, 1821.
 du Luc, Graf, französischer Ambassador bei der Eidgenossenschaft: Denkschrift über die Schweiz. (v. Schweizerisches Museum 1816.)
 Fieffé, Eugène: Histoire des Troupes étrangères au service de France. Depuis leur origine jusqu'à nos jours. Paris, 1854.
 Laing, Samuel, (the Elder): Observations on the social and political state of the European people in 1848 and 1849. London, 1850.
 Loi relative aux Militaires Suisses... du 10 Vendémiaire an V de la République Française.
 Massie, John W.: Recollections of a Tour. A Summer Ramble in Belgium, Germany, and Switzerland. London, 1846.
 Napoléon Louis C. Bonaparte: Politische und militärische Betrachtungen über die Schweiz. Zürich, 1833.
 Ordonnances du Roi de France concernant les invalides des Troupes Suisses... Décret de l'Assemblée Nationale de 10 juillet 1790.
 Politique de la Suisse: Übersetzung eines Artikels der Edinburgh Review, Nr. LXXIII de juin 1822.
 Rivière, M.: Les Suisses appréciés par l'histoire, ou quelques unes de leurs perfidies, révoltes, refus de combattre, etc. Paris, 1819.
 St. George, Alexandre de: Lettre d'un des chasseurs-volontaires de Leyden en 1830 à ses anciens frères d'armes. 1841.
 Steiger, Karl von, Oberst der österreichischen Armee (ein ihn betreffender Nekrolog. Sep.abdruck aus der «Österreichisch-ungarischen Wehrzeitung», Wien, 1880).

III. Darstellungen

- Aversano, Placidus: Oberst Eduard Ziegler. 1800–1882. Schlieren, 1951.
 Bauer, Marianne: Die italienische Einigung von 1859/1861 im Spiegel der schweizerischen Öffentlichkeit. Diss. phil. Basel, 1944.
 Blumer, J. J.: Handbuch des Schweizerischen Bundesstaatsrechtes. Schaffhausen, 1863.
 Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Basel, 1946.
 – Geschichte der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert. Zürich, 1938.
 – Die Gründung des schweizerischen Bundesstaates. Basel, 1948.
 – Jakob Stämpfli (in: «Große Schweizer»). Zürich 1938.
 – Übungen zur Helvetik (Histor. Seminar Basel), Seminarnotizen.
 – (und Bruckner, Albert): Basel und die Eidgenossen. Basel, 1951.

- Böschenstein, Hermann: Jakob Stämpfli's letzte Lebensjahre. Archiv des Histor. Vereins des Kantons Bern, Bd. XII, Heft 1, Bern, 1951.
- Brevier der Schweizer Geschichte. Zürich (nach 1839). Herausgegeben von Julius Wagner. Bearbeitet von A. Eichenberger.
- Burri, Franz: Jakob Stämpfli. Graz, 1925.
- Curti, Theodor: Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert. Neuenburg. s. a.
- Dierauer, Johannes: Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft. Bd. 5. Gotha, 1917.
- Dreyer, Rudolf: August von Gonzenbach, 1808–1887. Diss. phil. Bern, 1940.
- Dubler, Hans: Der Kampf um den Solddienst der Schweizer im 18. Jahrhundert. Diss. phil. Bern, 1939.
- Dürr, Emil: Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik. 1928.
- Feddersen, P.: Geschichte der schweizerischen Regenerationen von 1830 bis 1848. Zürich, 1867.
- Feller, Richard: Bündnisse und Söldnerdienst (in «Schweizer Kriegsgeschichte», Heft 6) Bern, 1916.
- Jakob Stämpfli. Bern, 1951.
- Fisch, K.: Das schweizerische Kriegswesen bis zum Untergang der alten Eidgenossenschaft. Aarau, 1893.
- Fleiner, Fritz: Entstehung und Wandlung moderner Staatstheorien in der Schweiz. Zürich, 1916.
- Frey, Hans: Die Schweizer auf Karls VIII. Zug nach Neapel 1494/1495. Basel, 1866.
- Fuchs, Ildephons: Die mailändischen Feldzüge der Schweizer. St. Gallen, 1810/1812.
- Gautschi, Heiner: Die Schweizer Presse um die Mitte des 19. Jahrhunderts. – Ihre Reaktion auf den Staatsstreich Louis Napoléon Bonapartes. Diss. phil. Basel, 1949.
- Glutz-Blotzheim: Vom Tode des Bürgermeisters Waldmann bis zum ewigen Frieden mit Frankreich in «Johannes von Müller: Geschichte der Eidgenossen», 5. Teil; 2. Abteilung; Zürich, 1816.
- Grabrede von Bundesrat Schenk auf Jakob Stämpfli. Bern, 1879.
- Hanhart, Rudolf: Erzählungen aus der Schweizergeschichte nach den Chroniken. Basel, 1829.
- Hatze, Margrit: Die diplomatisch-politischen Beziehungen zwischen England und der Schweiz im Zeitalter der Restauration. Basel, 1949.
- Hilty, Carl: Öffentliche Vorlesungen über die Helvetik. Bern, s. a.
- Historisch-biographisches Lexikon der Schweiz.
- Hoffmann, Georg: Die grossbritannische Schweizerlegion im Krimkrieg, Werbung und Schicksal, Zeitschrift f. schweizer. Geschichte, 22. Jahrg. 1942.
- Holtzendorff, Franz von: Handbuch des Völkerrechts. Hamburg, 1889.
- Keel, Rudolf: Die Demokratie im Denken Philipp Anton von Segessers (1817 bis 1888). Diss. iur. Zürich, 1950.
- Kopp, Eugen: Die Konservative Partei des Kantons Luzern von 1831–1948. Luzern, 1950.
- Lauber, Otto: Der Bundesstaatsbegriff in der schweizerischen Publizistik und Praxis. Diss. iur. Zürich, 1911.
- Leemann, H.: Abriss der Militär-Statistik der Schweiz, mit geschichtlichen Nachweisungen über die Entwicklung des eidgenössischen Kriegswesens, und vergleichenden militär-statistischen Übersichten einiger benachbarter Staaten. Bern, 1839.
- Maag, Albert: Geschichte der Schweizertruppen in neapolitanischen Diensten 1825 bis 1861. Zürich, 1909.
- Geschichte der Fremdruppen. Biel, 1890 ff.
- Marshall, S. L. A.: Soldaten im Feuer. Frauenfeld, 1951 («Men against fire». New York, 1947.)
- Mettler, Eric: Oberst Johannes Wieland. Diss. phil. Basel 1944.
- Meyer von Knonau, Gerold: Aus einer zürcherischen Familienchronik. Frauenfeld, 1884.

- Mülinen, Wolfgang Friedrich von: Geschichte der Schweizer Söldner bis zur Errichtung der ersten stehenden Garde 1497. Bern, 1887.
- Müller, Johannes von: Sämmtliche Werke, 27. Theil. Tübingen 1819.
- Oechsli, Wilhelm: Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert. Leipzig 1903, 1913.
- Omodeo, Adolfo: Die Erneuerung Italiens und die Geschichte Europas 1700–1920. Zürich, 1951.
- Pupikofer, J. A.: Geschichte des Turgaus. Frauenfeld, 1889.
- Rufer, Alfred: Pestalozzi. Die französische Revolution und die Helvetik. Bern, 1928.
- R. J.: Jakob Stämpfli. Illustr. Ztg. Leipzig, 1862, 25. Jan., Nr. 969.
- Schafroth, Max Friedrich: Die fremden Dienste im 19. Jahrhundert (in: «Feldmann, Hundert Jahre Schweizerwehrmacht»), Bern, 1939.
- Fremddienst von innen betrachtet: Schweizerische Monatsschrift für Offiziere aller Waffen. 1939.
- Schneider, Hans: Geschichte des schweizerischen Bundesstaates 1848–1918. 1. Halbband 1848–1874. Zürich, 1931.
- Schuler, Melchior: Die Taten und Sitten der Eidgenossen. Zürich, 1847–1852.
- Snell, Ludwig: Handbuch des schweizerischen Staatsrechtes. 1837 ff.
- Stettler, F.: Das Bundesstaatsrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft gemäß den Entwicklungen seit dem Jahr 1798 bis zur Gegenwart. Bern und St. Gallen, 1847.
- Tillier, Anton von: Geschichte der Schweiz während der sogenannten Restaurations-epoche. Bern/Zürich, 1848.
- Geschichte der Schweiz während des so geheißenen Fortschritts.
- Troll, Johann Conrad: Geschichte der Stadt Winterthur. Winterthur, 1840.
- Usteri, Paul: Handbuch des schweizerischen Staatsrechtes. 1821.
- Vallièr, Paul de: Treue und Ehre. Lausanne, s. a.
- Vulliemin, Louis: Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft. Deutsch von J. Keller. 2. Aufl. Aarau, 1882.
- Weiß, Theodor: Jakob Stämpfli. Bern, 1921.
- Welck, A. von: Schweizer Soldtruppen in kursächsischen Diensten, 1701–1815: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde, Bd. 14. 1893.
- Wolf, Kaspar: Die Lieferungen der Schweizer an die französischen Besetzungstruppen zur Zeit der Helvetik. Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 29, 1948.

CURRICULUM VITAE

Johann Jakob Aellig, von Adelboden (Kt. Bern), wurde am 13. April 1922 in Adelboden geboren, als Sohn des Lehrers Christian Aellig und der Margaritha, geborene Germann. Er besuchte neun Jahre die Primarschule in Boden bei Adelboden und von 1938 bis 1942 das Evangelische Lehrerseminar Muristalden in Bern, wo er im Jahre 1942 die Prüfung zur Erlangung des bernischen Primarlehrerpatentes bestand. Im Frühjahr 1942 wurde er zum Klassenlehrer an die Seminarschule Muristalden bei Bern berufen, doch verpflichtete ihn die Grenzbesetzung häufig zu militärischen Kursen und Wachdiensten, die er zuletzt als Zugführer im Geb. Füs. Bat. 36 zu leisten hatte. Von 1946 bis 1952 studierte er an der Universität Basel Geschichte, Deutsch und Englisch. Im Frühjahr 1947 bestand er die zur Immatrikulation erforderliche Ergänzungsprüfung in Latein, im Herbst 1953 das Mittellehrerexamen. Von den Vorlesungen, die er hörte, sind insbesondere zu nennen die der Herren Professoren E. Bonjour, W. Kaegi, W. Muschg, F. Ranke, W. Altwegg, H. Lüdeke und K. Jost. Er nahm teil an den Übungen der genannten Herren Dozenten sowie der Herren Professoren A. Bruckner, P. Geiger und H. G. Wackernagel.

Die Dissertation entstand auf Anregung und unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. E. Bonjour.

Die mündliche Prüfung fand am 4. Juli 1952 statt, und zwar in Schweizergeschichte als dem Hauptfach, in Allgemeiner Geschichte und Älterer Germanistik als den beiden Nebenfächern.

